

MITTWOCH, 20. JANUAR 2010

VORSITZ Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9:35 Uhr eröffnet)

2. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass ich einen Brief des Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Herman Van Rompuy, erhalten habe, in dem er mich über die Entscheidung des Europäischen Rates informiert, das Europäische Parlament zum Vorschlag der spanischen Regierung hinsichtlich der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu konsultieren und um die Zustimmung des Parlaments zu bitten, diesbezüglich keinen Konvent einzuberufen. Es geht um die 18 zusätzlichen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Ich habe den Vorschlag an den Ausschuss für konstitutionelle Fragen übergeben, der seine Arbeit diesbezüglich vor Kurzem aufgenommen hat und in Kürze einen Berichtersteller benennen wird. Die Arbeit bezüglich dieser Angelegenheit wird fortgesetzt.

Des Weiteren möchte ich ihnen mitteilen, dass die bulgarische Regierung, nach dem Zurückziehen der Kandidatur ihrer designierten Kommissarin, eine neue Kandidatin aufgestellt hat. Die Konferenz der Präsidenten wird morgen den endgültigen Zeitplan beschließen, allerdings wird die Anhörung der neuen designierten Kommissarin höchstwahrscheinlich am 3. Februar und die Abstimmung am 9. Februar stattfinden. Dies hängt natürlich auch von der Entscheidung Herrn Barrosos und seinen Gesprächen mit der neu nominierten Kandidatin der bulgarischen Regierung ab. Bis jetzt steht noch nichts fest, aber ich wollte dem Parlament diese allgemeinen Informationen über den kommenden Ablauf mitteilen. Jedenfalls hat das Europäische Parlament die volle Kontrolle über die Situation. Es gibt hier keine Ausnahmesituationen, und wir handeln nach demokratischen Verfahren. Diese Verfahren sind von grundlegender Wichtigkeit für uns, und unter meinem Vorsitz wird das Europäische Parlament immer gemäß diesen Verfahren arbeiten.

Ich möchte ihnen auch mitteilen, wie sich das Europäische Parlament die Zusammenarbeit mit der zweieinhalbjährigen ständigen Präsidentschaft der Europäischen Union und des Europäischen Rates vorstellt und wie es mit dem rotierenden Ratsvorsitz umgehen wird. Der rotierende Ratsvorsitz, in diesem Fall der spanische Ratsvorsitz, wird weiterhin zu Beginn der sechs Monate seinen Aktionsplan für diesen Zeitraum vorstellen und am Ende der Zeit einen Bericht über seine Arbeit präsentieren. Die ständige Präsidentschaft des Europäischen Rates wird die Ergebnisse ihrer Arbeit auf europäischen Gipfeltreffen vorstellen. Wie sie wissen, finden in dem Zeitraum von sechs Monaten immer zwei Gipfel statt und der Präsident des Europäischen Rates wird die Ergebnisse dieser Gipfel auch zweimal in diesen sechs Monaten vorstellen, insgesamt also viermal im Jahr.

3. Vorstellung des Programms des spanischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Erklärung des Rates über die Vorstellung des Programms des spanischen Ratsvorsitzes.

José Luis Rodríguez Zapatero, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident, Herr Barroso, meine Damen und Herren, erlauben sie mir, meine ersten Worte an ein Land zu richten, das eine schmerzvolle Tragödie erlitten hat: Haiti.

Ich weiß, dass wir in Anbetracht eines notleidenden Landes und eines Volkes, das bereits in der Vergangenheit unter Armut und Konflikten gelitten hat und nun durch Tod, Zerstörung und Gewalt zerrissen wurde, alle die Sorge und Solidarität der Organe der Europäischen Union teilen und ihre Verpflichtungen befürworten, angefangen bei dem rotierenden Ratsvorsitz, der Kommission, dem Rat und dem Parlament.

Es gibt wenige Gelegenheiten, in denen wir als Europäer beweisen können, welche Hilfe wir in der Lage zu leisten sind, wie wir es jetzt bei dieser Tragödie in Haiti tun werden. Wir werden unser Engagement bezüglich der Geschehnisse in der Welt und unser Engagement für die am schwersten leidenden Länder zeigen.

Vom ersten Moment unseres Ratsvorsitzes an haben wir in Abstimmung mit der Kommission und dem Hohen Vertreter versucht, angemessen auf diese Tragödie in Haiti zu reagieren. Letzten Montag hat sich der Rat der Entwicklungsminister getroffen, und nächsten Montag trifft sich der Rat für europäische Angelegenheiten, um schnelle Hilfeleistungen und humanitäre Kooperation an allen Fronten zu organisieren, für eine Zukunft von Haiti. Ich bin fest davon überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft großen gemeinsamen Beistand leisten wird und dass die Europäische Union ihrer Aufgabe gerecht werden wird. Bei der Antwort auf die Tragödie in Haiti sollten die Menschen, die dort Not leiden, im Mittelpunkt stehen, und ich hoffe und vertraue darauf, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, um eine vollständige Erholung des Landes auf den Weg zu bringen. Die europäische Gesellschaft und vor allem unsere feste Überzeugung fordern das.

Herr Präsident, es ist eine Ehre für mich, hier erscheinen zu dürfen, um die wichtigsten Ziele des spanischen rotierenden Ratsvorsitzes der nächsten sechs Monate vorzutragen. Es ist mehr als nur eine Ehre für mich, es ist eine große Ehre. Es ist deshalb eine sehr große Ehre, weil ich im Namen eines Landes spreche, das in den nächsten sechs Monaten das 25-jährige Jubiläum seines Beitritts in die damaligen Europäischen Gemeinschaften feiern wird.

Ich spreche im Namen eines europäischen und proeuropäischen Landes, das in den letzten 25 Jahren bezogen auf Fortschritt und Wohlfahrt einen maßgeblichen Wandel durchlaufen hat, und dies hauptsächlich durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Europa war der Traum von Generationen, vieler Generationen von Spaniern. Es war ein Traum von Demokratie, Öffnung gegenüber der Welt, Fortschritt, Wohlfahrt, Wohlfahrtsstaat und von Freiheit. Und genau das haben wir in Europa erlebt, das hat Europa uns gebracht, und das haben wir Europa gebracht.

Fünfundzwanzig Jahre später stehen wir Europa loyal gegenüber und bekennen uns zur EU, und es gibt keine eindrücklicheren Weise, diese Loyalität und dieses Bekenntnis auszudrücken, als Verantwortung zu übernehmen und Verpflichtungen einzugehen, die Initiative zu ergreifen und Vorschläge zu machen. Das ist es, was wir in den nächsten sechs Monaten tun möchten.

Es werden sechs Monate der Veränderung sein, denn aufgrund der schlimmsten Finanzkrise seit achtzig Jahren übernehmen wir den rotierenden Ratsvorsitz in einer Zeit der Veränderung. Es ist eine Zeit der politischen Veränderung, denn der Vertrag von Lissabon verändert die Art und Weise auf die die Europäische Union bisher geführt wurde. Es ist eine Zeit der Veränderung in Bezug auf die Außenbeziehungen, denn das Phänomen der Globalisierung nimmt zu und es existieren neue Schwellenländer. Es ist auch eine Zeit der Veränderung in Bezug auf die Beziehung, die Europa zu den europäischen Bürgern haben muss, um alles, was im Vertrag von Lissabon festgelegt wurde, auch umsetzen zu können. Es wird deshalb eine Zeit der Veränderung sein, besonders aufgrund von zwei Umständen: Erstens durch die ernste Wirtschaftskrise, die wir momentan durchleben, und zweitens durch den Vertrag von Lissabon und seinen neuen institutionellen Beziehungen.

Bezüglich der Wirtschaftskrise möchte ich Folgendes sagen: Wir sind uns bewusst, dass diese Krise sehr viel ernster ist, als die Krise vor achtzig Jahren, und wir wissen, wie damals, dass es nie zuvor einen so starken Rückgang der weltweiten Produktion und des internationalen Handels gegeben hat. Wir sind uns der ernstesten Auswirkungen, die sie auf die Welt und in der Europäischen Union hatte, bewusst. Die Zahl der Arbeitslosen ist um acht Millionen gestiegen, viele von ihnen leben in der Tat in meinem Heimatland. Sie hatte Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und somit auch auf die Perspektiven der Finanzstabilität, wodurch wir gezwungen wurden, und immer noch gezwungen sind, dringende Kooperationsmaßnahmen zu ergreifen. Sie hat uns auch vor Augen geführt, dass die europäische Wirtschaft und die Produktionskapazität verändert werden und die Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Union verbessert werden sollten.

Wir müssen weiterhin an den fiskalischen Anreizen festhalten, bis die Erholung eingesetzt hat. Wir müssen uns für die Einhaltung des Stabilitätspakts einsetzen und die Vorgaben der Kommission für das Jahr 2013 erfüllen. Des Weiteren müssen wir eine Wirtschaftsstrategie bis 2020 festlegen, die die Kommission bereits entwirft und die nach Ansicht der spanischen rotierenden Präsidentschaft in den nächsten sechs Monaten eine Schlüsselrolle spielen muss.

Wir kennen die Stärken und Schwächen der Europäischen Union. Wir wissen, dass wir seit Mitte der 90er-Jahre an Kapazitäten für Wirtschaftswachstum, an Potential für Wirtschaftswachstum verloren haben. Wir wissen, dass wir seit Mitte der 90er-Jahre im Vergleich zu den großen Volkswirtschaften, mit denen wir im Wettbewerb stehen, an Produktivität verloren haben. Wir wissen auch, dass wir in einigen spezifischen Bereichen, die unser zukünftiges Wachstum, unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in einer globalisierten Welt bestimmen werden, Schwierigkeiten haben.

Wir haben allerdings auch Stärken und an die sollten wir uns erinnern. Sie liegen auf der Hand: In der EU wird ein Drittel des weltweiten BIP erwirtschaftet. Wir sind zweifelsohne die führende Exportmacht und die zweitgrößte, nach den USA, in Bezug auf Forschung, Entwicklung und Innovation. Wir stellen fast 60 % der weltweiten Entwicklungshilfe zur Verfügung, was eine große Stärke der Europäischen Union darstellt.

Wie setzt Spanien seine grundlegenden Prioritäten, bei der Erneuerung der europäischen Wirtschaftsstärke und bei der Schaffung einer nachhaltigen Wirtschaft unter wettbewerblichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten? Ich möchte ihnen vier Schwerpunktthemen nennen, die ich vorantreiben möchte und die in der Strategie für 2020 enthalten sein sollten. Eine Zusammenfassung dieser Themen würde ich so ausdrücken: In Bezug auf die Wirtschaft muss die Europäische Union auf sich selbst setzen. Sie muss die Wirtschaftsunion und -kooperation vorantreiben, angefangen bei der Verantwortung der Mitgliedstaaten, aber auch sicherstellen, dass die Institutionen der Gemeinschaft, insbesondere die Kommission, neue Befugnisse erhalten, um die Führung zu übernehmen und Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, in den letzten zehn Jahren ist unsere Energieabhängigkeit um neun Prozent gestiegen. Dies ist einer der Kernbereiche, in dem wir Maßnahmen ergreifen und Veränderungen schaffen müssen. Die Energieabhängigkeit ist in der gesamten Europäischen Union von 44 % auf 53 % angestiegen. Diese neun Prozentpunkte belaufen sich exakt auf 64 Mio. EUR, die wir an Länder außerhalb der Europäischen Union zahlen. Wissen sie, welcher Summe dieser Betrag gleichkommt? Er kommt praktisch der Summe an öffentlichen Geldern gleich, die alle Länder der Europäischen Union in Forschung, Entwicklung und Innovation investieren. Wir müssen etwas tun, um unsere Energieabhängigkeit zu reduzieren, denn sonst wird unsere wirtschaftliche Instabilität zunehmen.

Was müssen wir also tun? Im Energiesektor wurden Fortschritte erzielt, aber nicht die Fortschritte, die wir anstreben. Wir müssen einen dauerhaften, gemeinsamen Energiemarkt schaffen, der die gesamte Europäische Union und ihre Wirtschaft stärken wird. Es gibt zwei Schlüsselemente, die wir benötigen, um das zu tun: Energieverbundnetze, da die Erwartungen von 2002 noch nicht erfüllt wurden, und einen gemeinsamen Rechtsrahmen, um den gemeinsamen Energiemarkt zu konsolidieren.

Wenn wir die Energienetze im Süden, Osten und Norden Europas zusammenschalten können, wenn wir das zur hauptsächlichen Priorität machen und der Kommission die nötige Befugnis erteilen, wird sich unsere Energieabhängigkeit verringern und wir werden die Entwicklung erneuerbarer Energien fördern, die von Natur aus flexible Versorgungsformen benötigen.

Meine Damen und Herren, Europa wird keine führende Rolle in Bezug auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit spielen, solange keine konkreten Schritte zur Klärung aller entscheidenden Aspekte der Energieverbundnetze und des gemeinsamen Marktes unternommen werden.

Das zweite Schwerpunktthema ist Folgendes: Was führt zu maximalem Wachstum und maximaler Innovation in einer modernen Gesellschaft? Investitionen in die Informationsgesellschaft und in die neuen Technologien, die fast alles in der Welt verändert haben. Vierzig Prozent der Steigerung der Produktivität in der Europäischen Union ist auf Informations- und Kommunikationstechnologien zurückzuführen, kurz IKT. Wir als Europäer sind führend auf diesem Gebiet, denn wir haben führende Firmen, aber wir haben keinen digitalen Binnenmarkt. Wir wollen Maßnahmen ergreifen, um einen digitalen Markt zu schaffen. Was beinhaltet das? Barrieren müssen behoben, Netzwerke der neuen Generation eingesetzt und E-Commerce muss erleichtert werden, welcher von Tag zu Tag in jedem Land wächst, wobei allerdings keine Fortschritte erzielt werden, um E-Commerce zwischen mehreren Ländern möglich zu machen.

Wenn wir Fortschritte in Bezug auf einen digitalen Markt erzielen, erleichtern wir die Schaffung von Inhalten und stärken das geistige Eigentum. Dank der Innovationen, die Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Bereichen der Wirtschaft mit sich bringen, werden wir außerdem sicherstellen, dass wir binnen sehr kurzer Zeit Fortschritte machen, was unsere Produktivität angeht. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass dieser Sektor momentan über das größte Potenzial für Innovationen, höhere Produktivität und die Schaffung stabiler Arbeitsplätze verfügt.

Der dritte Schwerpunkt liegt auf der Wirtschaft oder der nachhaltigen Industrie. Ich werde Ihnen nur ein Beispiel dafür nennen, was für uns in Bezug auf den Kampf gegen den Klimawandel Priorität hat. Wir möchten zusammen mit der Kommission ein Projekt zur Entwicklung elektrischer Fahrzeuge auf den Weg bringen und fördern. Die Fahrzeugindustrie wird sich in Zukunft maßgeblich verändern, und diese Veränderung hat bereits begonnen. Wenn wir uns als Europäer zusammen in diesem Industriebereich engagieren und uns für eine gemeinsame Vision und eine gemeinsame Strategie für Elektroautos einsetzen, können wir unsere Energieabhängigkeit reduzieren. Wir werden auch zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen und zur

technologischen Innovation, die sich ohne Zweifel durch Elektroautos erschließen und direkt mit der Industrie der Informations- und Kommunikationstechnologien verknüpft sein wird.

Der vierte Schwerpunkt dieser nachhaltigen Wirtschaft und der wirtschaftlichen Regenerierung, die die Europäische Union benötigt, liegt im Bereich der Bildung, und besonders der Hochschulbildung, welche das Forum der Forschung ist.

In den letzten zehn Jahren hat Europa keine Fortschritte bezüglich der Anzahl der herausragenden Universitäten gemacht, die im Ranking der 100 Top-Universitäten auftauchen. Wir müssen den Bologna-Prozess abschließen. Wir müssen die Aussichten zunehmend für europäische Universitäten und die europäische Forschung fördern, erleichtern und erschließen, denn vom Bereich der Bildung gehen ohne Zweifel die Impulse der Zukunft aus. Wir konkurrieren nicht mehr untereinander, auf Länderebene, sondern als Europäer, als Europa, denn die anderen Akteure haben die Größe Chinas, Indiens und der USA und der Schwellenländer.

Wenn wir die Synergien der 500 Millionen Bürger unserer Wirtschaft nicht nutzen, mit anderen Worten tausende von Unternehmen mit riesigen Kapazitäten und Millionen von Mitarbeitern, die eine zunehmend bessere Ausbildung erhalten müssen, werden wir in diesem Globalisierungsszenario nicht zu den wirklich großen Akteuren der Zukunft gehören, was das Wirtschaftswachstum durch Innovation und Technologien anbetrifft. Wir werden Zuschauer sein, aber nicht führende Akteure. Der Weg nach vorn bietet sich durch die Union: mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik, mehr Integration, mehr gemeinsame Visionen, mehr Europa. Nicht der Aufbau weiterer Barrieren, sondern der Abbau von Barrieren, nicht Teilung sondern Zusammenschluss, eine gemeinsame Vorstellung der Union, die Wettbewerbsfähigkeit, Integration und Innovation sicherstellt.

Wir vertrauen der Kommission bezüglich ihrer Strategie für das Jahr 2020, die auch eine Diskussion über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik beinhalten muss, welche eine grundlegende Politik in Bezug auf Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und das Einkommen vieler europäischer Bürger darstellt. Wir sind überzeugt, dass die Debatte, die im Europäischen Rat und in der Kommission stattfinden wird, sowie natürlich auch der Dialog mit dem Europäischen Parlament, eine Strategie für 2020 herbeiführen wird, die ernsthafte Führung und ambitionierte Ziele beinhaltet und sich auf die Bereiche konzentriert, die ich eben genannt habe.

Wirtschaftliche Veränderung, politische Veränderung und Veränderung in der Regierung der Union. Durch den Vertrag von Lissabon werden neue Institutionen geschaffen: der ständige Präsident des Rates und der Hohe Vertreter für Außenpolitik. Dies stärkt das Parlament, das Herz der europäischen Demokratie, und dies stärkt auch die Kommission.

Ich kann vor dem Parlament, das alle europäischen Bürger vertritt, die Zusage machen, dass der spanische rotierende Ratsvorsitz den neuen Organen loyal gegenüberstehen wird und mit ihnen kooperieren wird. Wir möchten, dass diesen Organen die Bedeutung zukommt, die im Vertrag festgelegt wird. Und zwar muss die Europäische Union auf eine Art und Weise funktionieren, sodass der ständige Präsident die Europäische Union vertreten kann und zusammen mit dem Hohen Vertreter all seine Funktionen ausüben kann.

Wir sind uns bewusst, dass in diesem Zeitraum von sechs Monaten zum ersten Mal geprüft wird, wie diese neue institutionelle Struktur funktioniert. Des Weiteren werden wir auch die gestärkte Kommission und das gestärkte Parlament unterstützen, welches zunehmend zum politischen Zentrum der Europäischen Union wird. Wir werden das tun, und ich hoffe, dass unsere Arbeit am Ende dieses Zeitraums als zufriedenstellend beurteilt werden wird, denn unser Engagement ist sehr groß. Die Europäische Union wird von verschiedenen Institutionen geführt, und diese sollten sich mit kooperativer Loyalität begegnen. So werden wir arbeiten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir durchleben außerdem Veränderungen in den Außenbeziehungen, nicht nur aufgrund der Existenz des Hohen Vertreters und der Einführung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. In diesem Bereich wird es auch Veränderungen geben, denn vor dem Hintergrund der Globalisierung und des Wandels verfügen wir über eine entscheidende Sechsmonats-Agenda. Ich möchte ihnen mitteilen, welche, bei allen Gipfeln, die wir abhalten werden, unsere Ziele in Bezug auf Außenbeziehungen sind.

Erstens gemeinsame Sicherheit, zweitens Energie, drittens Förderung und Erweiterung der Erschließung des Handels und des Technologietransfers und viertens Hilfe für Entwicklungszusammenarbeit, bei der die Europäische Union weltweit eine moralisch führende Rolle spielt.

Über die nächsten sechs Monate hinweg wird ein Dialog über diese Ziele mit Nord- und Südamerika, mit den Mittelmeerstaaten, mit Afrika und Asien und den anderen europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, stattfinden. Diesen Dialog werden wir mit einer Vielzahl an Kontinenten über eine Vielzahl an Bereichen innerhalb eines engen Programms an internationalen Gipfeln durchführen, bei denen wir natürlich voll und ganz mit dem Präsidenten des Rates und der Kommission sowie mit dem Parlament zusammenarbeiten werden, da wir in den nächsten sechs Monaten wichtige Vereinbarungen treffen werden.

Wirtschaftliche Veränderungen, politische Veränderungen und Veränderungen der Vision und unserer außenpolitischen Perspektive, aufgrund neuer Akteure und der Globalisierung. Genau wie in der Wirtschaft, und ich habe bereits vor einigen Minuten gesagt, dass Europa auch im Bereich der Außenpolitik auf sich selbst setzen muss. Ich denke, dass Europa auf sich selbst setzen muss, dass die Außenpolitik die europäischen Interessen berücksichtigen und sie zu verteidigen wissen muss. Ein Schwerpunkt muss auf nachbarschaftliche Beziehungen gelegt werden. Meiner Meinung nach müssen wir ehrgeizigere Ziele festlegen und intensivere Beziehungen schaffen, denn zweifelsohne wird dort ein Großteil der europäischen Interessen liegen.

Die Veränderungen, die wir miterleben und die wir durch Reformen und Erneuerungen vorantreiben wollen, wirken sich auch auf die europäischen Bürger aus. Der Vertrag von Lissabon, und damit stimmen die Europäer überein, möchte, dass sich die Bürger den europäischen Institutionen näher fühlen. Die Europäer sollen die Europäische Union als „ihre Union“ anerkennen und Europa als eine Regierung, die ihnen nahe steht. Zur Umsetzung dieses Ziels bestehen neue Instrumente, die wir in den nächsten sechs Monaten einführen und fördern werden.

Das erste Instrument ist die Gesetzesinitiative der Bürger, welcher das Parlament sehr viel Bedeutung beimisst. Das zweite ist, dass wir in Zusammenarbeit mit der Kommission in diesem Zeitraum Wert darauf legen wollen, dass Fortschritte bezüglich des wichtigsten Bürgerrechts gemacht werden, auf das sich die Europäische Union konzentrieren kann, nämlich die Gleichstellung der Geschlechter. Die fortschrittlichsten, perfektsten Gesellschaften, in denen die Menschenrechte und die Wohlfahrt am besten umgesetzt wurden, sind diejenigen, in denen ein besonders hohes Maß an Gleichheit zwischen Männern und Frauen geschaffen wurde. Es sind die Gesellschaften, die sich am aktivsten im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und die Misshandlung von Frauen einsetzen. Dies sind Untaten, die in einer fortschrittlichen Gesellschaft wie der Europäischen Union unrechtmäßig und inakzeptabel sind. Deshalb schlagen wir vor, neue rechtliche Schutzsysteme einzuführen und zwar mithilfe einer europäischen Schutzanordnung und der maximalen Ausweitung des Schutzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt, worunter ein Großteil der europäischen Gesellschaften leidet.

Europäische Bürger müssen aufgrund unserer Absichten, unserer Vorschläge und unserer Initiativen auch wissen, dass der soziale Zusammenhalt und die soziale Eingliederung als Antwort auf die Armut in Europa, unabdingbare Aspekte der Union sind und dass, neben der Demokratie, Wohlfahrt und sozialer Zusammenhalt die wichtigsten Elemente der europäischen Identität sind. Die Wirtschaftsstrategie für das Jahr 2020 wird deshalb, wie ich bereits erwähnt habe, wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig sein müssen.

Um das Ziel der sozialen Nachhaltigkeit zu erreichen, schlage ich vor, dass wir einen maßgeblichen neuen Sozialpakt zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern in Europa schließen, einem maßgeblichen Sozialpakt bei der Entwicklung der Strategie für 2020. Sozialer Dialog und soziale Abkommen haben Europa stark gemacht, zu Zeiten der Gründung, in Schwächephase und jetzt in dieser Zeit der Erneuerung und des Wandels, nach einer ernsten Wirtschaftskrise; soziale Abkommen – und zwar der Sozialpakt – könnten eine treibende Kraft für die Ziele sein, die wir uns selbst für eine effiziente Führung setzen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich werde nun zum Schluss kommen und möchte allen Ländern der Europäischen Union noch einmal Spaniens Dank ausdrücken, insbesondere den Ländern, die unsere Integration gefördert und zu unserer Entwicklung beigetragen haben. Ich möchte unser Bekenntnis zu Europa und der Europäischen Union erneuern, unser Bekenntnis zu einer Lebensart, aber auch zu einer Art des Denkens und des Fühlens. Das beinhaltet eine Denkweise, die Demokratie, Gleichheit, Menschenrechte und Frieden befürwortet, sowie die Erkenntnis, dass unser Zusammenleben, die Vereinigung unserer Völker, die Vereinigung unserer Ziele und die Vereinigung unserer Geschichte uns ermöglicht hat, miteinander in Frieden zu leben. Heute und in der Zukunft kann uns das ermöglichen, weiterhin in einem Teil der Welt zu leben, in dem Wachstum, Wohlfahrt und Ideale herrschen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (ES) Herr Ministerpräsident Zapatero, die nächsten sechs Monate über wird Spanien den rotierenden Ratvorsitz des Rates innehaben. Spanien ist ein Land mit langer europäischer Tradition und großem europäischen Engagement, seitens seiner Regierung sowie seitens all seiner politischen Kräfte und seitens der öffentlichen Meinung und es hat einen Präsidenten, Herrn José Luis Rodríguez-Zapatero, dessen europäische Überzeugung unbestreitbar ist.

Der institutionelle Motor der europäischen Integration wird mit voller Leistung arbeiten, sobald das Parlament der neuen Kommission sein Vertrauen ausgesprochen und diesen beiden Organen eine starke, solide Basis verliehen hat, um eine ehrgeizige politische Agenda voranzutreiben. Ich hoffe, dass die Abstimmung sehr bald stattfinden wird.

Zuallererst möchte ich in dieser schweren Stunde für Haiti unsere vollkommene Solidarität mit der haitianischen Bevölkerung bekräftigen und unseren Wunsch, den Menschen und allen Opfern des Erdbebens vor Ort zu helfen. Das verheerende Erdbeben steht für uns seit dem 12. Januar an erster Stelle, und wir haben uns sofort bemüht, jegliche Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die Kommission ist momentan in der Lage, 130 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen, und die gesamten Bemühungen in Bezug auf Soforthilfe, einschließlich der Mitgliedstaaten, beläuft sich auf mehr als 222 Mio. EUR, wobei die Unterstützung des Katastrophenschutzes nicht mit eingerechnet wurde. Die Kommission könnte weitere 200 Mio. EUR an langfristiger Hilfe zur Verfügung stellen. Ich kann ihnen versichern, dass die Kommission und die Europäische Union die Werte und Prinzipien der Solidarität durch ihr Handeln vermitteln.

Haiti ist ein karibisches Land. Ich möchte deshalb hervorheben, dass ein sehr ehrgeiziges Programm für auswärtige Beziehungen für den sechsmonatigen spanischen Ratsvorsitz vorliegt. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, dass Lateinamerika und die karibischen Staaten für den spanischen Ratsvorsitz eine Priorität darstellen. Ich bin sicher, dass wir uns auf Spaniens besondere Berufung verlassen können, um sicherzustellen, dass der kommende Gipfel im Mai in Madrid mit den Staaten Lateinamerikas und den karibischen Staaten ein Erfolg für Lateinamerika und Europa sein wird.

Präsident der Kommission. – Lassen sie mich jetzt zu den politischen Schwerpunkten der nächsten Wochen und Monate übergehen.

Alles deutet darauf hin, dass entschlossenes und gemeinsames europäisches Handeln benötigt wird. Der vereitelte Anschlag auf das Flugzeug in Detroit hat uns daran erinnert, dass wir zusammenarbeiten müssen, wenn wir uns der Bedrohung unserer Sicherheit stellen. Kopenhagen hat uns daran erinnert, dass die internationale Gemeinschaft nicht automatisch das europäische Maß an Ambitionen teilt: Wie bereits bei den Diskussionen des G-20-Gipfels geschehen müssen wir einen positiven, zukunftsgerichteten internationalen Prozess vorantreiben. Nur mit einem vereinten Europa können wir die Globalisierung mitgestalten.

Aber wir müssen uns mit der Lage unserer Wirtschaft auseinandersetzen. Wir alle wissen, dass sich die europäische Wirtschaft momentan in einer heiklen Lage befindet. Durch entschiedenes Handeln konnten wir das Schlimmste verhindern. Aber wir laufen immer noch Gefahr, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt, und wir müssen den richtigen Zeitpunkt finden, ab dem wir uns auf die Sanierung der öffentlichen Finanzen konzentrieren.

Zur gleichen Zeit müssen wir aus der Krise lernen. Wir haben vollkommen verstanden, dass die Globalisierung real ist und dass wir sie zu unserem Vorteil nutzen müssen. Wir haben gezeigt, dass unsere Sozialschutzsysteme in der Lage waren, sich auf die außergewöhnlichen Umstände einzustellen und haben neue Sicherheitsnetze geschaffen. Aber wir haben auch gesehen, wo die klaren Grenzen der Mitgliedstaaten liegen, wenn sie im Alleingang handeln und dass koordinierte Maßnahmen der Europäische Union nicht nur Europa zugutekommen, sondern auch eine nie dagewesene globale Antwort der G20-Staaten zur Folge gehabt haben.

Jetzt müssen wir die richtige Zukunft Europas, die europäische Wirtschaft und die Gesellschaft gestalten. Die Herausforderungen, denen wir vor der Krise gegenüber gestanden haben, bestehen immer noch, wenn sie sich nicht sogar verstärkt haben: Wie ist mit den Folgen der alternden Bevölkerung, unserer demographischen Situation umzugehen, wie können wir vor dem Hintergrund der Globalisierung wettbewerbsfähig bleiben, und wie können wir den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft sicherstellen, um nur einige zu nennen.

Trotzdem habe ich Vertrauen in die Kapazitäten Europas. Ich glaube, dass eine Volkswirtschaft, die ihre Stärken wieder aufbaut, eine reelle Chance hat, ihre Energien umzuleiten. Auf eine Gesellschaft, die sich angesichts einer Wirtschaftskrise als robust erwiesen hat, kann man in Zukunft vertrauensvoll aufbauen. Und ein europäisches Wirtschaftssystem, dessen Stabilität sich in seinem Binnenmarkt, seinen Wettbewerbsregeln und dem Euro begründet, wird jetzt diese Vermögenswerte benötigen, um die Erholung von der Krise voranzutreiben.

Ich sehe in den nächsten Monaten ein Sprungbrett, um ehrgeizige Ziele zu stecken; Ziele, die ich in meinen politischen Leitlinien vorgestellt habe und über die im letzten Herbst hier im Europäischen Parlament beraten wurde.

Darin wird sich die „Europa 2020“-Strategie begründen. Wir müssen unsere Wirtschaft grundlegend überarbeiten, um uns den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können. Um uns mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern und den Gesellschaften im weitesten Sinne auf eine Umgestaltungsagenda zu einigen. Und um eine klare Richtung einschlagen zu können, auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen, innovativen, nachhaltigen und sozialen Marktwirtschaft, die in der Lage ist, auf globaler Ebene zu florieren.

Europa 2020 muss gleichzeitig eine mittelfristige Vision und kurzfristige Maßnahmen beinhalten. Je stärker und zielgerichteter wir unsere Sofortmaßnahmen gestalten, um unsere langfristigen Ziele auf den Weg zu bringen, desto weiter wird unser Vorsprung in Bezug auf zukünftiges Wachstum und Beschäftigung sein, Bereiche, die absolute Priorität haben.

Die erneuerte Strategie von Lissabon war in der Lage zu zeigen, wie strukturelle Reformen dem Wachstum und der Beschäftigung direkt zugutekommen. Aber lassen sie uns ehrlich sein: Die Krise hat viele Gewinne zunichte gemacht, und es gab auch einige Defizite. In Wahrheit liegen wir immer noch weit hinter unseren Wettbewerbern zurück, was unseren Forschungsaufwand, unsere Investitionen in die Bildung und unseren Anteil an der Produktion von Hochtechnologien betrifft.

Wir müssen jetzt die Europa 2020 Strategie nutzen, um neue Wachstumsquellen zu schaffen und das Potenzial des Binnenmarkts ausschöpfen, damit die europäische Wirtschaft angekurbelt wird. Dazu benötigen wir Know-how und Kreativität, um echte Werte in der Wirtschaft zu schaffen, Innovationen zu ermöglichen und deren Marktaufnahme von IKT bis hin zu beispielsweise neuen Energien und sauberen Technologien zu fördern. Das heißt, dass die Menschen die nötige Ausbildung für die Zukunft erhalten müssen und dass ihnen ein Arbeitsmarkt geboten wird, der in der Lage ist, Arbeitsplätze zu schaffen; außerdem müssen Maßnahmen zur Behebung der großen Probleme ergriffen werden, wie beispielsweise der Jugendarbeitslosigkeit.

Es liegt auf der Hand, dass wir uns in einer Notsituation befinden, was die soziale Lage und die Beschäftigungslage anbetrifft. Die Europäische Union muss einen starken Schwerpunkt setzen. Zusammen müssen wir auf EU-Ebene Maßnahmen festlegen, um die nationalen Bemühungen durch positive soziale Effekte zu ergänzen.

Auch die Wirtschaft muss im Hinblick auf die Zukunft gestaltet werden, wir benötigen eine nachhaltige Wirtschaft, die Ressourcen effizient nutzt sowie produktiv und innovativ ist. Die enormen industriellen Werte Europas müssen neu ausgerichtet werden, damit wir in den Märkten von morgen eine Vorreiterrolle spielen. Aber Europa muss in der Lage sein, eine solide, moderne und wettbewerbsfähige industrielle Basis zu bewahren. Aufgrund der Krise müssen wir jeden Euro optimal investieren, mehr als je zuvor. Und natürlich müssen wir unsere Reform der Finanzmärkte abschließen, um diese wieder im Dienst der Wirtschaft einzusetzen und nicht umgekehrt.

Das beinhaltet auch unsere KMU-freundliche Herangehensweise. KMU stellen den Sektor dar, in dem in der EU mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können, und wir werden ihnen und ihren Mitarbeitern einen Gefallen tun, wenn wir den Verwaltungsaufwand reduzieren und einen besseren und klugen Regulierungsansatz anwenden.

Wir alle haben durch unsere miteinander verbundene Wirtschaft ein Interesse daran, was sich auf nationaler und europäischer Ebene und zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten abspielt. Die aktuelle Krise führt uns nicht nur die Folgen globaler gegenseitiger Abhängigkeit vor Augen, sondern auch die negativen Auswirkungen, die eine spezielle Situation in einem Land auf den gesamten Euroraum haben kann.

Deshalb muss die Strategie Europa 2020 stärkere Koordinierungsmechanismen mitbringen, eine gemeinsame Vision und eine effiziente europäische Führung festlegen. Ich möchte Herrn Ministerpräsident Zapatero für sein klares Bekenntnis zum europäischen Ansatz bei Diskussionen über Wirtschaftspolitik, sein Engagement in Gemeinschaftsfragen und für die Rolle der Europäischen Kommission in dieser Vision sowie für die Umsetzung dieser Vision danken. Nur mit einem europäischen Ansatz, einer europäischen Vision und europäischen Instrumenten können wir Ergebnisse für unsere europäischen Bürger erzielen.

Das wird einer der maßgeblichen Aspekte von Europa 2020 sein: verstärkte Koordination der Wirtschaftspolitik, in der die Kommission ihre neuen Befugnisse, die sie durch den Vertrag erhalten hat, voll ausnutzen wird, einschließlich derer bezüglich des Euroraums.

Über diese Vorstellung würde ich gerne mit ihnen in den kommenden Wochen beraten, denn eine Lektion, die wir aus der Strategie von Lissabon gelernt haben, ist, dass für eine europäische Wirtschaftsstrategie das volle Engagement der europäischen politischen Gemeinschaft und der Sozialpartner benötigt wird. Um es deutlich zu sagen: In der Vergangenheit haben sich einige Politiker der Mitgliedstaaten gegen stärkere Führungsmechanismen in der Strategie von Lissabon gewehrt. Ich hoffe, dass alle europäischen Regierungen, nach all den Lektionen der gegenseitigen Abhängigkeit nicht nur auf globaler sondern auch auf europäischer Ebene, und allen Lektionen, die uns die Krise gelehrt hat, die Notwendigkeit erkennen werden, dass die volle Verantwortung für Europa 2020 übernommen werden muss und für wirklich koordinierte und kohärente Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik, wie in Artikel 120 und 121 des Vertrags von Lissabon festgelegt ist.

Lassen sie mich zuletzt noch hinzufügen, dass ich Europa 2020 auch als Mittel sehe, um unseren Bürgern Vertrauen und Hoffnung zu bringen. Wir dürfen nicht verheimlichen, dass Europa, wie ein Großteil der industrialisierten Welt, eine lange Zeit des langsamen Wachstums vor sich hat, wenn wir keine Maßnahmen ergreifen. Die Phase der Verschlimmerung, die vor der Phase der Erholung liegt, haben wir wahrscheinlich hinter uns, aber die Erholung wird nur langsam vorangehen. Wir müssen uns dem wirklichen Problem unserer Wirtschaft zuwenden, nämlich dass das Wachstumspotenzial Europas sinken könnte, wenn wir nicht jetzt kohärent und effizient handeln. Unsere Bürger, seien es Haushalte oder Unternehmen, sollten merken, dass die Europäische Union zur Lösung ihrer Schwierigkeiten und Ängste beiträgt. Für mich ist Europa 2020 vor allem eine Antwort darauf. Nämlich das europäische Projekt mit den konkreten Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger zu verknüpfen.

Deshalb begrüße ich auch die Initiative, am 11. Februar eine informelle Tagung des Europäischen Rates abzuhalten, um auf Ebene der Staats- und Regierungschefs ein erstes Gespräch zu führen. Meiner Meinung nach ist es absolut wichtig, dass Gelegenheiten gefunden werden, um diese Themen mit dem Parlament zu diskutieren, bevor und nachdem die Kommission ihr Konzept für Europa 2020 vorgestellt hat. Deshalb habe ich dies mit dem Rat und dem Präsidenten des Europäischen Rates bereits besprochen. Ich denke, wir sollten einen Ansatz verfolgen, der zumindest aus drei Teilen besteht: auf der informellen Tagung des Europäischen Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs sollte das Thema besprochen werden, auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates sollten die ersten wichtigen Vorschläge gemacht werden und auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni sollten die Leitlinien bestätigt werden, damit wir Zeit haben, dass Thema eingehend zu diskutieren, mit sehr aktiver Teilnahme vonseiten des Europäischen Parlaments.

Ich habe meinen Schwerpunkt heute auf die Wirtschaftspolitik gelegt, denn ich halte sie für Priorität Nummer Eins, was die Dringlichkeit angeht. Aber natürlich beschränkt sich unsere Agenda nicht nur auf die Wirtschaftspolitik. Die Herausforderungen der kommenden Wochen und Monate sind zahlreich. Lassen sich mich nur eins von vielen Beispielen nennen: die Nachbereitung der Konferenz von Kopenhagen über den Klimawandel. Während wir Zeit benötigen, um gemeinsam über die richtige strategische Ausrichtung des zukünftigen internationalen Vorgehens nachzudenken, sollten wir unsere Ambitionen bezüglich der bereits eingegangenen Verpflichtungen der Europäischen Union nicht herabsetzen.

Wir sollten des Weiteren unsere Bemühungen verstärken, mittels unserer internen Politik, mit der die Verbesserung und Modernisierung der industriellen Basis unserer Wirtschaft gefördert wird, sowie die Innovation und die Entwicklung neuer, sauberer Technologien, die Energieeffizienz und die Energiesicherheitsagenda, und indem wir diese Angelegenheit ganz oben auf die Umgestaltungsagenda für Europa setzen.

So wird man der Europäischen Union auf globaler Ebene die beste Basis bieten können: mit einer Europäischen Union, die bereit ist, zu handeln, die eine klare Zukunftsvision vor Augen hat und die entschlossen ist, ihr Ziel zu erreichen. Je mehr wir uns in der EU vereinigen und effizient zusammenarbeiten, desto erfolgreicher werden wir auf internationaler Ebene sein.

Ich freue mich sehr darauf, mit diesem Parlament zusammenzuarbeiten, damit der spanische Ratsvorsitz ein Erfolg wird und um sicherzustellen, dass in den nächsten sechs Monaten die Weichen stellen werden, um unsere gemeinsamen Ziele für Europa zu erreichen: Eine Europäische Union, die ihren Bürgerinnen und Bürgern näher ist und ihren Schwerpunkt darauf legt, konkrete Ergebnisse für Europa zu erzielen.

(Beifall)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Barroso. Bevor ich die Fraktionsvorsitzenden des Parlaments zu Wort bitte, möchte ich noch einmal auf die Bedeutung der Vision von Herrn Rodríguez Zapatero hinweisen. Es ist eine Vision der Entwicklung der Europäischen Union, die auf der Gemeinschaftsmethode beruht. Des Weiteren möchte ich mich bei ihnen, Herr Zapatero, bedanken, da sie die Rolle des Europäischen Parlaments hervorgehoben haben, eine Rolle die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon stark an Bedeutung gewonnen hat. Die zukünftige interinstitutionelle Struktur und das interinstitutionelle Gleichgewicht in der Europäischen Union werden auf der Kooperation zwischen dem Europäischen Rat, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament basieren.

Heute sagen wir voraus, welche Rolle wir in den vielen kommenden Jahren spielen werden. Nicht alles findet sich in den Verträgen. Deshalb ist es so wichtig, was unter dem spanischen Ratsvorsitz geschehen wird, denn er wird die politischen Gepflogenheiten festlegen, die über unsere Arbeitsweise entscheiden und über die Effizienz der Europäischen Union. Der spanische Ratsvorsitz ist hier von besonderer Bedeutung, und ich bin dankbar für die Vorstellung einer Vision, die größtenteils mit der Sichtweise des Europäischen Parlaments übereinstimmt.

Herrn Barroso möchte ich für die Darstellung des Standpunkts der Europäischen Kommission danken. Die Kommission arbeitet immer noch in der gleichen Zusammensetzung wie zuvor, aber ich möchte hier Folgendes ganz stark betonen: Wir verfügen über eine Europäische Kommission, es ist noch nicht die neue Kommission, aber die Arbeit in dieser Angelegenheit geht ohne Unterlass weiter. Ich möchte Herrn Barroso besonders für seine Präsentation der 2020-Strategie und der Art und Weise, wie sie koordiniert werden wird, danken. Dies ist eine grundlegende Angelegenheit: Die Art und Weise, auf die wir die 2020-Strategie in Zukunft koordinieren, wird sich auch auf der Gemeinschaftsmethode begründen müssen. Vielen Dank.

Jetzt möchte ich die Fraktionsvorsitzenden um ihre Kommentare und Anmerkungen bitten.

Joseph Daul, in Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der spanische Ratsvorsitz sieht seine Prioritäten in der Wirtschaft, dem sozialen Bereich, dem Klima und der Energie, und diese Themen werden zu Recht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit Europas stehen. Deshalb war es die erste Entscheidung Herrn Van Rompuys, einen Europäischen Rat einzuberufen, der sich der Wirtschaft und dem Klimawandel und jetzt natürlich auch der Strategie für Haiti widmet, was meiner Ansicht nach positiv zu bewerten ist. Sie haben das Thema Haiti bereits gesprochen, und ich denke, dass Europa in dieser Angelegenheit zeigen muss, dass es Herz hat, und über das nötige Know-how verfügt. Sie müssen dafür sorgen, dass der Rat stärkere Präsenz in Haiti zeigt.

Deshalb ist die Debatte, die sie, Herr Rodríguez Zapatero, bezüglich einer möglichen europäischen Wirtschaftsregierung selbst angeregt haben, willkommen, obwohl und vielleicht gerade weil die Meinungen zu diesem Thema momentan gespalten sind. Das ist normal; wir sollten keine Angst haben, meine Damen und Herren, auf europäischer Ebene über richtige Politik zu reden, und wir sollten ehrlich zu uns selbst sein.

Wir sollten uns nicht vor großen Debatten fürchten, und ich möchte dem amtierenden Herrn Ratspräsidenten für seinen Beitrag danken, denn die Wirtschafts- und die Sozialpolitik stehen im Mittelpunkt der Debatte: Die eine ist von großer Bedeutung für unsere Bürger und die andere benötigt kurz-, mittel- und langfristige Reaktionen. Wie Herr Barroso gesagt hat, ist dies der richtige Zeitpunkt, um zu fragen, wie die wirtschaftlichen Ziele der Länder der Union aussehen. Es ist in der Tat eine Frage des Überlebens für Europa und sein Sozialmodell.

Herr Rodríguez Zapatero, Sie wissen, was wirtschaftliche Schwierigkeiten sind. Wirtschaftliche Schwierigkeiten sind die Rekordarbeitslosigkeit von fast 20 % und das Haushaltsdefizit von fast 11 % in Spanien. Es muss klar gesagt werden, dass ihr Land mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Deshalb begrüße ich ihre Absicht, die Wiederherstellung des Wachstums und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zum A und O ihres Ratsvorsitzes zu machen. Um ehrlich zu sein, Herr Zapatero – und ich habe gesagt, dass wir ehrlich sein müssen – bin ich mir nicht sicher, ob die Lösungen, die sie und ihre politische Familie, der sie angehören, vorschlagen, um die Krise zu beenden und ein soziales Europa zu schaffen, am besten geeignet sind.

Nach Ansicht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), kann ein Ende der Krise und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht durch mehr öffentliche Ausgaben erreicht werden, sondern durch eine wirtschaftliche, steuerliche und ökologische Regelung, die Unternehmen und insbesondere Klein- und Mittelbetriebe begünstigt. Ich denke dabei besonders an Klein- und Mittelbetriebe, welche von der aktuellen Beschäftigungslage in unseren Ländern und Regionen betroffen sind. Sozialer Zusammenhalt, der von der Krise auf eine harte Probe gestellt wurde, sowie von den Skandalen der Boni und Belohnungen, die einige

Manager für ihre Unfähigkeit erhalten haben, kann nicht auf kleinen Handwerksbetrieben aufgebaut werden, sondern benötigt anhaltendes Wachstum, von dem möglichst viele Menschen profitieren.

Abschließend möchte ich mich an den Rat wenden, und dabei gleichermaßen an den rotierenden Ratsvorsitz und an die Präsidentschaft, um sie formal darauf hinzuweisen, dass sich die Zeiten mit dem Vertrag von Lissabon geändert haben. Der Rat und das Parlament müssen nun eng und als gleichwertige Partner zusammenarbeiten. Diese neue Beziehung erfordert natürlich rechtliche Normen – und diesbezüglich verlasse ich mich auf unsere Rechtsexperten, die voller Eifer mit der Umsetzung des neuen Vertrags beginnen wollen. Allerdings benötigt sie auch gegenseitiges politisches Vertrauen und symbolische Gesten. Hierbei möchte ich meinen Wunsch wiederholen, dass der Ratsvorsitz sich regelmäßig den spontanen Fragen der Abgeordneten des Parlaments stellt, wie es der Präsident der Kommission, Herr Barroso, seit einigen Monaten tut, und wie Sie es heute Morgen selbst getan haben, Herr Rodríguez Zapatero. Sie haben sechs Monate Zeit, um dieses Prinzip durchzusetzen.

Ich möchte dem amtierenden Ratspräsidenten somit für die nächsten sechs Monate meine besten Wünsche überbringen und hoffe, dass wir in dieser Zeit Europa gemeinsam voranbringen können. Ich wünsche Ihnen viel Glück.

Martin Schulz, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Die spanische Präsidentschaft, Herr Zapatero, hat ein ambitioniertes Programm. Dieses Programm haben Sie beschrieben. Sie haben die vier wesentlichen Schwerpunkte genannt: mehr Energiesicherheit, mehr Investitionen in die Informationstechnologie, mehr Bildung und Qualifizierung und die Bildung einer europäischen Wirtschaftsregierung, die dafür sorgen soll, dass diese Vorhaben auch durchgesetzt werden. Das ist der richtige Ansatz. Das wird Europa in eine neue Phase führen.

Denn die Herausforderungen für diesen Kontinent bestehen nicht darin, dass wir Parlamentssitzungen abhalten oder einen Gipfel nach dem anderen veranstalten. Wir haben viele Gipfel in der Vergangenheit veranstaltet. Die Gipfel lösen die Probleme nicht, auf den Gipfeln werden Probleme beschrieben. Was wir brauchen ist, dass die Lösungen für die Probleme in den Mitgliedstaaten tatsächlich umgesetzt werden.

(Beifall)

Die Reaktionen auf ihren Vorschlag einer Wirtschaftsregierung zeigen, dass genau dort das Problem liegt. Woran ist denn die Lissabon-Strategie gescheitert? Nicht daran, dass sie nicht umsetzbar gewesen wäre. Nein, sie war umsetzbar, die Lissabon-Strategie ist an der zögerlichen Haltung ihrer Mitgliedstaaten, ihre eigenen Versprechen einzuhalten, gescheitert. Deshalb ist der neue Ansatz, der frische Wind, den Sie mit diesem ambitionierten Programm in die Europapolitik bringen wollen, richtig.

Mich erinnern die alten Strukturen, die wir bislang gesehen haben, ein bisschen an das schöne Pferd Rosinante von Don Quichotte, der glaubte selbst auch, das sei ein Rennpferd. In Wirklichkeit war es ein alter Klepper. Auf Rosinante kommt man nicht ins 21. Jahrhundert. Da brauchen wir schon neue Ansätze, deshalb sind Sie auf dem richtigen Weg.

Was Europa braucht, ist ein bisschen das Übertragen des spanischen Modells auf Europa. Warum wir – das sage ich ausnahmsweise einmal – als Sozialistinnen und Sozialisten ausdrücklich hinter Ihnen stehen, ist, weil wir glauben, dass Ihre Regierung in Spanien eine avantgardistische Regierung ist. Sie haben es geschafft, gegen viele Widerstände und mit viel Mut dem Land einen enormen Modernisierungsschub zu geben. Dafür zollen wir Ihnen großen Respekt.

(Beifall)

Wenn Sie mit der gleichen Energie und mit der gleichen Entschlossenheit auf der europäischen Ebene handeln, dann werden Sie diesen Modernisierungsschub auch nach Europa bringen. Ich finde es mutig, wenn ein Regierungschef sagt, dass z. B. die Gewalt in der Ehe kein Problem der Nationalstaaten ist, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir überall haben, und dass wir in Europa in einer weit entwickelten zivilisierten Gesellschaft Gewalt gegen Frauen nicht als ein Kleindelikt, sondern als eine Menschenrechtsverletzung betrachten müssen. Das ist richtig.

(Beifall)

Diese politische Reanimierung, die wir in Europa brauchen, verbindet sich sehr stark mit unseren Erwartungen an Ihre Präsidentschaft, Herr Zapatero. Deshalb will ich hinzufügen: Was wir in Europa brauchen, ist auch

mehr Kontrolle in der Wirtschaft. Ich will das an einem Beispiel klarmachen, wo sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft zerstört wird, weil es nicht genug Kontrolle oder nicht genug Mut zur Kontrolle gibt.

Wenn wir über die Regulierung der Finanzmärkte und über die Regulierung des Bankensystems reden, dann müssen wir auch darüber reden, dass die gleichen Banken, die vor einem Jahr hunderte Milliarden Euro Staatsgelder bekommen haben, um ihr Überleben zu sichern, diese Gelder heute nicht etwa dazu nutzen, um Kredite zu geben, sondern um mit diesen Geldern der Bürger zu spekulieren und ihre Profite in die Höhe zu treiben. Das zerstört das Vertrauen in das Wirtschaftssystem! Das zerstört den sozialen Zusammenhalt! Und deshalb ist ein Teil Ihres Programms, endlich die Finanzmarktkontrollen umzusetzen, ein wichtiger Punkt, den wir als Sozialisten voll unterstützen.

(Beifall)

Die Sozialistische und Demokratische Fraktion, Herr Zapatero, steht hinter Ihrer Präsidentschaft. Ich glaube, dass das, was Sie hier vorgetragen haben, ein wirklich hoffnungsvoller Ansatz ist. Ich hoffe auch, dass die Kommission mit der gleichen Intensität und mit der gleichen politischen Ausrichtung wie Ihre Präsidentschaft handeln wird. Was wir dazu beitragen können, um die Kommission auf den richtigen Weg zu bringen, das werden wir in den nächsten sechs Monaten und darüber hinaus tun. Wir hoffen nämlich, dass diese Präsidentschaften von 18 Monaten dazu führen werden, dass nicht nach sechs Monaten ein völlig anderes Programm kommt, sondern dass die Kontinuität beibehalten wird.

In den nächsten sechs und den darauf folgenden zwölf Monaten während dieser Dreier-Präsidentschaft können Sie also mit der Unterstützung der Sozialisten und Demokraten rechnen. Also Glück auf, Herr Zapatero.

(Beifall)

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es gibt in der Tat zwei Schwerpunktbereiche für den spanischen Ratsvorsitz. Ich denke, dass auch Sie in der Tat zwei Schwerpunktbereiche haben. Egal wie viele Themen angesprochen werden, damit sie in den nächsten sechs Monaten gelöst werden, unserer Meinung nach gibt es zwei hauptsächliche Themen.

Erstens die Strategie nach Lissabon, nämlich die EU 2020-Strategie. Ich denke, dass dieser Name auf jeden Fall angemessener ist, denn schließlich unterscheidet die Bevölkerung nicht mehr zwischen dem Vertrag von Lissabon und den Strategien von Lissabon. Dies ist deshalb schon ein großer Fortschritt. Trotzdem müssen wir im Parlament ernst machen.

Grundsätzlich geht es nicht darum, herauszufinden, ob gewünscht wird, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren oder die Innovationsausgaben zu erhöhen. Darüber sind wir uns alle einig. Wir haben uns im Jahr 2000 geeinigt, wir werden uns im Jahr 2010 einigen, und wir werden uns auch im Jahr 2020 und 2030 einigen. Nein, die Frage bezieht sich auf ein anderes Thema und kurz gesagt lautet sie so: Sind der Rat und die Mitgliedstaaten bereit, die Methode zu ändern, die in der Strategie von Lissabon fehlgeschlagen ist? Ich beziehe mich hier auf die Methode der offenen Koordinierung – ein wundervoller Begriff – die beinhaltet, dass die Mitgliedstaaten – und nicht die Union – die Entscheidungen treffen und dass lediglich die Ergebnisse der verschiedenen Mitgliedstaaten verglichen werden.

Es ist, als wäre die Union zur OECD geworden. Es ist die Realität, denn sie veröffentlicht ein Dokument nach dem anderen.

(Beifall)

Schon ihre anfänglichen Erklärungen, Herr Präsident, fand ich sehr ermutigend: „Ja, wir werden für Veränderung sorgen“, sagen Sie. Die Dinge müssen sich ändern; wir brauchen das Zuckerbrot, wir brauchen die Peitsche. Wenn nötig, brauchen wir Sanktionen. Vor allem aber lassen Sie sich nicht entmutigen – das sage ich Ihnen und Herrn Moratinos ganz ehrlich – vom deutschen Wirtschaftsminister, der keine Sekunde lang gezögert hat, um Ihre Vorschläge zu kritisieren.

Es muss somit ein gutes Omen sein! Jemand kann nicht beispielsweise auf der einen Seite sagen, dass Griechenland nicht genügend Anstrengungen unternimmt und dass andere Länder nicht genügend unternehmen und gleichzeitig der Kommission und der Europäischen Union nicht die Ressourcen und Instrumente zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um einzugreifen. Entweder man tut das eine oder das andere. Aber nicht beides.

Deshalb möchte ich Sie ermutigen, diesen Weg weiter zu beschreiten, und ich kann Ihnen versichern, dass das gesamte Parlament, zusammen mit der Kommission, hinter Ihnen steht, wenn Sie auf diejenigen treffen, die weiterhin nicht einsehen wollen, dass die Notwendigkeit zur Intensivierung der Methode von Lissabon besteht.

Mein zweiter Schwerpunkt liegt darin, zu versuchen, nach der Konferenz von Kopenhagen eine andere Strategie bezüglich des Klimawandels zu finden. Wir müssen zugeben, dass unser Ansatz fehlgeschlagen ist. Das müssen wir aussprechen, und wir müssen es anerkennen. Es macht keinen Sinn zu sagen: „Ja, aber wir hatten Recht, die Methode war richtig“, und so weiter. Nein, es war nicht die richtige Methode. Die Strategie war schlecht, denn das Ergebnis war schlecht. Deshalb muss die Strategie geändert werden.

Ich schlage selbst vor, dass wir eine Strategie annehmen, die auf drei Elementen beruht. Das erste Element beinhaltet, dass die Europäische Union einen „Zar“ des Klimawandels ernennt, der die Aufgabe hat, im Namen der 27 Mitgliedstaaten zu verhandeln, damit die EU nicht wieder so vertreten wird, wie auf der Konferenz in Kopenhagen, auf der der dänische Premierminister, der schwedische Premierminister, der Präsident der Kommission, Herr Sarkozy, Frau Merkel, Sie selbst und Herr Brown anwesend waren.

Das hieß, dass es mindestens acht führende europäische Politiker gab, die verhandeln wollten. Es gab nicht einmal genügend Platz am Tisch! Es war sogar fast kein Platz mehr für Herrn Obama. Die Südafrikaner, die Brasilianer, die Inder und die Chinesen waren da, dann Herr Obama und darüber hinaus acht Europäer. Wie stellen sie sich vor, dass unter solchen Umständen eine Einigung erzielt werden soll und dass einem zugehört wird?

Lassen sie es uns also der WTO gleichtun; bei der WTO funktioniert es. Dort gibt es einen Zuständigen, der für die gesamte Europäische Union verhandelt und der Ergebnisse erzielt. Wir brauchen das Gleiche auf europäischer Ebene, wenn wir verhindern wollen, dass sich die Geschehnisse von Kopenhagen wiederholen.

(Beifall)

Darüber hinaus müssen wir meiner Meinung nach realistisch sein. Wir müssen in dieser Angelegenheit realistisch sein. Was wir brauchen ist ein trilaterales Abkommen zwischen den USA, Europa und China. Das muss das Ziel sein. All diese Strategien, bei denen nur gesagt wird: „Ja, wir werden sehen“, für die es keine Verbündeten bei den Vereinten Nationen gibt, werden in der Welt von morgen bedeutungslos sein. Die Welt von morgen ist die der Imperien, und wir müssen ein Imperium sein.

Das heißt, dass wir mit am Tisch sitzen müssen. Mit wem? Mit den Vereinigten Staaten und China. Wir drei müssen ein Abkommen erreichen; lassen sie uns nicht anfangen, davon zu träumen, ich weiß nicht wie viele Länder mit ins Boot zu holen. Im Endeffekt müssen wir eine Allianz mit den Vereinigten Staaten schmieden. Es sind die Vereinigten Staaten, mit denen wir eine gemeinsame Basis finden müssen. Das ist meiner Meinung nach im Emissionshandel möglich. Wir verfügen bereits über so ein Handelssystem, und sie werden sich uns anschließen, wenn wir in dieser Hinsicht ein Abkommen erzielen können. Das wird uns eine gemeinsame Basis bieten, um zusammen mit den Chinesen zu verhandeln.

Dies, Herr Präsident, sind meine beiden Schwerpunkte für den spanischen Ratsvorsitz, und ich bin überzeugt, dass Herr Rodríguez Zapatero diesen Ratsvorsitz mit seiner Hartnäckigkeit zu einem bedeutenden und effizienten Ratsvorsitz machen wird.

(Beifall)

Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Rodríguez Zapatero, Herr Barroso, zuerst möchte ich auf Ihre Anmerkung zu Haiti eingehen. Ich erinnere mich, dass im Jahr 2006 ein EU-Kommissar namens Michel Barnier die Schaffung einer europäischen Sozialschutztruppe vorgeschlagen hat, die EuropeAid hätte heißen sollen. Das war zu Zeiten der Kommission von Herrn Barroso. Wenn es EuropeAid heute geben würde, hätte Europa bereits eine größere Präsenz in Haiti. Herr Präsident, greifen sie den Vorschlag von Michel Barnier auf. Sie sehen, ich bin kein Sektierer.

Jetzt möchte ich mich ihren Anmerkungen über die Zukunft Europas zuwenden. Dabei möchte ich die Diskussion über ein weiteres Thema fortsetzen, das Herr Verhofstadt angesprochen hat. Sie sprechen von Wachstum, aber von welchem Wachstum? Welcher Art von Wachstum? Denn einer der Gründe für die Krise, für die ökologische Krise – schließlich gab es mehrere Krisen, nicht nur eine – war die steigende Produktion, die gleichzeitig schädliche Auswirkungen hatte. Deshalb werden wir die Fehler aus der Vergangenheit wiederholen, wenn wir auf europäischer Ebene nicht über die Art und Weise und den Inhalt des Wachstums diskutieren. Das ist bereits ein Thema, das berücksichtigt werden muss.

Das zweite Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, bezieht sich darauf, was sie über Wachstum gesagt haben und einen Pakt, beispielsweise gegen Energieabhängigkeit. Eine der Säulen im Kampf gegen die Energieabhängigkeit sind Energieeinsparungen. Wir in Europa müssen einen bedeutenden Pakt für europäische Investitionen in Energieeinsparungen entwickeln. Beim Umweltschutz geht es um Energieeinsparungen, um Milliarden an Investitionen und gleichzeitig um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Also lassen Sie uns nicht vergessen: erneuerbare Energien ja, aber mit Energieeinsparungen. Und in dieser Angelegenheit fordere ich die Europäische Union auf, sich zu entschließen bis 2020 nicht 20 %, sondern 30 % an Energieeinsparungen zu erreichen. Wir können es schaffen, wenn wir nur wollen.

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt; Sie haben über Elektroautos gesprochen. Das ist sehr gut! Es gibt jedoch noch eine weitere Überlegung. Mobilität hat nicht nur etwas mit Autos zu tun. Es gibt ein weiteres großes Projekt, das in Europa entwickelt werden könnte. Sie hatten Airbus, Sie haben die Hochgeschwindigkeitszüge TGV. Warum entwickeln wir also kein großes europäisches Straßenbahnprojekt? In ganz Europa besteht Bedarf an der Renovierung und der Modernisierung von Straßenbahnen, in Zentraleuropa, im Süden, in Lateinamerika, eigentlich überall. Dieses Projekt wäre eine Quelle für Beschäftigung und einen Teil der Fahrzeugindustrie werden sie nicht retten können. Auf diese Weise erhält dieser Teil der Fahrzeugindustrie eine andere Funktion, die im Zusammenhang mit Mobilität steht. Ein europäisches Straßenbahnprojekt ist auch eine Lösung für die Klimaprobleme, die aufgrund des Verkehrs entstehen.

In einem anderen Zusammenhang haben Sie zu Recht über Bildung und den Bologna-Prozess gesprochen. Das ist gut! Das Problem beim Bologna-Prozess ist allerdings, dass er von seinem ursprünglichen Ziel abgelenkt wurde. Anstatt ein Europa gleichwertiger höherer Bildung herbeizuführen, wurde die Hochschulbildung Europas in Schulbildung umgewandelt. Universitäten sind nicht länger Orte der Forschung und der Reflexion, sondern es sind Lernfabriken. Studienpläne wurden erstellt, die Studenten gar nicht ableisten können. Wenn Sie den Bologna-Prozess weiterführen wollen, müssen wir erst einen Schritt zurück machen und alle Studienpläne in Frage stellen, die in Verbindung zum Bologna-Prozess stehen. Die Antwort findet sich auf den Straßen der Universitätsstädte in ganz Europa, wo Studenten nicht gegen die Idee der europäischen Bildung demonstrieren, sondern gegen die Verschlechterung der Hochschulbildung, angeblich im Namen der europäischen Idee.

Abschließend möchte ich noch etwas zu Ihrem europäischen Sozialpakt sagen. Einem europäischen Sozialpakt und einem Sozial- und Umweltpakt. Bringen Sie die Unternehmen, die Gewerkschaften und die großen Umweltschutzvereine an einen Tisch. Sozialschutz wird ohne Umweltschutz nicht funktionieren. Diese Idee ist neu und – für die Kolleginnen und Kollegen der Rechten – dies ist eine der guten Ideen, die Herr Sarkozy in Frankreich hatte; sie wurde *Grenelle*, oder runder Tisch, zum Thema Umwelt genannt. Ich denke, es ist an der Zeit, in Brüssel einen runden Tisch zum Thema Umwelt zu veranstalten und dazu alle Sozialpartner und die wichtigen Vertreter der Umweltschutzorganisationen an einen Tisch zu bringen. Wenn Sie diesen Weg einschlagen, werden wir uns einig sein. Europa ist die Lösung. Was die Instrumente anbelangt, sollten wir sie zusammen entwickeln.

Timothy Kirkhope, in Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, ich freue mich, dass Spanien in dieser entscheidenden Phase der Europäischen Union den Ratsvorsitz übernimmt.

Zusammen mit der Mitgliedschaft Griechenlands und Portugals hat Spaniens Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft früh ein Beispiel dafür gesetzt, wie Europa zu einer neuen Demokratie beitragen und diese unterstützen kann. Seit 1989 sind viele andere Länder ihrem Beispiel gefolgt.

Spanische Abgeordnete aller Parteien haben maßgeblich zur Arbeit des Europäischen Parlaments beigetragen und im Parlament sowie in unseren Fraktionen ausgezeichnete Arbeit geleistet. Sie haben großen Einfluss ausgeübt, und vor diesem Hintergrund möchte ich besonders unserem Freund, Herrn Jaime Mayor Oreja, Anerkennung zollen, einer der einflussreichsten Persönlichkeiten des Europäischen Parlaments.

Der Ratsvorsitz beginnt zu einem kritischen Zeitpunkt für die Europäische Union, und ich wünsche ihr alles Gute, aber ich habe zugegebenermaßen Bedenken. In ihren ersten Tagen im Amt ist der Ratsvorsitz bereits gestrauchelt. Der Vorschlag, die Europäische Union sollte in der Lage sein, eine obligatorische Wirtschaftspolitik einzuführen, mit Sanktionen oder korrigierenden Maßnahmen gegen Mitgliedstaaten, die die Auflagen nicht erfüllen, anstatt einfach Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung zu koordinieren, ist zutiefst beunruhigend.

Es zeigt einen sehr altmodischen sozialistischen Ansatz der Führung und Kontrolle der Wirtschaftspolitik, der nicht mehr zur Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts verwendet werden kann. Ohne mich in die

Politik Spaniens einmischen zu wollen, gibt es in Großbritannien ein Sprichwort, welches besagt, dass man zuerst vor der eigenen Tür kehren sollte. Der Sozialismus tut das nicht.

Was wir benötigen ist eine Wirtschaftspolitik, die die Rechte unserer Mitgliedstaaten respektiert, den Austausch bewährter Praktiken fördert und sich darauf konzentriert, einen europäischen Mehrwert zu erzielen. Eine Politik, die die Vorteile des Binnenmarkts schützt und sie weiter ausbaut; eine Politik, die ein Umfeld herstellt, in dem Unternehmer und Firmen erfolgreich sein können, um Arbeitsplätze zu schaffen, unseren Lebensstandard zu erhöhen und zu einem stärkeren Zusammenhalt der Gesellschaft beizutragen.

Wir in der EKR-Fraktion setzen große Hoffnungen in die Europa 2020-Initiative als Rahmen für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft, und wir haben unsere eigenen zusätzlichen Vorschläge verfasst, von denen wir hoffen, dass sie diese Diskussion voranbringen.

Ich möchte noch etwas zur Außenpolitik sagen. Ich weiß, dass das Programm der Ratspräsidentschaft diesem Thema einige Bedeutung beimisst, aber ich möchte über ein Thema sprechen, das zwar genannt, aber meiner Meinung nach nicht hinreichend hervorgehoben wurde. Das Thema ist der Iran. Mit der illegitimen, brutalen und gefährlichen Regierung dieses Landes muss hart umgegangen werden. Wenn wir es mit der Nichtverbreitung von Atomwaffen ernst meinen, muss die iranische Regierung verstehen, dass obwohl der Iran ein Recht auf die Entwicklung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken hat, nicht zugelassen wird, dass sie die Welt betrügt und ihr Ziel der Herstellung von Atomwaffen weiterverfolgt. Einem Regime, das auf Mord und Gewalt zurückgreift, um sein eigenes Volk zu unterdrücken, ein Volk, das um eine Regierung seiner Wahl betrogen wurde, kann nicht getraut werden. Wir müssen handeln.

Der spanische Ratsvorsitz beginnt tritt sein Amt mit einer vollen Agenda an. Unsere Fraktion wird seine Vorschläge und Initiativen abhängig von seinen Verdiensten bewerten. Ob er fortschrittliche Politikmaßnahmen vorschlägt, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, um sich dem Klimawandel zu stellen, um die Freiheit und die Verantwortung des Einzelnen zu stärken, und um die Zusammenarbeit auf globaler Ebene zu fördern, in Bereichen, in denen gemeinsame Interessen bestehen. In all diesen Bereichen bietet Europa Vorteile und keine zusätzliche Last.

Wenn der Ratsvorsitz dies tut, wird er unsere Unterstützung erhalten.

Willy Meyer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (ES) Willkommen, Herr Rodríguez Zapatero. Leider hat meine Fraktion nicht das Gefühl, dass mit Ihrem Programm die grundlegenden Probleme gelöst werden. Unserer Ansicht nach, wäre die grundlegende Aufgabe dieser Präsidentschaft die Korrektur der aktuellen Wirtschaftspolitik gewesen, durch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und natürlich durch die Regulierung des Marktes mittels fortschrittlicher Fiskalpolitik.

Die Rezession in Spanien und in Europa und die Arbeitslosenzahlen, die es so seit den 30er-Jahren nicht mehr gegeben hat, sind Folge einer Politik, bei der nicht in den Markt und nicht in die strategischen Produktionssektoren eingegriffen wurde, der Finanzsektor mit inbegriffen. In diesem Hinblick sieht Ihr Programm leider nichts Neues vor. Einkommen aus Arbeit wird bestraft und Einkommen aus Kapitalerträgen wird begünstigt, weil es keine Harmonisierung der Fiskalpolitik gibt und weil das europäische Sozialmodell aufgelöst wird, teilweise durch die sogenannte Liberalisierung von Dienstleistungen.

Artikel 43 und 49 des Vertrags schützen ein Modell, das den Markt und die Freiheit der Märkte begünstigt, im Gegensatz zu den Rechten der Arbeiter und, wie sie wissen, gibt es bereits Urteile des Europäischen Gerichtshofs, die das Sozialdumping legalisieren. Das ist die wirkliche Realität. Deshalb ändert leider dieser Teil Ihres Programms, der für uns sehr wichtig ist, weder etwas, noch führt er neue Maßnahmen ein. Mit anderen Worten widerspricht er Ihrem Motto für den spanischen Ratsvorsitz: „Europa erneuern“.

In diesem speziellen Punkt gibt es keine Innovationen. Durch die Wahl von Herrn Barroso, die wir abgelehnt haben – während Sie ihn natürlich unterstützten – wird es so weitergehen, wie bisher, und wir sind der Meinung, dass diese Art von Kontinuität das europäische Modell beschädigt.

In Bezug auf die Außenpolitik sind wir nicht der Meinung, dass wir die militärischen Kapazitäten ausbauen sollten. Die Bilder von dem Desaster in Haiti, wo Kampfhubschrauber und Marineinfanteristen eingesetzt werden, schaden uns. Sie schaden uns! Militär ist nicht das, was bei Katastrophen wie der in Haiti benötigt wird. Wir benötigen Katastrophenschutz. Wir brauchen Ärzte, Architekten und Menschen, die das Leid dieser Tragödie stillen können.

Abschließend, Herr Zapatero, möchte ich auf den Gipfel mit Marokko zu sprechen kommen. Wir sind nicht mit dem weiter gehenden Status für Marokko einverstanden, während der Bevölkerung der Sahara das Recht

auf Selbstbestimmung verwehrt wird und sie permanent verfolgt werden, ich wiederhole, permanent von den marokkanischen Behörden verfolgt werden. Wir sind gegen diesen Gipfel. Unserer Meinung nach sollte es einen europäischen Gipfel über das Recht auf Selbstbestimmung der Bevölkerung der Sahara geben.

In Bezug auf den Staat Israel benötigen wir eine viel striktere Nachbarschaftspolitik, und wir müssen sicherstellen, dass Artikel 2 des Assoziierungsabkommens als Teil der Nachbarschaftspolitik eingehalten wird, denn Israel verletzt systematisch internationales Recht.

Marta Andreassen, *in Namen der EFD-Fraktion*. – Herr Präsident, vielen Dank. Herr Rodríguez Zapatero, ich habe Ihren Vorschlägen für den spanischen Ratsvorsitz aufmerksam zugehört, und ich kann Ihnen nur Glück wünschen. Ich werde mich jetzt auf eine reelle Gegebenheit beziehen.

Ich vertrete den Südosten Englands, und viele meiner Wähler haben – wie andere europäische Bürgerinnen und Bürger – jetzt lange Zeit unter dem Missbrauch der Urbanisierung an der Mittelmeerküste und in anderen Teilen Spaniens gelitten. Drei Berichte wurden von diesem Parlament verabschiedet, in denen die spanischen Behörden aufgefordert wurden zu handeln. Abgesehen davon, dass ein paar Politiker überzeugt werden konnten und ein neues Bodengesetz verabschiedet wurde, wurden aber keine spezifischen Maßnahmen ergriffen, um die benachteiligten Menschen zu schützen.

Die Probleme, denen meine Wähler gegenüberstehen, reichen von der dramatischen Situation von Len und Helen Prior aus Berkshire, deren Haus abgerissen wurde, da es nach Meinung der Behörden nicht gemäß des Küstenrechts gebaut worden war, über Fälle wie dem von Doreen Snook, auch aus Berkshire, in Alicante und dem von Herrn Lohmann in Lanzarote, die ihre gekauften Häuser nicht bewohnen können, da es keine richtige Infrastruktur und keine Dienstleistungen gibt.

Als spanische Staatsbürgerin schäme ich mich der Vorkommnisse in meinem Land. Ich mache mir große Sorgen um die Zukunft der spanischen Tourismusbranche, jetzt da die Presse über das Unglück dieser Menschen schreibt.

(ES) Herr Zapatero, ich werde mich jetzt in Ihrer Muttersprache an Sie wenden, die auch meine eigene ist.

Die betroffenen Personen sind keine sehr reichen Leute, es sind einfache Leute, die die Einkünfte ihrer Arbeit dafür aufgewandt haben, ein Haus in diesem Land zu erwerben, mit seinem milden Klima und den freundlichen Menschen, um dort ihren Ruhestand zu erleben. Diese Menschen müssen ungerechterweise Anwaltskosten und Kosten für andere Experten tragen, um sich vor Gericht verteidigen zu können, ohne große Aussichten auf Erfolg.

in Namen der EFD-Fraktion. – Die Europäische Union hat ihre Bevölkerung davon zu überzeugen versucht, dass sie da ist, um den Frieden in Europa zu erhalten. Wird diese Situation, die ich hier beschreibe, zu Frieden in Europa führen?

Sie sagen uns, dass Sie Europa aus der Krise verhelfen werden. Wenn Sie nicht in der Lage sind, das Problem, das ich gerade angesprochen habe, zu lösen, wie viel Glaubwürdigkeit werden Sie dann wohl bei der Lösung der Finanzkrise haben? Herr Zapatero, wir verlangen jetzt eine Lösung. Wir möchten, dass die Menschen in den Häusern leben können, die sie sich gekauft haben. Wenn das nicht möglich ist, müssen sie eine gerechte Entschädigung erhalten, die ihnen ermöglicht eine vergleichbare Immobilie zu erwerben.

Dieses Parlament hat bisher nur gedroht, die Subventionszahlungen an Spanien zu blockieren, aber ich kann ihnen versichern, wenn dieses Problem nicht während des spanischen Ratsvorsitzes gelöst wird, dann werde ich alles in meiner Macht Stehende tun, um diese Drohung in die Tat umzusetzen.

Francisco Sosa Wagner (NI). – (ES) Ich freue mich, an diesem besonderen Forum teilzunehmen, mit dem spanischen Ministerpräsidenten, jemanden, den ich sehr schätzte, seitdem er ein guter Jurastudent war.

Ich denke, dass mein Land durch den rotierenden Ratsvorsitz der Europäischen Union zufällig die beste Gelegenheit erhalten hat, um erneut zu beweisen, dass Spanien eine entscheidende Rolle in Europa spielen möchte.

Wie Herr Ministerpräsident Zapatero gesagt hat, war der Beitritt in die Europäischen Gemeinschaften in den langen Jahren der Diktatur ein Traum für die spanische Bevölkerung. Wir freuen uns deshalb ganz besonders hier zu sein, und wir genießen diese Erfahrung, denn wir wissen, meine Damen und Herren, dass diese Union aus Mitgliedstaaten, die wir hier vertreten, die einzige Antwort auf die Probleme ist, denen die Welt gegenübersteht, da die Einzelstaaten nicht in der Lage sind, effiziente Lösungen zu finden.

Es ist sehr wichtig für Europa, seinen Platz zu finden, indem es sich selbst definiert und die Werte verteidigt, die es zu Zeiten der Revolution festgelegt hat, die in den Büchern seiner brillanten Denker stehen und die im Ruf seiner Völker enthalten waren. Diese Werte sind die Freiheit, die Vernunftregel, der Laizismus und die Solidarität. Aus diesem Grund weiß ich, Herr Ministerpräsident Zapatero, dass Sie das Beste aus dieser Gelegenheit machen wollen, um den Vertrag von Lissabon umzusetzen.

Ich stimme mit den von Ihnen genannten Zielen überein, obwohl einige von ihnen vage sind und nicht zwischen nebensächlichen Angelegenheiten und grundlegenden Angelegenheiten unterscheiden. Aufgrund des Ziels bezüglich des Klimawandels bin ich der Meinung, dass die europäische Politik, die von der Kommission umgesetzt wird, die richtige ist, obwohl sie in Kopenhagen gescheitert ist. Wichtig ist, dass die Verschwendung in so vielen Ländern aufhört, denn Milliarden von Menschen sollten nicht unter den Folgen des Egoismus der reichen Länder leiden müssen.

Ich möchte auch den Schutz der Menschenrechte in dieser Welt stärker betonen. Wenn der Europäischen Union vorgeworfen wird, eine bürokratische Organisation ohne Seele zu sein, wird vergessen, dass ihre Seele in der Charta der Grundrechte liegt. In dieser Hinsicht glaube ich, dass der spanische Ratsvorsitz in folgende Angelegenheiten eingreifen sollte: Er sollte den Marokko-Gipfel nicht abhalten, bevor Marokko nicht die Resolutionen zur Sahara von den Vereinten Nationen einhält, ein Organ, das Sie schon bei anderen Gelegenheiten angerufen haben.

In Kuba und dem Iran sollten Sie gemeinsames Handeln zur Anerkennung der Organisationen, die sich der Regierung widersetzen, fördern, in Einklang mit der Debatte die hier gestern stattgefunden hat. Wenn Rechte unsere Seele darstellen, die Seele Europas, dann möchte ich es wagen, Sie daran zu erinnern, dass Sie, wie Sie in ihrer Rede zu Recht gesagt haben, einer gemeinsamen Energiepolitik als Rückgrat Europas viel Bedeutung beimessen. Ohne sie wird alles abgebremst, und sogar die internationale Politik läuft Gefahr, lediglich wie Rauch im Wind zu verfliegen.

Schlussendlich möchte ich Sie daran erinnern, nicht Ihre Zusage zu vergessen, den Städten von Ceuta und Melilla einen Status, der dem in äußerster Randlage gelegener Regionen ähnelt, zu verleihen.

Ich fasse zusammen: Verehrter Ministerpräsident Zapatero, mein lieber Freund José Luis, ich wünsche Ihnen viel Erfolg zum Wohle des starken und föderalen Europas, an das wir beide glauben.

José Luis Rodríguez Zapatero, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, zuerst möchte ich mich für den Ton und den Inhalt der Reden bedanken, die heute Morgen im Namen der verschiedenen Parlamentsfraktionen gehalten wurden.

Ich werde über die wichtigsten Angelegenheiten sprechen und mit der, die Herr Daul vorgebracht hat, anfangen. Vielen Dank für ihre Worte bezüglich des positiven Antriebs für die wirtschaftliche Governance, nämlich der gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Sie haben gefragt, worin das Ziel einer solchen wirtschaftlichen Governance, einer solchen Wirtschaftspolitik liegt, und, wenn Sie den Ausdruck verzeihen, einen ideologischen Streifzug in die möglichen Postulate einer sozialdemokratischen Idee oder eines sozialdemokratischen Projekts unternommen. Insbesondere haben Sie ihre Abneigung gegen die willkürliche Anhebung der öffentlichen Ausgaben zum Ausdruck gebracht und erklärt, dass Sie ein Umfeld vorziehen, das Unternehmen begünstigt.

Ich möchte gerne etwas klarstellen. Es hat wenig mit meiner Rede, aber viel mit meinen politischen Überzeugungen zu tun. Ich bin ein starker Befürworter des Stabilitätspakts. Ich bin ein starker Befürworter eines ausgewogenen Haushalts während des gesamten Konjunkturzyklus. Und zwar in solchen Maßen, dass meine Regierung, in den ersten vier Jahren, in denen ich Ministerpräsident war – vor der Wirtschafts- und Finanzkrise –, welcher ich jetzt noch bin, einen Haushaltsüberschuss verzeichnen und das Staatsdefizit auf 32 % des BIP senken konnte. Ich bin somit ein Konvertit. Defizite und Überschüsse sind Instrumente, die vom Konjunkturzyklus abhängig sind. Wie die meisten europäischen Regierungen war auch ich dafür, als Reaktion auf die Krise steuerliche Anreize zu schaffen, welche zu einem Haushaltsdefizit führen. Die öffentlichen Ausgaben sind leicht angestiegen, da private Investitionen nachgelassen haben. Das ist kein ideologisches Problem. Es ist ein Problem der Realität. Durch die Finanzkrise wurden private Investitionen eingestellt und Privatkredite eingefroren. Es scheint plausibel, dass die einzige Möglichkeit, um diesen Abschwung der Wirtschaft irgendwie abzubremsen, die Schaffung von Anreizen durch die öffentliche Hand waren. Das muss wieder ausgeglichen werden, soweit es die Umstände zulassen, und wir müssen zum Stabilitätspakt zurückkehren.

Wie andere Länder, wird mein Land ein großes Haushaltsdefizit haben, beziehungsweise hat mein Land bereits ein großes Haushaltsdefizit. Ich kann Ihnen allerdings auch versichern, dass mein Land seine Verpflichtungen gegenüber der Kommission für das Jahr 2013 erfüllen und zum Stabilitätspakt zurückkehren wird, der ein Haushaltsdefizit von maximal 3 % vorschreibt. Um das zu erreichen, halten wir uns, wie die Kommission weiß, an einen Sparkurs, einen strikten Kurs zur Haushaltskonsolidierung. Er ist strikt, was unsere öffentlichen Finanzen anbelangt, und wir werden ihn in die Tat umsetzen.

Ich stimme zu, dass wir ein Umfeld schaffen müssen, das Unternehmen, wirtschaftliche Aktivität, Initiativen und Wettbewerb begünstigt. In der Tat habe ich in meiner Rede stark für einen gemeinsamen Energiemarkt und einen europäischen Digitalmarkt plädiert. Das heißt mit anderen Worten wirtschaftliche Freiheit, Initiativen und Handel zwischen Europäern im Energiebereich zu fördern und den Wettbewerb zu unterstützen, denn dadurch werden die Preise gesenkt und technologische Innovationen gefördert. Im digitalen Bereich, auf den ich mich hier heute stark bezogen habe, setzen wir größtenteils auf die Zukunft, indem wir den E-Commerce und den Transfer aller Produkte fördern, die momentan im Bereich Kommunikationstechnologien entwickelt werden und einen wachsenden Anteil des BIP darstellen.

Unser Vorschlag und unser Plan für die 2020-Strategie ist deshalb, in Europa die Handelsbarrieren abzubauen und Wettbewerb, Innovationen und ein unternehmerisches Umfeld in Europa zu fördern. Des Weiteren müssen Regierungen, soweit das möglich ist, nicht das Umfeld der Geschäftstätigkeit verändern, sondern eingreifen, um das Umfeld zu korrigieren, welches Spekulationen begünstigt hat, entweder Finanzspekulationen oder Immobilienspekulationen. Das ist etwas anderes. Manchmal werden Spekulationen im Finanz- oder im Immobilienbereich willentlich oder unwillentlich aufgrund besonderer Grundsätze gefördert. Spanien ist dem zum Opfer gefallen, wie auch andere Bürger und nicht nur britische Bürger. Das ist der Wille der Regierung, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Sie sollten wissen, dass in Spanien eine Kompetenzverteilung besteht, nicht nur bei der zentralen Regierung, sondern auch bei den autonomen Gemeinschaften und den Räten. Es gibt natürlich Gesetze und gerichtliche Verfahren, aber ich bin mir Ihrer Argumente sehr bewusst und deswegen werden wir handeln.

Deshalb benötigen wir ein wirtschaftliches Umfeld, das geschäftliche Aktivitäten, Initiativen und Innovationen begünstigt, nicht aber die Finanz- und Immobilienspekulation.

Natürlich befürworte ich eine mäßige steuerliche Belastung, und ich vertrete kein gegenteiliges Modell, denn während meiner Amtszeit in der Regierung habe ich die Steuern für Unternehmen, die Einkommenssteuer für Arbeitnehmer und die persönliche Besteuerung gesenkt. Auf Basis einer interventionistischen Perspektive befürworte ich, was deren Philosophie im Hinblick auf Steuern und die Situation der Staatsfinanzen vorgibt.

Zuletzt möchte ich Herrn Daul sagen, dass ich die Position seiner Fraktion, der größten hier im Parlament, hinsichtlich der Rolle des Ratspräsidenten – des ständigen Präsidenten – und des Parlaments zur Kenntnis nehme. Ich denke, das ist ein wichtiges Thema. Ich befürworte alle europäischen Institutionen, die großen europäischen Institutionen, die eine gute Beziehung zum Parlament haben. Natürlich benötigen wir ein einflussreicheres Parlament, wenn wir Europa vergrößern wollen. Das ist meine Meinung.

Herr Schulz, ich danke Ihnen für Ihre Worte. Ich bin überzeugt, dass die Prinzipien der Europäischen Union viel mit den Prinzipien der Sozialdemokratie gemein haben und dass die Sozialdemokratie maßgeblich zur Schaffung der europäischen Idee und der europäischen Ideale beigetragen hat. Ich möchte – trotz des Einflusses anderer Ideen, die viele Probleme bei der Umsetzung hatten – unser Engagement für eine Vision des sozialen Zusammenhalts bekräftigen, einer Vision, bei der die soziale Komponente in der Demokratie grundlegend ist.

Herr Verhofstadt, ich bin Ihnen extrem dankbar für Ihre Worte. Ich stimme Ihnen praktisch in allen Punkten zu. Hinsichtlich der Koordination und dem Scheitern der Strategie von Lissabon ist die Methode der offenen Koordinierung fehlgeschlagen. Das ist uns bekannt. Wir haben die Methode im Jahr 2004 überarbeitet, und entweder wir nehmen sie jetzt ernst oder wir werden im Jahr 2020 wieder sagen, dass sie nicht funktioniert hat. Um zu regieren wird eine Gemeinschaftsmethode benötigt. Ich weiß nicht, warum einige von Ihnen von den Worten „Sanktionen“ oder „Anforderungen“ überrascht sind. Es gibt viele Entscheidungen in der Arbeitsweise der Europäischen Union, die Sanktionen beinhalten. Wenn Richtlinien nicht eingehalten werden oder wenn der Stabilitätspakt nicht eingehalten wird, ist es normal, dass es Sanktionen geben muss. Und es funktioniert. Das Parlament muss sich darüber im Klaren sein, – denn auch die Europäische Union muss das – dass die Dinge, die wir gemeinsam unternommen haben, zu guten Ergebnissen geführt haben. Es handelt sich dabei um Dinge wie den Euro, den Stabilitätspakt und den Binnenmarkt, der weiterentwickelt und vertieft werden muss, denn er trägt maßgeblich zum Wachstum und zur Wettbewerbsfähigkeit bei.

Ich stimme Ihrem Vorschlag in Bezug auf Kopenhagen und der anschließenden Strategie, der neuen Strategie, vollständig zu. Ich halte die Idee eines Hohen Vertreters in dieser Angelegenheit für interessant, und es stimmt, dass Kopenhagen nicht zu den Ergebnissen geführt hat, die wir uns gewünscht hätten. Es stimmt, dass Europa eine positive Stellung eingenommen hat, aber das war nicht das Ergebnis der Konferenz.

Herr Meyer, bei allem Respekt, es gibt einige Dinge, über die wir uns nicht einig sind. Ich habe bei Weitem kein konservatives Programm vorgestellt, sondern ein Programm der Reformen, abgesehen von der Tatsache, dass die Europäische Union beispielsweise in der Fiskalpolitik keine Zuständigkeit hat. Das Programm bezweckt vor allem, in Zukunft Zeit zu sparen, die Zukunft zu antizipieren und das ist meiner Meinung nach die beste Methode, um ein fortschrittliches Programm voranzutreiben. Ein fortschrittliches Programm sieht die Veränderungen voraus, antizipiert sie und ist in der Lage, Neuerungen vorzunehmen. Ich hoffe und vertraue darauf, dass die Europäische Union damit Schritt halten wird.

In Bezug auf Marokko teile ich Ihre Position nicht. Nordafrika und besonders Marokko ist von strategischer Wichtigkeit für die Europäische Union. Lassen Sie uns den Modernisierungsprozess durch Dialog und Kooperation voranbringen, und lassen Sie uns die Schlichtung des Sahara-Konflikts dem zuständigen Organ überlassen, den Vereinten Nationen, die Schritte unternehmen, die Spanien natürlich unterstützt und respektiert.

Was Haiti anbelangt, sehen wir in der Tat häufig Hubschrauber oder Kampfflugzeuge, die Konflikte anfachen und Regionen auf unserem Planeten bombardieren, und sie lassen sich nur schwierig mit unserem Gewissen vereinbaren. Es ist oft schwierig für unser Gewissen und unsere Überzeugungen, aber ich persönlich denke, wenn ich Hubschrauber und Marineinfanteristen sehe, die Lebensmittel verteilen, für Ordnung sorgen und Leben retten, dass sie Beifall verdienen.

(Beifall)

Für mich persönlich verdienen sie Beifall. Sobald Europa eine schnelle Einsatztruppe haben wird, was ich hoffe, würde ich den Vorschlag von Herrn Barnier unterstützen. Wie hier bereits gesagt wurde, wird diese zivile und militärische Aspekte abdecken, um uns in kürzester Zeit effizientes Handeln zu ermöglichen, mit den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen.

Ich habe Ihre Vorschläge zur Kenntnis genommen, Frau Andreasen. Natürlich möchte ich dem Vertreter der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz bestätigen, dass ich mit vielen Vorschlägen, die Sie in ihrer Rede gemacht haben, übereinstimme. In meiner gesamten Rede habe ich über nachhaltiges Wachstum, ökologisch nachhaltiges Wachstum gesprochen. Ich stimme Ihnen zu, dass mit Elektroautos ein neues Transportmittel gefördert wird oder gefördert werden sollte. Ich nehme Ihre Anregung zur Kenntnis, dass die ökologische Nachhaltigkeit im Sozialpakt eine wesentliche Rolle spielen sollte, und ich bin natürlich fest davon überzeugt, dass die Zukunft der Innovationen, der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität in der sogenannten „grünen Wirtschaft“ liegt. Außerdem liegt sie im Potenzial der Kommunikationstechnologien und natürlich in einer gemeinsamen oder einheitlichen Vision der Energieversorgung, wie Herr Sosa Wagner gesagt hat, da diese für die Zukunft der Europäischen Union von zentraler Bedeutung ist.

Herr Kirkhope, ich stimme Ihren Ausführungen zur Bedeutung meines Landsmanns, Herrn Mayor Oreja, zu, aber ich bin nicht der Ansicht, dass in den Ideen, den Initiativen und den politischen Vorschlägen, die ich dem Parlament unterbreitet habe, irgendwelche Vorschläge für mehr Kontrolle oder mehr Zentralisierung enthalten waren. Nein, es handelt sich um eine politische Initiative, die eine Ausweitung des Binnenmarkts ermöglicht und dass er mehr Bereiche abdeckt und somit mehr Wettbewerb entsteht und mehr Innovationen entwickelt werden. Wir sollen unsere Kräfte bündeln. Die Kräfte bündeln heißt nicht kontrollieren und sich zu vereinen heißt nicht führen. Im Gegenteil. Die Kräfte zu bündeln ist demokratischer und sich zu vereinen fördert die Zusammenarbeit.

Was meiner Meinung nach viel schädlicher wäre, wäre es, weiterhin an den 27 kleinen zentralisierten Kontrollsystemen festzuhalten, denn in einer globalisierten Welt würde das bedeuten, dass wir gegenüber den Akteuren, mit denen wir im Wettbewerb stehen und die über Binnenmärkte und eine gemeinsame Politik verfügen, wie die Vereinigten Staaten, China und Indien, einen Nachteil hätten. In kürzester Zeit wird sich herausstellen, dass wenn wir diese wesentlichen Änderungen als Europäer nicht vornehmen und diese neue Gemeinschafts-orientierte Wirtschaftspolitik nicht umsetzen, Indien und China uns in Bezug auf Produktion und Innovation einholen.

Nein, wir haben kein Interesse – wenn Sie mir dies mit allem gebührenden Respekt erlauben zu sagen – kein Interesse an Kontrolle und Interventionismus. Das steht nicht zur Debatte. Wenn wir über 2020 und

Regierungsführung sprechen, sprechen wir über unsere gemeinsamen Kapazitäten, die Summe der Synergien unserer 500 Millionen Bürger, auf einem Kontinent, der es geschafft hat, die industrielle Revolution hervorzubringen und durchzuführen, Energien bestmöglich zu nutzen und die größten wissenschaftlichen Fortschritte zu erzielen. Wenn wir all diese Kräfte bündeln, sind wir in der Lage eine führende Rolle zu spielen und unser Wirtschaftsmodell, unser Wachstumsmodell und unser Wohlfahrtsmodell beizubehalten. Das sind die Ziele.

Natürlich bin ich der Meinung, dass die Europäische Union eine klare Position bezüglich des Irans hat. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Der Iran muss sich an internationale Regeln halten und sich in die internationale Gemeinschaft einfügen – und natürlich muss die Europäische Union die Anforderung geltend machen, dass der Iran sich an die internationalen Regeln in Bezug auf die Verbreitung von Atomwaffen hält. Ich teile Ihre Sorge und Ihre Gefühle bezüglich dieses Themas.

Herr Sosa Wagner, ich freue mich, mit Ihnen an diesem Forum teilzunehmen, in dieser großartigen Institution, in diesen Zeiten und bei dieser Debatte. Ich habe Ihre Anmerkungen zur Kenntnis genommen. Dem, was Sie zum Thema Energie gesagt haben, auf das sich meine Rede größtenteils konzentriert hat, stimme ich vollkommen zu. Das Thema Energie wird zu einem Großteil darüber entscheiden, ob die Europäische Union in der Lage ist, in der Welt eine wichtige politische und wirtschaftliche Rolle zu spielen. Zweifellos werden wir wirtschaftlich und politisch stärker sein, wenn wir über mehr Energieverbundnetze verfügen und unsere Energieabhängigkeit reduziert haben.

Wie wir alle wissen, wurde der Verlauf unserer Geschichte von der Energie bestimmt. Sie hat bestimmt, wie gewisse Mächte andere Länder dominiert haben. Und all das durch die Kontrolle und Nutzung von Energie, aber natürlich geht es jetzt auch um Energieeinsparungen.

Die Europäische Union fördert eine Politik zum Schutz der Grundrechte und wird diese Politik auch in den nächsten sechs Monaten weiterhin fördern. Das tut sie auf intelligente Weise und indem sie versucht, sicherzustellen, dort, wo wir denken und hoffen, dass dies möglich ist, Fortschritte zu erzielen. Sie tut das in Bereichen, von denen wir denken, dass es besser ist, eine helfende Hand zu reichen, anstatt die Tür zu verschließen. Deshalb werden wir an dem Gipfel mit unserem Nachbarn Marokko festhalten. Wir werden jederzeit den Schutz der Menschenrechte fördern.

Alles in allem, Herr Präsident, bin ich extrem dankbar für die Beiträge aller Rednerinnen und Redner der verschiedenen Parlamentsfraktionen. Ich möchte allen Standpunkten gegenüber meinen Respekt zum Ausdruck bringen. Ich nehme die spezielleren Themen zur Kenntnis, die in direktem Zusammenhang mit meinem Land genannt wurden, das ich aufgrund dessen, was wir in den 25 Jahren unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union erreicht haben, mit größtem Stolz vertrete. Ich vertrete mein Land außerdem mit der größten Bescheidenheit, denn wir sind hier um zu teilen. Und der beste Weg, um zu teilen, ist es Bescheidenheit an den Tag zu legen und bereit zu sein, sich zu vereinigen, sich zusammenzutun, und das großartige Ideal der Europäischen Union gemeinsam zu verteidigen.

(Beifall)

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, ich denke, dass über die Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes allgemeiner Konsens besteht, natürlich mit ein paar Nuancen je nach Haltung der einzelnen Fraktionen, aber ich möchte auf ein Thema hinweisen, das in mehreren Reden aufgetaucht ist, nämlich auf die europäische Koordination, oder Kohärenz, sei es bei unserer Reaktion auf Naturkatastrophen außerhalb Europas oder bei unserer Reaktion innerhalb des Rahmens der Außenbeziehungen, beispielsweise nach Kopenhagen oder in Bezug auf die Wirtschaftspolitik. Diesbezüglich haben wir meiner Meinung nach eine Lösung, nämlich die Umsetzung des Vertrags von Lissabon. Wir müssen nicht lange suchen.

Was unsere Reaktion auf humanitäre Krisen anbetrifft, haben wir den berühmten Bericht von Herrn Barnier, der heute bereits genannt wurde. Es handelt sich dabei um einen Bericht, um den ich und der damalige rotierende Ratsvorsitz Österreichs Ihren Kollegen Abgeordneten und meinen guten Freund, Herrn Michel Barnier, gebeten hatten. Er war zu der Zeit nicht Kommissar, und ich habe ihn aus eigener Initiative gebeten, diesen Bericht zu verfassen.

Wir haben den Bericht erhalten, und ich sowie der damalige Ratsvorsitz haben ihn befürwortet. Er wurde im Anschluss aber nicht umgesetzt, da der Rat dies nicht gewünscht hat; das möchte ich klarstellen. Deshalb müssen wir für mehr Kohärenz in den externen humanitären Maßnahmen der Europäischen Union sorgen.

Jetzt bin ich der Meinung, dass die Lösung im Vertrag von Lissabon liegt. Wir haben einen Hohen Vertreter, der der Vizepräsident der Kommission und gleichzeitig Vorsitzender des Rates der Außenminister ist.

Deshalb habe ich in der neuen Kommission das Ressort „Internationale Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion“ ins Leben gerufen. Diesem Ressort wird sich ein Kommissar annehmen, wahrscheinlich eine Kommissarin, für den/die dies seine/ihre erste Aufgabe sein wird und der/die eng mit dem Hohen Vertreter und dem Rat zusammenarbeiten wird, sodass wir, davon bin ich überzeugt, eines Tages einen richtigen Auswärtigen Dienst haben werden, aber auch über Kompetenzen im Bereich Krisenreaktion und Katastrophenschutz verfügen werden. Das ist alles bezüglich der ersten Frage.

Die zweite Frage bezieht sich auf internationale Verhandlungen, beispielsweise im Anschluss an die Konferenz von Kopenhagen. Hierfür lese ich auch aus dem Vertrag von Lissabon vor, denn ich denke, dass viele ihn nicht gelesen haben. Artikel 17: „Außer in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und den übrigen in den Verträgen vorgesehenen Fällen nimmt sie die Vertretung der Union nach außen wahr.“

Es ist somit die Kommission, die die Union in auswärtigen Angelegenheiten vertritt, nicht der Europäische Rat. Ohne Zweifel wird es Staats- oder Regierungschefs geben, die ihr eigenes Land selbst vertreten werden. Wer aber vertritt die EU in auswärtigen Angelegenheiten, mit Ausnahme der GASP? Die Kommission.

Deshalb habe ich ein Ressort für die Klima-Agenda geschaffen und hoffe, dass der Kommissar, in diesem Fall eine Kommissarin, in Zukunft die nötige Unterstützung erhalten wird, um die Union in den Verhandlungen nach Kopenhagen vertreten zu können. Auch das möchte ich klarstellen.

Die dritte Frage bezieht sich auf die Wirtschaftspolitik. Auch hier muss im Vertrag von Lissabon gelesen werden. Es gibt Menschen, die der Meinung sind, Wirtschaftspolitik wäre eine rein nationalstaatliche Angelegenheit. Das stimmt nicht. Artikel 120 lautet: „Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat.“ Artikel 121 Absatz 2 lautet: „Der Rat erstellt auf Empfehlung der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht“, und weiter hinten – man muss den ganzen Artikel lesen – „Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, überwacht der Rat anhand von Berichten der Kommission die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat und in der Union.“

Es besteht also eine gemeinsame Kontrolle. Darüber hinaus, und das ist neu im Vertrag von Lissabon, kann die Kommission nun insbesondere konkrete Empfehlungen abgeben, ich zitiere: „Wird festgestellt, dass die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaats nicht mit den Grundzügen vereinbar ist oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden droht, so kann die Kommission eine Verwarnung an den betreffenden Mitgliedstaat richten.“ Und weiter: „Der Rat kann auf Empfehlung der Kommission die erforderlichen Empfehlungen an den betreffenden Mitgliedstaat richten.“

Das ist sehr interessant, denn auch das Parlament erhält in diesem Kontext Befugnisse: „Der Präsident des Rates und die Kommission erstatten dem Europäischen Parlament über die Ergebnisse der multilateralen Überwachung Bericht.“ Mit anderen Worten verfügen wir von nun an über die Mechanismen des Vertrags von Lissabon, und es besteht kein Bedarf, etwas Neues zu erfinden ...

(Kommentar ohne Mikrofon)

Nein, ja, natürlich, das habe ich schon getan. Ich brauche Ihre Unterstützung nicht, um das zu sagen ...

Außerdem stellt uns der Vertrag von Lissabon, wenn wir ihn wirklich umsetzen wollen, die Instrumente zur Verfügung, die wir benötigen, um Koordination und Kohärenz zu gewährleisten. Es besteht also kein Bedarf an politischer oder ideologischer Teilung in dieser Angelegenheit. Das ist mein Standpunkt – und ich muss ihn heute so stark betonen, da dies das erste Mal ist, dass ein rotierender Ratsvorsitz nach Art des Vertrags von Lissabon im Parlament zu Gast ist.

Der spanische Ratsvorsitz trägt eine große Verantwortung. Dies ist der erste rotierende Ratsvorsitz seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Zudem denke ich, wie Herr Zapatero gesagt hat – und er hat aufgrund seines Engagements für Europa mein vollstes Vertrauen – dass wir die Verantwortung tragen, den Vertrag in Wort und Geist umzusetzen. Wort und Geist des Vertrags von Lissabon sind jeweils sehr deutlich.

Ein stärkeres Europa! Ein stärkeres Europa, nicht um der Institutionen willen, sondern auf eine Art und Weise, die es den Institutionen ermöglicht, den wirklichen Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden.

(Beifall)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Barroso. Wir haben den Vertrag von Lissabon alle gelesen, und wir wissen, dass er nicht auf alles Antworten gibt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam eine Interpretation des Vertrags von Lissabon erarbeiten und dass wir gemeinsam unsere Arbeit der nächsten Jahre in der Europäischen Union planen.

Jaime Mayor Oreja (PPE). – (ES) Herr Ministerpräsident Zapatero, ich möchte Ihnen sagen, dass wir nicht nur einfach in einer weiteren Phase leben und dass wir nicht einfach nur in irgendeinem Moment in der EU und für die EU leben.

Sie und der Herr Vorsitzende Daul, haben Recht: Die Europäische Union und die europäische Bevölkerung weiß, dass ihr größtes Problem die Krise ist. Es muss hier allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass die Europäer vor der Wirtschaftskrise bei verschiedenen Wahlen mit geringer Wahlbeteiligung ein wachsendes Desinteresse an und eine Distanz zu den europäischen Institutionen gezeigt haben.

Deshalb hat sich die Krise der Werte schon vor und auch während der europäischen Integration abgezeichnet. Ich möchte Ihnen das mitteilen, denn durch die offensichtlichen Impulse, die vom Vertrag von Lissabon ausgehen werden, bietet sich uns die erste Gelegenheit, um die Kluft zwischen dem europäischen Volk und den europäischen Institutionen zu schließen.

Deshalb leben wir – oder sollten das zumindest tun – in einer Zeit des Wandels und der Veränderung, von der Sie gesprochen haben. Die erste Herausforderung, die vor uns liegt, ist allerdings folgende: Wir müssen in der Lage sein, den Prozess der Distanzierung der Europäer von der europäischen Politik umzukehren.

In Zeiten der Veränderung eröffnen sich immer auch Möglichkeiten. Sie bergen auch ein Risiko, aber ich ermutige Sie natürlich, einige wenige klare Ideen parat zu haben, die allen Europäern jederzeit mitgeteilt werden können. Deshalb halte ich eine Veränderung in der Einstellung aller europäischen Institutionen, von jedem von uns und auch von den nationalen Regierungen, Parlamenten und Politikern für zweifellos viel wichtiger, als den Vertrag von Lissabon selbst. Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon reicht nicht aus, um in der Lage zu sein, über Wandel und Veränderung in der Europäischen Union und die Ambitionen des europäischen Projekts sprechen zu können.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Dass oberste Ziel ist, dass uns die Europäer besser verstehen, da sie das nicht tun. Unsere Sprache ist unverständlich und manchmal nicht klar. Deshalb müssen wir in der Lage sein, anzuerkennen, dass dies ein eigenes Problem und eine eigene Herausforderung ist, damit wir näher an die europäischen Bürgerinnen und Bürger herankommen können. Wir müssen dem viel mehr Zeit widmen, viel mehr politische Energie und viel mehr politischen Antrieb, um zu gewährleisten, dass die Europäer uns verstehen können.

Meine Damen und Herren, durch den Vertrag von Lissabon werden alle Ratsvorsitze individueller, verschiedener und anspruchsvoller sein, und sie werden auch mehr Aufopferung und mehr Großzügigkeit von uns verlangen, als je zuvor. Ich freue mich deshalb sehr, hier sagen zu können, dass die spanische Partei *Partido Popular* die Ziele der spanischen Regierung bei dem europäischen Ratsvorsitz zu so o einem wichtigen Zeitpunkt für die Europäische Union unterstützt hat.

Was wir jetzt tun müssen, ist diese Prioritäten richtig umzusetzen. Ich werde Ihnen sagen, woran der spanische Ratsvorsitz gemessen werden sollte. Er wird nicht an der Zahl der Tagungen gemessen werden, die wir abhalten. Der Maßstab für einen guten Ratsvorsitzes liegt nicht in konventionellen Reden, großen Worten oder gängigen Eigenschaften. Er wird vielmehr an den Ergebnissen, den Realitäten, unserer Fähigkeit unsere Einstellung zu verändern – in allen europäischen Institutionen – und unserer Fähigkeit, die wirklichen Probleme der Europäer zu priorisieren gemessen werden. Das ist die einzige Möglichkeit, wie wir uns allen Europäern wirklich nähern können.

(Beifall)

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Im Namen der sozialdemokratischen Delegation in diesem Europäischen Parlament, welches, wie Sie sagten, das mit der größten Repräsentativität und der größten demokratischen Stärke in der Geschichte der Europäischen Union ist, möchte auch ich den spanischen Ratsvorsitz der Europäischen Union wärmstens willkommen heißen und wünsche Ihnen viel Erfolg in einer so wichtigen Zeit.

Dies ist ein entscheidender Zeitpunkt, dadurch dass endlich der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Aber auch aufgrund der neuen Institutionen, die ihr Amt aufgenommen haben: die neue Kommission, der ständige Präsident des Europäischen Rates und der Hohe Vertreter der Europäischen Union. Dies ist wichtig,

da wir die Gelegenheit erhalten, mithilfe des Vertrags von Lissabon und der neuen Institutionen zu tun, was zu tun ist, nämlich auf die gravierendste und schlimmste Krise seit 80 Jahren zu reagieren, die sehr ernste wirtschaftliche, finanzielle und auch soziale Auswirkungen hatte.

Zehn Jahre lang haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger einer institutionellen Debatte zugeschaut und am 7. Juni haben sie dieses Parlament gewählt, das 500 Millionen Menschen vertritt. Diese Menschen beobachten unser Handeln, sie setzen Erwartungen in uns und fordern Antworten auf ihre Fragen. Wo ein Mangel an Führung besteht, fordern sie Koordination und Kontrolle und wo ein Mangel an Transparenz besteht und Habgier herrscht, fordern sie, dass die Ethik der Verantwortung wieder hergestellt wird. Sie verlangen, dass wir die Krise überwinden und gestärkt aus ihr hervorgehen, aber dabei dem europäischen Modell treu bleiben.

Ich denke deshalb, dass der spanische Ratsvorsitz zu Recht mit der Bekräftigung der Werte angefangen hat: der Bedeutung der Gleichheit. Die Europäische Union basiert auf Gleichheit, Gleichheit vor dem Gesetz, aber Gleichheit ist auch das Rückgrat des Sozialmodells, im Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, beim Schutz der Schwächsten in der Gesellschaft. Gleichheit ist eine Verpflichtung im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und in der europäischen Schutzanordnung. Die Europäische Union basiert auch auf Qualität, denn durch Qualität werden zukünftige Innovationen sowie die Aus- und Fortbildung vorangetrieben und dadurch haben sich schon immer neue Möglichkeiten für diejenigen erschlossen, die vorher keine hatten.

Zudem gibt der Ratsvorsitz die richtigen Inhalte vor und hat auf die Bedeutung der 2020-Strategie verwiesen, die zugibt, dass die Strategie von Lissabon gescheitert ist, weswegen wir weder glücklich noch zufrieden sind, und dass wir uns für mehr Innovationen und bessere Energiere Ressourcen einsetzen müssen. Des Weiteren gibt es den Europäischen Auswärtigen Dienst, der die Lage in Haiti maßgeblich verändern soll, und den Aktionsplan für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Wenn Sie erlauben, möchte ich auch noch sagen, dass ich Ihre Einstellung für richtig halte und den Mut, angesichts der nationalen Vorurteile, des Rückgangs und der Resignation Veränderungen zu fördern ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Herr Zapatero, Präsident des rotierenden Ratsvorsitzes, ich wünsche Ihnen von Herzen viel Glück und Erfolg, denn das ist es, was Europa und seine Bürger brauchen.

Die Krise erfordert globales Denken und globales Handeln, wir müssen uns mit allen zusammenschließen. Wir müssen erfolgreiche lokale und regionale Modelle nutzen, die auf der realen Wirtschaft, auf der Zusammenarbeit zwischen den privaten und öffentlichen Sektoren und auf der Nähe zu den Bürgern basieren. Wir müssen die Regionen mit einbeziehen und die Entscheidungsprozesse mit ihnen zusammen aufbauen. Deshalb müssen wir auch den Vertrag von Lissabon umsetzen, denn dadurch werden sie zum ersten Mal eine Rolle spielen.

Ihr Programm lässt die Regionen außer Acht und klärt nicht, wie das Subsidiaritätsprotokoll angewandt werden soll. Gehen Sie Risiken ein, nehmen Sie Neuerungen vor, aber gewinnen Sie an Glaubwürdigkeit, denn niemand hier glaubt Ihren Worten, nachdem Spanien sein Budget für Innovationen gesenkt hat.

Ich freue mich, dass Sie sich für die Gleichheit zwischen Frauen und Männern einsetzen, aber Ihr Programm ist in männlicher Form verfasst, die Sprache thematisiert nicht einmal die geschlechtsspezifische Sichtweise. Ist das nicht ein schlechtes Zeichen?

Was das Baskenland betrifft, sollten Sie sich für den Frieden einsetzen, die produktive Wirtschaft unterstützen, den baskischen Hochgeschwindigkeitszug voranbringen und unser Steuersystem, unsere Politik und unsere Sprache in den europäischen Institutionen einführen. Europa wird geschaffen, indem Menschen, Wissen, Ambitionen und die politische Realität vereint werden. Das geschieht im Parlament, welchem Sie – wenn ich das sagen darf – Ihr Programm und Ihren Zeitplan dürrig und zu spät vorgestellt haben, und welches ein gewisses Maß an Respekt verdient, den ich noch nicht gesehen habe, nicht einmal bei der offiziellen Übernahme des Ratsvorsitzes am 8. Januar.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (ES) Willkommen Herr Ministerpräsident. Ich allerdings befürchte, dass Ihr Ratsvorsitz Gefahr läuft, für ein politisches Krokodil gehalten zu werden, das heißt, mit einem großen Mund und großen Vorsätzen, aber ohne Ohren, um zuzuhören.

Nichts würde mich mehr freuen, das verspreche ich, als Ihnen in sechs Monaten gratulieren zu können, dass Sie in dieser Zeit Maßnahmen eingeführt haben, die uns ermöglichen, die Krise zu bewältigen – was natürlich mehr und bessere wirtschaftliche Führung erfordert – und dass Sie die Europäische Union unter sozialen, ökologischen und demokratischen Gesichtspunkten umstrukturiert haben.

Trotzdem muss ich heute meine Bedenken darüber eingestehen, dass im Programm des Ratsvorsitzes beispielsweise die Ziele für Konjunkturprogramme vage sind und die Hinweise auf wirtschaftliche Führung in der Union geringfügig.

Des Weiteren müssen wir, um eine wirkliche Steuerreform in Angriff zu nehmen, die die europäischen Ressourcen einschließt, damit wir eine Sozialpolitik gestalten können, die klare grüne und ökologische Elemente enthält, absolut deutlich machen, dass diejenigen, die verschmutzen, auch zahlen müssen, und dass dies auch für betrügerisches und verantwortungsloses Verhalten gilt, ob bei Banken, multinationalen Konzernen oder Steuerhinterziehern. Ich halte Ihre Vorschläge auch für zögerlich, und sie enthalten zu viele Zugeständnisse an diejenigen, die schamlos unser Sozialwesen und unsere Umwelt verpfänden, heute und in der Zukunft.

Trotzdem sind sicherlich viele Gipfel während Ihres Ratsvorsitzes geplant, ob mit Lateinamerika oder den Mittelmeerstaaten, aber ich möchte meine Sorge auch in Bezug auf zwei Aspekte zum Ausdruck bringen. Der erste betrifft ihre Entscheidung, die universelle Gerichtsbarkeit zu überarbeiten, denn das schwächt uns angesichts von Völkermord und universellen Straftätern, sei es in Israel, China oder Guatemala. Der zweite bezieht sich auf Fälle wie die, unter anderem, der Sahara und Kolumbiens, bei denen Handelsabkommen über den Schutz der Menschenrechte gestellt werden.

Abschließend möchte ich Ihnen trotzdem gratulieren und Ihnen besonders meine Unterstützung in einem Punkt ausdrücken, nämlich in der Gleichstellung von Männern und Frauen. Ja, bei diesem Thema halte ich Sie für glaubwürdig, hier sehe ich Potenzial und denke, dass Sie grundlegende Arbeit leisten können, denn das haben Sie in vielen Bereichen bereits getan. Ich hoffe und vertraue darauf, dass Sie weiterhin ein Beispiel für die Länder setzen, die in dieser Hinsicht weit zurückliegen, und Sie werden vom Parlament unterstützt werden, wenn Sie das weiterhin tun.

Adam Bielan (ECR). – (PL) Herr Präsident, Herr Rodríguez Zapatero, Ihr Land hat den Ratsvorsitz in einer besonders schwierigen Zeit übernommen, in der – wie ich hoffe – letzten Phase der schlimmsten Wirtschaftskrise, die unseren Kontinent seit 80 Jahren heimgesucht hat. Deshalb ist es nur verständlich, dass Sie die Rückkehr zur wirtschaftlichen Entwicklung und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu ihren Hauptschwerpunkten der nächsten sechs Monate gemacht haben. Wenn Sie allerdings über wachsende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sprechen, müssen wir uns daran erinnern, dass dies nicht ohne eine Reform der Wirtschaft und ohne beispielsweise die Vollendung des gemeinsamen Marktes oder ohne den Kampf gegen das Wiederaufleben des Wirtschaftsnationalismus – wie zum Beispiel in Frankreich – erreicht werden kann.

Ich freue mich, dass das Thema der Energiesicherheit auch zu den Prioritäten Spaniens zählt. Herr Zapatero, ich komme aus Polen, einem Land, das besser als die meisten Länder versteht, dass es notwendig ist, die Versorgung mit den Ressourcen, die zur Energieerzeugung genutzt werden, zu diversifizieren, und ich meine damit die Diversifizierung der Versorgungsquellen und nicht nur die der Vertriebswege, von der uns die Lobbyisten der russischen Firma Gazprom überzeugen wollen. Ich hoffe, dass Sie in sechs Monaten auch auf diesem Gebiet maßgebliche Erfolge vorzuweisen haben.

Zuletzt komme ich zur EU-Erweiterung, die Herr Moratinos zu Recht als Angelegenheit von grundlegender Bedeutung bezeichnet hat. Wir debattieren hier heute zu einem Zeitpunkt, an dem ein bedeutender Nachbar von uns, die Ukraine, die auch im Hinblick auf die Energiesicherheit eine wichtige Rolle für uns spielt, die nächste Prüfung der Demokratie bestanden hat. Ich hoffe, dass wir in sechs Monaten sagen können, dass die Ukraine der Mitgliedschaft in der EU ein Stück näher gekommen ist.

Kyriacos Triantaphyllides (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, der spanische Ratsvorsitz widmet dem Governance-Programm bei der Beschreibung seiner Prioritäten für die Verbraucher nicht mehr als zwei Zeilen. Das illustriert die Bedeutung, die sie dem Verbraucherschutz beimisst. Deshalb fragen wir uns, was der Ratsvorsitz für die Verbraucherrechte zu tun gedenkt. Möchte sie sie schützen, indem sie die gesamte abwärtsgerichtete Harmonisierung überarbeitet, die vorgeschlagen wurde, oder möchte sie die angekündigten Zusagen einschränken?

Die fehlende Vision im sozialen Bereich beschränkt sich nicht nur auf die Verbraucher. Die Arbeitslosigkeit als Folge der aktuellen Krise hat die Bürgerinnen und Bürger der Union hart getroffen, und sie warten darauf, dass Maßnahmen ergriffen werden. Besonders junge Leute hat es hart getroffen. Als Antwort darauf fördert der Ratsvorsitz die Arbeitsfähigkeit junger Leute durch Lehrstellenprogramme und verschlimmert dadurch nur ihre Ausbeutung und erhöht die übertriebenen Gewinne der Unternehmen. Wir fordern den spanischen Ratsvorsitz dazu auf, sein Programm zu überarbeiten, um dauerhafte Arbeitsplätze für seine Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Rolandas Paksas (EFD). – (LT) Auch ich hoffe, dass der spanische Ratsvorsitz erfolgreich sein wird und dass Spanien zusätzlich zu den dargelegten Prioritäten auch einem Problem, das in diesen Tagen besonders aktuell ist, nämlich das der Menschenrechtslage und der Freiheiten, seine Aufmerksamkeit schenken wird. Nach einer Untersuchung des litauischen Parlaments in CIA-Gefängnissen kam ans Licht, dass in einem anderen Land, einem europäischen Land, die Infrastruktur eingerichtet worden war, um Menschen illegal zu inhaftieren. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika sind wie zwei Eckpfeiler der globalen Politik und Wirtschaft, sie sind Alliierte und Partner mit gleichen Rechten, aber das heißt noch lange nicht, dass sich CIA-Agenten in souveränen Staaten vor unserer Haustür wie Herrscher aufspielen können. Ich denke, das Europäische Parlament sollte erneut Untersuchungen zur illegalen Überstellung von Gefangenen und ihrer Inhaftierung in europäischen Ländern anstellen. Mit den Ergebnissen dieser Untersuchung sollte ein Dokument gekrönt werden, das Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Rechte und Freiheiten jedes Staatsbürgers bedingungslos zu gewährleisten.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Die Erklärungen des spanischen Ratsvorsitzes insbesondere über Einwanderungspolitik und Grenzkontrollen sind auf sehr merkwürdige Weise unbeständig. Besonders Spaniens Bekenntnis, dass diese Angelegenheiten auf europäischer Ebene geregelt werden sollten, klingt nicht aufrichtig, in Anbetracht der jüngsten Massenlegalisierung von illegalen Einwanderern; deren Preis auch die – sagen wir – nördlicheren Staaten Europas zahlen werden, ohne jemals ein Mitspracherecht in dieser Angelegenheit gehabt zu haben. Es ist mir auch aufgefallen, dass sich der spanische Ratsvorsitz weiterhin für aktive Einwanderungspolitik einsetzt, zu Zeiten einer sehr schweren Wirtschaftskrise, in denen keiner weiß, wie viele Millionen Europäer arbeitslos sind. Was wir wirklich brauchen, ist die Schließung unserer Grenzen, die vollständige Beendigung der Einwanderung und natürlich die wirtschaftliche Unterstützung der Staaten, die diese Unterstützung benötigen. Die weitere umfangreiche Einwanderung, die Sie befürworten, kann nur zu umfangreichen Problemen führen.

Werner Langen (PPE). – Herr Präsident! Herr Premierminister, Sie sind ein glänzender Rhetoriker – Kompliment! Aber was haben Sie uns eigentlich zu sagen? Was war Ihre Botschaft? Was war der Inhalt? Ich habe ja schon viele Reden gehört – Sie sind mein zweiunddreißigster Regierungspräsident –, aber so etwas inhaltlich Unverbindliches habe ich selten gehört. In Anbetracht der Krise, der anstehenden Gipfel, der notwendigen Härte der Finanzmarktregulierung, der Tatsache, dass der Rat in den vergangenen Monaten die Kommission alleine stehen gelassen hat: Wo ist Ihr Konzept?

Kollege Schulz muss in einem anderen Saal gewesen sein, wenn er das spanische Modell Ihrer Regierung hier als Modell empfiehlt! Europa kann sich keine 20 % Arbeitslosen leisten, damit das klar ist! Was ist denn an diesem spanischen Modell so gut? Wie haben Sie auf die Krise reagiert? Wie können Sie hier koordinieren? Wir fordern Ihre Führerschaft ein! Dann haben Sie uns hinter sich. Aber mit so etwas Unverbindlichem! Natürlich sind wir gegen Gewalt in der Ehe, wer ist das nicht? Ihr einziger konkreter Vorschlag war das Elektroauto – in Anbetracht der Krise, der Gipfel! Also, Herr Ministerpräsident! Und dass Ihnen der Kommissionspräsident den Vertrag vorlesen muss, was die wirtschaftspolitische Koordinierung angeht, und Sie mit großer Aufmerksamkeit das offensichtlich zum ersten Mal gehört haben – das ist aber merkwürdig!

Ich kann Ihnen nur sagen: Halten Sie sich an die Empfehlungen Ihres Parteifreunds Almunia. Der hat gegen die Widerstände des Rates am Stabilitäts- und Wachstumspakt festgehalten. Der ist das Vorbild! Helfen Sie ihm, dass er diesen Stabilitäts- und Wachstumspakt sichert! Helfen Sie ihm dabei, dann haben Sie uns an Ihrer Seite! Aber mit dieser unverbindlichen Wolkenschieberei kommen wir hier in Europa nicht weiter.

Hannes Swoboda (S&D). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident! Ich glaube, der Kollege Langen hat nicht genau zugehört, denn sonst hätte er gehört, dass hier eine klare Modernisierungsstrategie und ein Sozialpakt erwähnt worden sind. Es ist ja auch kein Wunder, dass der Sozialpakt bei Ihnen akustisch nicht ankommt, weil er ein wichtiger Beitrag dazu ist. Und Premierminister Zapatero hat sehr wohl von der Arbeitslosigkeit gesprochen, auch von der Arbeitslosigkeit in seinem Land. Die Arbeitslosigkeit insgesamt macht uns Sorgen. Aber er ist nicht dafür verantwortlich, sondern jene, die in den letzten Jahren eine maximale Deregulierung vorangetrieben haben. Das ist die Verantwortung derjenigen in Ihren Reihen, die das mit verursacht haben.

Dieser Sozialpakt ist insbesondere jetzt notwendig, denn wir wissen – und das ist der Punkt, bei dem Sie Recht haben, aber nur teilweise –, dass wir die Haushalte konsolidieren müssen. Aber wir wissen genauso, dass das nicht auf Kosten der sozial Schwachen gehen darf. Denn schon jetzt gibt es viele – lesen Sie die heutigen Zeitungen –, die z. B. aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen. Das ist nicht nur ein individuelles, fatales Schicksal, sondern etwas, was das Wirtschaftswachstum beeinflusst, weil wir genau wissen, dass die unteren sozialen Schichten entsprechende Konsumneigungen haben und die Wirtschaftsentwicklung, das Wirtschaftswachstum auch deswegen gefährdet ist, weil wir zu wenig Konsumausgaben haben. Und wenn wir die sozial Schwachen nicht durch einen Sozialpakt absichern, ist das nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, in der wir damit versagen, sondern auch eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der wir versagen würden. Daher ist dieser Sozialpakt sehr wichtig.

Herr Premierminister Zapatero, Herr Ratspräsident, gerade mit dem Sozialpakt haben Sie unsere volle Unterstützung!

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). - (ES) Herr Rodríguez Zapatero, im letzten September ist der Kommissar Herr Joaquín Almunia im Parlament vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung erschienen. Nachdem er von der Erholung der Exporte in Deutschland und der Konsumsteigerung in Frankreich berichtet hatte, sagte Herr Almunia, dass die Krise in Spanien viel länger andauern und viel schwerer verlaufen würde.

In der Tat hat die Europäische Kommission für Spanien in den nächsten fünf Jahren einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine starke Verschlechterung der Haushaltslage vorausgesagt, und dieses Jahr ist es sehr wahrscheinlich, dass die Kreditvergabe an Privatpersonen und Unternehmen abnehmen wird.

Ich habe Herrn Kommissar Almunia im September gefragt, warum Spanien sich weiterhin auf der Talfahrt befindet, während Europa sich bereits erholt. Er hat mir wortwörtlich geantwortet: „Weil die spanische Regierung nicht die Reformen durchführt, die Sie und ich für nötig halten.“ Die Krise herrscht auf globaler Ebene, aber die Lösungen werden auf lokaler Ebene durchgeführt. Viele europäische Länder haben die Krise schnell erkannt, schnell gehandelt und erholen sich somit bereits von ihr. Sie hingegen haben zwei Jahre verschwendet und stellen immer noch keine konkreten Lösungen zur Verfügung.

Herr Zapatero, Sie haben mit der schönen Tradition der PSOE in Europa gebrochen. Felipe González hat sich an den europäischen sozialdemokratischen Reformern orientiert, aber Sie sind sehr viel näher an der revolutionären populistischen Politik Südamerikas. Reformen verhelfen Nationen eher zum Fortschritt als Revolutionen, und Europa ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. Seien sie bescheiden und bereit zu lernen, aber kommen Sie nicht her, um uns zu belehren.

Ich habe zwei spezielle Fragen: Wann werden wir in diesem Haus Katalanisch sprechen können? Und schließlich: Wann wird der spanische Staat die internationalen Abkommen aufheben, die verbieten, dass Flüge aus dreiundzwanzig Staaten den Flughafen von Barcelona anfliegen?

VORSITZ Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

Oriol Junqueras Vies (Verts/ALE). – (ES) Guten Tag, Herr Rodríguez Zapatero. Vor einigen Jahren versicherten Sie uns, dass Spanien die Pro-Kopf-Produktion Italiens übertroffen hätte und die von Frankreich sehr bald übertreffen würde. Spanien führt jedoch gegenwärtig, nach Meinung internationaler Ratingagenturen, den Armutsindex der Europäischen Union an, mit einer Arbeitslosenquote von 20 % und einem Defizit von 78 Mrd. EUR.

Was ist geschehen, Herr Zapatero? Werden Ihre wirtschaftlichen Vorgaben für Europa dieselben sein, als diejenigen, die Sie in Spanien festgelegt haben?

Darüber hinaus wurde dieses Defizit nicht für den Aufbau weitgehender Kommunikationsstrukturen genutzt. Wann werden wir, die Bürger Europas, von einer entlang der Mittelmeerküste verlaufende Güterverkehrsachse profitieren, die Norden und Süden miteinander verbindet?

Es handelt sich um ein Defizit, das auch nicht genutzt wurde, um eine Veränderung des Produktionsmodells voranzutreiben. Wie können wir Europäer auf Ihren Wunsch vertrauen, die europäische digitale Agenda umzusetzen, nachdem Sie gerade den Forschungsetat halbiert haben?

Im Gegensatz zur Ihren hier vertretenen europäischen Kolleginnen und Kollegen, weigert sich Spanien weiterhin, den Kosovo anzuerkennen. Wie lange werden Sie noch fortfahren, die Geduld der internationalen

Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, indem Sie sich weigern, das Referendum zur Selbstbestimmung als demokratischen Ausdruck des Volkswillens zu akzeptieren?

Lajos Bokros (ECR). – (ES) Es ist recht bemerkenswert und zugleich symbolisch, dass der Ministerpräsident eines Landes mit der derzeit höchsten Arbeitslosenquote in der Europäischen Union von der Wichtigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen spricht. Aus diesem Grund möchte ich den Ministerpräsidenten der spanischen Regierung fragen, was besonders die wichtigsten Maßnahmen sind, um das Ziel der Senkung der Arbeitslosigkeit, nicht nur in Spanien, sondern auch in Europa zu erreichen.

Das spanische Regierungsprogramm ist extrem ehrgeizig. Sie möchte eine neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie beschließen. Gleichzeitig vergisst sie das Lissabon-Programm der Gemeinschaft, das die Umwandlung Europas in die wettbewerbsfähigste Region der Welt prognostiziert hatte. Wie kann man eine neue Strategie in Betracht ziehen und innerhalb eines Monats vorbereiten, ohne zunächst die Gründe für das Scheitern des vorangegangenen Programms zu analysieren?

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, diese Periode sollte eine vollständige Veränderung bei der Politik und der Prioritäten der Europäischen Union einläuten.

Die Arbeitslosigkeit hat mit mehr als 24 Millionen Arbeitslosen und einer Steigerung von mehr als 5 Millionen alleine im letzten Jahr ein alarmierendes Niveau erreicht, eine Situation, die zudem das Armutsproblem verschärft hat, von dem nunmehr über 80 Millionen Menschen betroffen sind. Wir benötigen einen Pakt für soziale Entwicklung und Fortschritt, der auf Produktion, insbesondere im Bereich Landwirtschaft und Industrie, und auf Beschäftigung mit Rechten und sozialer Eingliederung abzielt, anstatt wieder auf den Stabilitätspakt mit seinen Liberalisierungen und neoliberalen Diktaten zu bestehen, wie der Ratspräsident getan hat.

Wie wir bereits gesehen haben, waren es diese beiden, die zu einer gesteigerten Ungleichheit, der Priorisierung von größeren Gewinnen für die wichtigsten Marktteilnehmer aus dem Wirtschafts- und Finanzbereich beitrugen. Zur selben Zeit können durchschnittlich mehr als 21 % der jungen Leute keine Arbeit in der Europäischen Union finden, lebt eines von fünf Kindern in Armut und ist die Diskriminierung von Frauen erneut im Anstieg befindlich. Angesichts all dessen ist die Herausforderung, die aktuelle Politik zu durchbrechen ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Mario Borghezio (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, übereinstimmend mit den Eurobarometer-Indikatoren hat Spanien die vierthöchste Armutsrate nach Litauen, Rumänien und Bulgarien, nämlich 21 %.

Unter diesen Umständen und mit den mehrmals vorgebrachten Zahlen, nicht zuletzt über die Arbeitslosigkeit, welche Art der Einwanderungspolitik schlägt der spanische Ratsvorsitz vor? Der spanische Ratsvorsitz äußert den Wunsch, die Zuwanderung zu erhöhen.

Gegenwärtig erscheint mir all dies deutlich widersprüchlich. Aus Sicht Madrids, warum muss Spanien und warum müssen andere Länder – Spanien ist nicht das einzige Land mit einer solchen Arbeitsmarktsituation – neue Arbeitskräfte importieren? Brauchen wir Neuzugewanderte ohne Zuhause oder Arbeit? Möchten wir die bereits Besorgnis erregende Zahl derjenigen erhöhen, die am Existenzminimum leben?

Ich glaube, dass wir uns stattdessen auf dem Zuwanderungsgebiet auf ein wesentliches Ziel konzentrieren sollten, und zwar auf die Integration derjenigen Zuwanderer, die wir bereits in unserem Land haben und den Stopp ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, willkommen, Herr Rodríguez Zapatero. Ich gestehe, dass ich mich als eingefleischter Konservativer auf diese Debatte so vorbereitet hatte, als würde es sich um einen Stierkampf handeln; jedoch haben Sie so von Gleichheit und Menschenrechten gesprochen, dass ich jetzt erkennen kann, was uns verbindet, nicht was uns trennt. Sie sind ein zurückhaltender Matador gewesen; ich werde ein zurückhaltender Stier sein, und ich werde in meinem Gatter bleiben.

Gestatten Sie mir jedoch, auf zwei besonders leidige Fragen über den Beitrag zurückzukommen, den Sie über die Auslegung der Umsetzung des Vertrags von Lissabon machen können. Sie haben in Ihrem Land auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips diverse Politikbereiche festgelegt, womit die identitätsgebundenen

Forderungen vieler Gemeinschaften – nicht unumstritten – unterstützt werden, von den Katalanen bis zu den Basken, von den Valencianern bis zu den Galiziern.

Wie beabsichtigen Sie jetzt, das Subsidiaritätsprinzips im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, anders gesagt: den Wunsch der Mitgliedstaaten auf den Behalt ihrer eigenen Traditionen, ihrer eigenen Identitäten, ihrer anerkannten Werte zu verteidigen, sodass das Gründungsprinzip der Europäischen Union – „In Vielfalt geeint“ – bekräftigt wird?

Meine zweite Anfrage betrifft die Rolle des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik: Wer ist nach Lissabon, wer von Ihnen selbst, Präsident Van Rompuy und Präsident Barroso, dafür verantwortlich, Baronin Ashton zu erklären, dass es möglicherweise nach 12 Tagen an der Zeit wäre, in ein Flugzeug zu steigen und nach Haiti zu fliegen? An der Zeit, dass die Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft nicht nur über einen Etat, sondern auch über ein Gesicht und eine menschliche Fähigkeit zur Unterstützung verfügt, so wie es die anderen Führer internationaler Organisationen gemacht haben? Es sein, wir verwechseln Haiti mit Tahiti.

Adrian Severin (S&D). Herr Präsident, der spanische Ratsvorsitz ist der erste, der unter dem neuen Vertrag von Lissabon erfolgt.

Darin liegt die erste Herausforderung. Wir haben den Vertrag, benötigen aber dessen ordnungsgemäße Umsetzung und sogar mehr als das. Der europäische Sozialpakt und die europäische Wirtschaftsführung könnten Teil dieses „Mehr“ sein, jedoch benötigen all diese Bestandteile mehr europäische Finanzmittel und eine Harmonisierung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten. Leider wurden solche Anstrengungen stets von den nationalen Regierungen untergraben.

Ich hoffe, dass der spanische Ratsvorsitz in der Lage sein wird, diese mehr als in der Vergangenheit zusammen zu bringen.

Der spanische Ratsvorsitz müsste die zwei hauptsächlichen Widersprüche der Europäischen Gemeinschaft angehen: dem Widerspruch zwischen gesamteuropäischen Bedürfnissen und nationalen europäischen Egoisten sowie dem Widerspruch zwischen den Entwicklungsniveaus in den westlichen und in den östlichen Gebieten, mit deren Folgen für die politischen Befindlichkeiten. Die politische Befindlichkeit unterscheidet sich in den beiden Teilen. Es gibt das Gefühl, das mehr Europa nötig ist, das in den beiden Teilen aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Spaltung etwas unterschiedlich ausfällt. Ich hoffe, dass der spanische Ratsvorsitz in der Lage sein wird, damit fertig zu werden.-

Dies sind tatsächlich Herausforderungen, die erneut mehr gemeinsame Ressourcen und eine bessere politische Kohärenz erfordern. Ich denke daher, dass wir nicht nur den Vertrag lesen müssen, der genau der richtige ist und uns Möglichkeiten für mehr Kohärenz gibt, sondern auch dafür zu sorgen ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Silvana Koch-Mehrin (ALDE). - Verehrte Herren Präsidenten! Zum vierten Mal übt Spanien jetzt die Präsidentschaft in der Europäischen Union aus. Sie kennen die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament in sehr unterschiedlichen Situationen.

Jetzt haben wir den Vertrag von Lissabon, d.h. das Europäische Parlament ist jetzt für Sie der zentrale Ansprechpartner. In Ihrem Programm schreiben Sie, dass Sie die EU dort verankern wollen, wo die EU ihre Legitimität her bezieht, nämlich bei den europäischen Bürgern. Das ist ein sehr großes Ziel. Der Weg dahin kann nur über die Vertretung der europäischen Bürger gehen, nämlich die Parlamente. Daher freue ich mich, dass Sie sagen, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten, den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sei das Herzstück für diese Art von Weg. Sie wollen die Parlamente näher zusammenbringen, um die Bürger näher zusammenzubringen. Das ist gut.

Sie haben hier eine große Verantwortung, denn Sie sind die erste Präsidentschaft nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, andere Präsidentschaften werden sich an Ihnen orientieren. Sie sorgen sozusagen für die Blaupause. Ich würde mir wünschen, dass die nächsten Präsidentschaften sich an Ihnen messen müssen, was die Strukturen der Zusammenarbeit angeht. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Der Ratsvorsitz möchte Beitrittsverhandlungen auch mit Island beschleunigen. Meine Fraktion lehnt den Beitritt dieses Landes nicht per se ab, jedoch ist die Unsicherheit bei der Rückzahlung der Icesave-Kredite an das Vereinigte Königreich und an die Niederlande gegenwärtig zu groß. Island und Icesave sind über viele Jahre hinweg große Risiken eingegangen. Dem Verbrauch und der Vergabe von

Kreditlimiten wurden keine Grenzen gesetzt, und man machte einfach weiter. Internationale Organe wie etwa der Internationale Währungsfonds warnten vor diesen Risiken, aber nein, dieses Verhalten ging ungehindert weiter, bis die Rezession einschlug. Merkwürdig also, dass die Regierung in Reykjavik jetzt Krokodilstränen vergießt. Es gab schon eine geraume Zeit Anzeichen dafür, dass die Dinge ernsthaft schief laufen würden. Vorgewarnt bedeutet vorbereitet. Kurzum, Island kann der EU beitreten, wenn das Land seinen internationalen Verpflichtungen gerecht wird und es wurde klar festgelegt, wie und wann die Icesave-Kredite zurückgezahlt werden sollen. Dies ist der einzige Weg, das für einen Beitritt notwendige Vertrauen aufzubauen.

Miguel Portas (GUE/NGL). – (PT) Herr Rodríguez Zapatero, Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Produktionswachstum in Europa für die kommenden Jahre langsam und glanzlos verlaufen wird. Angesichts dessen verstehe ich nicht, warum Sie auf die Zurücknahme des Stabilitätspakts in seiner ursprünglichen Form bestehen, oder auch dem Schwinden öffentlicher Investitionen und Sozialausgaben.

Ich möchte Sie auch zu etwas befragen, was Sie in Ihrer Rede ausgelassen haben. Warum war keine Rede von Steuerparadiesen? Warum war keine Rede vom Widerstand bestimmter Mitgliedstaaten gegen das Bankgeheimnis? Warum war keine Rede von einer echten europäischen Initiative für die Besteuerung von Geldgeschäften?

Kurzum, ich wende mich an Sie mit der folgenden Frage: Warum bleiben Ihre Verpflichtungen stets bei der Gerechtigkeit in der Wirtschaft, einem Mindestmaß an Gerechtigkeit bei Wirtschaftsfragen, hinter den Erwartungen zurück?

Enikő Győri (PPE). – (HU) Unter den gemeinsamen Zielen möchte ich die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Schaffung neuer Arbeitsplätze hervorheben. Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass es in einigen Ländern Anzeichen für eine Erholung gibt, sich dies jedoch nicht in der Gesamtsituation für die Beschäftigung widerspiegelt. Was die Bürger der Europäischen Union wirklich brauchen, sind Arbeitsplätze. Dies ist die einzig annehmbare Basis für die Erneuerung der Strategie von Lissabon. Wir müssen sicherstellen, dass das neue EU-2020-Programm nicht die Fehler der Strategie von Lissabon. Fürs erste können wir nicht die Faktoren sehen, die es anders und glaubwürdiger als sein Vorgänger erscheinen lassen. Bisher haben wir nur sloganartige Ziele vernommen und einen extrem kurzen Zeitplan für deren Umsetzung.

Falls das Europäische Parlament so am Prozess beteiligt wird, wie es seiner Bedeutung angemessen ist, ist der Abschluss des Prozesses vor dem Ende des zweiten Quartals unmöglich. Wir benötigen ein ausgereiftes und harmonisiertes Programm, anstatt einer eilig aufgebauten Kommunikationskampagne. Lassen Sie uns Folgendes berücksichtigen. Wie teilen wir die Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten und der Union auf? Wie wird die Umsetzung der Strategie überwacht? Wen wollen wir von der neuen Strategie profitieren lassen? Wie will die Union die Interessen all ihrer Regionen, nicht nur bestimmter Industrien, Unternehmen oder Ländern vertreten? Wie sollen die Kohäsion und die Strukturpolitik harmonisiert werden? Wird unter Druck gearbeitet, so gibt es keine Zeit zur Beantwortung all dieser Fragen. Eile geht auf Kosten der Qualität.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Fragen auf europäischer Ebene, einschließlich der Ziele des zukünftigen ungarischen Ratsvorsitzes. Die erste betrifft die Schaffung einer gemeinsamen Strategie für die Wasserbewirtschaftung, da Wasser unser gemeinsames Gut ist. Das Konzept der Donau als einem grünen Korridor steht in diesem Zusammenhang. Unser weiteres Ziel ist die Hilfe gegenüber den europäischen Regionen. Wir müssen unseren Nutzen aus der Stärke dieser Gemeinschaften ziehen.

Marita Ulvskog (S&D). – (SV) Ich danke Ihnen für eine starke sozialpolitische Agenda, Sie haben unsere volle Unterstützung hierfür. Ich habe zwei Fragen. Die erste betrifft den Gipfel von Kopenhagen. Er ist gescheitert, und die Frage lautet jetzt, wie wir die Initiative in puncto Kampf gegen den Klimawandel zurückgewinnen können. Kann Spanien den Weg für ein bindendes Klimaabkommen in Mexiko ebnen, ohne die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern der Welt zu vergrößern? Besteht beispielsweise die Möglichkeit, sich um eine finanzielle Absicherung von Klimainitiativen zu bemühen, wobei keine Mittel von regulären EU-Hilfen zur Bekämpfung der Armut verwendet werden? Dies wäre eine wichtige Angelegenheit für den spanischen Ratsvorsitz.

Soweit es den Sozialpakt anbelangt, klingt dies äußerst interessant. Es gibt jedoch ein ernstes Problem: es gibt kein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Europas Arbeitnehmern und Europas Arbeitgebern mehr. Wir haben eine Entsenderichtlinie, die dieses Gleichgewicht gestört hat, wodurch ein derartiger Sozialpakt in Gefahr gebracht wird. Es gibt zu viel Lohndumping und zu viel rohe Ausbeutung.

Diana Wallis (ALDE). – Herr Präsident, ich möchte dem Herrn Ministerpräsidenten für seine sehr aufrichtige und europäische Rede zu Beginn des spanischen Ratsvorsitzes danken. Dies ist üblicherweise ein Moment,

um höflich zu sein und meine Kolleginnen und Kollegen wissen, dass ich immer sehr höflich bin; jedoch muss ich auf die Angelegenheit der zahlreichen britischen und anderen europäischen Staatsbürger zurückkommen, die Probleme mit dem Verlust Ihres Zuhauses in Spanien haben.

Ich komme darauf nicht wie der Vorredner aus einem antieuropäischen Blickwinkel zu sprechen; ich komme darauf aus einem proeuropäischen Blickwinkel zu sprechen, wo das Parlament immer wieder Zeit gehabt hat, Berichte erstellte und Anhörungen durch den Petitionsausschuss hatte. Es handelt sich um ein europäisches Problem. Es handelt um ein Problem hinsichtlich der Freizügigkeit. Es handelt um ein Problem hinsichtlich der europäischen Bürgerschaft. Es handelt sich um ein Problem der europäischen Justiz, dem Zugang zur Zivilgerichtsbarkeit.

Herr Ministerpräsident, es tut mir leid. Sie haben viele wundervolle Kommentare über die europäische Bürgerschaft und Fairness und Aufrichtigkeit gemacht. Ich hoffe sehr, Herr Ministerpräsident, dass sie diese Kommentare denjenigen europäischen Bürgern übersetzen können, die, wie ich bedaure sagen zu müssen, nach Ansicht dieses Parlaments aufgrund von administrativem Missbrauch vor dem Verlust ihrer Heimat und ihrer Erbsparnisse in Ihrem Land stehen.

Evžen Tošenovský (ECR). – (CS) Herr Ministerpräsident, im Schwerpunktprogramm für Ihren Ratsvorsitz haben Sie im Kapitel zum Transport, das GALILEO-Projekt genannt. Das GALILEO-Projekt zählt zu den größten und komplexesten Projekten der Europäischen Union. Während des spanischen Ratsvorsitzes sollte dieses Projekt bereits in seiner Umsetzungsphase zeitlich festgelegt sein. Ich möchte Sie bitten, diesem Projekt, das nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich gesehen komplex ist, mehr Aufmerksamkeit zu widmen, da dessen Förderung noch nicht vollständig geklärt wurde. Ich glaube, dass dank des spanischen Ratsvorsitzes dieses Programm erfolgreich erfüllt und das gesamte Projekt gestartet wird. Es handelt sich um eine gewaltige Aufgabe für den spanischen Ratsvorsitz, da sich daran weitere, höchst bedeutsame Projekte im Bereich Innovation, Telekommunikation und andere damit im Zusammenhang stehende Angelegenheiten anschließen werden.

Corien Wortmann-Kool (PPE). – (NL) Herr Präsident, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Präsident Barroso, Herr Kommissar Almunia, auch ich möchte mich auf die EU-Strategie 2020 konzentrieren, da die Notwendigkeit für Europa, sich um ihre Bürger und deren Arbeit zu kümmern, in diesen Krisenzeiten größer denn je ist. Sie haben angekündigt, dass EU 2020 ein wichtiger Schwerpunkt ist, haben jedoch anlässlich der Übernahme Ihres Ratsvorsitzes in Madrid einige umstrittene politische Äußerungen gemacht und erhielten einiges an Kritik, wenngleich es in der Tat eine wichtige Verantwortung ist dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten vom gleichen Notenblatt singen, was Diplomatie erfordert. Behindern Sie, der spanische Ratsvorsitz, nicht möglicherweise Präsident Van Rompuy mit diesen Aussagen? Sollten Sie nicht jetzt als Mitgesetzgeber und wichtiger Partner für das Europäische Parlament unter dem Vertrag von Lissabon in Richtung der Gesetzgebungsprogramme arbeiten? Ist es nicht tatsächlich Ihre Aufgabe – die außerdem in Ihrem Programm steht – eine entscheidungsfreudige Finanzmarktregulierung zu gewährleisten? Schließlich zeigte sich das Parlament in diesem Punkt vom Kompromiss über die Finanzaufsicht, der vom Rat im vergangenen Dezember erreicht wurde, enttäuscht. Sollten Sie vielleicht Ihre Energie mehr darauf konzentrieren und ebenfalls auf den Binnenmarkt, wo es viele Möglichkeiten für Verbesserung gibt? Die ist von Bedeutung für unseren Jobmotor, die kleinen und mittleren Unternehmen.

Was EU 2020 anbelangt, möchte die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), dass dem Gerangel der Mitgliedstaaten ein Ende bereitet wird und anstelle von konkreten Vorschlägen – hier schaue ich auch Präsident Barroso an – für eine solide, transparente Entscheidungsstruktur gesorgt wird, eine, die auch Subsidiarität respektiert. Brüssels Aufgabenbereich deckt beispielsweise nicht das Rentenalter ab. Sollte Brüssel Entscheidungen über Arbeitsmarkt- oder Bildungssystemreformen in Mitgliedstaaten treffen? Lassen Sie uns entscheidungsfreudig sein, lassen Sie uns aber auch die Subsidiarität respektieren.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Das von Ihnen präsentierte Programm ist sehr ehrgeizig – es könnte der Europäischen Union ermöglichen, große Fortschritte zu machen und da ich die Gelegenheit hatte, mehrere Mitglieder aus Ihrer Regierung zu treffen, weiß ich, dass diese beruflich sehr fähig und gut vorbereitet sind, dieses Programm umzusetzen – meinen Glückwunsch.

Ich freue mich insbesondere auf die Zusammenarbeit mit dem Justizminister und dem Innenminister, da dieses Gebiet mein Schwerpunkt in der Eigenschaft als Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament ist. Wir haben eine Menge Arbeit und eine ganze Reihe von Maßnahmen vor uns, einschließlich derjenigen, die Sie gestern Abend auf

unserer Sitzung nannten, die in der Hauptsache das Justizwesen und inneren Angelegenheiten betreffen; der spanische Ratsvorsitz hat entschieden, sich diesen Dingen mutig anzunehmen.

Es werden viele Fragen und viele Lösungen auf dem Gebiet der Grundrechte der Bürger der Europäischen Union benötigt, einschließlich des materiellen und des Verfahrensrechts von Teilnehmern an Zivil- und Strafverfahren sowie der Frage nach dem Schutz im Hinblick auf die Wiedereinführung der sozialen Dimension bei der Europapolitik. Wir müssen Themen betreffend der Zuwanderung und Asyl Beachtung schenken, und ich glaube, wir werden dies ...

Marian Harkin (ALDE). – Herr Präsident, eine der Veränderungen, von denen der Herr Ministerpräsident heute Morgen sprach, ist die Bürgerinitiative. In der Tat denke ich, dass passenderweise eines der Länder, deren Bürger mit „Ja“ für die Verfassung stimmten, mit der Umsetzung des Vertrags von Lissabon beginnt. In der Tat führte ich Spanien und die spanischen Menschen viele Male an, als ich für das „Ja“ Irlands zum Vertrag von Lissabon warb.

Wir als Politiker aber tragen eine Verantwortung sicherzustellen, dass Bürger sich dem wahren Potential der Bürgerinitiative und zugleich deren Grenzen bewusst sind. Wir wissen, dass es nicht nur eine Frage von 1 Millionen Unterschriften zu einem Thema ist. Das Thema muss in den Zuständigkeitsbereich der Union fallen, und wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können.

Zweitens erwähnten Sie, Herr Ministerpräsident, heute Morgen die Lebensmittelsicherheit. Es freut mich zu sehen, dass Sie im Rat der Landwirtschaftsminister bei der Frage der Verbesserung der Funktionsweise der Nahrungsmittelkette Fortschritte machen. Nahrungsmittelsicherheit kann nicht – und wird nicht – garantiert werden, sofern unsere Landwirte kein faires und einigermaßen stabiles Einkommen erzielen.

Zum Abschluss, Herr Ministerpräsident: mein Lob für Ihre Initiative, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen; ich freue mich darauf, von den Einzelheiten zu hören.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Lassen Sie mich am Anfang der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der spanische Ratsvorsitz trotz des ziemlich allgemein gehaltenen Programms konkrete Ergebnisse gegen Ende Juni erzielen wird.

Ich begrüße die Tatsache, dass sich der Ratsvorsitz für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums und die Sicherstellung der Mobilität von Forschern engagiert. Jedoch wird diese Aufgabe in einer Zeit von Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt schwierig zu bewältigen sein. Ich hoffe, dass das informelle Treffen der Arbeitsminister/innen Ende dieses Monats mit konkreten Ergebnissen auf diesem Gebiet zu Ende gehen wird.

Das Programm umfasst ebenfalls die Revision des Handlungsleitfadens für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V-Richtlinien). Es wäre für die Revision wünschenswert, ebenfalls die Donau-Strategie zu berücksichtigen, die, obwohl nicht direkt im Programm des Ratsvorsitzes erwähnt, eines der Engagements der Europäischen Kommission für 2010 darstellt.

Auf dem Energiesektor wäre es wünschenswert, den Europäischen Aktionsplan für Energieeffizienz zu verbessern und den Aktionsplan für Energie 2010-2014 anzunehmen. Im Hinblick auf das vorhergegangene glaube ich, dass dessen Überarbeitung auch einen Vorschlag zu finanziellen Mitteln umfassen sollte, insbesondere mit Blick darauf, Gebäude energieeffizienter zu machen. Der europäische Sanierungsplan hat die Beteiligung der Europäischen Union an der Finanzierung der Nabucco-Pipeline beinhaltet. Es liegt im Interesse der Europäischen Union, für diese Investition den Aktionsplan für Energieeffizienz 2010-2014 gleichermaßen fortzusetzen.

Soweit es die osteuropäische Partnerschaft betrifft, ist erwähnenswert, dass die Beziehungen der Europäischen Union zur Ukraine außerordentlich wichtig sind. Ebenfalls möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie zu bitten, die Region des Südkaukasus nicht zu vergessen, die eine wichtige alternative Energieressource für die Europäische Union darstellt, oder die Republik Moldau, die während der Übergangsperiode hin zur Demokratie dringend EU-Unterstützung benötigt.

Gianluca Susta (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Zapatero, vielen Dank für Ihr großes Bekenntnis, das Sie zu den von Ihnen angekündigten Themen während dieser Legislaturperiode abgegeben haben, wenngleich die Stunde der Auflistung sämtlicher nützlicher Themen vorbei ist, sondern praktische Anstrengungen zur Wiederbelebung Europas zu unternehmen sind.

Wir müssen diese Periode der Festlegung institutioneller Strukturen beenden und uns den großen Aufgaben zuwenden, die Europa weiterhin daran hindern, sich auf gleicher Augenhöhe mit seinen internationalen Partnern zu messen. Wir müssen wissen, ob die Europäische Union schon sehr bald imstande sein wird, einen Sitz in den Vereinten Nationen, einen Sitz bei den G20 als Europäische Union haben wird; ob sie eine größere steuerliche und soziale Harmonisierung wünscht und welche Ressourcen sie in den europäischen Wirtschaftskreislauf einbringen möchte, sodass sie wirklich das tun kann, was ihre internationalen Mitbewerber getan haben.

Wir müssen hier – und ich sage dies auch gegenüber Präsident Barroso – mit konkreten Maßnahmen zur Wiederbelebung Europas kommen, denn in sechs Monaten, werden wir nicht dieselben Ergebnisse sehen, die wir zuvor mit anderen früheren Erfahrungen gemacht haben. Ebenfalls möchten wir wissen, ob endlich die Zeit gekommen ist, dass, wie Kissinger vor 30 Jahren sagte, die großen Führer dieser Welt wissen, welche Telefonnummer sie wählen müssen, wenn sie jemanden in Europa sprechen müssen und sich nicht einfach mit den Mitgliedstaaten in Verbindung setzen.

Wie aus dem Vertrag von Lissabon hervorgeht, steht nicht nur die Würde Europas, sondern auch das europäische Sozialmodell auf dem Spiel, diese grundlegende Demokratie, die wir, die Abgeordneten der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament nachdrücklich fordern und auf die wir das zukünftige Wohl unserer Bürger basiert haben möchten.

Paulo Rangel (PPE). – (PT) Herr Präsident, Herr Rodríguez Zapatero, Herr Barroso, ich möchte deutlich machen, dass es gewisse Unklarheiten in der Rede gibt, die wir hier gehört haben, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftsfragen. Die Zielsetzungen und die erklärten Ziele sind gut, es bleiben jedoch gewisse Unklarheiten. Vor allem gibt es keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Jedoch möchte ich meinen Redebeitrag trotz dieses Vorbehalts auf institutionelle Fragen lenken.

Der spanische Ratsvorsitz redet viel über das Thema Bürgerinitiative und über die schnelle und zügige Umsetzung des Systems für den Auswärtigen Dienst. Gegenwärtig denke ich, dass auf einer institutionellen Ebene eine Aussage über die Beziehung mit den verbleibenden Institutionen ebenfalls wichtig wäre, da wir uns in der Anfangsphase des Vertrags von Lissabon befinden.

Ich glaube weiterhin, dass es wichtig ist, dass der Rat und der spanische Ratsvorsitz ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Kommission und dem Parlament deutlich demonstrieren, um zu klären, wie sich die Beziehungen zwischen Kommission und Parlament im Kontext des Vertrags von Lissabon gestalten werden, da der spanische Ratsvorsitz jetzt die einmalige Gelegenheit hat, Präzedenzfälle zu schaffen.

Was der spanische Ratsvorsitz mit den besagten Beziehungen mit der Kommission einerseits, mit dem Parlament andererseits und mit dem Präsidenten des Europäischen Rats selbst auch unternimmt, es belegt eindrücklich das, was als Erfolg des Vertrags von Lissabon angesehen wird.

Angesichts dessen hätte ich gerne detailliertere Informationen darüber, wie Sie die Beziehungsstruktur zwischen dem rotierenden Ratsvorsitz, der Kommission, dem Parlament und dem Ratspräsidenten sehen.

Alejandro Cercas (S&D). – (ES) Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Zapatero, willkommen, viel Glück und danke für Ihre Rede. Vielen Dank besonders für den Hinweis auf die Europäische Sozialcharta. Endlich versteht jemand im Rat, dass ein Europa nicht ohne Arbeitnehmer und noch viel weniger gegen die Arbeitnehmer gestaltet werden kann.

Endlich beginnt jemand im Rat zu verstehen, dass wir ein sehr ernstes Problem haben, mit Millionen von desillusionierten Menschen, mit Gewerkschaften, die merken, dass sie aus dem europäischen Integrationsprozess herausgehalten werden, der ausschließlich den geschäftlichen Aspekt betrachtet, seine politischen Ambitionen verloren hat und wenig soziale Ambition besitzt.

Zwei Aktionen haben diese Beziehung zwischen dem Parlament und der Gewerkschaftsbewegung vergiftet. Eine ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in ganz Europa, die eine Bedrohung gegenüber nationalen Sozialmodellen schafft, die andere ist die Arbeitszeitrichtlinie, die historische Errungenschaften und die Vereinbarkeit von Berufs- und Arbeitsleben bedroht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben von sechs Monaten der Veränderung gesprochen. Ändern Sie die Abläufe, ändern Sie den Kurs. Sie werden nicht alles ändern können, aber machen Sie sich auf einen neuen Weg, einen Weg, den Europa braucht, weil Europa Arbeitnehmer braucht und es nicht der Lage sein wird, nur ein wirtschaftliches Europa aufzubauen; es benötigt auch ein politisches und soziales Europa.

4. Begrüßung

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, ich wurde über die Anwesenheit einer Delegation der Nationalversammlung der Republik Korea informiert, die ich herzlich willkommen heiße. Wir möchte sie und den Leiter der Delegation, Herrn Lee Kang Rae, anlässlich des 12. interparlamentarischen Treffens zwischen unserem Parlament und dem Parlament ihres Landes herzlich willkommen heißen.

Das Europäische Parlament hat stets Frieden und Stabilität sowie die Verteidigung der Menschenrechte auf der koreanischen Halbinsel unterstützt. Selbstverständlich begrüßen wir die zunehmend aktivere Rolle der Republik Korea auf dem internationalen Parkett, und wir wünschen ihnen alles Gute bei der Führung des Vorsitzes der G20 in diesem Jahr.

Wir sind uns des umfassenden Assoziierungsabkommens zwischen der Republik Korea und der Europäischen Union bewusst, das in Kürze in das Ratifizierungsverfahren eintritt. Wir gratulieren unseren koreanischen Kolleginnen und Kollegen hierzu. Wir hoffen, dass ihre Teilnahme erfolgreich ist und insbesondere, dass sie das Privileg genießen, eine solche grundlegende Aussprache, wie die gerade in unserer Kammer stattfindende zu verfolgen.

5. Vorstellung des Programms des spanischen Ratsvorsitzes (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit der Aussprache der Präsentation des Programms des spanischen Ratsvorsitzes fortfahren.

Carlo Casini (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen dieses Parlaments freue ich mich, dass dem spanischen Ratsvorsitz die Erfüllung der im Vertrag über die Funktionsweise der europäischen Union vorgesehenen Strukturreformen ein Anliegen ist, insbesondere im Hinblick auf den Europäischen Auswärtigen Dienst, die Bürgerinitiative und auf das Festhalten der Europäischen Union an die Konvention für den Schutz der Menschenrechte, für die mein Ausschuss bereits einen Berichterstatter ernannt hat, den Spanier, Herrn Jáuregui Atondo, den Sie bereits kennen.

Jedoch haben Sie, Herr Zapatero, in einem am vergangenen Sonntag veröffentlichten Interview in der spanischen Zeitung *El País* den Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass das Gesetz zur Religionsfreiheit dazu führen könnte, dass Spanien Schritte zur Normalisierung innerhalb seiner gesamten öffentlichen Einrichtungen unternimmt.

Somit möchte ich diesbezüglich vorschlagen, dass wir sehr kurz über die Tatsache nachdenken, dass die Strukturen Europas ein Mittel zur Erreichung eines Ziels sind und dass das Ziel der Europäischen Union in Artikel 2 des Vertrags von Lissabon bekräftigt wird: Stärkung der Menschenwürde, Gleichheit, Freiheit und Solidarität. Ich muss daher einige Besorgnis über die Richtung, in die sich diese Wertediskussion bewegt, zum Ausdruck bringen.

Kulturelle Einheit geht vor wirtschaftliche Einheit. Europas Geist ist stärker als die öffentliche – entschuldigen Sie, rechtsprechende – Struktur. Europas Geist ist im Gespür für die Wahrheit und Schönheit des antiken Griechenlands, im Justizkult Roms verankert und auf der Grundlage dieses außergewöhnlich großen Erbes ist es das Christentum, das die Gleichwertigkeit aller Menschen hinzugefügt hat, stets gleichberechtigt, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod.

Heute bitten wir, im Namen des Kreuzes Christi nach Haiti zu gehen, in Haiti präsent zu sein, weil es um alle Menschen, insbesondere die ärmsten, geht.

Und so frage ich Sie: was bedeutet „Normalisierung“ im Hinblick auf Religionsfreiheit? Ist damit möglicherweise gemeint, dass alle Bürger an der öffentlichen Bekundung Ihrer Religion gehindert werden? Ist damit gemeint, die Wurzeln unsere Länder, einschließlich der christlichen Wurzeln, zu vergessen?

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Zapatero, Herr Buzek, meine Damen und Herren, in dieser Krisenzeit nimmt die Handelspolitik einen immer wichtigeren Platz in der öffentlichen Debatte ein, da die Europäer in zunehmendem Maße feststellen, dass die auf Unionsebene eingeführte Handelsstrategie einen direkten Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung ausübt

Vor dem Hintergrund des steigenden internationalen Wettbewerbs hat das Rennen um Kostensenkung den Verlust von zu vielen Arbeitsplätzen oder Standortverlagerungen zur Folge gehabt. Angesichts dieser Situation ist unsere Fraktion der Ansicht, dass der Handel ein Werkzeug zu sein hat, das den Zielen wie etwa der Schaffung von Arbeitsplätzen, dem Abbau von Ungleichheiten und der nachhaltigen Entwicklung dient. Während seiner Anhörung schien der Handelskommissar, Herr De Gucht, darin überein zu stimmen, dass der Handel kein Selbstzweck sein könnte.

Ich würde daher gerne erfahren, ob Sie im Zuge Ihres Ratsvorsitzes eine Reform der europäischen Handelspolitik unterstützen, um sicherzustellen, dass durch sie mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und sie viel enger mit einer wirklichen Industriepolitik verknüpft ist. Werden Sie ebenfalls Maßnahmen ergreifen, um den fairen Handel auf Weltniveau zu unterstützen, einen fairen Handel der in der Lage ist, Entwicklung, menschenwürdige Arbeit und die Achtung der Menschenrechte zu fördern? Mit anderen Worten, werden Sie verbindliche soziale und umweltpolitische Standards in unseren Vereinbarungen einführen?

Luis de Grandes Pascual (PPE). – (ES) Herr Zapatero, für einen Spanier wie mich ist es eine Ehre, Sie hier zu begrüßen, da Sie den Ratsvorsitz der Europäischen Union übernehmen. Dies ist eine Zeit vieler Erwartungen und Herausforderungen, und natürlich dürfen wir nicht darin scheitern, diesen Erwartungen gerecht zu werden. Es ist von Bedeutung, dass unsere Bürger erkennen, dass unsere modernisierten Institutionen fähig sind, den realen Problemen mit Lösungen zu begegnen.

Sie wissen, dass wir dem von Ihnen vorgelegten Programm zustimmen. Sie wissen, dass dies für die spanische *Partido Popular* eine Staatsfrage ist und dass wir bei allem hinter Ihnen stehen werden, was wir im gemeinsamen Interesse Europas erachten, und es liegt Spanien viel daran. Es ist ein ehrgeiziges und hoffentlich ein inhaltsreiches Programm.

Ich hoffe, dass die Menschen in diesem Album des spanischen Ratsvorsitzes – da es sicherlich farbenfroh und abwechslungsreich sein wird – jedes Ereignis als einen Meilenstein bei den sie betreffenden, sehr realen Problemen ansehen werden.

Die Krise trifft Wirtschaften, und die Arbeitslosigkeit erscheint als das fünfte Pferd der Apokalypse. Sie haben die Aufrichtigkeit gehabt zuzugeben, dass die Arbeitslosigkeit in Spanien 20 % beträgt, jedoch schmälert Sie dies nicht. Ich denke, es verpflichtet uns alle, mit einer Lösung für ein Problem aufzuwarten, dass wir gemeinsam lösen müssen. Es handelt sich um ein reales Problem.

Die mir zur Verfügung stehende Zeit erlaubt mir nicht, zu viel zu sagen, Herr Ministerpräsident. Jedoch möchte ich Ihnen sagen, dass Spanien vielen Herausforderungen gegenübersteht, dass ich mir der Leistungsfähigkeit Spaniens als Nation absolut sicher bin und dass ich glauben möchte und mir dessen sicher bin, dass Sie sich der Herausforderung stellen werden. In dieser Zeit in Europa dürfen wir diese Erwartungen nicht enttäuschen.

Auf der anderen Seite bedeutet die globalisierte Welt – und Sie sind darauf auf intelligente Weise eingegangen – dass neue Machtzentren entstehen und es für die Europäische Union erforderlich ist, eine aktivere und kohärente Rolle bei der Verteidigung ihrer Werte und Interessen einzunehmen. Ansonsten riskieren wir, bedeutungslos zu werden.

Zum Abschluss, Herr Ministerpräsident, wir Spanier werden nicht akzeptieren, dass uns die Fähigkeit abgesprochen wird, Vorschläge zu machen. Wir haben das Recht dazu. Wir müssen ebenfalls die Bescheidenheit haben, den Rat zu akzeptieren, den Don Quixote Sancho Panza gab, als er in seiner Phantasie über die Lenkung der Insel Barataria Bescheidenheit empfahl.

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Glenis Willmott (S&D). – Herr Präsident, ich begrüße das sehr positive und ehrgeizige Programm des Ministerpräsidenten für den spanischen Ratsvorsitz. Sein Schwerpunkt auf Beschäftigung und Wachstum ist für uns alle unerlässlich, da wir aus den finanziellen Abschwung erlebt haben, und ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Regierungskollegen.

Die nächsten sechs Monate sind für die wirtschaftliche und ökologische Zukunft der EU ausschlaggebend, und wir freuen uns auf den Februar-Rat wegen der ehrgeizigen Führung bei der Reformierung des Finanzsektors.

Nach den gescheiterten Klimaschutzverhandlungen in Kopenhagen bin ich neugierig zu erfahren, wie der Ratsvorsitz mit der Kommission zusammenarbeiten möchte, um ein gemeinsames EU-Ziel für die

Emissionssenkungen für das Ziel 31. Januar vorzulegen. Es wurde bereits gesagt, jedoch fordere ich Sie auf, Herr Ministerpräsident, während Ihres Ratsvorsitzes endlich die Gelegenheit zu nutzen, das Problem der Landenteignungen und weitere Sachverhalte zu klären, die Zehntausenden von gesetzestreuen Grundstücksbesitzern in Süds Spanien derartig viel Not und Kummer bereiten. Wir müssen jetzt wirklich handeln.

Herr Zapatero, es ist großartig, Sie hier zu haben, und ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit.

Tunne Kelam (PPE). Herr Präsident, man wird den spanischen Ratsvorsitz auf Basis seiner institutionellen Umsetzung des Vertrags von Lissabon beurteilen. Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Bei der Steigerung der Konjunkturbelebung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze liegt Ihre Herausforderung darin, die Vollendung des EU-Binnenmarkts zustande zu bringen, einschließlich der Öffnung von Dienstleistungsmärkten in Gebieten, die noch stets als Ausnahmen behandelt werden. Bis dies nicht erreicht worden ist, wird der Erfolg jeder EU-Strategie einen begrenzten Effekt haben.

Ich unterstütze Ihr Engagement bei der Bildung eines gemeinsamen Energiemarkts, mit dem die Energienetze in ganz Europa miteinander verbunden werden. Ich wünsche, Sie würden zu diesem Zweck die Stellungnahme des Parlaments zur Sicherheit der externen Versorgung und Solidarität verwenden, die 2007 angenommen wurde und auf ihre Umsetzung wartet.

Agenda 2020 bedeutet die Eingliederung von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Praxisalltag, wobei die bestmöglichen Vorgehensweisen der Mitgliedstaaten genutzt werden, die bereits auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht haben. Ich hoffe, dass während Ihres Ratsvorsitzes über den Start einer von Europa klar benötigten Zentralstelle für die Verwaltung von IT-Systemen beschlossen werden kann. Was wir ebenfalls dringend brauchen, ist die Ausarbeitung einer zuverlässigen europäischen Cyber-Defence-Sicherheitsstrategie.

Ich hoffe, dass die EU auch eine aktivere Rolle bei der Stabilisierung der Lage im Süd-Kaukasus im Rahmen der neuen osteuropäischen Partnerschaftsstrategie einnehmen wird.

Abschließend schlage ich vor, dass sie der gemeinsamen Position der EU gegenüber Kuba verpflichtet bleiben, bis echte Veränderungen dort bestätigt werden können. Leider ist die Ablehnung der Einreise unseres sozialistischen Kollegen durch das Regime, weil dieser sich mit der Opposition in Verbindung setzen wollte, kein Zeichen für einen echten Wandel.

Catherine Trautmann (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso, Herr Zapatero, vielen Dank zunächst, Herr Zapatero, für die Wiedereinführung von Ehrgeiz, politischer Perspektive und auch Energie zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Europäische Union von der Krise erholen muss, und nach dem Scheitern in Kopenhagen.

Ich erwarte von der Kommission und dem Ratsvorsitz, dass wir die Schaffung von mehr und qualifizierteren Arbeitsplätzen, den Kampf gegen soziale Ausgrenzung und die nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt der 2020 Strategie rücken. Dies gilt insbesondere für den Agrarhaushalt und auch für den Fischereihaushalt. Sie haben sich hierzu bekannt.

Herr Zapatero, wir zählen auf Sie bei der Bereitstellung von Mitteln für diese Politik, um die Bodenkontaminierung mit der Nahrungsmittelsicherheit zu verbinden, die Bedingungen für grüne Arbeitsplätze zu schaffen und für die Erhaltung der Fischbestände, der Sicherstellung von Nahrungsmittelsicherheit und der Schaffung von faireren Handelsbedingungen für die Länder des Südens.

Wir benötigen einen ehrgeizigen Agrarhaushalt, und ich bitte Sie ebenfalls, den Fischerhaushalt mit diesem Haushalt zu verknüpfen. Bei diesen Punkten wird unsere Arbeit, aber auch unsere Politik auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse bewertet.

Jan Olbrycht (PPE). – (PL) Herr Präsident, Herr Zapatero, unter den Themen, die heute vom Ministerpräsidenten auf eine etwas allgemeine und ausgedehnte Art und Weise vorgestellt wurden, befinden sich zahlreiche, die der Ausarbeitung und der Präsentation von konkreten Vorschlägen bedürfen.

Die Angelegenheiten lassen sich in zwei Kategorien einteilen – diejenigen, mit denen sich, objektiv gesehen, der spanische Ratsvorsitz beschäftigen wird und diejenigen, mit denen er sich beschäftigen möchte, weil er versuchen wird, seine Ziele zu erreichen. Unter denjenigen, die bearbeitet werden müssen, befinden sich Fragen der Beziehungen zwischen europäischen Institutionen; diesbezüglich möchte ich Herrn Zapateros

Aufmerksamkeit auf die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon lenken, in dem im Protokoll zur Subsidiarität auch von der Notwendigkeit der Festlegung der Rollen von regionalen und lokalen Behörden innerhalb der Mitgliedstaaten die Rede ist. Spaniens Erfahrung, wenn wir von Regionalisierung sprechen, suggeriert, dass möglicherweise der spanische Ratsvorsitz den Versuch unternehmen wird, den Wortlaut hinsichtlich der Rollen von regionalen und lokalen Behörden zu definieren. Dies ist insbesondere von Bedeutung, wenn Herr Zapatero über eines seiner Ziele spricht, der Entwicklung von Innovationskraft und Bildung, die, wie wir wissen, vor allem mithilfe von europäischen Mitteln auf regionaler und lokaler Ebene erreicht werden.

Das Europäische Parlament erwartet mit großem Interesse die Ausarbeitung bestimmter Bereiche, der Beschlussfassung von institutionellen Angelegenheiten und Vorschlägen bezüglich der Zukunft der Kohäsionspolitik, die, wie wir wissen, zunächst in Saragossa und dann anlässlich der Woche der innovativen Regionen in Europa bevorstehen wird. Wir erwarten mit großem Interesse Entscheidungen und konkrete Vorschläge.

Anni Podimata (S&D). – (EL) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, die Tatsache, dass Spanien den Ratsvorsitz der Europäischen Union in dieser schwierigen Phase übernimmt, ist eine enorme Herausforderung und eine riesige Chance für diejenigen, die behaupten, dass das europäische Erfolgsrezept bis heute zum Umgang mit der Krise unilateral gewesen ist und nicht genug getan wurde, um die Auswirkung auf die Realwirtschaft und Beschäftigung zu begrenzen; für diejenigen, die behaupten, dass die Sanierungsstrategie auch eine Strategie zur Änderung des Entwicklungsmodells sein sollte, wodurch eine Sicherung des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wohlstands der Bürger Europas bewirkt wird. Der spanische Ratsvorsitz ist eine enorme Herausforderung für diejenigen unter uns, die glauben, dass eine europäische Wirtschaftsführung benötigt wird, neben der Demokratisierung der wirtschaftspolitischen Instrumente, die die finanzielle Umsicht und die erforderliche Solidarität, wo dies erforderlich ist, bewahrt, um die Interessen der europäischen Bürger zu schützen.

Edite Estrela (S&D). – (ES) Ich freue mich über die Gelegenheit zu sagen, dass José Luis Zapatero es nicht versäumt hat, die Frauen Europas mit besonders innovativen und fortschrittlichen Maßnahmen zu überraschen. Er hat dies natürlich durch die Bildung einer wirklich gleichberechtigten Regierung getan und durch die mutige Art und Weise, wie er die Themen Gleichstellung von Frauen und Männern und gegenseitiger Respekt auf die nationalen und europäischen Agenden gebracht hat.

Herr Ministerpräsident, ich gratuliere Ihnen von Herzen zu Ihrem ehrgeizigen Aktionsprogramm gegen geschlechtsspezifische Gewalt, die eine soziale Geißel ist. Die Bildung einer europäischen Behörde gegen geschlechtsspezifische Gewalt ist ein avantgardistischer Vorschlag, den die europäischen Frauen unterstützen und ihm Beifall spenden.

Herr Ministerpräsident, im Namen der portugiesischen Sozialisten wünsche ich Ihnen Glück. Sie können auf unsere Solidarität zählen. Frauen für Zapatero!

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – (ES) Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen ganz aufrichtig sagen, dass Sie eine wunderbare Präsentation darüber gegeben haben, welche Form der spanische Ratsvorsitz annehmen wird. Ich denke, es war eine außergewöhnliche Rede.

Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie zu Lateinamerika befragen. Ich denke, es ist sehr wichtig für Europa, und natürlich ist Europa ebenfalls für Lateinamerika wichtig. Es gibt zahlreiche menschliche Verbindungen, viele Geschäftsinteressen und viele aufstrebende Nationen in Lateinamerika wie etwa Argentinien, Brasilien oder Mexiko, die Teil der neuen Weltregierung sind und die ein Bündnis mit Europa bilden müssen.

Ich möchte Sie fragen, Herr Präsident, was sind die Pläne der Europäischen Union und Ihres Ratsvorsitzes mit Blick auf Lateinamerika, was erwartet man sich vom Gipfel mit Lateinamerika, und welche Pläne hat die Europäische Union und Ihrer Ratspräsidentschaft mit Lateinamerika?

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – (ES) Da ich nur eine Redezeit von einer Minute habe, möchte ich mich auf Bürgerrechte konzentrieren.

Der spanische Ratsvorsitz ist eine Gelegenheit, unser Haus in Ordnung zu bringen. Ein Beispiel sind die Kanarischen Inseln und die dort lebenden Menschen.

Letztes Jahr war ich dort, um einen Spanischkurs zu belegen. Zu meiner Überraschung entdeckte ich, dass, wenn ich einen Spanischkurs auf dem Festland oder auf den Balearen belege, die Kosten erstattet werden, jedoch nicht, wenn sich die Schule auf den Kanarischen Inseln befindet, da diese nicht zu Europa gehören.

Sie gehört zur Europäischen Union, jedoch nicht zu Europa, mit der Folge, dass Sprachenschulen auf diesen Inseln, selbst wenn die Qualität der Kurse ausgezeichnet ist, der Möglichkeit beraubt werden ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Chris Davies (ALDE). – Herr Präsident, der Ministerpräsident sprach in seinen einführenden Bemerkungen von der Notwendigkeit für Europa, eine effektivere Außenpolitik zu entwickeln, insbesondere im Hinblick auf seine unmittelbaren Nachbarn, zu denen wir auch Israel zählen müssen.

Hier haben wir ein Land, dass das Territorium eines anderen Landes militärisch besetzt hält, dass Menschenrechte verletzt, dass die Blockade des Gazastreifens aufrecht erhält und eine kollektive Bestrafung von anderthalb Millionen Menschen anwendet, und doch betrachten wir dieses Land als normalen Handelspartner. Unsere Grundsätze und unsere Politik sind klar: Sie wurden gerade im vergangenen Monat von den Außenministern neu formuliert, jedoch werden unsere Worte anscheinend nicht von irgendwelchen Taten untermauert.

Ich denke, der wirkliche Test dieses Ratsvorsitzes in den nächsten Monaten wird sein, ob wir anfangen, etwas Unabhängigkeit bei unseren Beziehungen mit Israel anzuwenden und ob wir damit anfangen zu demonstrieren, dass unsere Grundsätze etwas bedeuten und dass wir diese anwenden.

Kinga Góncz (S&D). – (HU) Auch ich wünsche dem spanischen Ratsvorsitz, welcher die erste Dreierpräsidentschaft in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Lissabon ist, viel Glück. Im Hinblick auf die 2020 Strategie, wurde wiederholt erwähnt, dass diese eine Schlüsselrolle bei der Erholung von der Krise spielen würde. Jedoch tragen die Mitgliedstaaten, die für die Politik auf diesem Gebiet zuständig sind, eine Hauptverantwortung. Lassen Sie mich Bitte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass wir Gemeinschaftspolitiken und Gemeinschaftshaushalte haben, die als ein Werkzeug bei der Verringerung der Auswirkungen der Krise dienen können. Unter diesem Gesichtspunkt ist es extrem wichtig, dass die Verhandlungen über die neue Haushaltsperiode zum Jahresanfang 2010 beginnen sollten und dass die Kommission ihre Haushaltsvorschläge zu diesem Zeitpunkt unterbreiten sollte, was uns die Ausarbeitung dieser Politiken erlaubt. Ich möchte die Kommission bitten, dies rechtzeitig zu tun.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – (ES) Herr Ministerpräsident, ich hoffe, dass Sie als Ministerpräsident der spanischen Regierung wirklich den Mut und die Fähigkeit haben, Ihr sehr ehrgeiziges Programm, insbesondere das Programm über Gewalt gegen Frauen, in die Tat umzusetzen.

Ich habe zwei Fragen. Eine betrifft die Außenpolitik. Sie haben gesagt, dass Europa auf die Außenpolitik, aber auch auf die Verteidigung europäischer Interessen setzen muss. Ich möchte Sie fragen, was sind europäische Interessen? Handelt es sich um die Interessen großer transnationaler Unternehmen, die ohne Rücksicht auf soziale oder ökologische Konventionen Gewinne erwirtschaften wollen? Oder geht es um die Interessen, die in den europäischen Werten verankert sind, in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union wie etwa Menschenrechte, Demokratisierung, Stärkung der Zivilgesellschaft und die Rechte von Minderheiten? Auf welche Interessen beziehen Sie sich?

Eine weitere Frage. Sie haben kein einziges Wort zum Thema Migration gesagt, das in Europa so wichtig ist. Wir brauchen ein Programm ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

John Bufton (EFD). – Herr Präsident, Sie starteten heute, Herr Ministerpräsident, mit einer sehr proeuropäischen Agenda. Was ich Ihnen gerne sagen möchte, diese Agenda funktioniert nicht. Der Euro ist zum jetzigen Zeitpunkt in bestimmten Ländern in einer ernststen Notlage. Griechenland steht mit dem Rücken zur Wand; Ihr Land, Spanien, befindet sich ebenfalls in schweren Zeiten. Ihr eigenes Land hat derzeit mit einer Arbeitslosenquote von 40 % bei den 18- bis 24-jährigen zu tun.

Die spanischen Menschen können für sich selbst sprechen. In Ihrer jetzigen Funktion für die nächsten sechs Monate sprechen Sie auch im Namen der Menschen meines Landes. Anfänglich erwähnten Sie die weitere Integration. Ich bitte Sie, dass Sie, bevor Sie mehr Integration einbringen, auf die Menschen meines Landes, dem Vereinigten Königreich, eingehen und Ihnen die Möglichkeit zum einem Referendum geben.

VORSITZ: Jerzy BUZEK*Präsident*

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Herr Präsident, sie haben die Wichtigkeit des Wandels erwähnt und sich dabei auf die weltweite Wirtschaftskrise berufen, die die schlimmste seit 80 Jahren ist und den Verlust von 8 Millionen Arbeitsplätzen verursacht hat. Die aufgelisteten Werkzeuge sind unterstützenswert, stellen jedoch keine entscheidende Verbesserung dar. Wenn wir eine Lehre aus der Krise ziehen, brauchen wir eine echte Wirtschaftsrevolution. Stimmen Sie zu, dass der liberalisierte Markt nicht dazu in der Lage ist, sich selbst zu regulieren? Stimmen Sie zu, dass die liberalen Dogmen überprüft werden sollten? Stimmen Sie zu, dass es notwendig ist, die Regulierungsfunktion der Gemeinschaft zu erweitern, und dass eine Einflussnahme seitens des Staates in einer Marktwirtschaft unverzichtbar ist? Eine Stellungnahme Ihrerseits wäre höchst willkommen.

José Luis Rodríguez Zapatero, *amtierender Präsident des Rates.* – (ES) Herr Präsident, ich stelle mit Zufriedenheit fest, dass das Europäische Parlament so kraftvoll und vital ist, wie noch nie zuvor. Es gab sehr viele Wortmeldungen, spezifische Fragen, auf die ich in meiner Antwort unmöglich vollständig eingehen kann, ohne die Sitzung in einem vollkommen unakzeptablen Ausmaß zu verlängern.

Erlauben Sie mir, einen Kompromiss vorzuschlagen und mich in meiner Antwort auf bestimmte Anfragen zu beziehen, die ich für sehr wichtig halte und die geklärt werden müssen. Mein Kompromissvorschlag ist, dass jede einzelne der spezifischen Anfragen der Parlamentsmitglieder während der letzten Sitzung beantwortet wird, an der ich am Ende des Halbjahrs teilnehmen werde, wenn der rotierende Ratsvorsitz Spaniens beurteilt werden wird. Ich hoffe, alle Abgeordneten in Bezug auf diese spezifischen Fragen, die ich zur Kenntnis genommen habe, zufriedenstellen zu können.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zu den Wortmeldungen meiner Landsleute, den spanischen Abgeordneten. Ich möchte der spanischen *Partido Popular* für ihre Unterstützung während dieser Sitzung danken, die in der nationalen politischen Debatte bestätigt und durch einen Antrag bekräftigt wurde. Dies ist zweifellos ein Faktor, der sich außergewöhnlich positiv auf die vorliegende Aufgabe auswirkt und unterstreicht das gemeinsame Anliegen von uns Europäern, die gemeinsame Anstrengung und die Arbeit, die wir, mit besonderem Augenmerk auf die schwierigen Zeiten, in denen wir uns durch die Wirtschaftskrise befinden, weiterhin bereit sind zu leisten.

Ich möchte an dieser Stelle das Thema Einwanderung ansprechen. Einer der Damen und Herren Abgeordneten hat die Frage nach der Definition unserer Einwanderungspolitik aufgeworfen und sogar gesagt, dass auf dieses Thema überhaupt nicht Bezug genommen worden ist. Es stimmt, dass ich mich in meiner Rede nicht auf dieses Thema bezogen habe, aber, kurz gesagt: man muss Prioritäten setzen. Es wurde behauptet, dass ich Masseneinwanderung befürworte, was eindeutig falsch ist. Hingegen setze ich mich dafür ein, dass die Menschenrechte jedes Einzelnen, ungeachtet seiner Herkunft, respektiert werden.

(Beifall)

Wir haben einen Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl, der während des französischen Ratsvorsitzes gefördert und angenommen wurde. Wir müssen an diesem Pakt festhalten. Dieser Pakt beinhaltet als beste Methoden zur Verhinderung von massiven Migrationsströmen Grenzkontrollen, die Zusammenarbeit und den politischen Dialog mit den Herkunftsländern der Migranten. Allerdings muss ich hinzufügen, dass Integration auch zur Strategie des Europäischen Einwanderungspakts gehört, eine Integration, bei der die Menschenrechte der Migranten geachtet werden. Ich spreche für ein Land, das in den letzten Jahren eine sehr hohe Zahl an Migranten aufgenommen hat. Nicht umsonst ist die spanische Bevölkerung seit 2000 um sechs Millionen Menschen gewachsen. Es hat auch Emigration erlebt, da zur Zeit der Diktatur viele Spanier aus wirtschaftlichen Gründen in verschiedene europäische Länder auswanderten.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, was es heißt, sein Heimatland auf der Suche nach einer Zukunftsperspektive oder zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz verlassen zu müssen. Wir wissen, dass einige bittere Pillen schwierig zu schlucken sind und dass Nationen nicht nur an ihrer politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Macht gemessen werden. Nationen, Europa eingeschlossen, werden auch daran gemessen, ob sie die Menschenrechte achten und wie sie die Menschen behandeln, die auf der Suche nach Arbeit und einer Zukunftsperspektive, die sie in ihren eigenen Ländern nicht haben, in unsere Länder kommen.

(Beifall)

Außerdem muss sich die Europäische Union darüber bewusst sein, was sie in der Tat auch tut, dass im Jahre 2025 30 % ihrer Bevölkerung über 65 sein wird. Dies wird in keinem anderen Gebiet und in keiner anderen Region der Welt der Fall sein. Wir werden das Gebiet, der Kontinent mit der größten Zahl an Menschen über 65 sein, und dies wird den Rückgang unserer Produktionskapazitäten zur Folge haben, einen Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung und der Erwerbsfähigkeit, wodurch unsere sozialen Schutzsysteme unter Druck geraten werden. Mittelfristig braucht Europa Arbeitskräfte. Über die Krise hinaus wird es Arbeitskräfte brauchen, es muss Frauen in den Beschäftigungsmarkt integrieren und es muss den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung erhöhen, um die sozialen Sicherungssysteme aufrechterhalten zu können. Dies ist eine grundlegende Schlussfolgerung.

Zweitens: Subsidiarität und Sprachen. Natürlich werden wir den Vertrag von Lissabon gewissenhaft umsetzen, und ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es meine Regierung war, die die Nutzung der weiteren Amtssprachen Spaniens in den europäischen Institutionen gefördert hat. Es gibt jedoch keinen Zweifel, dass bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon momentan besonderes Augenmerk auf das interinstitutionelle Gleichgewicht gelegt wird. Es gab einen Kommentar, den ich für unfair halte, obwohl ich zugeben muss, dass dies nur eine einzelne Meinung war. Als amtierender Präsident des wechselnden Ratsvorsitzes habe ich mich für die institutionelle Rolle des ständigen Ratspräsidenten, des Hohen Vertreters und für die volle Zusammenarbeit der Kommission ausgesprochen und sie gefördert und werde dies auch weiterhin tun.

Die neuen Befugnisse des Europäischen Parlaments werden durch den spanischen Ratsvorsitz in voller Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Kommission, der seine konstanten Arbeitsbeziehungen mit dem Parlament stets unter Beweis gestellt hat, umgesetzt werden. Ich beziehe mich hierbei auf die Arbeit von Herrn Durão Barroso. Ich bin für meine Unterstützung für ihn kritisiert worden. Ja, ich habe ihn unterstützt, und ich unterstütze ihn immer noch, weil ich sehe, dass er sich für ein starkes und vereinigtes Europa einsetzt, und das ist, über die ideologische Positionierung hinaus, sehr wichtig.

Drittens: das Finanzsystem, Steuerparadiese und eine neue Regulierung und Überwachung. Ich habe deshalb nicht davon gesprochen, weil es nicht möglich war, alle Themengebiete ausführlich zu behandeln, aber ich bin vollkommen einverstanden mit der Anwendung der neuen Vorschriften zur Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte. Im Hinblick auf das Erfordernis, Steuerparadiese ein Ende zu setzen, wird der wechselnde Ratsvorsitz standhaft und streng bleiben.

(Beifall)

Er wird natürlich alle Länder dabei fördern, ermutigen und auffordern, die notwendigen Vereinbarungen zur finanzpolitischen Transparenz und für die Bereitstellung von Informationen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft voranzutreiben.

In Bezug auf den Klimawandel wird der Rat mit Hilfe der Kommission am 11. Februar eine Analyse des Kopenhagener Gipfels durchführen. Selbstverständlich sollte die Europäische Union weiterhin Schritte hin zu einer Strategie unternehmen, die uns einer progressiven Vereinbarung zur Eindämmung des Klimawandels näher bringt. Ich bin dafür, dass die Europäische Union herausfindet, wie sie auf intelligente Weise ihr eigenes Ziel, das sie sich bis 2020 bzw. für den Zeitraum 2020-30 gesetzt hat, mit den Forderungen anderer Akteure zur Reduzierung ihrer Emissionen abstimmt. Zur Unterstützung der europäischen Einheit und einer gemeinsamen Strategie müssen wir diese Aufgabe der Europäischen Kommission anvertrauen. Ich stimme ebenfalls zu, dass die Vereinigten Staaten und China die beiden Hauptakteure sind, für die wir eine sehr viel aktivere Rolle ersehen.

Natürlich bin ich vollkommen überzeugt, dass die gemeinsame Agrarpolitik auch die Fischerei einschließen sollte, und dass der Solidarpakt, auf den sich einige Abgeordnete bezogen haben, überarbeitet, geändert werden muss, damit die Interessen, eine legitime Vertretung und die konstruktive Haltung eines großen Teils der Menschen, die die Arbeitnehmer in Europa repräsentieren, auch berücksichtigt werden. Sie repräsentieren die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, die Ausdruck des europäischen Solidarpakts sind, der in den letzten Jahrzehnten unsere Region zu der Region mit der besten Sozialfürsorge und dem größten Wohlstand seit dem Zweiten Weltkrieg gemacht hat.

(Beifall)

Die Zukunft der Europäischen Union und des europäischen Wohlstands kann ohne die Arbeitnehmer, ohne soziale Rechte und ohne eine Sozialpolitik nicht geschrieben werden, und deshalb müssen wir diese Aspekte mit einbeziehen.

Es gab eine Anfrage in Bezug auf die Außenpolitik. Es ging um den Nahen Osten, Lateinamerika, und es gab eine Anspielung auf Israel. Wir hoffen, dass wir in den kommenden sechs Monaten eine Vereinbarung zum Nahen Osten vorantreiben können. Wir wissen, dass der Frieden im Nahen Osten eine unerlässliche, fundamentale Bedingung für Frieden in anderen Regionen ist, in denen sich aufgrund von Radikalisierung und ideologischem und religiösem Fanatismus Terror und Konflikte ausgebreitet haben. Die Europäische Union wird ihre Aufgabe auf diesem Gebiet erfüllen, indem sie durch ihr Engagement für eine Wiederaufnahme von Gesprächen einen Beitrag zu diesem Friedensprozess leistet. Wir kennen die Ziele und Bedingungen der einzelnen Parteien. Wir wissen, dass der Dialog die Anerkennung des palästinensischen Staates als eine der wichtigsten Bedingungen für den Friedensprozess einschließen muss.

(Beifall)

Mit Israel zusammenzuarbeiten heißt, für den Frieden zu arbeiten. Auch wenn vieles, was Israel getan hat, kritisch gesehen werden muss, werden wir ohne die Zusammenarbeit mit Israel keinen Frieden erreichen. Mit den Palästinensern zusammenzuarbeiten heißt, für ihr Recht auf einen eigenen Staat, ein eigenes Staatsgebiet zu arbeiten. Es heißt auch, in der Lage zu sein, zu sehen, wie sich ein Erfolg abzeichnet und die noch ausstehenden Probleme bewältigen zu können. Wir werden dies auf eine entschlossen Art und Weise tun und selbstverständlich in Zusammenarbeit mit anderen wichtigen internationalen Akteuren.

Betreffend Lateinamerika: Lateinamerika ist ein junger, ungemein vitaler Kontinent, der eine großartige Zukunft vor sich hat. Es hat 500 Millionen Einwohner und wurde maßgeblich von Europa beeinflusst, nicht nur von Spanien, nein, von ganz Europa, denn heute sind dort, nach langer Zeit und einigen Schwierigkeiten, demokratische und fortschrittliche Werte vorhanden, die die Grundlage für die Stabilität und die Konsolidierung dieser Staatengruppe bilden. Auf dem Lateinamerika-Gipfel hoffen wir einen Fortschritt hin zu Handelsabkommen mit Mercosur, den Ländern Mittelamerikas und der Andengemeinschaft zu erreichen. Dies geschieht alles im Interesse der Entwicklung und des Fortschritts, sowohl im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Lateinamerikas als auch Europas, die meiner Meinung nach auch geschützt werden sollten.

Europäische Interessen. Als auf die Unionspolitik in Bezug auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen hingewiesen wurde, was auch die Zustimmung anderer Abgeordneter gefunden hat, habe ich dies für ein gutes Beispiel und für ein Beispiel der aktiven Bürgerschaft gehalten. Dies sind europäische Interessen. Die europäischen Interessen, die ich in meiner Außenpolitik besonders zu wahren versuche, sind Interessen, die die Werte einschließen, die Europa ausmachen, was seinen Ursprung in der Aufklärung und in all den kulturellen, religiösen und bürgerlichen Traditionen hat, die sich in Europa entwickelt haben und dort gediehen sind. Eine Vereinheitlichung bedeutet, europäische Traditionen zu tolerieren und zu respektieren, den besten Teil der europäischen Traditionen, was bedeutet, dass dies das Land der religiösen, ideologischen, politischen und kulturellen Freiheit ist. Diese Freiheit verlangt Toleranz und die Gleichbehandlung von Menschen aller Glaubensrichtungen und Ansichten, damit Demokratie eine vollständige Demokratie sein kann.

(Beifall)

Herr Präsident, ich wollte im Grunde auf einige isolierte Wortmeldungen über mein Land, Spanien, von Abgeordneten aus anderen Ländern eingehen, insbesondere auf die Äußerung von Herrn Langen, die sich speziell auf Spanien bezieht, auf die wirtschaftliche Situation unseres Landes, auf die ich mich verpflichtet fühle, zu antworten. Ich muss sagen, dass, als ich heute Morgen meine Rede begann, ich für ein europäisches Land gesprochen habe, für ein pro-europäisches Land, das dankbar dafür ist, in der Europäischen Union zu sein. Es ist den Ländern dankbar, die unseren Beitritt zur Europäischen Union gefördert haben, und hat in den letzten 25 Jahren einen tiefgreifenden Wandel erlebt und große Fortschritte gemacht. Sogar so groß, dass wir seit unserem Beitritt zur Europäischen Union den Unterschied im Pro-Kopf-Einkommen um 15 % senken konnten und jetzt über dem europäischen Durchschnitt liegen. Dies konnte durch die Anstrengungen vieler Spanier, der Arbeitnehmer und Unternehmer erreicht werden.

Gegenwärtig erfahren wir, nachdem wir solche bedeutenden Fortschritte gemacht haben, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die einen negativen Einfluss auf die Beschäftigung haben. Es ist wahr, dass in Spanien eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, wie es auch während der Krisen in den 70ern und 90ern der Fall war. Dies war charakteristisch für unser Land, ebenso wie die Tatsache, dass wir zu Zeiten des Wachstums mehr Arbeitsplätze schaffen als andere Länder. Aber ich kann Herrn Langen versichern, dass, wenn morgen die Arbeitslosenrate in seinem Land steigen sollte, von wem auch immer es regiert wird, meine Reaktion als politischer Führer, als Ministerpräsident und als pro-Europäer eine Reaktion der Unterstützung und Solidarität wäre, und keine Schuldzuweisung, wie es Ihre Reaktion heute Morgen im Plenum war.

(Beifall)

Es wäre eine Reaktion der Unterstützung und Solidarität. Auf diese Weise fühle ich als Europäer, mit der Bewunderung für Ihr Land, und ich hoffe, dass dies nicht passieren wird.

Kurz gesagt, Herr Präsident, werden wir während dieses Ratsvorsitzes an einem europäischen Projekt der Solidarität, Zusammenarbeit, einer stärkeren wirtschaftlichen Einigung, der Reformen und Überzeugungen arbeiten. Ich danke Ihnen für Ihre Äußerungen zu Herrn Almunia, unter anderem deswegen, weil ich es war, der ihn für den Bereich, für den er verantwortlich ist, vorgeschlagen hat. Wir wissen auch, dass das Parlament in den kommenden sechs Monaten auf die Zusammenarbeit, den Respekt und die Anerkennung meines Landes und meiner Regierung zählen kann. Zum Ende dieses Ratsvorsitzes werde ich hier sein, ich werde umfassend Rechenschaft ablegen und alle Anfragen mit Respekt und Solidarität beantworten.

(Beifall)

Der Präsident. – Herr Zapatero, vielen Dank für Ihre Rede! Unsere Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem spanischen Ratsvorsitz, ist sehr wichtig. Wir arbeiten auf dem Gebiet der Rechtsetzung, weshalb die Regierungen der aufeinanderfolgenden Ratsvorsitze für uns entscheidend sind, um in der Lage zu sein, den Gesetzgebungsprozess durchzuführen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Jean-Pierre Audy (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe die Rede des Ministerpräsidenten des Königreichs Spanien sehr genossen, insbesondere die Ausgewogenheit zwischen wirtschaftlichen, sozialen und Umweltthemen. Ich unterstütze die Idee eines Solidarpakts, der sich auf die Sozialpartner stützt, weil ich, neben der Tatsache, dass dies eine Bedingung für das Erreichen eines bedeutenden sozialen Ziels ist, überzeugt bin, dass dies ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas ist. Zu einem Zeitpunkt, da zwei Vertreter der iberischen Halbinsel den Vorsitz über zwei wichtige Institutionen haben (der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero über den Rat der Europäischen Union und der Portugiese José Manuel Barroso über die Europäische Kommission), finde ich es bedauerlich, dass der spanische Ratsvorsitz nicht seine Fähigkeit bewiesen hat, den Beziehungen mit anderen Ländern des amerikanischen Kontinents als den Vereinigten Staaten und Kanada eine größere politische Bedeutung zu verleihen. Dies ist deshalb bedauerlich, weil im ersten Halbjahr 2010 das Gipfeltreffen EU-Lateinamerika und Karibik (Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik) stattfinden soll, während im ersten bzw. zweiten Halbjahr 2010 die Gipfeltreffen EU-Mexiko und EU-Brasilien geplant sind. Ich möchte anlässlich dieser Rede noch einmal die Gelegenheit nutzen, mein Bedauern darüber auszudrücken, dass der neue Präsident des Rates, der Mitte November gewählt wurde und am 1. Dezember 2009 sein Amt angetreten hat, die Abgeordneten des Europäischen Parlament noch immer nicht begrüßt oder ihnen wenigstens eine einfache Nachricht geschickt hat.

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich ein Mitglied der AFET-Delegation war, die die Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes im Oktober 2009 in Madrid vorbereitet hat. Basierend auf meiner Kenntnis dieser Ziele habe ich einige Punkte festgestellt, die mit den Zielen Rumäniens übereinstimmen.

Das Hauptinteresse des spanischen Ratsvorsitzes gilt dem Mittelmeerraum, was auch erhebliche Vorteile für Rumänien haben kann. Rumänische Unternehmen werden die Gelegenheit haben, wieder auf den Märkten des Mittelmeerraums Fuß zu fassen (in Ländern wie Algerien, der Türkei, Syrien und Ägypten). Das wichtigste gemeinsame Ziel ist die Sicherung der Energieversorgung der Europäischen Union, wobei Rumänien eine wichtige Rolle spielt: Nabucco, die paneuropäische Ölpipeline zwischen Constanța und Triest und die Verbindung von Gasnetzen von Nachbarländern: Rumänien-Ungarn (Arad-Szeged), Rumänien-Bulgarien (Giurgiu-Ruse) Isaccea und Negru Vodă.

Gleichzeitig denke ich, dass der spanische Ratsvorsitz den Partnerländern der östlichen Partnerschaft besondere Beachtung schenken sollte. Ein wichtiges politisches Ziel Rumäniens ist, im Hinblick auf ihren möglichen Beitritt, die Aufnahme der Republik Moldau in die Gruppe der Staaten des westlichen Balkans. Die Verhandlungen über die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau begannen am 12. Januar 2008 in Chișinău. Die Republik Moldau benötigt zurzeit finanzielle und politische Unterstützung. Dies sollte sowohl für den derzeitigen als auch für darauffolgende Ratsvorsitze eines der Schwerpunktthemen darstellen.

Dominique Baudis (PPE), schriftlich. – (FR) Herr Präsident, in den kommenden sechs Monaten werden Sie den wechselnden Ratsvorsitz der Europäischen Union innehaben. Es erwarten Sie viele Herausforderungen

auf dem Gebiet der Außenpolitik, insbesondere in Bezug auf den südlichen Mittelmeerraum. Was beabsichtigen Sie zu tun, um die Mittelmeerunion, deren Hauptsitz in Barcelona ist, wieder auf die Tagesordnung zu setzen? Vor kurzem ist der Generalsekretär der Mittelmeerunion ernannt worden. Wie stellen Sie sich Ihre Zusammenarbeit mit dem ersten Generalsekretär der Mittelmeerunion vor? Wir brauchen eine ehrgeizige Politik für den Mittelmeerraum, die über Wirtschaftspartnerschaften hinausgeht, um Platz zu machen für echte politische Partnerschaften.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Spanien hat den Ratsvorsitz der Europäischen Union zu dem Zeitpunkt übernommen, als der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Das bedeutet, dass das Land, das den Vorsitz führt, in der Lage sein wird, bei der Umsetzung seines ehrgeizigen Programms enger mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten. Ich unterstütze die wichtigsten Prioritäten, die das spanische Programm zur EU-Strategie für 2020, zur Sicherung der Beschäftigung und des sozialen Fortschritts, zu Initiativen in den Bereichen Bildung und Innovation und im Hinblick auf die Sicherheit der Energieversorgung vorsieht. Für mich als litauische Abgeordnete ist es sehr wichtig, dass das Land, das den Ratsvorsitz führt, die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum, die während des schwedischen Ratsvorsitzes angenommen wurde, fortführt. Dies sind die Jahre, in denen Europa gegen Armut und soziale Ausgrenzung kämpft. Ich möchte Spanien dazu auffordern, während seines Ratsvorsitzes im Kampf gegen Armut und zur Sicherung der sozialen Mindestgarantien die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Ratsvorsitz Schwedens, eines Landes im Norden der EU, war erfolgreich, und ich wünsche dem südlichen Mitgliedstaat Spanien eine wertvolle Arbeit für das Wohl der Bürger der EU.

Cristian Silviu Buşoi (ALDE), schriftlich. – (RO) Ich würde gerne die Aufmerksamkeit des spanischen Ratsvorsitzes auf einige Fragen lenken, die ich für wichtig halte und für die wir meiner Meinung nach in den kommenden Monaten Lösungen finden müssen. Die Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung müssen als Priorität behandelt werden, da alle Patienten in Europa die gleichen Rechte genießen sollten. Ich fordere den Ratsvorsitz auf, sich dafür einzusetzen, dass auf der Ebene des Rates eine Lösung in Bezug auf dieses Dossier gefunden wird. Ich fordere Sie außerdem auf, die Richtlinie über die Unterrichtung der Bevölkerung über verschreibungspflichtige Arzneimittel zu unterstützen, die der Rat ablehnt. Die Aufrechterhaltung des Status Quo auf diesem Gebiet nützt weder den Patienten noch der Pharmazeutischen Industrie. Dieser Wirtschaftsbereich muss unterstützt werden, damit wir die Wirtschaftskrise überwinden können. Dies trifft besonders auf die neuen Mitgliedstaaten zu, die schwerwiegende Probleme auf diesem Gebiet haben. Insofern glaube ich, dass die Unterstützung von KMU absolut notwendig ist. Der spanische Ratsvorsitz muss sich besonders für die Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr einsetzen, die von zentraler Bedeutung für KMU ist. Ich wünsche dem spanischen Ratsvorsitz viel Erfolg beim Erreichen seiner Prioritäten und bei der Suche nach Lösungen für die Herausforderungen, mit der sich die Europäische Union gegenwärtig konfrontiert sieht.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Europas Ziel ist ein umfassendes Friedensabkommen im Nahen Osten, dem eine Zwei-Staaten-Lösung zugrunde liegt. Wir wollen einen sicheren Staat für die Israelis und einen existenzfähigen demokratischen Staat für die Palästinenser, basierend auf den Grenzen von 1967. Es ist höchste Zeit, auf diesem Gebiet eine Lösung zu finden. Die deutliche Erklärung des Rates vom 8. Dezember muss von Ihnen energisch und entschlossen vorangetrieben werden. Die Schaffung der Voraussetzungen für vorgezogene Wahlen in Palästina ist die Grundlage für Fortschritte in diesem Bereich. Europa sollte verdeutlichen, dass es mit denjenigen, die aus diesen Wahlen als Sieger hervorgehen, ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit zusammenarbeiten wird, wenn sie sich dazu verpflichten, die von der palästinensischen Bevölkerung angenommenen Vereinbarungen umzusetzen. Die europäische Politik in Bezug auf Israel, die Palästinensische Behörde und Hamas muss von nun an von ihrer unverzüglichen Aufnahme ernsthafter Verhandlungen über den endgültigen Status auf der Grundlage des Fahrplans des Quartetts und der arabischen Friedensinitiative abhängig gemacht werden. Wir müssen darauf bestehen, dass die israelische Besetzung des Gaza-Streifens und das durch sie verursachte schreckliche menschliche Leid der 1,5 Millionen Einwohner sofort und ohne Vorbedingungen aufgehoben wird. Wenn Europa nicht sofort diesen mutigen Schritt unternimmt und die Vereinigten Staaten dazu auffordert, das gleiche zu tun, könnte die Situation sich bald als ausweglos erweisen.

Ioan Enciu (S&D), schriftlich. – (RO) Der derzeitige spanische Ratsvorsitz ist mit der wichtigen Aufgabe betraut worden, einen Aktionsplan für die Umsetzung des Stockholmer Programms zu entwerfen. Dieser Plan muss in seine wichtigsten Zielsetzungen auch das Themenpaket aufnehmen, das mit Einwanderung und Asyl, Grenzkontrollen und Sicherheit sowie dem Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus zusammenhängt. Kurz gesagt: die Gewährleistung der Sicherheit der EU-Bürger.

Zum Erreichen dieser Ziele wird in der Zukunft ein breiterer Informationsaustausch zwischen Institutionen und Fachagenturen sowie die Konsolidierung der EU-Datenbank, und daher auch das kontinuierliche Sammeln von persönlichen Daten der Bürger erforderlich sein. Es muss jedoch ein stabiles Gleichgewicht zwischen dem öffentlichen Sicherheitsinteresse und der Achtung der Privatsphäre des einzelnen Bürgers gewahrt werden. Die Mitgliedstaaten müssen zusammen einen angemessenen Kompromiss finden, bei dem die oben genannten Ziele gleichberechtigt Berücksichtigung finden.

Die Achtung der grundlegenden Menschenrechte muss das Hauptziel aller europäischen Strategien sein und muss die größte Aufmerksamkeit von allen drei Ländern genießen, die in den kommenden 18 Monaten den Ratsvorsitz der EU innehaben werden.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich wünsche dem spanischen Ratsvorsitz viel Erfolg. Spanien ist der erste Mitgliedstaat, der das neue institutionelle Modell, das infolge des Vertrags von Lissabon in Kraft getreten ist, mit Leben erfüllt.

Wir hoffen, dass das vom spanischen Ministerpräsidenten Rodríguez Zapatero bereits genannte Schwerpunktthema – Europa aus der Krise zu führen und das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln – realisiert werden kann, und dass wir weiterhin den Kampf gegen den Klimawandel fortführen und die Sicherheit der Energieversorgung gewährleisten können. Es ist ebenfalls wichtig, sich auf eine gemeinsame Forstpolitik zu einigen und eine effizientere Wasserbewirtschaftung zu erreichen.

In diesem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und zu dieser Zeit der Wirtschaftskrise hoffen wir, dass es eine gemeinsame Strategie für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft geben wird. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen zusammenarbeiten werden, damit der Wohlstand und die Einigkeit in der EU wachsen und die EU auf internationaler Bühne stärker Präsenz zeigt.

Ich hoffe außerdem, dass die Beziehungen zwischen Portugal und Spanien durch diesen Ratsvorsitz gestärkt werden. Jeder ist sich der Interdependenz und der Verflechtung unserer beiden Volkswirtschaften bewusst. Das iberische Nanotechnologie-Labor in Braga ist ein positives Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen unserer beiden Länder. Mithilfe des Labors wird die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung, Innovationen und des Fachwissens gefördert, wodurch die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen steigt.

Carlo Fidanza (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der amtierende Präsident hat seine Schwerpunktthemen vorgestellt. Dies sind alles wichtige Themen, aber es herrscht ein ohrenbetäubendes Schweigen im Hinblick auf den Kampf gegen illegale Einwanderung, der als „nicht vorrangig“ eingestuft wird.

Es wurde keinerlei Äußerung zum FRONTEX-Programm gemacht oder in Bezug auf die Notwendigkeit, verbindliche Vereinbarungen über die Unterbringung der Flüchtlinge zu machen; es gab keinerlei Verpflichtung zur Verbesserung unserer Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der illegalen Einwanderer oder dazu, innerhalb der UN die Schaffung von Zentren vor Ort zur Identifizierung von Asylsuchenden zu fördern, in denen nachgeprüft werden kann, wer wirklich asylberechtigt ist.

Dieses Defizit ist ein sehr ernsthafter Hinweis darauf, dass wir abweichen von den Positionen, die der Rat erst vor kurzem erneut bestätigt hat, und von der Position der italienischen Regierung, die Fragen der Einwanderungskontrolle stets einen wichtigen Platz in der europäischen Agenda eingeräumt hat.

Ich hoffe, dass der spanische Ratsvorsitz über seine allgemeinen Appelle in Bezug auf die Menschenrechte hinaus seine Prioritäten überprüft und entsprechend den Verpflichtungen im Hinblick auf Einwanderungsfragen handelt, die die Ratsvorsitze vor ihm eingegangen sind. Wir werden weiterhin auf Herrn Zapatero und seine Regierung Druck ausüben, bis dies eintritt.

Livia Járóka (PPE), schriftlich. – (HU) Ich begrüße die Tatsache, dass ein Schwerpunktthema des Programms des spanischen Ratsvorsitzes auch die Gewährleistung der Chancengleichheit für Frauen und Männer in Bezug auf den europäischen Arbeitsmarkt ist, zusammen mit der Entwicklung der Landwirtschaft und Beziehungen zu Drittländern. Es ist außerdem begrüßenswert, dass das Programm dem Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und dem Schutz der Opfer dieser Verbrechen besondere Aufmerksamkeit widmet, und bei den allgemeinen Zielen auch die Wichtigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen für das Wachstum in der Europäischen Union hervorhebt. Es ist als eine äußerst wichtige Entwicklung zu werten, dass sich der Ratsvorsitz im Kapitel gegen Diskriminierung dazu verpflichtet, das bestehende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu reduzieren, für den Fahrplan zur Gleichstellung 2011-15 einzutreten, ein europäisches Überwachungszentrum für geschlechtsspezifische Gewalt zu schaffen und ein

Forum zur Beurteilung der Herausforderungen zu organisieren, denen sich die „Pekinger Aktionsplattform“ der UN heute und in der Zukunft stellen muss. Obwohl das Programm keine Pläne für die soziale Integration des Volks der Roma enthält, hoffe ich aufrichtig, dass der Ratsvorsitz die Arbeit seiner Vorgänger fortsetzt, und angesichts des Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen wird, um die soziale und wirtschaftliche Integration des Volks der Roma zu fördern, der größten und gefährdetsten Minderheit in Europa. Ferner hoffe ich, dass der spanische Ratsvorsitz auf dem Gipfel während des Internationalen Tags der Roma in Córdoba auch einen bedeutenden Beitrag zur raschen Vollendung der gegenwärtig formulierten europäischen Roma-Strategie leisten wird.

Ádám Kósa (PPE), schriftlich. – (HU) Es freut mich, von dem Programm der spanischen Ratspräsidentschaft „Innovating Europe“ zu hören, weil es die Beschleunigung der Entwicklung einer Strategie zum Tourismus zur Priorität erklärt hat, die auch die Standpunkte der Touristen zur Politik der EU in Bezug auf diese Industrie berücksichtigt. Zu diesem Zweck konzentriert sich der Ratsvorsitz auf die Entwicklung eines europäischen Tourismusmodells, das auch Gruppenreisen einschließt. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir den Interessen von Menschen mit Behinderungen unsere größte Aufmerksamkeit widmen sollten. Darüber hinaus schlägt der Ratsvorsitz vor, im Verkehrsbereich den Einsatz von intelligenten Verkehrssystemen zu unterstützen, was meine volle Unterstützung findet. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, zu wiederholen: die Europäische Union sollte die Rechtspraxis, so viele Vorschriften zu verabschieden und in Kraft zu lassen, wie es Transportmittel gibt, abschaffen. Gegenwärtig werden Menschen mit verschiedenen Transportbedürfnissen Transportdienstleistungen nicht auf dem gleichen Niveau zur Verfügung gestellt, obwohl sie alle die gleichen Passagierrechte haben. Ich schlage vor, dass der Ratsvorsitz die Aussage von Herrn Siim Kallas, designiertes Mitglied der Kommission, berücksichtigt, in der er den freien Personenverkehr als eine der wichtigsten Grundfreiheiten der Bürger Europas bezeichnet, das sich durch moderne Transportmittel manifestiert. Das designierte Mitglied der Kommission stimmte mit der Initiative überein und versprach, einen einheitlichen Verhaltenskodex zu schaffen, der für alle Verkehrsbereiche gilt. Dadurch kann er während seiner Amtszeit gewährleisten, dass alle EU-Bürger klare und transparente Rechte haben, und der spanische Ratsvorsitz könnte hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Krzysztof Lisek (PPE), schriftlich. – (PL) Ich bin sehr erfreut, dass die Nachbarschaftspolitik zu den Schwerpunktthemen des spanischen Ratsvorsitzes gehört. Ich weiß, wie wichtig es für Spanien ist, dass die Zusammenarbeit mit Ländern des Mittelmeerraums vorangebracht wird, und dass Spanien dem Konzept der Mittelmeerunion große Bedeutung beimisst. Ich verstehe selbstverständlich, dass dieses Konzept viele Länder betrifft, die Nachbarn und bedeutende Wirtschaftspartner der EU sind. Es hat mich noch mehr gefreut, die Äußerungen von Herrn Zapatero und anderen Vertretern des spanischen Ratsvorsitzes zu hören, in denen sie erklärten, dass sie sich, ebenso wie die Ratsvorsitze vor ihnen, besonders die Tschechen und die Schweden, weiterhin bemühen werden, die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern der EU weiterzuentwickeln, insbesondere mit Ländern, die zum Programm Östliche Partnerschaft gehören, das von Polen und Schweden eingebracht worden ist. In diesem Zusammenhang möchte ich an den Ratsvorsitz, und ganz persönlich an Herrn Zapatero appellieren, der Situation in Belarus besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist außerordentlich wichtig, die Strategie gegenüber Weißrussland zu überdenken und die innenpolitischen Vorgänge im Land genau zu beobachten. Die EU sollte verlangen, dass die weißrussischen Behörden die Menschenrechte achten und ihre Einstellung gegenüber der Institution der Zivilgesellschaft ändern. Herr Zapatero hat die Bedeutung der Menschenrechte betont. Bedauerlicherweise gibt es in Weißrussland immer noch politische Gefangene, und der Umgang der Behörden mit der demokratischen Opposition, freien Medien und Nichtregierungsorganisationen, einschließlich Organisationen ethnischer Minderheiten, bleibt weit unter den europäischen Standards. Demokratisierung und die Achtung der grundlegenden Bürgerrechte ist ein Faktor, der eine Bedingung für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Belarus innerhalb der Östlichen Partnerschaft sein sollte.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), schriftlich. – (PL) Eines der Schwerpunktthemen des spanischen Ratsvorsitzes ist die Stimulierung der Wirtschaft der EU, was durch die Genehmigung und Realisierung der europäischen Strategie für nachhaltige Entwicklung bis 2020 erreicht werden soll. In dem von der Kommission vorgelegten Dokument wird dargelegt, dass dies vor allem durch die Förderung einer wissensbestimmten und umweltfreundlicheren Wirtschaft erzielt werden soll. Eine weitere, von Spanien vorgelegte Idee beinhaltet ein System finanzieller Sanktionen, die zum Beispiel aus der Reduzierung von Subventionen aus dem EU-Haushalt für diejenigen Länder, die die in dieser Strategie enthaltenen Ziele nicht erreichen, bestehen könnten. Spanien hat diese Idee aufgrund des Widerstands vieler Länder und Interessengruppen inzwischen zurückgenommen.

Ich habe indes eine Frage: wieso hat man nicht vor der Ankündigung so einer revolutionären Idee Konsultationen durchgeführt? Ist Spanien trotz seiner eigenen Erfahrungen nicht klar, dass ärmere Länder Probleme haben könnten, solche ehrgeizigen Bedingungen zu erfüllen, nicht etwa weil ihnen der Wille dazu fehlt, sondern weil sie einfach nicht dazu in der Lage sind? Herr Zapatero, denken Sie nicht, dass die Einführung von zusätzlichen Sanktionen den gegenteiligen Effekt haben wird, dass sie zur Entstehung von noch größeren Entwicklungsunterschieden zwischen bestimmten Regionen führen wird, und dass dies die ganze EU schwächen wird? Wir alle wollen eine starke EU, und eine starke EU ist eine EU der starken Mitgliedstaaten. Die Strategie der Nivellierung der Unterschiede zwischen den Regionen funktioniert, also lassen Sie uns die Ergebnisse dieser Strategie nicht durch drastische Maßnahmen zunichte machen.

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich begrüße die Tatsache, dass der spanische Ratsvorsitz die Aufgabe, die Sicherheit der Energieversorgung der Europäischen Union zu gewährleisten, zu einem Schwerpunkt ihres Programms gemacht hat. In diesem Zusammenhang ist die Diversifizierung der Erdgasbezugsquellen durch die rechtzeitige Fertigstellung des Nabucco-Projekts entscheidend. Nach der Unterzeichnung der zwischenstaatlichen Vereinbarung über Nabucco muss die Europäische Union handeln.

Ich möchte betonen, dass die Schwerpunkte des spanischen Ratsvorsitzes auch die Beziehungen zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft einschließen müssen. Diesbezüglich glaube ich, dass es für uns wichtig ist, den erfolgreichen Abschluss der kürzlich begonnen Verhandlungen zwischen der EU und der Republik Moldau auf politischer Ebene entschieden zu unterstützen. Diese Verhandlungen müssen zur Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens führen, wodurch ein entscheidender Schritt bei der Durchsetzung europäischer Werte in diesem europäischen Land in direkter Nachbarschaft mit der EU getan würde. Ich denke, dass es für uns entscheidend ist, ein positives Signal an die Bürger der Republik Moldau zu senden, von denen die Mehrheit in den Wahlen 2009 für die Koalition der Europäischen Integration gestimmt hat.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Es mutet schon seltsam an, wenn die spanische Ratspräsidentschaft zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise aufruft und die Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele bindend machen will. Bei einem Land, dessen Erwerbslosenquote mit beinahe 20 % doppelt so hoch ist wie der europäische Durchschnitt, klingt das unglaublich. Noch viel schlimmer ist, dass der alten Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung Vorschub geleistet wird. Ein derartiger Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip ist aufs Schärfste abzulehnen. Die EU muss eine Union der Vielfalt, der Nationalstaaten bleiben, das ist sie ihren Bürgern schuldig.

Sie ist es ihren Bürgern aber auch schuldig, in den Türkei-Verhandlungen endlich klare Worte zu finden. Der spanische Vorsitz verschließt die Augen vor der Wirklichkeit, nämlich dass die Türkei weder geographisch noch geistig-kulturell ein Teil Europas ist, ethnische und religiöse Minderheiten in dem kleinasiatischen Land nach wie vor diskriminiert werden und Ankara sich stur weigert, das EU-Mitglied Zypern anzuerkennen. Hier davon zu sprechen, dass der jahrzehntelange dauernde Konflikt in Kürze „positive Ergebnisse“ bringen würde, ist nicht mehr als ein frommer Wunsch. Allein schon finanziell könnte die EU einen Türkei-Beitritt nicht verkraften, türkischer Massenzustrom und explodierende Parallelgesellschaften würden der EU den Rest geben. Es ist höchste Zeit, die Beitrittsverhandlungen mit Ankara unverzüglich abubrechen und eine privilegierte Partnerschaft anzustreben.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich begrüße die Tatsache, dass sich der spanische Ratsvorsitz der Schwerpunktthemen des Agrarsektors, die wirklich zu den wichtigsten Zielen dieser Amtsperiode gehören, angenommen hat: die Fortsetzung der Debatten über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und die Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik an die sich ständig verändernden Gegebenheiten des heutigen Europa.

Mir sind noch einige weitere interessante Ideen im Programm des spanischen Ratsvorsitzes aufgefallen: die Gewährleistung ausreichender Ressourcen für die europäische Landwirtschaft und die Fortführung des allmählichen Auslaufens der Milchquotenregelung nach den Ergebnissen des GAP-Gesundheitschecks. Schließlich begrüße ich die bereits während der ersten Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am Montag auf den Weg gebrachte Diskussion über die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette, um Preisschwankungen kontrollieren und eine gerechtere Verteilung der innerhalb dieser Versorgungskette erwirtschafteten Überschüsse gewährleisten zu können. Diese ehrgeizigen Ziele sind von elementarer Bedeutung für die Bürger Europas.

Ślawomir Witold Nitras (PPE), schriftlich. – (PL) Vielen Dank für Ihre Antrittsrede, Herr Zapatero. Sie sind darin jedoch nicht eindeutig auf das Problem der horrenden öffentlichen Defizite eingegangen. Ich kann mir

nicht vorstellen, dass sich der spanische Ratsvorsitz diesem Problem nicht annehmen und es zu einer Priorität machen will. Herr Zapatero, die Situation nicht nur in Griechenland, sondern auch in Spanien und in anderen Ländern scheint mir Ihre wichtigste Aufgabe zu sein. Befürchten Sie nicht, dass, wenn Sie die öffentlichen Finanzen in Spanien nicht unter Kontrolle bekommen, kein Geld mehr übrig sein wird für die Anschaffung Ihrer „Elektroautos“? Sie müssen wissen, dass die leichtsinnige Politik einiger europäischer Regierungen, darunter auch der spanischen Regierung, zur Reduzierung der Konkurrenzfähigkeit Europas beiträgt, die Zahl der in Europa verfügbaren Arbeitsplätze einschränkt und die Erweiterung des Euroraums auf neue Mitgliedstaaten verzögert. Und all dies geschieht nur aufgrund der inneren Instabilität Europas. Stellen Sie sich bitte dieser Herausforderung auf ernsthafte Weise. Es ist Ihre Pflicht, dies zu tun.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Der Beginn des spanischen Ratsvorsitzes fällt auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon. Welcher Usus in den Beziehungen zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik einerseits und anderen Institutionen der EU und den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten andererseits herrschen wird, hängt in großem Maße von dem soeben begonnenen Ratsvorsitz ab. Ich möchte mich an dieser Stelle dafür aussprechen, dass den neuen Institutionen, in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Lissabon und im Geiste der eingeleiteten Reform, die vollste Anerkennung zukommt. Es ist wichtig, dass die Europäische Union auf internationaler Ebene mit einer Stimme spricht. Es ist jedoch noch wichtiger, dass diese Stimme nicht ignoriert wird, sondern eine Vorreiterrolle spielt und einen gewichtigen Einfluss auf die Entscheidungsfindung ausübt. Um zu vermeiden, dass sich die Situation auf der COP-15-Konferenz wiederholt, muss der Ratsvorsitz schon heute ein Klima schaffen, dass es ermöglichen wird, auf dem COP-16-Gipfel Entscheidungen zu fällen, die mit den Positionen der Europäischen Union übereinstimmen. Die EU muss auch in Bezug auf die Bekämpfung der Krise und dem Aufbau einer neuen Finanzordnung Einstimmigkeit demonstrieren.

Es ist die Aufgabe des Ratsvorsitzes, einen aktiven Part bei allen intellektuellen Überlegungen zu Veränderungen des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu übernehmen, die aus den während der aktuellen Wirtschaftskrise gezogenen Schlussfolgerungen resultieren. Ich für meinen Teil rechne hingegen bei der Arbeit an der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik mit der freundlichen Unterstützung des Ratsvorsitzes. Dies wird in Kürze eines der wichtigsten politischen Themen in der Europäischen Union sein.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Der Plan des spanischen Ratsvorsitzes schließt wichtige Ziele ein, die erreicht werden müssen und durch die wir uns in einem wettbewerbsfähigen und wirtschaftlich starken Europa sicher fühlen können werden. Am wichtigsten sind meiner Meinung nach die folgenden drei Themen:

1. Entschlossenes und rasches Handeln zur Reduzierung der steigenden Arbeitslosigkeit. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze erfordert viele Vorbereitungen und erhebliche finanzielle Ressourcen, etwa für die Marktforschung und Aus- und Weiterbildung. Das Jahr 2010 ist der beste Zeitpunkt für die Menschen, um im Einklang mit den Bedürfnissen einer Wirtschaft, die sich gerade von einer Krise erholt, ihre Qualifikationen zu verbessern oder sich sogar umschulen zu lassen.

2. Der Kampf gegen häusliche Gewalt, einschließlich des vorgelegten Richtlinienentwurfs zum EU-Schutz für Opfer von häuslicher Gewalt. Die Größenordnung dieses Phänomens in Europa erlaubt keinen Zweifel darüber, dass sich viele Frauen in ihrem eigenen Zuhause am wenigsten sicher fühlen. Dies ist eine absurde Situation, die zugleich kompromittierend für die Mitgliedstaaten der EU ist, weil sie dieses sehr wichtige soziale Problem nicht angehen. Ein großer Teil der Schuld liegt hier bei den Politikern, da diese nicht im ausreichenden Maße gegen die Gewalt gegen Frauen angehen und oft vorgeben, dass sie nicht in einem so großen Ausmaß vorkommt. Für die Rechte war ihre mangelnde Unterstützung im Europäischen Parlament für eine Resolution gegen die Gewalt gegen Frauen im Europäischen Parlament eine Kompromittierung. Glücklicherweise wurde die Resolution dank der Stimmen der Linken angenommen.

3. Weitere Maßnahmen bei der Bekämpfung der Diskriminierung, die auch eine neue Richtlinie gegen verschiedene Formen der Diskriminierung und strenge Sanktionen gegen Länder beinhaltet, die die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung verzögern.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Der spanische Ratsvorsitz fällt erneut auf einen für die EU entscheidenden Zeitabschnitt. Vor acht Jahren, im ersten Halbjahr 2002, stand Spanien vor der Herausforderung der Einführung des Euro als gemeinsame Währung. Heute steht der spanische Ratsvorsitz vor einer ebenso wichtigen Aufgabe, nämlich der Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den wechselnden Ratsvorsitzen des jeweiligen Mitgliedstaats

und dem Präsidenten des Europäischen Rates wird von großer Bedeutung sein. Die vorrangige Behandlung der Außenpolitik, wodurch die Position der EU auf internationaler Ebene gestärkt würde, verdient unser aller Unterstützung. Aber wird die neu ernannte Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik dies tun? Diese Befürchtungen resultieren aus Frau Ashtons Äußerungen und ihrer Vergangenheit, aber auch aus ihren ersten Handlungen seit ihrem Amtsantritt. Ich nehme an, dass niemand daran zweifelt, dass die Bekämpfung der Krise und ihrer negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen immer noch notwendig ist. Derartige Maßnahmen sind insbesondere im Interesse Spaniens, das von der Konjunkturschwäche besonders hart getroffen wurde. Wie können wir es wieder schaffen, dass sowohl große als auch kleine Mitgliedstaaten die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllen? Wie soll die Bekämpfung der Krise in Europa und der Welt koordiniert werden? Eine weitere Herausforderung, die sich aus den Vorgaben des Vertrags von Lissabon ergibt, ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, die den Dreivorsitz stellen. Spanien wird sich mit Belgien und Ungarn abstimmen müssen. Es ist besonders wichtig, einen reibungslosen Übergang von dem einen zum anderen Ratsvorsitz sicherzustellen, damit die Kontinuität der Arbeit gewährleistet ist. Ich wünsche dem spanischen Ratsvorsitz viel Erfolg.

Bogusław Sonik (PPE), schriftlich. – (PL) Herr Präsident, ich möchte den spanischen Ratsvorsitz sehr herzlich begrüßen. Ich muss zugeben, dass ich einige spezifische Erwartungen an den Ratsvorsitz habe. Erstens, weil eine der Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes die Sicherheit der Energieversorgung ist. Diese Tatsache begrüße ich sehr. Dieses Thema sollte die Priorität jedes der noch folgenden Ratsvorsitze sein. Ich möchte unterstreichen, dass ein wichtiges Element der Sicherheit der Energieversorgung der Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität ist. Es ist äußerst wichtig, die Arbeit an seiner Einführung fortzusetzen und zu beschleunigen.

Ich bin mit den Grundsätzen des spanischen Ratsvorsitzes über die Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels einverstanden. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, wie wichtig es ist, die Bürger der Europäischen Union auf koordinierte Art und Weise darüber zu informieren, wie sie selber gegen den Klimawandel kämpfen können. Wie kürzlich auf dem Kopenhagener Gipfel deutlich wurde, kann der Wille der Politiker allein nicht viel ändern. Daher müssen wir die Europäer so weit wie möglich miteinbeziehen und sie überzeugen, dass der Klimawandel kein abstrakter Prozess ist, sondern ganz im Gegenteil etwas ist, das jeden Einzelnen und uns alle betrifft.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D), schriftlich. – (HU) Als ungarischer Abgeordneter – und Teil des spanisch-belgisch-ungarischen Dreivorsitzes – heiße ich den spanischen Ratsvorsitz willkommen. Es ist höchst selten, dass ein Ministerpräsident eine so klare Vision von der Zukunft der EU und von dem Programm seines Ratsvorsitzes hat, wie wir dies heute Morgen bei Herrn Zapatero gehört haben. Ich stimme mit der Auffassung überein, dass die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas ohne die Umsetzung einer Wirtschaftsunion gefährdet ist. Die vier Prioritäten, die Herr Zapatero für die kommenden zehn Jahre nennt, stellen tatsächlich die wichtigsten strategischen Ziele dar. Es liegt im Interesse der gesamten Union, aber besonders der neuen Mitgliedstaaten, einschließlich Ungarn, ihre Abhängigkeit von Energie zu reduzieren. Ohne ein ökologisches Wirtschaftswachstum, einen digitalen Markt, der Schaffung einer gemeinsamen Innovationsfähigkeit und einer tatsächlichen Weiterentwicklung der Bildungspolitik in Europa hat die EU kein Erneuerungspotential.

Außerdem begrüße ich sehr die Entscheidung des spanischen Ratsvorsitzes, die Debatte über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik zu beschleunigen. Die Zeit drängt. Erstens müssen wir die Rahmenbedingungen der GAP ausarbeiten, und auf deren Basis dann das Budget erstellen, und nicht umgekehrt. Andernfalls würden die GAP-Empfänger und die gesamte Gemeinschaft erhebliche Verluste davontragen. Die Ungarische Akademie für Landwirtschaft ist ein wichtiger Ort für Diskussionen über die Zukunft der GAP in Ungarn; Ich hoffe, dass es dem spanischen Ratsvorsitz möglich sein wird, ihrer Tagung 2010 beizuwohnen.

Nuno Teixeira (PPE), schriftlich. – (PT) Der spanische Ratsvorsitz beginnt zu einem Zeitpunkt, der von strategischer Bedeutung für Europa ist. Die Tatsache, dass er gleichzeitig mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon beginnt, erhöht seine Verantwortung für die wirksame Umsetzung des neuen Vertrags, der eine Voraussetzung für die Entwicklung des Programms der Ratspräsidentschaft ist.

Ich freue mich sehr auf die Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik und werde sicherzustellen versuchen, dass sie auch die Frage des territorialen Zusammenhalts berücksichtigt. Als Abgeordneter aus einer der Regionen am äußersten Rand Europas beobachte ich mit besonderer Aufmerksamkeit, wie die Politik des neuen Ratsvorsitzes für die Entwicklung von Inselregionen aussehen wird.

Das Gipfeltreffen EU-Marokko wird sicherlich ein gutes Forum sein, um das Europäisch-Afrikanische Kooperationsgebiet voranzutreiben, insbesondere durch die Zusammenarbeit zwischen Madeira, den Azoren, den Kanarischen Inseln und ihren Nachbarländern. Ich werde mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen.

Wegen ihrer geographischen und historischen Nähe sind Portugal und ganz besonders die Regionen an seinem äußersten Rand, wie Madeira, gespannt darauf, wie der spanische Ratsvorsitz die neue europäische Strategie für diese Regionen umzusetzen und weiterzuentwickeln beabsichtigt.

In diesem Zusammenhang werde ich sowohl die Vorgehensweise des Ratsvorsitzes bei der Umsetzung der Empfehlungen, die die Kommission in ihrer Mitteilung „*Die Regionen in äußerster Randlage: eine Chance für Europa*“ als auch die Diskussion über die nächste finanzielle Vorausschau aufmerksam verfolgen.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Der spanische Ratsvorsitz muss die institutionellen Vorkehrungen für die Umsetzung des Vertrags von Lissabon abschließen. Die Festlegung neuer Komitologievorschriften ist ein Kernelement des Gesetzgebungsprozesses. Es gibt mehrere Dossiers, einschließlich der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme, deren Verabschiedung von der schnellen Ausarbeitung dieser Regel zur interinstitutionellen Zusammenarbeit abhängt. Darüber hinaus wirkt sich auch die Wirtschaftskrise negativ auf die EU-Bürger aus, von denen viele arbeitslos geworden sind und darauf hoffen, dass Maßnahmen ausgearbeitet werden, die zur Erholung der Wirtschaftslage beitragen. Die EU-Strategie 2020 muss Lösungen einschließen, die diese Erwartungen erfüllen. Aus diesem Grund muss der aus dem spanischen, belgischen und ungarischen Ratsvorsitz bestehende Dreivorsitz der Europäischen Union das soziale Europa stärken, indem er neue Arbeitsplätze schafft und die Lebensbedingungen der EU-Bürger verbessert. Schließlich markiert 2010 die Halbzeit für die finanzielle Vorausschau des Zeitraums 2007-13. In diesem Jahr haben die Mitgliedstaaten die einmalige Gelegenheit, die Operationellen Programme zu überprüfen, um die Absorbierung der EU-Finanzmittel zu maximieren und Projekte durchzuführen, die Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität der EU-Bürger verbessern können. Ich bitte den spanischen Ratsvorsitz zusammen mit allen Mitgliedstaaten dringend, das Beste aus der Halbzeitüberprüfung zu machen, um in den Jahren 2012-13 einen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes, den reaktionären „Vertrag von Lissabon“ wirksam umzusetzen und die Fortsetzung der bürgerfeindlichen Strategie von Lissabon durch die EU-Strategie 2020 zu fördern, die GSPV zu stärken und demokratische Rechte und Freiheiten gemäß dem Stockholm-Programm einzuschränken, sind die Prioritäten der Plutokratie. Das Programm des spanischen Ratsvorsitzes sieht eine hastige Konzentration des Kapitals innerhalb der EU vor, um die Reorganisation des Kapitals zu fördern und den Angriff auf die Rechte und den Lebensstandard der arbeitenden und Basisklasse unvermindert fortzusetzen. Der Schwerpunkt dieses Angriffs ist die Kürzung von Löhnen und Renten, die vollständige Demontage von industriellen Beziehungen, die allgemeine Anwendung von flexiblen und befristeten Formen der Beschäftigung, die Vernichtung von natürlichen Versicherungssystemen und des Einkommens der Landwirte durch drastische Kürzungen des Haushaltsplans der Gemeinschaft für Land- und Viehwirtschaft und Kürzungen von Sozialleistungen, ebenso wie die Kommerzialisierung von Gesundheit, Sozialhilfe und Bildung, die Herausbeschwörung des Geistes der „öffentlichen Defizite“ und die Umsetzung des Stabilitätspakts. Zum Erreichen seiner Ziele stärkt das Euro-konzentrierende Kapital die imperialistische Politik der EU durch neuen politischen und strategische Interventionsmechanismen, wie den „Europäischen Auswärtigen Dienst“, um die Militarisierung durch „Kampfgruppen“ zu fördern und ihre Durchdringung durch die NATO zu erhöhen.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich. – (PL) Meine Damen und Herren, Spanien übernimmt zum vierten Mal die Führung der EU. Es tut dies jedoch zum ersten Mal unter neuen Rahmenbedingungen und wird erstmals seine Aufgaben in Zusammenarbeit mit den neuen Institutionen erfüllen, die im Vertrag von Lissabon vorgesehen sind. Diese Umstände verleihen Spaniens Rolle im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzkrise und den Veränderungen in Europa im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine besondere Bedeutung und eine größere Verantwortung. Nach einem halbwegs erfolgreichen Ratsvorsitz der Tschechischen Republik und den professionellen Schweden richten sich die Augen Europas nun auf die iberische Halbinsel. Die vorgestellten Prioritäten, also: die Arbeit an den Rechten der europäischen Bürger, die Belebung der Konjunktur und Finanzkontrolle, die Wahrung der Rechtssicherheit und Entwicklung einer Strategie zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der europäischen Staaten, und all dies zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags, sind sehr ehrgeizig. Diese Situation ist für Spanien eine großartige Möglichkeit und eine große Herausforderung zugleich, weil die neuen Rechtsvorschriften in konkrete Maßnahmen umgesetzt und an die sich ständig verändernden internationalen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Die Führung der Europäischen Union zu einer Zeit der globalen Finanzkrise zu übernehmen ist kein leichtes

Unterfangen. Umso mehr erwarte ich die Ergebnisse voller Ungeduld und wünsche Ihnen viel Erfolg mit der Einführung des Projekts „neues Europa“. Vielen Dank.

VORSITZ Stavros LAMBRINIDIS

Vizepräsident

* * *

David-Maria Sassoli (S&D). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die italienische Polizei hat vergangene Nacht fünf Personen festgenommen, die einen Anschlag der Mafia auf einen unserer Kollegen, Herrn Crocetta, Abgeordneter dieses Parlaments und ehemaliger Bürgermeister von Gela auf Sizilien, planten.

Den Richtern zufolge hätte der Anschlag ab heute, dem 20. Januar, jederzeit stattfinden können. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die belgischen Behörden noch einen geeigneten Geleitschutz für Herrn Crocetta bereitstellen müssen, der, wie dem Vorsitz des Parlaments bekannt ist, in Italien seit nun einiger Zeit unter Schutz steht.

Ich fordere den Vorsitz auf, im Namen dieses Hauses und des Europäischen Parlaments Solidarität mit unserem Kollegen zu zeigen und Maßnahmen zu ergreifen, damit Herrn Crocetta in seiner Rolle als Abgeordneter angemessener Schutz zuteil wird.

6. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die Abstimmungsrunde.

(Für Einzelheiten zum Abstimmungsergebnis: siehe Protokoll)

6.1. Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten (Abstimmung)

Margot Wallström, *Vizepräsidentin der Kommission.* – Herr Präsident, zunächst möchte ich Herrn Nikiforos Diamandouros zu seiner Wahl zum Europäischen Bürgerbeauftragten gratulieren.

Wie er in seinem letztjährigen Bericht herausstellte, besteht die entscheidende Arbeit darin, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU aufzubauen. Dies können wir alle nur unterschreiben. Wir alle haben sowohl als Institution als auch als Einzelperson einen erheblichen Beitrag zu dieser wichtigen Arbeit zu leisten.

Die Beziehungen zwischen der Kommission und dem Bürgerbeauftragten waren immer ausgesprochen gut und sehr konstruktiv. Ich denke, unsere Zusammenarbeit verläuft noch reibungsloser und ist produktiver geworden.

Durch ihre Untersuchungen haben der Europäische Bürgerbeauftragte und sein Team erheblich dazu beigetragen, eine Dienstleistungskultur innerhalb der Kommission zu entwickeln und zu verstärken. Aus Kritik wurden wichtige Lehren gezogen, und wir sehen auch eine zunehmende Bereitschaft, einvernehmliche Lösungen zu erreichen. Diese Entwicklung sollte sich fortsetzen, und ich weiß, dass die Kommission die Aktivitäten des Bürgerbeauftragten weiterhin genau verfolgen und seine Vorschläge begrüßen wird.

Die kommenden Jahre werden für den Bürgerbeauftragten interessant und herausfordernd. Dabei denke ich natürlich an die neuen Möglichkeiten, die der Vertrag von Lissabon bietet. Wie Ihnen bekannt ist, ist das Recht auf gute Verwaltung in der Charta der Grundrechte verankert.

Ich zweifle in keinsten Weise daran, dass der Bürgerbeauftragte seinen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Europa noch steigern wird. Die Mittel dazu sind Transparenz und dienstleistungsorientierte Institutionen. Es ist unser aller Aufgabe, ihn bei dieser Arbeit zu unterstützen.-

Noch einmal meinen Glückwunsch zu Ihrer Wahl, und ich wünsche Ihnen alles Gute für die außerordentlich wichtigen Aufgaben, die vor uns allen liegen.

6.2. Zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira (A7-0001/2010, Danuta Maria Hübner) (Abstimmung)

6.3. Beschluss des Europäischen Parlaments über den Vorschlag zur Benennung eines Mitglieds des Ausschusses zur Prüfung der Eignung der Bewerber für das Amt eines Richters oder Generalanwalts beim Gerichtshof und beim Gericht (Abstimmung)

6.4. Zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens (Cotonou-Abkommen) (A7-0086/2009, Eva Joly) (Abstimmung)

7. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

Vito Bonsignore (PPE). – (IT) Mit dieser Abstimmung hat das Europäische Parlament sein Vertrauen in den Europäischen Bürgerbeauftragten zum Ausdruck gebracht, dessen Mandat bis zum Ende dieser Legislaturperiode andauern wird.

Ich muss betonen, dass dies eine positive Abstimmung für uns alle, für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger, ist. Der Europäische Bürgerbeauftragte befasst sich mit den Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger über die Misswirtschaft in unseren Institutionen. Der Bürgerbeauftragte hat dem Parlament Rede und Antwort gestanden, er hat Fragen bezüglich der Erhöhung der Transparenz seiner Arbeit und der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und den Bediensteten des Bürgerbeauftragten sowie der Kommunikation mit der Öffentlichkeit beantwortet.

Der Bürgerbeauftragte hat eine zentrale Rolle bei der Verteidigung der europäischen Bürgerinnen und Bürger, bei ihrer Unterstützung in ihren Kontakten mit der öffentlichen Verwaltung und vielleicht auch dabei, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl zu vermitteln, dass sie in einem gemeinsamen Europa leben. Die Verringerung der bisweilen unproduktiven Last der Bürokratie ist ein Ziel, auf das wir alle hinarbeiten müssen.

Die Europäische Union wird noch politischer sein, wenn sie in der Lage ist, die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Ich hoffe daher, dass es dem neuen Bürgerbeauftragten gelingen wird, die in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen anzuwenden, um die positive Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern Europas weiter zu verbessern.

- Bericht: Eva Joly (A7-0086/2010)

Alfredo Antoniozzi (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, unsere Berichterstatlerin Frau Joly und alle politischen Fraktionen haben bei der Erstellung dieses Berichts, der von mir und meinen Kolleginnen und Kollegen von der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) voll unterstützt wird, ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Insbesondere möchte ich meine Unterstützung für den Teil des Berichts zum Ausdruck bringen, in dem betont wird, dass die Verhandlungen über die Anpassung des Cotonou-Abkommens die Folgen der Finanzkrise, Migration und insbesondere die Notwendigkeit der Eindämmung illegaler Einwanderung berücksichtigen sollten.

Dies wirkt sich in der Tat ausgesprochen negativ aus sowohl auf die Wirtschaft der AKP-Staaten, die infolge der Abwanderung die für Entwicklung notwendigen Arbeits- und Fachkräfte verlieren, als auch auf die am stärksten von illegaler Einwanderung betroffenen Staaten, beispielsweise Italien, dessen Fähigkeit zur Aufnahme von Einwanderern wirtschaftlich und im Hinblick auf den Arbeitsmarkt begrenzt ist. Diese Grenzen können nicht überschritten werden, wenn eine Ablehnung der Einwanderer von der Gesellschaft verhindert werden soll.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Herr Präsident, ich habe gegen den Bericht Joly gestimmt, obwohl ich glaube, dass wir uns alle über eines seiner zentralen Argumente einig sind, nämlich, dass wir eine Politik betreiben müssen, die sich auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der afrikanischen Länder selbst konzentriert, damit der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte Einhalt geboten wird und sich die gebildeten Afrikaner endlich der Entwicklung ihrer eigenen Länder widmen können. Ich verstehe und unterstütze dies. Weshalb aber spricht sich derselbe Bericht dann so hartnäckig für eine Politik neuer Abwanderung aus afrikanischen Ländern und neuer Einwanderung nach Europa aus? Schließlich wird genau dadurch der Abwanderung der am höchsten qualifizierten, dynamischsten und unternehmungsfreudigsten Afrikaner Vorschub geleistet. Ich behaupte nach wie vor, dass die „Blue Card“ für Europa verheerend und für Afrika und die Menschen in Afrika in besonderem Maße nachteilig ist. Die, nicht zuletzt, erwähnte „zirkuläre Migration“ ist ein frommer Wunsch, denn diese Einwanderer kehren nicht in ihre Heimatländer zurück, und es wird ein neuer Nährboden für illegale Einwanderung geschaffen.

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident, unsere Tagesordnung diese Woche, und insbesondere heute, war mager, spärlich und beschränkt. Wir alle wissen, warum. Die Woche wurde der Politik in Hinterzimmern gewidmet. Ich würde ja sagen, der Politik in verrauchten Hinterzimmern, aber da wir hier in Brüssel sind, werde ich rauchfreie Zimmer sagen.

Wir haben die unsinnigen Anhörungen hinter uns gelassen. Diese haben Kandidaten hervorgebracht, zu denen ich sagen muss, dass meines Wissens kein einziger Abgeordneter dieses Hauses glaubt, dass wir jetzt im Begriff sind, den 27 bestqualifizierten Männern und Frauen in der gesamten Europäischen Union die beeindruckenden Befugnisse, die in den Händen der Europäischen Kommission konzentriert sind, zu übertragen. Sie werden nicht nur die Exekutive sein, sie werden auch das Initiativrecht haben – eine Machtkonzentration, die in jedem Zusammenhang außergewöhnlich ist, aber umso mehr, wenn wir bedenken, dass sie sich nicht unmittelbar der Wählerschaft gegenüber zu verantworten haben. Dies ist die exklusivste Wählerschaft in Europa, denn 736 Abgeordnete entscheiden, wer den Kontinent regieren wird.

Man braucht kein Euroskeptiker zu sein, um dies verwerflich zu finden. Es ist mir unbegreiflich, dass dieser Kontinent, der die Idee der repräsentativen Regierung und der parlamentarischen Demokratie exportiert hat, der den Samen der Demokratie zu weit entfernten Kontinenten getragen hat, wo er auf fruchtbaren Boden gefallen ist, nun hier in Europa den Mutterbaum mit der Axt fällt. Wir alle werden durch diesen Prozess herabgewürdigt.

- Bericht: Eva Joly (A7-0086/2009)

Syed Kamall (ECR). – Herr Präsident, bei der Überprüfung der Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten sollte das oberste Prinzip sicherlich die Beseitigung der Armut in vielen dieser Länder sein.

In Gesprächen mit Unternehmern in diesen Ländern beklagen sich diese darüber, wie sie, viele von ihnen sogar noch 40 Jahre nach der Unabhängigkeit, unter den Problemen von 40 Jahren Sozialismus gelitten haben, und dass sie immer noch von Primärwirtschaft und in zu großem Maße von Hilfe abhängig sind.

Die Unternehmer in diesen Ländern erzählen mir auch, wie Handelsschranken diese Länder wirklich schädigen und Nahrungsmittel- und Medikamentenimporte für die ärmsten Bürger verteuern. Sie beklagen tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse seitens der EU, und ich begrüße es, dass das EU-AKP-Partnerschaftsabkommen zur Beseitigung einiger der tarifären, wenn nicht sogar der nichttarifären, Handelshemmnisse beitragen kann.

Ich bin auch erfreut, dass die Kommission sogar eine Stelle eingesetzt hat, die Unternehmer in Entwicklungsländern bei Exporten in die EU unterstützt. Wir müssen an das oberste Prinzip denken, dass der beste Weg zur Überwindung der Armut darin besteht, mehr Handel zu fördern und den Unternehmern in den ärmeren Ländern zu helfen.

Philip Claeys (NI). – (NL) Herr Präsident, allein Paragraph 31, in der die Kommission aufgefordert wird, den Grundsatz der zirkulären Migration aufzunehmen und diese durch Ausstellung von zirkulären Visa zu erleichtern, war ein ausreichender Grund, gegen den Bericht Joly zu stimmen. „Zirkuläre Migration“ ist eine Illusion. Sie existiert in offiziellen EU-Dokumenten und ähnlichem, aber nicht – von einigen Ausnahmen abgesehen – in der Realität. Zirkuläre Migration läuft darauf hinaus, dass ein Einwanderer eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhält, aber in Europa bleibt, wenn diese abgelaufen ist, und untertaucht. Dies ist die Realität der so genannten zirkulären Migration. Zirkuläre Migration leistet illegaler Einwanderung Vorschub.

Der Kommission ist dies bekannt und dem Parlament ebenfalls. Dennoch wird dieser Begriff immer wieder benutzt, um den Menschen weiszumachen, dass viele Einwanderer später in ihre Heimatländer zurückkehren. Wir täten daher gut daran, so rasch wie möglich aufzuhören, die Realität zu verschleiern.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, wenn Sie erlauben, möchte ich kurz auf die Einhaltung der Redezeiten hinweisen, denn allzu oft überschreiten zu viele Sprecher in diesem Hause ihre Zeit – und es wird Ihnen gestattet. Einige nehmen nahezu das Doppelte der ihnen bewilligten Redezeit in Anspruch. Ich möchte den Präsidenten und die Vizepräsidenten bitten, ihren Hammer zu verwenden, damit die Redezeiten vorschriftsgemäß eingehalten werden und diejenigen, die nach dem „catch the eye“-Verfahren sprechen möchten, dazu Gelegenheit erhalten.

Schriftliche Erklärung zur Abstimmung

Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

Alfredo Antoniozzi (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, die Rolle des Europäischen Bürgerbeauftragten für die Bürgerinnen und Bürger ist von entscheidender Bedeutung für die ordnungsgemäße Arbeitsweise und die Transparenz der europäischen Institutionen, die 27 Mitgliedstaaten und nahezu 500 Millionen Bürger vertreten. Ich möchte in diesem Hause in Anbetracht der zahlreichen Beschwerden, die in den vergangenen Jahren in Bezug auf sprachliche Diskriminierung eingegangen sind, und die auch die italienische Sprache betrafen, die Bedeutung der Rolle des Bürgerbeauftragten beim Schutz der EU-Sprachen herausstellen. Ich bin daher über die Wiederwahl des Europäischen Bürgerbeauftragten sehr erfreut. Ich wünsche ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit und bitte ihn, dem Schutz der Sprachen die nötige Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen.

Vasilica Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich. – (RO) Ich begrüße die Wiederwahl von Herrn Nikiforos Diamandouros zum Europäischen Bürgerbeauftragten für eine weitere Amtszeit bis 2014. Ich unterstütze ferner den Bürgerbeauftragten bei seinen folgenden Hauptzielen: dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in den Genuss der Vorteile und Mittel des Vertrags von Lissabon kommen, und eine bessere Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten zu erreichen, um so eine größere Transparenz der Aktivitäten auf europäischer Ebene zu gewährleisten.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Die Wiederwahl von Herrn Nikiforos Diamandouros zum Europäischen Bürgerbeauftragten findet meine volle Unterstützung. Der Europäische Bürgerbeauftragte prüft Beschwerden gegen die Institutionen und Organe der Europäischen Union. Der Bürgerbeauftragte muss ein unabhängiger, parteiunabhängiger und unparteiischer Beamter sein. Herr Diamandouros hat sich als in hohem Maße professioneller und effizienter Anwalt im Dienste der Bürger bewährt. Er hat sich nicht gescheut, wenn nötig gleich welche europäische Institution, das Europäische Parlament inbegriffen, zu kritisieren. Jetzt, wo die Charta der Grundrechte rechtlich gleichrangig mit den Verträgen ist, bin ich zuversichtlich, dass die Charta, und insbesondere das Recht auf gute Verwaltung, im Mittelpunkt der Arbeit von Herrn Diamandouros als Bürgerbeauftragter stehen wird.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) In einem Europa, das näher an den Bürgern und den Menschen Europas stärker zu Diensten sein will, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass diese Menschen eine effektive Kontrolle über die Institutionen und Organe der EU ausüben können. Genau hierin erweist sich die Funktion des Europäischen Bürgerbeauftragten als unentbehrlich, da die Bürgerinnen und Bürger ihm Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung, Diskriminierung, Machtmissbrauch oder das Fehlen von Macht oder die Verweigerung der Beantwortung einer Frage an eine Institution oder ein Organ der EU melden.

In dieser Hinsicht begrüße ich die Wahl des neuen Europäischen Bürgerbeauftragten für die nächsten fünf Jahre, und ich hoffe, dass er in seinem Mandat von den Grundwerten der Europäischen Union gelenkt wird, nämlich Freiheit und Gerechtigkeit. So wird gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas bessere Institutionen und eine effektive Kontrolle über diese haben, und dies stärkt die EU, macht sie gerechter und bringt sie näher zusammen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Der Europäische Bürgerbeauftragte behandelt Fälle schlechter Verwaltungspraxis in Institutionen und Organen der Gemeinschaft, entweder auf eigene Initiative oder aufgrund einer Beschwerde. Dies bedeutet, dass der Europäische Bürgerbeauftragte gerade jetzt, wo der

Vertrag von Lissabon in Kraft getreten und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union rechtsverbindlich geworden ist, hilft, ein Europa der Bürger zu errichten. Es sollte beachtet werden, dass das Recht auf eine gute Verwaltung ein Grundrecht der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist, das in Artikel 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist.

2001 hat das Europäische Parlament eine Entschließung zum Kodex für gute Verwaltungspraxis angenommen, der von den Institutionen und Organen der Europäischen Union einzuhalten ist. Meiner Ansicht nach sollte dieser Kodex ein europäisches Gesetz werden, das legislative Kohärenz in der EU hätte und eine Garantie dafür wäre, dass diese Grundsätze von den Institutionen der EU im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern beachtet werden. Es ist äußerst wichtig, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte kennen und wissen, wie sie diese schützen und bei Missachtung durchsetzen können.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *schriftlich*. – (PL) Herr Präsident, im Europäischen Parlament haben wir die Arbeit von Herrn Diamandouros als Bürgerbeauftragter im Grunde jedes Jahr in unserer Aussprache über die von ihm vorgelegten Jahresberichte, die immer eine hervorragende Beurteilung bekamen, bewertet. Im Laufe seiner Arbeit während zwei Amtszeiten hat Herr Diamandouros zahlreiche Initiativen unternommen, um das Bewusstsein für das Amt des Bürgerbeauftragten zu wecken, was dazu geführt hat, dass eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern seine Hilfe in Anspruch genommen hat. Die letzten Zahlen aus dem Jahr 2008 zeigen 3 406 Beschwerden gegenüber 3 211 Beschwerden im Jahr davor. Beachtenswert ist, dass der Bürgerbeauftragte sich nicht darauf beschränkt hat, nur Beschwerden zu prüfen, die formell zulässig sind, sondern auch darüber informiert hat, wie Rechte im Falle von Beschwerden, die eigentlich nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, eingefordert werden können.

Darüber hinaus hat Herr Diamandouros eine überaus nutzbringende Zusammenarbeit zwischen Bürgerbeauftragten der einzelnen Mitgliedstaaten initiiert, die den Austausch von Informationen und guten Praktiken ermöglicht hat. Auf seine Initiative hin wurden Verbindungsbeamte in den Büros der nationalen Bürgerbeauftragten eingesetzt, und Informationen über die Umsetzung und Anwendung von EU-Recht werden im „Ombudsman Newsletter“ veröffentlicht. Ich beglückwünsche Herrn Diamandouros daher herzlich zu seinen Erfolgen und zu seiner Wiederwahl zum Europäischen Bürgerbeauftragten, und ich zähle auf eine fruchtbare Zusammenarbeit in der laufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments.

Alan Kelly (S&D), *schriftlich*. – Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich ergreife heute das Wort, um meiner Wertschätzung für die Arbeit unseres Bürgerbeauftragten, Herrn Nikiforos Diamandouros, Ausdruck zu verleihen. Er hat seine Aufgaben in Übereinstimmung mit allen Vorschriften und mit Unabhängigkeit und Integrität erfüllt. Er ist ein Verfechter des Grundsatzes, dass die EU-Institutionen transparent sein müssen. Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns offen miteinander sein: unsere Bürgerinnen und Bürger befassen sich nicht in dem Maße mit europäischen Angelegenheiten, wie wir es gerne hätten. Unsere EU-Institutionen müssen daher so arbeiten, als befänden sie sich hinter einer Glasscheibe. Dieser Bürgerbeauftragte hat bisher die Fähigkeit zur Arbeit mit diesem Grundsatz unter Beweis gestellt, und daher begrüße ich seine Wiederwahl. Vielen Dank.

David Martin (S&D), *schriftlich*. – Ich begrüße die Wiederwahl von Herrn Nikiforos Diamandouros zum Europäischen Bürgerbeauftragten. Er war ein sehr guter Verfechter der Bürgerrechte, und ich bin erfreut, dass er dieses Amt auch weiterhin ausüben wird.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Bei der Wahl zum Bürgerbeauftragten habe ich für Herrn Pierre-Yves Monette gestimmt. Er hat es als einziger der Mühe wert gefunden, sich auch den fraktionslosen Mitgliedern des Europäischen Parlaments vorzustellen und auf deren Fragen zu antworten.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Wir haben heute eine Entscheidung über die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten erzielt. Diese Wahl ist von größter Wichtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, da sich der Europäische Bürgerbeauftragte mit dem Schutz der Menschenrechte beschäftigt. Er untersucht Beschwerden von EU-Bürgern über Unkorrektheiten in Institutionen der Union. So haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger eine gewisse Kontrolle über jedes Organ, Büro, jede Institution und Agentur der Union.

Mithin ist es außerordentlich wichtig, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich ihrer Rechte bewusst sind. Sie müssen wissen, dass sie nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon größeren Einfluss auf das Funktionieren der EU-Institutionen haben. Darüber hinaus wird der Europäische Bürgerbeauftragte dem neuen Bürgerbeauftragten zufolge enger mit anderen europäischen Institutionen zusammenarbeiten. Es ist auch erfreulich, dass die Bürgerinnen und Bürger der neuen Mitgliedstaaten die Beschwerdemöglichkeit nutzen, was durch die in den vergangenen Jahren verzeichnete relativ hohe Zahl von Beschwerden belegt

wird. Dies beweist, dass die Bewohner der neuen Mitgliedstaaten an Themen im Zusammenhang mit der Europäischen Union interessiert sind und der EU nicht gleichgültig gegenüber stehen.

– **Bericht: Danuta Maria Hübner (A7-0001/2010)**

Luís Paulo Alves (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira gestimmt, da er auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsbeteiligten von den Azoren (Gewerbetreibende, Wiederverkäufer, Großhändler und Einzelhändler) abzielt. Dies würde die Beschäftigungssituation in der Region Azoren verbessern und so die durch die geografische Lage der Inseln bedingten wirtschaftlichen Nachteile ausgleichen.

Diese zeitweilige Aussetzung der Zollsätze, die es den lokalen Wirtschaftsbeteiligten auf Madeira und den Azoren erlaubt, eine bestimmte Menge von Rohstoffen, Teilen, Bauteilen und Fertigerzeugnissen zollfrei einzuführen, wobei Bereiche abgedeckt werden wie Fischerei, Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungen, schafft günstige Bedingungen für langfristige Investitionen.

Diese Maßnahmen werden die örtlichen KMU und Bauern dabei unterstützen, in diesen Gebieten in äußerster Randlage der Union Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Wirtschaftsabschwungs sind spezifische Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und Stabilisierung der Beschäftigung unabdingbar.

Jean-Pierre Audy (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe auf der Grundlage des ausgezeichneten Berichts meiner polnischen Kollegin, Frau Hübner, für die Entschließung über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira gestimmt. Mit Unterstützung der Regierung ihres Mitgliedstaates Portugal haben die Regionalbehörden von Madeira und den Azoren darum ersucht, autonome Zollsätze einführen zu dürfen, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer lokalen Wirtschaftsbeteiligten zu stärken und die Beschäftigungssituation in diesen Regionen in äußerster Randlage der Union zu stabilisieren. Die Unterstützung der besonderen Merkmale der Gebiete in äußerster Randlage durch die Union findet meine volle Unterstützung, vorausgesetzt, diese Toleranz fördert keine spekulativen Handelsverlagerungen oder weicht von den beabsichtigten Zielen ab.

Zigmantas Balčytis (S&D), *schriftlich*. – (LT) Ich unterstützte den Vorschlag der Kommission über die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs, da die EU meines Erachtens ihre Solidarität mit Regionen, die mit den Folgen der Wirtschaftskrise kämpfen, nicht nur erklären, sondern beweisen muss. Ich denke, diese Maßnahme steht mit dem europäischen Konjunkturprogramm im Einklang, da die Wirtschaftskrise die verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und EU-Regionen auf verschiedene Weise getroffen hat. Mithin müssen wir für Maßnahmen sorgen, die den spezifischen wirtschaftlichen Bedürfnissen jedes Mitgliedstaates oder jeder Region Rechnung tragen.

Da diese Inseln vom Tourismus abhängig sind und dieser stark rückläufig ist, wächst die Gefahr der Arbeitslosigkeit und des Zusammenbruchs kleiner und mittlerer Unternehmen, und dies würde die Bewohner dieser entlegenen Inseln besonders hart treffen. Mit der Aussetzung der Zollsätze muss die Gemeinschaft auch gewährleisten, dass diese Maßnahme das zu Grunde liegende Ziel – die Förderung lokaler Unternehmen und die Unterstützung lokaler Landwirte und Klein- und Mittelbetriebe in dieser schwierigen Zeit – sicherstellt und dass diese Grundsätze für andere Mitgliedstaaten der EU gelten.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Entwicklung der Gebiete in äußerster Randlage der Union wird durch Faktoren wie die Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur, extreme Abgelegenheit und Abgeschiedenheit, die geringe Größe, schwierige Boden- und Klimabedingungen und ihre wirtschaftliche Abhängigkeit stark erschwert. Es ist mithin unabdingbar, dass die Europäische Union diesen Regionen weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmet und dabei Probleme und Potenziale aufzeigt, ihre Unterschiede und Schwächen untersucht, damit sie für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung geeignete Politiken und Maßnahmen einsetzen kann. Ich begrüße den Vorschlag für eine Verordnung des Rates, da er einen Anreiz für nachhaltige Entwicklung und die Integration der Gebiete in äußerster Randlage in die Weltwirtschaft darstellt. Die zeitweilige Aussetzung der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs wird es den autonomen Regionen Madeira und Azoren ermöglichen, die durch ihre Abgelegenheit bedingten wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen und die für sie spezifischen Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen. Ich befürworte die Initiative der Regionalbehörden von Madeira und den Azoren und ihren Einsatz für einen Beitrag zu einer

Entwicklungsstrategie für ihre Regionen, die auch die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und ihre Fähigkeit zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung begünstigt.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht über die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira gestimmt. Diese Aussetzung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaftsbeteiligten und leistet einen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Gebieten in äußerster Randlage. Dadurch werden die durch die geografische Lage bedingten wirtschaftlichen Nachteile ausgeglichen, ohne die Festigung des Binnenmarktes oder den Grundsatz des freien Wettbewerbs innerhalb der EU zu beeinträchtigen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich halte die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsbeteiligten in den portugiesischen autonomen Regionen Madeira und Azoren zu stärken und die Beschäftigungssituation auf diesen Inseln zu verbessern.

Diese Aussetzung wird den lokalen Wirtschaftsbeteiligten auf Madeira und den Azoren die zollfreie Einfuhr von Rohstoffen, Teilen, Bauteilen und Fertigerzeugnissen erlauben, wobei diese Erzeugnisse von lokalen Unternehmern zur gewerblichen Verwendung oder Verarbeitung verwendet werden müssen.

Die Genehmigung dieser Ausnahmeregelung ist für die Entwicklung dieser portugiesischen autonomen Regionen, die beide zu einem großen Teil vom Tourismus abhängen und dadurch in hohem Maße anfällig für die Schwankungen in diesem Sektor sind, von maßgeblicher Bedeutung. Ihre volle wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Besonderheiten ihrer lokalen Wirtschaft und ihrer geografischen Lage begrenzt.

Vor diesem Hintergrund leistet jeder Anreiz für die lokale Industrie sicherlich die Unterstützung, die für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung notwendig ist, und bereitet den Weg für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf den Inseln, was unabdingbar ist, um die Abwanderung von den Inseln zu stoppen und die Voraussetzungen für Entwicklung zu schaffen.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die zeitweilige Aussetzung der Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs wird den lokalen Wirtschaftsbeteiligten in den autonomen Regionen Madeira und Azoren die zollfreie Einfuhr einer bestimmten Menge von Rohstoffen, Teilen, Bauteilen und Fertigerzeugnissen gestatten. Diese Rohstoffe müssen für landwirtschaftliche Zwecke und zur gewerblichen Verarbeitung und Wartung in den autonomen Regionen verwendet werden.

Die Aussetzung wird bis zum 31. Dezember 2019 gelten, und es werden voraussichtlich Maßnahmen eingesetzt um zu verhindern, dass die Zollausssetzung zu unlauterem Wettbewerb führt. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben und Landwirten in unseren autonomen Regionen Madeira und Azoren.

Die Maßnahme ist auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Regionen in äußerster Randlage zugeschnitten und wird die Wirtschaftsaktivität ankurbeln und so einen Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes leisten. Die lokale Wirtschaft von Madeira und den Azoren hängt in hohem Maße vom nationalen und internationalen Tourismus ab, der von der aktuellen Wirtschaftskrise getroffen wurde. Diese Zollausssetzung ist daher vollständig gerechtfertigt, und sie wird sich voraussichtlich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen auswirken.

Ich möchte eine raschere Analyse und Beschlussfassung bei derartigen Prozessen fordern, damit wir effizienter und frühzeitiger reagieren können.

Deshalb habe ich dafür gestimmt.

João Ferreira (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Die Regionalbehörden Madeiras und der Azoren haben um die zeitweise Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren ersucht, um die Produktivität zu stärken und damit die Beschäftigungssituation in diesen Gebieten in äußerster Randlage der Gemeinschaft zu stabilisieren.

Wir stimmen dem Inhalt der Vorschläge in diesem Dokument zu. Wir sind jedoch der Auffassung, dass Bauteile, die nicht unter die in der Verordnung festgelegten landwirtschaftlichen Zwecke fallen, ebenfalls als Bauteile für gewerbliche Zwecke betrachtet werden könnten, insbesondere im Bereich Energie und Umwelt, beispielsweise Teile und Bauteile für die Energieindustrie, und hier vor allem für so genannte „saubere Energie“ (Windkraft, Sonnenkraft usw.).

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Madeira und Azoren bis 2019 ist in dieser Zeit der globalen Wirtschaftskrise sehr wichtig für diese Gebiete in äußerster Randlage der Gemeinschaft. Sie ist für die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben und lokalen Landwirten unerlässlich, da sie die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaftsbeteiligten stärken und die Beschäftigungssituation in diesen Regionen stabilisieren wird.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Die Regionalbehörden Madeiras und der Azoren haben um die zeitweise Aussetzung der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs ersucht, um die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaftsbeteiligten zu stärken und damit die Beschäftigungssituation in diesen Gebieten in äußerster Randlage der Gemeinschaft zu stabilisieren. Um zu gewährleisten, dass die eingeführten Waren – Rohstoffe, Teile oder Fertigerzeugnisse – nicht den Wettbewerb verzerren, werden sie Kontrollen unterzogen, damit sichergestellt wird, dass sie von lokalen Unternehmen auf den Inseln in einem Zeitraum von wenigstens zwei Jahren verwendet werden, bevor sie abgabenfrei an Unternehmen, die in anderen Teilen der Union gelegen sind, verkauft werden können. Wie soll das in der Praxis umgesetzt werden? Da dies nicht plausibel dargestellt werden konnte, habe ich mich der Stimme enthalten.

Maria do Céu Patrão Neves (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich begrüße den Standpunkt der Kommission in Bezug auf die Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Madeira und Azoren für einen Zeitraum von zehn Jahren sowie den Bericht von Frau Hübner, die gemeinsam:

1. eine positive Diskriminierung zugunsten der Randgebiete Azoren und Madeira einführen und so bestätigen, dass die strukturellen Beschränkungen, von denen diese Regionen betroffen sind, naturgemäß von Dauer sind;
2. Bedingungen für eine Förderung der Wirtschaftsaktivität und der Beschäftigung auf den Inselgruppen schaffen und so zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl auf den Inseln beitragen.

Dies ist ein Beispiel für den Zusammenhalt, der von einer Europäischen Union, die auf dem Solidaritätsprinzip gründet, erreicht werden kann.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Entwicklung der Gebiete in äußerster Randlage wird durch ihre Abgelegenheit, Abgeschiedenheit, ihr Klima und ihre schwierigen geografischen Merkmale sowie ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von einer begrenzten Zahl von Waren und Dienstleistungen beschränkt.

Die Verordnung, über die wir heute abstimmen werden, wird es Madeira und den Azoren erlauben, eine Reihe von Fertigerzeugnissen zur landwirtschaftlichen, gewerblichen oder industriellen Verwendung sowie Rohstoffe, Teile und Bauteile für landwirtschaftliche Zwecke, zur gewerblichen Verarbeitung oder Wartung bis Ende 2019 zollfrei einzuführen.

Ferner beschränkt sich diese Tarifmaßnahme nicht nur auf die Freizonen, sondern gilt für das gesamte Gebiet beider Regionen und kommt somit allen Arten von lokalen Wirtschaftsbeteiligten zugute.

Ich erinnere daran, dass dieses Thema Gegenstand eines vereinfachten Gesetzgebungsverfahrens war, um das Verfahren zu beschleunigen. Die Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung selbst war die Berichterstatterin für den Vorschlag, wodurch er dem Plenum ohne vorherige Aussprache zur Abstimmung vorgelegt werden konnte.

Ich bin sehr zufrieden mit dem endgültigen Ergebnis – in das meine Änderungsanträge eingeflossen sind –, das eine Anzahl gewerblicher Waren zur Ausrüstung der Freizone Madeiras abdeckt, die in einer Verordnung aus dem Jahr 2000 enthalten waren, jedoch 2008 zusammen mit 2008 und 2009 vorgelegten zusätzlichen Forderungen, die nicht im ursprünglichen Vorschlag der Kommission enthalten waren, entfallen sind.

Entschließungsantrag: B7-0042/2010

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Der Vorschlag des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments, Frau Ana Palacio Vallelersundi als Mitglied des nach Artikel 255 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union eingerichteten Ausschusses vorzuschlagen, wäre grundsätzlich zu begrüßen. Aus institutioneller Sicht ist es aber nicht nachzuvollziehen, warum ein gesondertes Gremium aus sieben Personen den nationalen Regierungen verbindliche Vorschläge unterbreiten sollte. Aus diesem Grunde habe ich gegen den Vorschlag gestimmt.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Ich habe bei der heutigen Abstimmung über die Benennung von Ana Palacio Vallelersundi als Mitglied des Ausschusses zur Prüfung der Eignung der Bewerber für das Amt eines Richters oder Generalanwalts beim Gerichtshof und beim Gericht gegen sie gestimmt, da ich mir von dem vom Europäischen Parlament benannten Mitglied erwarde, dass dieses neben den ausgezeichneten Rechtskenntnissen auch die soziale Eignung und Kompetenz der Bewerber prüft. Ich setze da kein Vertrauen in Frau Palacio, da ich befürchte, dass sie bei der Beurteilung der Richter und Generalanwälte das Vorhandensein von sozialen Werten und Menschenkenntnis nicht berücksichtigt. Gerade mit der Festschreibung der Ziele und Werte im Vertrag von Lissabon – soziale Marktwirtschaft sei hier angeführt – und der primärrechtlichen Verankerung der EU-Grundrechtecharta ist dies jedoch künftig bei der Auswahl der Richter und Generalanwälte unabdingbar.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – (RO) Die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einführen bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira zielt darauf ab, Investoren eine langfristige Perspektive zu bieten und es den Wirtschaftsbeteiligten zu ermöglichen, ein gewisses Niveau industrieller und gewerblicher Aktivitäten zu erreichen. Als Sozialistin denke ich, dass diese Maßnahmen solange beibehalten werden sollten, wie diese Regionen mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Ich begrüße den Vorschlag der Kommission, da die Annahme dieser Maßnahme die Beschäftigung sowie das wirtschaftliche und soziale Umfeld in diesen Gebieten in äußerster Randlage der Union, die mit spezifischen Problemen zu tun haben, mittelfristig stabilisiert. Ich muss jedoch auf die Gefahren hinweisen, die die zeitweilige Aussetzung von Zollsätzen für Erzeugnisse, die aus solchen Ländern stammen, mit sich bringt. Wir müssen die Auswirkungen dieser Aussetzung auf den Wettbewerb daher genau beobachten.

Róza, Gräfin von Thun Und Hohenstein (PPE), schriftlich. – (PL) Nach Artikel 255 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist das Europäische Parlament eine der Institutionen, die Kandidaten als Mitglied des Ausschusses zur Prüfung der Eignung der Bewerber für das Amt eines Richters oder Generalanwalts beim Europäischen Gerichtshof vorschlägt. Da dieser Ausschuss nur sieben Mitglieder zählt und ihre Aufgabe sehr verantwortungsvoll ist, ist es wichtig, dass es sich um Personen von untadeligem Ruf und großer Befähigung handelt. Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments und dank den mit dem Vertrag von Lissabon verliehenen neuen Befugnissen kann ich auf die Wahl eines der sieben Mitglieder dieses Gremiums Einfluss nehmen, und ich begrüße die Bewerbung von Frau Palacio Vallelersundi. Frau Palacio Vallelersundi war acht Jahre Abgeordnete des Europäischen Parlaments und wurde zweimal von den Kolleginnen und Kollegen zum Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitzenden gewählt.

Sie war ferner Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt, ferner des Ausschusses für Justiz und innere Angelegenheiten. Außerdem lassen ihre übrigen beruflichen Erfolge – leitende Beraterin der Weltbank und Spaniens erste Außenministerin – keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass sie die richtige Person in der richtigen Funktion ist.

– **Bericht: Eva Joly (A7-0086/2009)**

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht über die zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens gestimmt, da dieser Text meines Erachtens Schlüsselemente enthält, die bei den laufenden Verhandlungen berücksichtigt werden sollten.

Die Kohärenz der verschiedenen europäischen Politiken – ob in Handel, Entwicklung oder Landwirtschaft und Fischerei – sollte der Grundsatz sein, auf dem unsere Beziehungen mit dieser Gruppe von Entwicklungsländern basieren.

Die neue Situation, die durch strategische Partnerschaftsabkommen verkörpert wird, muss beachtet werden. Diese Abkommen, die im wesentlichen Handelsabkommen sind, schaffen neue Plattformen für einen parlamentarischen Dialog und müssen eingehalten werden. Die neuen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert werden, wie der Klimawandel und die Finanzkrise, sollten zu Antworten führen, die Eingang in das neue Cotonou-Abkommen, dessen Abschluss für März erwartet wird, finden.

Ebenso ist es wichtig, dass die europäische Strategie für Beziehungen mit den AKP-Staaten die Nähe und Kontakte berücksichtigt, die die Gebiete in äußerster Randlage mit diesen Ländern haben. Die Gebiete in äußerster Randlage können als wichtigste Mittler für die EU in wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen fungieren. Die Regionen in äußerster Randlage verleihen dem außenpolitischen Handeln der EU eine besondere Dimension und sind somit an der Entwicklung einer wirklichen Nachbarschaftspolitik beteiligt.

Jean-Pierre Audy (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für den Bericht meiner französischen Kollegin, Frau Joly, über die zweite Überprüfung des AKP (Afrika, Karibik und Pazifik)-EG-Partnerschaftsabkommens („Cotonou-Abkommen“) gestimmt. Ich teile die Ansicht der Berichterstatterin, dass die zweite Überprüfung des Cotonou-Abkommens genutzt werden sollte, um dieses Abkommen unter Berücksichtigung aktueller Krisen, einschließlich des Klimawandels, steigender Nahrungsmittel- und Ölpreise, der Finanzkrise und extremer Armut in Afrika, anzupassen. Die AKP-Staaten sind Partner der Europäischen Union, und wir müssen diese Partnerschaft fördern, um Verbündete in den bevorstehenden wichtigen Verhandlungen über Weltordnungspolitik zu haben.

Liam Aylward (ALDE), *schriftlich*. – (GA) Ich habe für den Bericht über die zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens („Cotonou-Abkommen“) gestimmt. Dieser Bericht kommt zur rechten Zeit, und es ist richtig und vernünftig, dass die Frage der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen fortlaufend diskutiert wird. Die Hauptziele des Cotonou-Abkommens sind die Bekämpfung von Armut, nachhaltige Entwicklung und die schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft.

Die gegenwärtigen, und die künftigen, Abkommen und Handelsgespräche müssen auf die Erfüllung und Stärkung der Maßnahmen der EU und ihrer Partner in Bezug auf Kinderarbeit hinwirken.

Artikel 50 des Cotonou-Abkommens enthält Bestimmungen zur Förderung fairer Arbeitsnormen und Verbesserung internationaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarbeit. Fragen, die Kinderarbeit betreffen, müssen in EU-Handelsabkommen oberste Priorität erhalten.

Ich begrüße daher die Artikel des Berichts, in denen die EU und die Behörden der AKP-Staaten aufgefordert werden, eine Diskussion über die Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach dem Jahr 2020 zu beginnen und unabhängige Parteien, d. h. nichtstaatliche Akteure, stärker in diesen Prozess einzubeziehen.

Zigmantas Balčytis (S&D), *schriftlich*. – Die zweite Überprüfung des Cotonou-Abkommens erfolgt angesichts der globalen Finanzkrise in einem sehr anspruchsvollen Umfeld. Die Überprüfung des Abkommens wird es meines Erachtens erlauben, die wesentlichen Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten aufzufrischen und zu vertiefen. Seit der ersten Unterzeichnung des Abkommens hat sich die Lage verändert, und es stellen sich neue Herausforderungen und Probleme. Die Verhandlungen über das Abkommen sollten so außerordentlich wichtige Punkte wie die Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern, die praktische Nutzung immenser erneuerbarer Energiequellen, die Nahrungsmittelkrise und den Erwerb von Agrarland umfassen.

Große Aufmerksamkeit sollte den Migrationsproblemen gelten. In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie Hunderte junger Afrikaner vor den Küsten der EU ertranken. Massive Einwanderung resultiert aus schwachen Wirtschaftssystemen, der Verarmung der Menschen, Menschenrechtsverletzungen und zahlreichen anderen Ursachen. Diese Dinge sollten in dem überarbeiteten Abkommen deutlich behandelt werden.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – Ich stimme für den Entwurf eines Berichts über die zweite Überprüfung des Cotonou-Abkommens, der zentrale Punkte wie nachhaltige Entwicklung und die schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft einführt. Themen wie Klimawandel, Energiesicherheit, Ausbildung und Zusammenarbeit im Bildungsbereich sind wesentlich für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den AKP-Staaten. Die globale Erwärmung, die ihre schwerwiegendsten Auswirkungen in den Entwicklungsländern hat, kann auch eine Chance für uns sein. Die erneuerbaren Energiequellen, über die diese Länder verfügen, sind wesentlich für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung und ermöglichen es ihnen, eine Energieunabhängigkeit zu erreichen und so die globale Krise zu bewältigen. Gleichmaßen wichtig sind Investitionen in Bildung und Ausbildung zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit, illegaler Einwanderung und Abwanderung hochqualifizierter Kräfte, wodurch ein Beitrag zur Entwicklung in den AKP-Staaten geleistet und der Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft unterstützt wird.

Proinsias De Rossa (S&D), *schriftlich*. – Ich unterstütze diesen Bericht, der feststellt, dass die zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens der gegenwärtigen globalen Krise entsprechen und in einer Weise erfolgen muss, die eine Partnerschaft zwischen Gleichberechtigten voll und ganz respektiert. Diese zweite Überprüfung des Abkommens ist eine hervorragende Gelegenheit, die Ursachen der Finanzkrise, des Klimawandels und der Nahrungsmittel- und Energiekrise anzupacken und aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um so sinnvolle Veränderungen am Cotonou-Rahmen vorzunehmen und die Einheit, den Zusammenhalt und die Solidarität der AKP-Staaten weiterzuentwickeln. Der Bericht fordert mehr Stärkung der Menschenrechtsklauseln und Sanktionen. Ferner bringt der Bericht unser Bedauern zum Ausdruck, dass die Parlamente (Europäisches Parlament, PPV und nationale Parlamente der AKP-Staaten) nicht von den

Mitgliedstaaten konsultiert wurden und nicht am Entscheidungsprozess zur Feststellung der zu überprüfenden Bereiche und Artikel und zur Festlegung der Verhandlungsmandate beteiligt wurden. Das Hauptziel des Cotonou-Abkommens ist es, in Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und der schrittweisen Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft die Armut einzudämmen und schließlich zu besiegen.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht über die zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens gestimmt, um der Notwendigkeit von Änderungen Rechnung zu tragen, die es uns erlauben werden, die gegenwärtigen großen Herausforderungen wie Klimawandel, Finanzkrise und Nahrungsmittelkrise zu bewältigen.

Ich begrüße die Unterstützung des Parlaments für die AKP-Staaten, die Bestimmungen zum Klimawandel als übergreifendes Thema in die zweite überarbeitete Version des Cotonou-Abkommens aufnehmen möchten. Ich bedauere jedoch, dass die Parlamente (das Europäische Parlament, das Panafrikanische Parlament und die nationalen Parlamente der AKP-Staaten) nicht die Gelegenheit genutzt haben, sich mit Vorschlägen einzubringen und sich mit Mitgliedstaaten aktiv am Entscheidungsprozess zur Überprüfung dieses wichtigen Abkommens zu beteiligen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich hoffe, die zweite überarbeitete Version des Cotonou-Abkommens wird zur Förderung nachhaltiger Entwicklung in AKP-Staaten beitragen, die sozialen Zusammenhalt ermöglicht und die Bekämpfung der Armut unterstützt.

Die Auswirkungen der mit dem Klimawandel verbundenen Krise sind in den AKP-Staaten am gravierendsten zu spüren und werden zunehmend stärker. Vor diesem Hintergrund spielt die Frage der Lebensmittelsouveränität eine ganz zentrale Rolle. Natürliche Ressourcen sollten sinnvoll genutzt werden, und der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte gefördert werden.

Wir müssen gewährleisten, dass alle AKP-Staaten über einen Handelsrahmen verfügen werden, der zumindest ihrer vorherigen Situation entspricht. Ich unterstütze auch die Forderung, dass der Europäische Entwicklungsfonds (EEF), der die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens finanziert, in die Haushaltsbefugnisse des Parlaments eingebunden werden sollte.

Deshalb habe ich für den Bericht gestimmt.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir schließen uns der Auffassung der Berichterstatteerin an, dass die zweite Überprüfung des Cotonou-Abkommens ein guter Zeitpunkt ist, um Anpassungen vorzunehmen.

Der Bericht formuliert Grundsätze, die, sollten sie umgesetzt werden, ein Schritt zur Verbesserung des Abkommens wären, wie die Beispiele der Verteidigung der Lebensmittelsouveränität und -sicherheit für AKP-Staaten und der Kampf gegen Steuerparadiese zeigen.

Zugleich verurteile ich einige wichtige Aspekte, wie die angestrebte stärkere Regionalisierung der Beziehungen zwischen AKP-Staaten und der EU, da dies eine Gefahr für die Kohärenz und die Stärke der AKP-Gruppe darstellen könnte.

An anderer Stelle wird der Bericht den Erfordernissen nicht gerecht. Der Zustand der Abhängigkeit und Unterordnung, in dem sich die AKP-Staaten befinden, und die Rolle, die die gegenwärtige Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe bei der Herbeiführung dieses Zustands gespielt haben – eine ganz zentrale Frage –, werden nicht angemessen berücksichtigt. Die möglichen Folgen der Umsetzung der von der EU vorgeschlagenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vor diesem Hintergrund wurden ebenfalls ausgeklammert.

Die von einigen AKP-Staaten vorgebrachten Vorbehalte und Einwände hätten in dem Bericht begrüßt werden sollen, ebenso ihre Prioritäten beispielsweise in Bezug auf den Europäischen Entwicklungsfonds.

Alan Kelly (S&D), schriftlich. – Geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit Freude wende ich mich heute an dieses Parlament, da wir uns hin zu mehr Gleichberechtigung in der Beziehung zwischen reichen und armen Ländern bewegen und dabei die Menschenrechte stärken. Die Überprüfung dieses Abkommens muss den Erfordernissen der neuen Welt, in der wir leben, gerecht werden und auf einer gleichberechtigten Partnerschaft basieren. Dies ist eine neue Welt mit einer neuen Wirtschaft, in der die faire Verteilung von Wohlstand und die Bekämpfung des Klimawandels die neuen Prioritäten sind. Ich möchte die Arbeit meiner Fraktion im Europäischen Parlament loben, die diese Grundsätze der Beseitigung von Armut in diese Überprüfung eingebracht hat.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Dieser Bericht enthält unbestreitbar einige sehr wertvolle Vorschläge und häufig lobenswerte Absichten. Die Priorität erneuerbarer Energien, die Verpflichtung transnationaler Unternehmen zur Offenlegung ihrer Gewinne und der in den einzelnen AKP-Staaten ihrer Tätigkeit gezahlten Steuern, die Einbindung des Konzepts der Lebensmittelsouveränität und die Kritik an der Externalisierung der Migrantenströme von Seiten Europas – alle diese Vorschläge finden unsere Unterstützung. Wir können jedoch nicht die Augen davor verschließen, dass dieser Bericht nichts am Cotonou-Abkommen ändert.

Dieses Abkommen ist ein Symbol für das uneingeschränkte Festhalten der Europäischen Union an der ultraliberalen Logik der WTO. Wir lassen uns nicht täuschen: Hinter der so genannten „Entwicklung“ stehen die eigennützigen Beweggründe, die diesen Abbau der Lomé-Abkommen beherrscht haben. Wir verurteilen die Umsetzung der in diesem Abkommen vorgesehenen europäischen Partnerschaftsabkommen, die Erpressung durch die Kommission in Form von Entwicklungshilfe, um den Abschluss dieser Abkommen sicherzustellen, und die daraus resultierende Plünderung der Wirtschaften der AKP-Staaten. Wir stimmen gegen diesen Text, um nicht zu unterstützen, dass die Europäische Union das einzige Instrument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufgibt, das nicht von der wahnhaften Begeisterung für freien und ungehinderten Wettbewerb oder dem Nachgeben der Union gegenüber den Forderungen der Vereinigten Staaten in der WTO beherrscht wird.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die jüngste Tragödie in Haiti beweist, dass Partnerschaftsabkommen nicht geeignet sind, um Probleme zu lösen. Die zweite Überprüfung des Cotonou-Abkommens ist daher eine ausgezeichnete Gelegenheit, Anpassungen im Zusammenhang mit gegenwärtigen Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem starken Anstieg der Lebensmittel- und Ölpreise, der Finanzkrise und dem extremen Mangel in einigen AKP-Staaten vorzunehmen. Dies ist der Moment um Maßnahmen zu erarbeiten, die die vielfältigen Probleme, die in der Mehrzahl der betroffenen Länder weiterhin bestehen, effektiv lösen werden.

Aldo Patriciello (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich beglückwünsche die Berichterstatterin und die verschiedenen Fraktionen zu ihrer ausgezeichneten Arbeit an diesem Bericht, der meine volle Unterstützung findet.

In dem Bericht möchte ich die Verhandlungen über die Überarbeitung des Cotonou-Abkommens in den Mittelpunkt stellen. In der Tat sollten derartige Abkommen verschiedenste kritische Aspekte beachten, beispielsweise die Auswirkungen der Finanzkrise, das Anwachsen der Migrationsströme und insbesondere der illegalen Einwanderung.

Ich bin überzeugt, dass nur eine angemessene Bewertung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Kontrolle der negativen Auswirkungen der Krise und ihrer Folgen sowohl für die Wirtschaft der AKP-Staaten, die das Arbeitskräftepotenzial und die qualifizierten Arbeitskräfte verlieren, die für Entwicklung notwendig sind, als auch für die am stärksten von illegaler Einwanderung betroffenen EU-Staaten ermöglicht.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – Es ist wichtig, dass alle Aspekte des Cotonou-Abkommens vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen überprüft werden, die erhebliche Auswirkungen in AKP-Staaten haben. Insbesondere schließe ich mich den Bedenken in Bezug auf die regionale Integration an, die nicht nur für AKP-Staaten relevant ist, sondern auch für Länder Lateinamerikas und vor allem die Andengemeinschaft. Einige Handelsabkommen (die Kommissionsbeamten zufolge die Entwicklung fördern sollen) können dazu führen, dass der Handel zwischen Ländern in einer bestimmten Region gefährdet wird, und laufen daher dem erklärten Entwicklungsziel der Förderung regionaler Integration zuwider. Die Europäische Union muss ihre Handelspolitiken und deren Konsequenzen in dieser Hinsicht kontinuierlich auf den Prüfstand stellen. Geschieht dies nicht oder wird nicht entsprechend gehandelt, drohen negative Auswirkungen auf die langfristige Entwicklung.

Brian Simpson (S&D), schriftlich. – Ich werde für diesen Bericht stimmen, muss aber anmerken, dass bestimmte von der Kommission unterstützte Organisationen angesichts der Verantwortung für die Durchführung von Projekten unter EU-AKP-Partnerschaften in Korruption versumpft sind und eine Diskriminierungs- und Schikanierungskampagne gegen die Mitglieder oder Mitarbeiter, die diese Korruption ans Licht gebracht haben, inszeniert haben.

Ich beziehe mich natürlich auf das Zentrum für Unternehmensentwicklung, ZUE, das mit Unterstützung der Kommission alle Hinweisgeber entlassen und wenig unternommen hat, um die Mängel in der Leitung und in der Geschäftsführung dieser Organisation zu korrigieren.

Als die OLAF-Fahnder im Zuge ihrer Ermittlungen im ZUE feststellten, dass es Korruption gab und dass die Kommission es versäumt hatte, als Mitglied der Geschäftsführung des ZUE zum Zeitpunkt des Betrugs die angemessene Sorgfalt walten zu lassen, hätte man Maßnahmen und sicherlich Schutz für die betroffenen Hinweisgeber erwarten können. Zur großen Schande der Europäischen Kommission ist nichts davon geschehen.

Ich stimme heute zwar für den Bericht, aber ich frage mich, ob es nicht in Zukunft dringend notwendig ist, die anscheinende Unfähigkeit der EU-Seite in diesen Partnerschaften zur Ausübung einer ordnungsgemäßen Finanzkontrolle genauer zu prüfen.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) Das Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000, das die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und der Pazifikregion (AKP) regelt, wird alle fünf Jahre überprüft. Die Ziele dieses Abkommens sind die Beseitigung der Armut und die schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft im Einklang mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Diese Überprüfung findet vor dem Hintergrund einer globalen Finanzkrise, eines raschen Klimawandels, steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise und einer Diskussion über Landnutzung und die Nachhaltigkeit von Auslandsinvestitionen statt.

Es ist höchste Zeit, die parlamentarische Kontrolle der Länderstrategien und des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu stärken und die Kohärenz unserer Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik anzustreben. Es ist Zeit, zur Bewältigung des Klimawandels einen ganzheitlichen Ansatz zu wählen und den Hauptschwerpunkt auf erneuerbare Energie zu legen. Es ist Zeit, illegale Kapitalflucht aus Entwicklungsländern zu bekämpfen und die Politik der Europäischen Investitionsbank (EIB) hin zu mehr Transparenz in Bezug auf Steuerparadiese umzugestalten. Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass Landbesitz und sauberes Wasser Grundrechte sind. Es ist an der Zeit zuzugeben, dass ein fairer Zugang zu natürlichen Ressourcen wirklich zur Beseitigung von Armut beitragen kann. Der Bericht stellt diese Aspekte heraus, und daher findet er meine Unterstützung.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Ich habe mich bei der Abstimmung über den Bericht Joly über die zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens enthalten.

Dieser Bericht enthält zahlreiche spezifische Vorschläge zur Neuverhandlung dieses Abkommens – besser bekannt als Cotonou-Abkommen –, die ich unterstütze.

Zu nennen ist hier beispielsweise die Notwendigkeit, die Situation der ärmsten Länder der Welt vor dem Hintergrund ihrer Besonderheiten in Bezug auf Klimawandel, Demokratie und Menschenrechte, Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, Korruption sowie der besonderen Merkmale ihrer Wirtschaft, vor allem ihrer Agrarwirtschaft, zu berücksichtigen.

Die im Plenum angenommenen Änderungsanträge der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) ändern den Bericht jedoch völlig. Ein Beispiel hierfür ist Änderungsantrag 3, der der Bevölkerung das Recht abspricht, ihre eigene Agrarpolitik zu bestimmen.

Iva Zanicchi (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe für den Bericht über die zweite Überprüfung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens („Cotonou-Abkommen“) gestimmt. Dieses Abkommen, das die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den 77 AKP-Staaten in den Bereichen Politik, Handel und Entwicklungszusammenarbeit regelt und das sich auf den Zeitraum 2000-2020 bezieht, wurde bereits 2005 überprüft.

In den Bestimmungen, die Gegenstand der zweiten Überprüfung sind, wird zu Recht gefordert, dass Ad-hoc-Bestimmungen zum Klimawandel aufgenommen, die Bestimmungen zu erneuerbaren Energien überprüft, die Bestimmungen zur ländlichen Entwicklung und Nahrungsmittelsicherheit verbessert und größere Anstrengungen zur Bekämpfung von illegaler Kapitalflucht und Steuerparadiesen unternommen werden.

Ich bin überzeugt, dass diese Überprüfung die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten stärken und die Synergie und Zusammenarbeit im Hinblick auf die gemeinsamen Ziele verbessern kann.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.35 Uhr unterbrochen und um 15.10 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident-

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Swift (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung des Rates zu SWIFT.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident, dies ist, wie Sie wissen, eine Erklärung des Rates zu einem Programm, das eine Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zur Rückverfolgung der Finanzierung des Terrorismus darstellt, und das Ziel hat Finanzdaten auszutauschen und weiterzugeben, dem, wie ich denke, jeder zustimmt. Diese Vereinbarung gilt seit ein paar Monaten. Sie hat gut funktioniert und sorgt für einen ständigen Informationsfluss, der für das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP, Terrorist Finance Tracking Programme) bestimmt ist.

Die Vereinbarung läuft am 31. Januar ab. Daher hat der Rat während der vorangegangenen Amtszeit des schwedischen Ratsvorsitzes über die Notwendigkeit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Fortsetzung dieses Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus nachgedacht. Aus diesem Grund hat der Rat am 30. November eine Entscheidung zur Unterzeichnung dieser Vereinbarung, des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus, getroffen.

Das ist eine vorläufige Vereinbarung. Sie ist daher für eine kurze Zeit gültig, die grundsätzlich am 31. Oktober 2010 abläuft. Daher wird die vorläufige Vereinbarung, die der Rat, wie gesagt, letztes Jahr angenommen hat, auf jeden Fall ungültig werden, wenn das Europäische Parlament nicht vorher während des Jahres 2010 eine Entscheidung trifft.

Das ist die gegenwärtige Situation. Die Kommission hat seitdem noch nicht mitgeteilt, was die Vereinbarung beinhaltet, die das Europäische Parlament immer noch nicht kennt, aber ich kann Ihnen sagen, dass es dies nächste Woche am 25. Januar erfahren wird. Am 25. Januar wird das dem Europäischen Parlament bekannt gemacht werden. Diese Vereinbarung wird hier ankommen, ordnungsgemäß übersetzt sein und wird weitergereicht werden, damit sie die Zustimmung des Europäischen Parlaments erhält.

Dies ist aus dem folgenden Grund, der uns von der Kommission genannt wurde, bisher noch nicht geschehen: die Kommission hat die erforderlichen Übersetzungen noch nicht abgeschlossen und daher hat der Rat sie noch nicht von der Kommission erhalten. Wie ich Ihnen eben gesagt habe, werden diese einzelnen Sprachfassungen gerade fertig gestellt, und wie Sie wissen, kann der Rat dieses Dokument, diese Vereinbarung, erst dann an das Parlament weiterleiten, wenn die einzelnen Sprachfassungen vorliegen, für die die Kommission verantwortlich ist. Dies wird am 25. Januar geschehen.

Außerdem beabsichtigt die Kommission für die Zukunft Empfehlungen für eine langfristige Vereinbarung abzugeben, eine, die nicht im Oktober nächsten Jahres abläuft, wie die, über die wir hier sprechen, sondern eine, die auf lange Sicht gilt. Diese langfristige Vereinbarung muss gemäß der neuen Rechtsgrundlage, die der Vertrag von Lissabon bietet und die eine vollständige Beteiligung für das Europäische Parlament vorsieht ist, ausgehandelt und abgeschlossen werden. Das Europäische Parlament ist bereits jetzt voll an diesen Vereinbarungen beteiligt, und ebenso wird es bei der kommenden Vereinbarung sein, zu der die Kommission bisher noch keine Empfehlungen gegeben hat.

Abschließend möchte ich sagen, dass diese Angelegenheit äußerst wichtig ist. Das ist ein Verfahren, ein Programm zur Terrorismusbekämpfung. Der Vorfall in Detroit hat gezeigt, dass die Gefahr besteht, dass sie weiter bestehen wird und dass die Mitgliedstaaten daher nicht erlauben dürfen, dass der beständige Fluss an Finanzdaten zum TFTP abbricht. Richter Bruguière hat dies in seiner vor diesem Parlament im November ~~geführten~~ Intervention erklärt. Er sagte, dass seiner Meinung nach einige Mitgliedstaaten in der Lage gewesen

waren, die Informationen, die den Vereinigten Staaten zur Entdeckung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten zur Verfügung gestellt wurden, zu nutzen und davon zu profitieren.

Dies hat dazu geführt, dass der Rat während des schwedischen Ratsvorsitzes einen vorläufigen Antrag auf eine neue Vereinbarung eingereicht hat, um den Ablauf der aktuellen Vereinbarung am 31. Januar und damit den Abbruch möglicher Informationsflüsse zu vermeiden. Das war die einzige Möglichkeit, die der Rat hatte, und ja, natürlich ist die Haltung des Parlaments zum Erhalt von Informationen verständlich. Das ist, wie ich Ihnen gesagt habe, noch nicht abgeschlossen, weil die Europäische Kommission bei der Erstellung der erforderlichen Übersetzungen in Verzug geraten ist.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die ganze Debatte war ja zunächst von dem Frust und dem Ärger geprägt, den viele im Europäischen Parlament hatten, weil wir das Gefühl hatten, dass im Rat noch einmal schnell vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags Fakten geschaffen werden. Deswegen bedanke ich mich jetzt auch, dass die Einsicht eingetreten ist, dass es gut ist, auf die Parlamentarier zu hören, den neuen Lissabon-Vertrag bei der Ratifikation jetzt anzuwenden und uns auch die Möglichkeit zu geben, darüber zu urteilen, ob dieser Vertrag zur Anwendung kommt oder nicht.

Die EVP-Fraktion wird in diesem Legislativprozess, wenn wir ihn jetzt angehen, klare Entscheidungskriterien anwenden. Es gibt zwei Seiten der Medaille. Auf der einen Seite haben wir als EVP das klare Prinzip, dass für europäische Daten – egal wo diese gespeichert sind – auch europäische Datenschutzstandards zu gelten haben. Wir haben das Prinzip, dass wir ein Klagerecht für Menschen wollen, die sich ungerecht behandelt und der Datenkontrolle ausgeliefert fühlen. Wir haben das Grundprinzip, dass nur im Einzelfall und nur im Verdachtsfall Daten weitergeben werden, und nicht einfach generell. Das sind Punkte, die für uns wichtig sind.

Die andere Seite der Medaille ist, dass wir natürlich die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika wollen. Wir wollen im Antiterrorkampf mit unseren Partnern zusammenarbeiten. Wir wollen nicht, dass es dazu kommt, dass einzelne Staaten – sollten Verträge auslaufen – besonders unter Druck geraten, wie zum Beispiel Belgien, weil dann vielleicht bilateral gearbeitet wird. Das gilt es auch abzuwägen. Wir als Europäische Volkspartei werden diese Abwägung vornehmen, wenn der Legislativvorschlag kommt.

Ich bitte den Rat und die Kommission noch einmal, nicht auf Zeit zu spielen, sondern jetzt den Text zu schicken, damit wir uns damit beschäftigen können. Wir als Parlament sind schnell arbeitsfähig und werden uns schnell damit beschäftigen können. Dann ist es die Aufgabe der Minister – und ich sage das so deutlich: der Innenminister –, uns als Parlamentarier davon zu überzeugen, dass diese Methoden, die jetzt in diesem Vertrag vorgesehen sind, auch für den Antiterrorkampf notwendig sind.

Wir sind offen für den Prozess, die Überzeugungsarbeit ist aber durch die Exekutive, durch die Minister, noch zu leisten.

Martin Schulz, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Es handelt sich um einen seriösen, ernstzunehmenden Vorgang der Rechtssetzungspraxis, die jetzt mit dem Vertrag von Lissabon beginnt.

Herr Minister, wenn Sie uns hier erzählen, dass Sprachfassungen oder ihr Nichtvorhandensein in einem so sensiblen Bereich Verzögerungen hervorrufen, die wir akzeptieren müssen, dann muss ich bei allem Respekt vor Ihnen, Diego, sagen: Das ist eine Schutzbehauptung, die dazu dienen soll, uns hier ein bisschen zu beruhigen. Das kann aber nicht dazu führen, dass wir das ernst nehmen. Ich nehme das jetzt einmal einfach so zur Kenntnis und lasse es stehen.

Es geht in der Sache um etwas ganz anderes: die Nichtbeteiligung des Europäischen Parlaments. Bei internationalen Abkommen von einer so weitreichenden Bedeutung ist das einfach ein unzulässiger Vorgang. Was wir wollen, ist, dass das Parlament seriös vom ersten Tag an in die Umsetzung dieses Abkommens eingebunden ist. Warum? Kollege Buzek, der Präsident dieses Hauses, hat es ja sehr präzise in seinem Schreiben formuliert: Das SWIFT-Abkommen sieht weitreichende Eingriffe in bürgerliche Grundfreiheiten vor, die in den meisten Mitgliedstaaten verfassungsrechtlich garantiert sind und die auch die Grundrechte-Charta garantiert.

Wenn es aber Exekutivmaßnahmen aufgrund eines solchen Abkommens gibt, die Eingriffe in die bürgerlichen Grundfreiheiten vorsehen, dann muss der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gegen solche Eingriffe absolut garantiert sein. Das heißt, der Datenschutz muss in jeder Hinsicht garantiert sein, die Löschung von Daten muss nach einer gewissen plausiblen Frist garantiert sein, es müssen Klagemöglichkeiten für Bürgerinnen

und Bürger im Falle der Verletzung ihrer Grundrechte präzise definiert werden. Eines der konstituierenden Elemente des Rechtsstaats ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sich gegen die Willkür des Staates schützen können.

Die Europäische Union kann diese Rechtstradition, die in 27 Staaten verankert ist, nicht durch Hinweise auf nichtvorhandene Sprachfassungen außer Kraft setzen. Wenn wir also den Rechtsstaat auf europäischer Ebene seriös aufbauen wollen, dann müssen wir das Modell der Eingriffsnotwendigkeit aus Sicherheitsgründen einerseits, aber den berechtigten Schutz der Bürger andererseits auch auf die europäische Ebene übertragen.

Deshalb muss der Rat uns erklären, worin der Mehrwert des SWIFT-Abkommens besteht, wenn es jetzt – wie es ja im Rat gewünscht ist – provisorisch in Kraft gesetzt werden soll. Ich will mich jetzt nicht auf die Datenpannen der unzähligen Sicherheitsdienste der Vereinigten Staaten von Amerika beziehen. Man stopft sich ein bisschen Sprengstoff in die Unterhose und fliegt über den Atlantik. Das ist das Resultat der bisherigen intensiven Arbeit der amerikanischen Geheimdienste im Sicherheitsbereich. Daran kann es ja nicht liegen.

Ich frage mich, wieso wir in diesem Schnellverfahren operieren müssen, wenn es bereits seit dem 1. Februar das Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die vorläufige Rechtshilfe gibt, in dessen Artikel 4 präzise beschrieben ist, wie Bankdaten in berechtigten Verdachtsfällen zu übermitteln sind. Das heißt, es gibt keinen schutzorientierten Mehrwert durch das Inkrafttreten des SWIFT-Abkommens.

Deshalb ist auch dieser – im Deutschen würden wir "Schweinsgalopp" sagen – Beschleunigungsdruck nicht nachvollziehbar, und deshalb ist hier auch *unisono* der Wunsch an den Rat präzise zu formulieren: Schicken Sie die entsprechenden Unterlagen! Wir werden mit der gebotenen Schnelligkeit beraten und das parlamentarische Verfahren zum Abschluss bringen, weil wir wollen, dass Sicherheit herrscht, aber nicht nur für die Sicherheitsorgane, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger, die durch diese Sicherheitsorgane geschützt werden sollen. Ich glaube, das ist der Sinn dieses Abkommens, aber dann wollen wir auch, dass es als sinnvolles Gesetz erlassen wird.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte mit der guten Nachricht beginnen: der spanische Ratsvorsitz hat angekündigt, dass das Dokument am Montag, den 25. Januar, eingereicht werden muss, also nächsten Montag, das habe ich mir notiert. Das bedeutet also, dass wir jetzt eine Woche haben, um dies im Parlament zu diskutieren. Das ist die Realität.

Meine Bitte, Herr Präsident, ist – das habe ich bereits angekündigt, und ich hoffe, dass ich dafür die Unterstützung der anderen Fraktionen habe –, dass in der Konferenz der Präsidenten die Entscheidung getroffen wird, dass sowohl eine Ausschusssitzung als auch eine Sitzungsperiode durchgeführt werden, um diese vorläufige Vereinbarung zu untersuchen, denn es wäre nutzlos, wenn sie am 1. Februar in Kraft treten dürfte, ohne dass das Parlament sie zuvor diskutiert hat.

Es gibt zwei Möglichkeiten, Herr Zapatero: Ja oder Nein. Ich kann Ihnen sagen, dass ein „Ja“ von mehreren Bedingungen abhängt; es ist wichtig, das zu wissen, und dass wir vor dem 25. Januar eine Antwort darauf haben müssen. Bisher haben wir keine Reaktion auf die Bedingungen, die das Parlament vorgelegt hat, erhalten.

Diese Bedingungen sind die folgenden: Erstens muss das Parlament vollständig darüber informiert werden und alle notwendigen Informationen erhalten. Zweitens muss das Parlament an den Verhandlungen zu der endgültigen Vereinbarung beteiligt sein. Und drittens gibt es spezifische Bedingungen, insgesamt neun, die der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in seiner Entschließung, die vom Parlament genehmigt wurde, angeführt hat und die sich auf den tatsächlichen Inhalt der Vereinbarung beziehen.

Unsere Bitte an Sie ist ganz einfach: Sie müssen uns nicht nur am 25. Januar die vorläufige Vereinbarung schicken; Sie müssen uns auch Ihre Antwort auf die drei Forderungen des Parlaments schicken. Wenn Ihre Antwort auf unsere drei Forderungen positiv ist, dann ist die Genehmigung der Vereinbarung eventuell möglich. Wenn Sie nicht positiv ist, dann denke ich, dass die Abstimmung wahrscheinlich negativ ausfallen wird – das ist zumindest die Ansicht meiner Fraktion.

Ich muss darauf hinweisen, dass eine negative Stimmabgabe bedeutet, dass die vorläufige Vereinbarung am 1. Februar nicht in Kraft tritt. Das ist die gegenwärtige Situation, und daher werde ich morgen auf jeden Fall die Konferenz der Präsidenten bitten, einen passenden Ausschuss zu dem Thema einzuberufen und eine Sitzungsperiode zur Diskussion dieser vorläufigen Vereinbarung abzuhalten.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Die ganze Verärgerung des Parlaments geht jetzt auf die frischgebackene spanische Ratspräsidentschaft nieder. Nehmen Sie das stellvertretend für

den Rest des Rates jetzt mal so hin, aber ich halte Sie schon für beteiligt. Ich ärgere mich, dass auf Platz 21 und 22 nicht die Vertreter der Kommission sitzen, denn wenn ich die Lage richtig sehe, hätte die Kommission die Pflicht gehabt, diese ganze Sache zu beschleunigen, nachdem das Parlament darum gebeten hatte, die Zustimmungsprozedur in Gang zu setzen. Die Kommission hat sich aber einen schlanken Fuß gemacht und sich aus der Debatte herausgehalten.

Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was meine Kolleginnen und Kollegen gesagt haben, aber ich möchte darauf hinweisen, dass ich es für hochriskant hielte, wenn der Rat, ohne dass das Parlament über das, was Sie uns vorlegen wollen, abgestimmt hat, dieses vorläufige SWIFT-Abkommen in Kraft setzt. Ich hielte das Vorgehen – wenn Sie das zum 1. Februar im Affentempo, im Schweinsgalopp dann weiter durchziehen, wie Martin Schulz das ganze Verfahren richtig beschrieben hat –, nicht nur für eine Provokation des Parlaments, sondern für einen Bruch der Verträge, einen Bruch des Lissabon-Vertrags, nachdem er gerade in Kraft getreten ist, der unverantwortlich ist.

Sie haben alle Möglichkeiten, in Dringlichkeitsfällen über bilaterale Rechtsabkommen mit den USA und mit jedem Land der Welt, mit dem solche Abkommen bestehen, dringliche Informationen auszutauschen. Also es gibt keine Eile!

Ich möchte eins nochmals verstärken: Die Bürgerinnen und Bürger in der EU sind gespannt, wie wir jetzt mit dem von uns hoch gelobten Lissabon-Vertrag umgehen. An dieser Stelle nicht zu gewährleisten, dass parlamentarische Kontrolle stattfindet, an dieser Stelle den Bruch von nationalen Datenschutzgesetzen hinzunehmen und gegen die *charta of human rights* zu verstoßen, die in der Debatte um Lissabon so oft zitiert worden ist, halte ich das für ein Kamikazevorgehen, und es ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Verantwortung allerdings, sehr geehrter Herr Ratsvertreter, teilen Sie sich an dieser Stelle mit der Kommission.

Ich möchte Sie noch um eines bitten. Mir wurde eben per SMS mitgeteilt, dass etliche Sprachfassungen des SWIFT-Abkommens bereits veröffentlicht worden sind. Bitte teilen Sie uns doch mit, welche Sprachfassungen wann im Amtsblatt veröffentlicht worden sind und warum diese Sprachfassungen dem Parlament noch nicht vorliegen.

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Die jüngsten Ereignisse haben uns wieder einmal daran erinnert, wie wichtig es ist, dass wir dieselben Informationen haben, damit wir die Sicherheit der EU-Bürger gewährleisten können. SWIFT ist dabei eine wertvolle Hilfe gewesen. Zum Glück konnte ich mich bei Treffen mit US-Regierungsvertretern, insbesondere Herrn David Cohen, dem stellvertretenden Sekretär für Terrorismusfinanzierung des US-Finanzministeriums, vor Kurzem in Washington von den mehrschichtigen Kontrollsystemen, Sicherheiten und der unabhängigen Aufsicht überzeugen, die hoffentlich zu einer Umsetzung dieser neuen Vereinbarung führen werden, die über jeden Tadel erhaben ist.

Worüber ich, wie bereits andere, starke Bedenken anmelden muss, ist die unzulängliche Beratung des Rats mit dem Parlament und den vorgeblichen Verzug der Kommission. Es ist erforderlich, dass das Parlament und die gewählten Vertreter dieses Hauses regelmäßig ordnungsgemäß informiert werden, und dass die Zustimmung des Parlaments kein rückwirkendes Werkzeug wird. Wenn der Rat dieses Parlament so behandelt, untergräbt er die Grundsätze und demokratischen Prinzipien, die den Wert dieses Hauses und dieses Parlaments ausmachen. Ich hoffe daher, dass der Rat und tatsächlich auch der Ratsvorsitz diese Bemerkungen genau beachtet.

Rui Tavares, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (PT) Herr Präsident, dieses Haus wurde in diesem ganzen Prozess auf beleidigende und fast erniedrigende Weise behandelt. Uns zu sagen, dass wir auf die Sprachfassungen warten müssen, ist nicht akzeptabel, wenn wir wissen, dass aufgrund ungeplanter Veröffentlichungen von Informationen mehrere Versionen in der Presse kursieren.

Trotzdem haben wir an einem Freitag in Brüssel, als die Abgeordneten nach Straßburg gefahren sind, einen Überblick über die Vereinbarung erhalten. Nur ein Abgeordneter war in Brüssel. Dieser Abgeordnete war zufällig ich.

Auch die wiederholten Hinweise auf den Bruguière-Bericht, einen Geheimbericht, sind unzulässig. Das ist wenig überzeugend, da jeder, der den Bruguière-Bericht gelesen hat, weiß, dass er fast keine empirischen Daten enthält.

Es ist nicht akzeptabel, dass dies als vorläufiger Bericht bezeichnet wird, wenn die Daten, die in den nächsten neun Monaten gesammelt werden, innerhalb der nächsten fünf Jahre in den Händen der US-Verwaltung sind, wobei es sein kann, dass dies die Verwaltung von Sarah Palin ist und nicht die von Obama. Wie kann

sich ein europäischer Bürger da sicher fühlen? Sie geben uns eindeutig keine andere Alternative, als die, diese Vereinbarung abzulehnen, und Sie machen unser Leben nicht einfacher.

Wenn wir sie ablehnen, tun wir der Kommission jedoch einen Gefallen, da es jetzt zwei Kommissarinnen gibt, Frau Malmström und Frau Reding, die bekanntermaßen sicherlich in der Lage sein werden, die bestmögliche Vereinbarung ganz von Neuem auszuhandeln, und wir sind uns sicher, dass sie dies bereitwillig tun werden.

Martin Ehrenhauser (NI). - Herr Präsident! Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung wurden ja in den letzten Jahren sehr viele Maßnahmen beschlossen, unter anderem auch vom Rat. Doch sehr viele dieser Maßnahmen stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zu der realen Bedrohung durch den Terrorismus. Ganz im Gegenteil: Sie führten eigentlich zu inakzeptablen Einschränkungen der Bürgerrechte. Ein systematischer und verdachtsunabhängiger Datenaustausch im Zuge des SWIFT-Abkommens bildet dabei selbst natürlich keine Ausnahme. Selbst das deutsche Bundeskriminalamt, das eigentlich nicht als Datenschutzgruppe bekannt ist, musste diese Unverhältnismäßigkeit eingestehen. Wir müssen diese permanenten Einschränkungen der Bürgerrechte stoppen, und wir dürfen dem Interimsabkommen auch nicht zustimmen!

Zur Vorgangsweise des Rates möchte ich schon noch einmal ganz deutlich festhalten: Die USA überprüften und speicherten ohne jede Einschränkung die Daten von SWIFT-Benutzern. Doch der Rat sanktionierte diese Vorgangsweise nicht, er legalisierte sie! Ich möchte den Rat auch auffordern, dass er sämtliche Informationen in diesem Zusammenhang natürlich dem Europäischen Parlament übermittelt.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Es gab eine besondere Anfrage, ich denke von Frau Harms, bezüglich der möglichen Veröffentlichung einer der Sprachfassungen. Es liegt auf der Hand, dass ich diese Information nicht habe. Ich werde das überprüfen und Sie schriftlich informieren. Ich habe Ihnen gesagt, dass die Vereinbarung, die am 1. Februar vorläufig in Kraft treten wird, am 25. Januar in den Händen des Europäischen Parlaments liegen wird. Gemäß europäischem Recht, gemäß Artikel 218 des Vertrags von Lissabon und gemäß dem Wiener Übereinkommen können unterzeichnete Vereinbarungen vorläufig in Kraft treten. Daher gilt sie.

Für die Europäische Union und natürlich für den Rat ist es wichtig, dass diese Vereinbarung in Kraft bleibt. Es ist wichtig, dass diese Vereinbarungen zum Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus in Kraft bleiben. Wir sind der Ansicht, dass dies ein positiver Schritt ist, der der Bekämpfung des Terrorismus dient, und dass dies eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten umfasst, die ein vertrauenswürdiges Land sind, ein Partnerland, ein Nachbar, der dieselben Ziele hat wie wir: die Bekämpfung des Terrorismus. Das hat nichts zu tun mit dem Verzug bei den Sprachfassungen, das ist definitiv keine Ausrede, Herr Schulz. Es geht dabei nicht darum, Zeit zu gewinnen, Herr Weber.

Wie Sie wissen, hat vor einigen Wochen oder sogar Monaten der schwedische Ratsvorsitz, der Rat, vorgeschlagen, diese Version in einer einzigen Sprache vom Rat an das Parlament zu schicken, und die Kommission hat festgestellt, dass dies nicht möglich ist, dass die Kommission selbst die Sprachfassungen erstellen und sie an alle schicken muss. Der Rat hatte seitens des schwedischen Ratsvorsitzes gute Absichten, aber es war weder aus rechtlicher noch aus technischer Sicht möglich. Das ist der Grund für die gegenwärtige Situation. Ich verstehe, dass das Europäische Parlament diese Version gern eher gehabt hätte. Ich stimme völlig zu. Wenn ich Abgeordneter wäre, würde ich ganz und gar genauso denken und die Versionen eher haben wollen. Aus den Gründen, die ich Ihnen genannt habe, ist dies nicht geschehen. Es hat nichts damit zu tun, Zeit zu gewinnen oder etwas zu verstecken. Es ist auch keine Ausrede. Ganz und gar nicht.

Ich denke, dass dies eine Vereinbarung ist, bei der das Europäische Parlament völlig dazu berechtigt sein wird, teilzunehmen, weil der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, und wir diesen Vertrag – ich denke mit großer Mehrheit – angenommen haben, was es dem Parlament erlauben wird, souverän daran teilzunehmen. Das Parlament wird, wenn es dies wünscht, die Gültigkeitsdauer dieser vorläufigen Vereinbarung kürzen. Das Parlament wird an der Verhandlung zu der nachfolgenden langfristigen Vereinbarung teilnehmen. Das Europäische Parlament wird, natürlich zusammen mit dem Rat, voll berechtigt sein, die SWIFT-Vereinbarung zu beeinflussen, die meiner Ansicht nach sehr wichtig ist, die es verdient, im Parlament gründlich, ernsthaft und ohne Hast oder Druck – um einen Ausdruck zu verwenden, den Sie selbst bereits verwendet haben – diskutiert zu werden.

Außerdem stimmen wir völlig darin überein, Herr Verhofstadt und andere Redner, dass es hier notwendig ist, die Grundrechte der Menschen, das Recht auf Privatsphäre und die europäischen Rechtsvorschriften zum Datenschutz zu achten. Außerdem haben wir jetzt ein weiteres Instrument zur Gewährleistung dieser Rechte:

die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die gerade in Kraft getreten ist, da sie mit dem Vertrag von Lissabon verbunden ist, der jetzt vollständig in Kraft ist. Eines der darunter gewährten Rechte ist das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz. Daher sind alle Bedingungen erfüllt, damit wir zu einer guten Vereinbarung finden.

Was den Vorschlag von Herrn Verhofstadt angeht, einen Brief zu schreiben oder umgehend einen Standpunkt des Rates zu den vom Parlament vorgegebenen Bedingungen einzuholen, denke ich, dass es das Beste wäre, wenn das Parlament das Dokument hätte. Wir werden Ihnen zur Verfügung stehen, um dies mit Ihnen in jeder Hinsicht zu diskutieren, mit allen Bedingungen und damit zu einer ernsthaften, genauen und ungezwungenen Vereinbarung in diesem Zusammenhang zu gelangen.

Ja, natürlich denken wir momentan, dass es unbedingt erforderlich ist, dass diese vorläufige Vereinbarung in Kraft tritt, und das Parlament wird auf jeden Fall die volle Befugnis haben, die ihm vom Vertrag von Lissabon gewährt wird, um endgültig zu entscheiden, ob die Vereinbarung umgesetzt werden soll oder nicht. Das hängt von Ihnen ab. Es hängt vom Parlament als Ganzem ab.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet. Ich habe bereits früher gesagt, dass es nicht möglich ist, anderen das Wort zu erteilen. Wenn es eine Frage zur Anwendung der Geschäftsordnung gibt, kann ich das Wort erteilen. Fahren Sie bitte fort.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Herr Präsident, ich möchte nur eine Sache verstehen: Wenn nur eine oder wenige Sprachfassungen zur Verfügung stehen, möchte ich gern die Sprachkenntnisse der Mitglieder der Kommission und des Rates kennenlernen, die die Vereinbarung unterzeichnet haben und am 30. November darüber abgestimmt haben – also müssen sie vorliegen.

Der Präsident. – Das war keine Anwendung der Geschäftsordnung, aber wir haben es zugelassen, da Frau in 't Veld bei ihrer Anfrage so höflich war, das Wort zu erbitten. Fahren Sie bitte fort, Herr Minister.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich wiederhole, was ich gesagt habe. Ich werde die Informationen prüfen, die ich, ich denke von Frau Harms, bezüglich des Dokuments erhalten habe. Ich bin mir nicht sicher, weil ich sie natürlich nicht dabei habe, und ich werde sie darüber informieren, was sich in diesem Zusammenhang ergeben hat.

Auf jeden Fall werden Sie am 25. Januar die Vereinbarung vorliegen haben, und wir können so lange darüber diskutieren, wie Sie möchten. Der spanische Ratsvorsitz, die Regierung und der Rat stehen Ihnen zur Verfügung, um so lange, wie Sie das möchten, tiefgründig über diese Vereinbarung zu diskutieren, deren zukünftiges Inkrafttreten vom Europäischen Parlament abhängen wird.

Der Präsident. – Aus einer Ausnahme werden schnell mehrere, und so kann ich Herrn Schulz nicht das Wort verwehren. Fahren Sie bitte fort, Herr Schulz.

Martin Schulz (S&D). – Herr Präsident! Ich bitte um Entschuldigung, dass ich nochmals das Wort ergreife. Das kommt selten in meinem Leben vor, aber wir sind hier nicht auf dem Jahrmarkt. Herr Minister, das Abkommen ist am 13. Januar im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden. Sie sind daran nicht schuld, aber wenn Sie uns jetzt sagen: „Ich muss mich erst mal erkundigen, in welchen Sprachfassungen das Ding vorliegt“, dann muss ich jetzt noch einmal feststellen, dass hier ist keine Freizeitveranstaltung zur gegenseitigen Erfreuung von Abgeordneten und Ministern. Das ist eine Gesetzgebungskammer, in der seriöse Arbeit erforderlich ist!

Und jetzt will ich Ihnen etwas sagen, nicht der spanischen Präsidentschaft, aber dem Rat: Die Art und Weise, wie der Rat mit diesen Themen umgeht, zeigt, dass ihm das Parlament schnurzipiegal ist. Jetzt ist die Zeit gekommen, dem Rat zu sagen: Diese Spielchen sind aus! Es gibt ein seriöses Gesetzesverfahren – dazu gehört in Europa natürlich, dass alle Akten, alle Dossiers in allen Sprachfassungen zu Beginn des Verfahrens vorhanden sind, und nicht, dass wir nach einem vermeintlichen Ende mit der Wünschelrute auf die Suche nach den Akten gehen müssen. Das ist kein seriöses Verfahren. Ich verlange jetzt von Ihnen, dass Sie uns sagen, welche Sprachfassungen vorlagen, als das Abkommen am 13. Januar im Amtsblatt veröffentlicht worden ist. Das will ich jetzt hoch offiziell für unsere Fraktion wissen!

Der Präsident. – Bitte, meine Damen und Herren, nach der Rede von Herrn Schulz werden wir dem Herrn Minister das Wort erteilen, um eine abschließende Antwort zu geben, und dann diese Aussprache beenden.

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Wir werden das Parlament über alles informieren, wie es das erbeten hat: über die Sprachfassungen, welche verfügbar sind und so weiter. Vor allem werden wir dies gründlich und ernsthaft tun.

Ich glaube nicht, dass der Rat das Europäische Parlament auf erniedrigende Weise behandelt hat, er hat ihm auch in keiner Weise Informationen vorenthalten. Ich beziehe mich auf den schwedischen Ratsvorsitz, der zu seiner Zeit getan hat, was er konnte, um die Vereinbarung einreichen zu können, aber das war rechtlich nicht möglich, da einige der Sprachfassungen noch nicht übersetzt waren. Jetzt, wo der Vertrag von Lissabon in Kraft ist, wird das Europäische Parlament in der Lage sein, diese Angelegenheit vollumfänglich zu diskutieren, und der Rat ist bereit, dem Parlament alle erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen und einen Dialog zu der Angelegenheit zu eröffnen.

Ich glaube nicht, dass dies eine schlechte Behandlung des Europäischen Parlaments darstellt, und daher teile ich nicht die Gefühle, die Herr Schulz zu diesem Thema geäußert hat. Die Tatsachen werden dies zeigen. Ein vollständiger Text wird dem Europäischen Parlament zur Verfügung gestellt werden, und das Europäische Parlament wird in der Lage sein, diesen mit dem Rat so lange und tiefgründig, wie es möchte, zu diskutieren, und das Europäische Parlament wird das letzte Wort in der Angelegenheit haben.

So einfach ist das. Daher glaube ich, dass es nicht nötig ist, sich darüber Sorgen zu machen, dass der Rat Informationen zu irgendeinem Thema zurückhält. Der Rat glaubt völlig an die Notwendigkeit, die Grundrechte der Union zu achten, und glaubt völlig an die Notwendigkeit, das Parlament zu achten, das die Menschen Europas vertritt.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet. Ich werde in dieser Angelegenheit niemandem sonst das Wort erteilen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – (DE) Das sogenannten SWIFT Abkommen („Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“) regelt die Weitergabe von Daten aus dem weltweiten Bankennetzwerk. Täglich kommunizieren 8.000 Geldinstitute aus 200 Ländern über die Leitungen der Gesellschaft mit Sitz in Belgien und Rechenzentren in Holland und den USA miteinander. Laut Kommission darf es sich bei den Abfragen nur um internationale Überweisungen handeln und der Zweck sei strikt auf geheimdienstliche Terrorermittlungen begrenzt. Sowohl hochrangige Politiker, als auch Kriminalexperten bezweifeln jedoch, dass die Daten in den USA nur zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten benutzt würden. Datenmissbrauch, Verletzungen von Bürgerrechten, die Datenweitergabe an Dritte sind ganz konkrete Gefahren, die vom SWIFT-Abkommen ausgehen. Als EU-Parlamentarier dürfen wir das Inkrafttreten des Abkommens und den damit einhergehenden Datentransfer in die USA daher auf keinen Fall zulassen und schon gar nicht ohne Zustimmung des Europäischen Parlamentes! Ein zwischenzeitliches Inkrafttreten bis zur Behandlung im Europäischen Parlament im Februar wäre ein massiver Verstoß gegen das demokratische Grundprinzip!

11. Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Aussprache des Rats und der Kommission zu dem Ergebnis des Kopenhagener Gipfels zum Klimawandel.

Elena Espinosa Mangana, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich stehe heute im Parlament, um Ihnen meine Ansichten zum Ausgang des Kopenhagener Gipfels und den Herausforderungen mitzuteilen, die sich daraus sowohl für die Europäische Union als auch für den rotierenden Ratsvorsitz, den Spanien das erste Halbjahr 2010 innehat, ergeben.

Die Umweltminister der Europäischen Union haben diese Themen letztes Wochenende umfassend diskutiert. Ich sollte darauf hinweisen, dass wir in unserem Wunsch, weiter voranzuschreiten, insbesondere bei den folgenden drei Problemen, in großen Zügen übereinstimmen: die Weiterentwicklung der Ergebnisse des Gipfels mit dem Ziel, sie so schnell wie möglich anwendbar zu machen; die Stärkung ihrer Elemente innerhalb der Vereinten Nationen; und die Arbeit an der Erfüllung der Ziele zur Verringerung der Gesamtemissionen.

Wir haben Ziele und Strategien ausgetauscht. Im Ergebnis wird unsere unmittelbarste Aufgabe sein, den Prozess der formellen Bekanntgabe unserer Selbstverpflichtung abzuschließen; einen Aktionsrahmen zu konsolidieren, der mit dem anderer Industrie- und Schwellenländer vergleichbar ist; und alle Mittel zu nutzen,

die uns sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in unseren Beziehungen mit Drittländern zur Verfügung stehen.

Der Dezembergipfel – eine äußerst komplizierte Konferenz, die durch anstrengende Diskussionen zur Tagesordnung gekennzeichnet war – wurde mit der sogenannten Übereinkunft von Kopenhagen zum Abschluss gebracht. Eine große Anzahl Staats- und Regierungschefs und Anführer regionaler Gruppen waren persönlich an der Erstellung des angenommenen Dokuments beteiligt, das den Willen von Ländern darstellt, deren Emissionen zusammen mehr als 80 % der global erzeugten Emissionen ausmachen. Zu den Teilnehmern gehörten alle Industriestaaten, die größten Schwellenländer und eine bedeutende Anzahl besonders stark gefährdeter Länder. Dies sollte auch dazu beitragen, auf die vielen Zweifel zu reagieren, die weiterhin den formalen Prozess blockieren, der uns zu rechtlich verbindlichen Lösungen innerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen und vorzugsweise in Mexiko führen soll.

Was den Inhalt der Übereinkunft anbelangt, denke ich, dass es wichtig ist, zu betonen, dass wir eindeutige Unterstützung dafür haben, dass die Temperatur nicht mehr als zwei Grad steigen darf. Das ist sicherlich eines der stärksten Elemente mit dem größten Potential für Ergebnisse: die Verpflichtung aller Industriestaaten zur Aufstellung eines Ziels für die Verringerung, das in allen Wirtschaften angewandt werden kann.

Die Schwellenländer werden ihrerseits konkrete, nachprüfbare Maßnahmen ergreifen, mit denen sie erhebliche Verringerungen ihres Emissionswachstums erzielen können: eine Finanzierung auf Grundlage von Solidarität mit dem Ziel der Unterstützung unmittelbarer und mittelfristiger Maßnahmen für die Bekämpfung des Klimawandels; Elemente, die neue Regierungsmodelle einführen sollen; und Mechanismen, die eine technische Entwicklung und eine Verringerung der Emissionen aufgrund von Entwaldung fördern.

Der Kopenhagener Gipfel hat gezeigt, dass wir uns in einem neuen internationalen Kontext bewegen, einem, der Verbesserungen erfordert, wenn wir Lösungen zu globalen Problemen finden wollen. Die geltenden Entscheidungsfindungsregeln müssen geändert werden, damit sie sinnvoll an diese neuen Zeiten und Erfordernisse angepasst werden.

Wir haben die Hilfsmittel, die wir brauchen, um handeln zu können: Ein Gesetzgebungspaket, das es auf Gemeinschaftsebene bereits gibt; die höchste Verpflichtung zur Verstärkung der Emissionsverringerungen, der internationalen Solidarität und technologischer Innovationen und Kooperation; und die korrekte institutionelle Struktur innerhalb der Gemeinschaft, die wir bei voller Ausnutzung ihrer Komplementarität intelligent nutzen müssen.

Wir müssen die Führung im Umweltrat bei den Verhandlungen und Planungen zu Klimawandelstrategien mit größeren Kapazitäten für externe Maßnahmen kombinieren. Außerdem sollten wir die Umweltschutzaufgabe, die vor uns liegt, mit den Meinungen der Fachleute zu Strategien für die Wirtschaft und Innovationen verbinden; wir sollten außerdem die Übereinstimmung zwischen unseren Klimazielen und unserem Modell für Entwicklung und Wohlbefinden verbessern. All dies muss getan werden, ohne die Erfordernisse – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union – aus dem Blick zu verlieren, um die Rolle der öffentlichen Meinung und der Gesetzgeber, die der Investition in eine bessere Zukunft und dem Schutz der öffentlichen Interessen verpflichtet sind, aufeinander abzustimmen.

Lassen Sie uns unsere gemeinsame europäische Erfahrung nutzen. Erstens müssen wir auf eine angemessene Antwort vor dem 31. Januar drängen. Die Übereinkunft von Kopenhagen ermöglicht durch das Zusammenbringen all jener, die ihre Emissionen reduzieren müssen, einen Vergleich der erforderlichen Bemühungen, einen Vergleich, den die Europäische Union verlangt hat; und dennoch sind wir immer noch nicht sicher, wie groß die Selbstverpflichtungen anderer Länder tatsächlich sind. Wenn sie sich als ungenügend herausstellen, müssen wir weiter darauf hinarbeiten, unsere gemeinsamen Verringerungen zu verstärken.

Wir müssen außerdem Bedingungen aufstellen, die es zulassen, dass die Elemente der Übereinkunft schnell umgesetzt werden. Es ist dringend erforderlich, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten an vorderster Front derjenigen Länder stehen, die ihre Versprechen einhalten. Aus diesem Grund müssen wir die Übertragung der Gelder, die für den Zeitraum 2010-2012 geplant sind, so schnell wie möglich durchführen.

Wir möchten einen Finanzrahmen entwickeln, der unsere Solidaritätsverpflichtungen gegenüber Drittländern im Copenhagen Green Climate Fund tragen kann und gleichzeitig Verbesserungen an den Buchführungsregeln und unserer Reaktion sowohl hinsichtlich der Emissionsverringerungen aufgrund von Entwaldung als auch bei der technischen Zusammenarbeit fördert. Die folgenden Elemente müssen hinzugefügt werden: unsere eigenen Strategien, die auf eine Erfüllung der Emissionsverringerungsziele sowohl auf nationaler als auch

auf gemeinschaftlicher Ebene abzielen; der Auftrieb aufgrund von Innovationen und intelligenter Energienutzung; die Einbeziehung von Anpassungsmaßnahmen für Sektorenstrategien; und übereinstimmende externe Maßnahmen.

Wir wollen mit der Kommission und dem Parlament bei all diesen Themen eng zusammenarbeiten, um die Weltregion zu etablieren, die beim Kampf gegen den Klimawandel an vorderster Front steht, die die geringsten CO₂-Emissionen hat, die am besten auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet ist und am effizientesten bei der Umwandlung dieses Problems in eine mächtige Kraft für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ist.

Unsere Strategie beim Klimawandel ist eine der wichtigsten Eigenschaften, die das europäische Modell ausmachen. Wir sind Pioniere bei der Einbindung dieses Prinzips in unsere Vorschläge für eine fairere und nachhaltigere Entwicklung, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und im Hinblick auf die Umwelt, da wir wissen, dass wir dabei die internationale Sicherheit stärken. Diese Tatsache hat wichtige Akteure wie China und die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt, am selben Verhandlungstisch zusammenzukommen und entscheidende Elemente für eine Zusammenarbeit zu ermitteln und auszutauschen.

Die Europäische Union, ein standhafter Verteidiger der Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung globaler Fragen, wird auch in anderen Bereichen, sowohl bilateral als auch multilateral, formell und informell, tätig sein müssen, um allen dabei zu helfen, Möglichkeiten richtig zu erkennen, unseren Partnern zuzuhören und zur Konsolidierung der Reaktion der Sektoren, die mit den Erfordernissen im Kampf gegen den Klimawandel übereinstimmen, beizutragen.

Wir müssen die Annahme des Vertrags von Lissabon und das Inkrafttreten der neuen Institutionen voll ausnutzen und die wichtigsten Botschaften zum Kampf gegen den Klimawandel in unsere Beziehungen mit Drittstaaten einflechten.

Wir stehen hier keiner kleinen Aufgabe gegenüber. Die Regierung von Spanien ist sich des Ausmaßes der Herausforderung bewusst und wünscht hier zu zeigen, dass sie sich dafür einsetzt so viel Fortschritt wie möglich bei diesen Elementen zu erzielen, damit eine ehrgeizige, verbindliche Vereinbarung in Mexiko befördert wird.

Wir können die politische Gelegenheit, die in Kopenhagen geschaffen wurde, nicht verschenken und auch unsere Erwartungen oder die der internationalen Gemeinschaft nicht senken. Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Wir dürfen nicht weichen. Die neue, größere Macht des Europäischen Parlaments, die es noch näher zu den Bürgern bringt, wird eine engere, fruchtbarere Zusammenarbeit ermöglichen.

Ich möchte meine Rede abschließen, indem ich allen zu diesem Punkt gratuliere und Sie daran erinnere, dass wir jetzt mehr als je zuvor Ihre harte Arbeit und Unterstützung für die vor uns liegende, entscheidende sechsmonatige Phase benötigen.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, lassen Sie mich Ihnen im Namen der Kommission für die Möglichkeit danken, das Ergebnis der Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel und die Weiterarbeit bis zu der Übereinkunft von Kopenhagen zu diskutieren. Mein Kollege, Herr Stavros Dimas, hat mich gebeten, in seinem Namen um Entschuldigung dafür zu bitten, dass er selbst nicht hier sein kann, weil er krank ist. Dies ist besonders bedauerlich, da dies vermutlich sein letztes Auftreten im Plenum gewesen wäre. Ich habe mich freiwillig als Ersatz für Stavros in dieser sehr wichtigen Aussprache gemeldet.

Ich möchte unsere Dankbarkeit für die aktive und unterstützende Rolle ausdrücken, die das Europäische Parlament vor der Konferenz und bei der Konferenz selbst gespielt hat. Die Kontakte mit unserer Delegation während der gesamten Konferenz haben sich als äußerst nützlich herausgestellt. Insbesondere Sie haben eine entscheidende Rolle gespielt, um unsere Kontakte mit wichtigen Akteuren in anderen Ländern und anderen Regionen zu verbessern.

Ich denke, wir teilen die Ansicht, dass das Ergebnis der Kopenhagener Konferenz weit hinter unserem Ziel einer ehrgeizigen und rechtlich verbindlichen Vereinbarung zurückbleibt, die erforderlich wäre, um den Klimawandel auf unter 2 °C zu begrenzen. Das ist für alle von uns, die lange Jahre lang für konkrete Strategieentscheidungen zur Umkehrung des Klimawandels gekämpft haben, äußerst enttäuschend.

Die Gründe für den Misserfolg waren zahlreich, und ich werde gleich darauf zurückkommen. Trotzdem kann man auch zu dem Schluss kommen, dass die Übereinkunft besser ist als gar kein Ergebnis, was das schlechteste Szenario gewesen wäre.

Einerseits – um etwas Positives zu finden – erkennt die Übereinkunft von Kopenhagen wenigstens die Notwendigkeit der Begrenzung des Klimawandels auf unter 2 °C an. Sie lädt auch die Industriestaaten ein, bis 31. Januar 2010 Emissionsziele für ihre jeweiligen Wirtschaften anzuführen, und ruft die Entwicklungsländer auf, bis zum selben Datum Abschwächungsmaßnahmen aufzuführen. Weiterhin liefert die Übereinkunft die Grundlage für ein recht beträchtliches Finanzpaket über 30 Mrd. USD über die kommenden drei Jahre und erkennt die Notwendigkeit von 100 Mrd. USD jährlich bis 2020 an.

Andererseits hat die Übereinkunft ernste Schwächen. Sie enthält keine Verweise auf mittelfristige oder langfristige Abschwächungsziele. Die Verringerungsversprechen, die bisher bekanntgeben wurden, reichen nicht aus, um innerhalb des Zieles von 2 °C zu bleiben. Meiner Meinung nach gibt es leider wenig Grund für Optimismus, dass wir bis 31. Januar verbesserte Angebote sehen werden – eher das Gegenteil. Nicht zuletzt ist die Übereinkunft nicht rechtsverbindlich, und was vielleicht noch beunruhigender ist, ist, dass sie keine Vorgaben für den Abschluss einer rechtlich verbindlichen Übereinkunft dieses Jahr macht, was eines unserer wichtigsten Ziele war.

Der nächste Schritt wird darin bestehen, sicherzustellen, dass diese Übereinkunft wenigstens funktioniert und den Weg für einen neuen Klimavertrag ebnet, der im Laufe dieses Jahres dringend abgeschlossen werden muss. Als erster Schritt wird es entscheidend sein, sicherzustellen, dass sich alle wichtigen Parteien jetzt der Übereinkunft anschließen und bis 31. Januar ihre Ziele oder Maßnahmen melden. Auch muss für eine angemessene Finanzierung gesorgt werden. In dieser Hinsicht müssen wir Wege ermitteln, um einen Copenhagen Green Climate Fund einzurichten. Außerdem müssen wir die Bündnisse mit Ländern und Regionen, die unsere Vision eines erfolgreichen Ausgangs der internationalen Klimaverhandlungen teilen, stärken.

Abschließend möchte ich sagen, dass uns große Herausforderungen bevorstehen, um Einigkeit auf europäischer Ebene zu gewährleisten, uns strategisch mit wichtigen externen Partnern zu verbinden und unsere vollständige Verpflichtung zu multilateralen Klimamaßnahmen aufrechtzuerhalten, dass aber aus COP 15 viele Lehren gezogen werden können. Eine bemerkenswerte Lehre besteht sicherlich darin, dass wir lernen müssen, mit einer Stimme zu sprechen. In Kopenhagen haben China, Indien, die Vereinigten Staaten und andere wichtige Mächte jeweils mit einer Stimme gesprochen, wohingegen Europa mit mehreren Stimmen sprach. Dasselbe trifft auf die globale Wirtschaftsführung und internationale Sicherheit zu. Wir stehen heute tatsächlich an einem Scheideweg. Entweder treffen wir entschiedene und geeinte Maßnahmen zur ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Wiederbelebung oder wir riskieren eine wirtschaftliche Stagnation und politische Belanglosigkeit.

Lassen Sie uns Kopenhagen als eine alarmierende Warnung vor diesem Szenario begreifen. Wir müssen besser handeln, und das können wir. Nur durch Einigkeit können wir Erfolg haben, und ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen.

Corien Wortmann-Kool, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident, als erstes möchte ich Sie bitten, Herrn Kommissar Dimas von uns zu grüßen und ihm den Dank der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) für seine Bemühungen in den letzten Jahren auszurichten. Natürlich sind auch wir von den Ergebnissen des Klimawandelgipfels enttäuscht, aber es ist wichtig, dass wir nicht vergessen, dass bei bestimmten Elementen wie der Klimafinanzierung, Entwaldung und dem Zweigradziel tatsächlich historische Schritte erzielt wurden; auch wenn dies nicht perfekt ist, wie Sie korrekt angemerkt haben. Natürlich hätten wir etwas viel ehrgeizigeres bevorzugt – ich verweise dazu auf unsere Entschließerung – aber das sind die ersten Schritte, auf denen wir jetzt aufbauen müssen.

Es ist äußerst wichtig, dass wir eine Tiefenanalyse des europäischen Beitrags zu diesem Gipfel vornehmen, da Europa zur entscheidenden Zeit abwesend war. Der Gipfel war von Europa aus inhaltlicher und technischer Sicht vielleicht gut vorbereitet gewesen, aber politisch gesehen war er ein Desaster. Europas politische Leistung war einfach schwach. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass Europa mit einer Stimme sprechen muss, aber das ist leichter gesagt als getan. Wir müssen jetzt wirklich auch die Gelegenheiten nutzen, die der Vertrag von Lissabon bietet. Zwei neue Frauen werden hoffentlich bald an vorderster Front tätig sein: Frau Hedegaard und Frau Ashton. Sie müssen den Rest der Welt einbeziehen und den Weg nach Mexiko mit starker Klimadiplomatie pflastern. Herr Präsident, die PPE-Fraktion sieht es als gegeben an, dass wir das 30-%-Ziel, dass wir in unserer November-Entschließerung angegeben haben, erhalten und dieses Ziel nicht nur mit dem europäischen, sondern mit dem weltweiten Ehrgeiz kombinieren müssen. Wir müssen unsere Strategie überarbeiten, da sie nicht umgesetzt wurde; eine Reihe der wichtigsten Akteure hat kein globales Ziel umgesetzt. Wir müssen unsere Strategie überarbeiten, aber gleichzeitig unseren Ehrgeiz erhalten.

Marita Ulvskog, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (SV) Der Kopenhagener Gipfel war ein Misserfolg. Die Kluft zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern dieser Welt hat sich verstärkt, und weder der schwedische Ratsvorsitz noch der dänische Premierminister waren in der Lage, dies zu verhindern oder zu vermeiden. Wie ein Kollege eben sagte, war Europa nicht anwesend. Nach dieser Enttäuschung ist es wichtig, die Initiative wieder zu ergreifen. Natürlich kann dies nicht erreicht werden, wenn nicht anerkannt wird, dass die Kopenhagener Konferenz ein Misserfolg war – wie es Frau Hedegaard, die Kommissarskandidatin für Klimaschutz getan hat. Das erhöht nur das Risiko, dass die Fehler wiederholt werden.

Wie werden der spanische Ratsvorsitz und die Kommission den Weg für eine verbindliche Klimavereinbarung in Mexiko ebnen? Werden Sie Finanzierungen für die neuen Klimainitiativen in Entwicklungsländern gewährleisten, damit es unter anderem nicht zu einer Neuverpackung von Hilfgeldern kommt, die bereits für die Bekämpfung der Armut vorgesehen sind? Werden Sie vorschlagen, dass unsere eigenen Emissionssenkungen von 20 % auf 30 % erhöht werden? Damit würden wir die Initiative wieder übernehmen. Werden Sie das Misstrauen der Entwicklungsländer bekämpfen, indem Sie den Wert des Kyoto-Abkommens als Grundlage für weiterführende Arbeit an einer globalen Klimavereinbarung feststellen?

Corinne Lepage, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Minister, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die Umstände, die dazu geführt haben, dass 192 Staats- und Regierungschefs nach Kopenhagen gereist sind, haben sich nicht geändert, und das Scheitern von Kopenhagen darf ganz eindeutig kein Grund für uns sein, unseren Ehrgeiz zu mindern.

Wir müssen aber auf jeden Fall unsere Strategie ändern – wir brauchen eine neue Strategie. Diese Strategie muss stabil, dynamisch und innovativ sein.

Zuallererst muss sie stabil sein, weil es entscheidend ist, dass wir unsere Ziele nicht nur aufrechterhalten, sondern sie erhöhen, und zwar bis zu einer 30%igen Senkung der Treibhausgasemissionen. Wir müssen unsere industrielle Umgestaltung hin zu einer grünen Wirtschaft auf Grundlage von Energieeffizienz, sauberen und effizienten Prozessen, erneuerbaren Energien und neuen Synthesen zwischen Informations- und Umwelttechnologien beschleunigen, da der Kampf, der in Kopenhagen begonnen hat, auch die Industrie und die Industrieführer des 21. Jahrhunderts betrifft.

Wir müssen eine dynamische Strategie haben, ohne den UN-Prozess in irgendeiner Weise zu delegitimieren. Wir müssen Initiativen bezüglich der Vereinigten Staaten und China ergreifen, um in der Lage zu sein, eine potentielle Grundlage für eine Vereinbarung in Mexiko zu schaffen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die G2, die in Betrieb waren, Realität werden, sondern müssen uns selbst ins Zentrum dieses Prozesses einbringen; dies ist nur möglich, wenn wir mit einer Stimme sprechen.

Wir müssen innovativ sein: innovativ auf den Kohlenstoffmärkten, indem wir die obere Preisgrenze festlegen, und innovativ hinsichtlich der Finanzierungsmethoden. Persönlich denke ich, ohne mich für meine Fraktion verbürgen zu wollen, dass die Frage von Kohlenstoffsteuern an unseren Grenzen diskutiert werden muss. Wir müssen dann das Vertrauen bezüglich Afrikas wieder aufbauen, indem wir die Finanzierung aufstocken, aber nicht, indem wir offizielle Hilfen recyceln und neu als „Kohlenstoff“-Gelder bezeichnen.

Unterm Strich müssen wir beträchtliche Anstrengungen unternehmen, damit wir unseren Entschluss, beim Klimawandel weltweit führend zu sein, einlösen können.

Satu Hassi, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Herr Präsident, das Ergebnis des Kopenhagener Gipfels ist aus den bereits genannten Gründen eine Enttäuschung. Erstmals erwähnt das Dokument der Vereinten Nationen eine Zweigrad-Warngrenze, aber die von den einzelnen Ländern in Kopenhagen angeführten Emissionsgrenzen ergeben insgesamt einen Anstieg der globalen Erwärmung um mehr als drei Grad. Das letzte Mal war es drei Grad wärmer als jetzt, der Meeresspiegel lag 10 Meter höher.

Wir müssen ehrlich anerkennen, dass die EU nicht die Art Führungskraft gezeigt hat, die sie für sich beansprucht. Der wichtigste Weg für uns wäre gewesen, und ist es immer noch, wenn wir auf ein strengeres Emissionssenkungsziel von mindestens 30 % hingearbeitet hätten. Unser echtes Ziel hätte eine Senkung von 40 % sein müssen, wenn wir der Botschaft der Klimatologen Beachtung schenken würden, was korrekterweise erforderlich wäre. Wenn wir jetzt bei einer Senkung der Emissionen um 20 % abbrechen, bedeutet dies, dass die EU ihre Erklärung der Zweigrad-Warngrenze, die sie jetzt seit mehr als zehn Jahren verkündet, nicht ernst gemeint hat.

Gemäß Berichten, die von einer großen Anzahl von Regierungen, einschließlich der niederländischen Regierung, in Auftrag gegeben wurden, ist eine 20%ige Senkung der Emissionen noch weit von dem

ehrgeizigsten Ziel der Welt entfernt. Angesichts der Informationen, die wir jetzt haben, kostet ein 30%iges Senkungsziel weniger als das, was vor zwei Jahren als Kosten für eine Beschränkung der Emissionen um 20 % geschätzt wurde.

Natürlich gab es in Kopenhagen Länder, die die Gespräche torpedieren wollten. Wenn die EU die Führerschaft übernommen hätte, wäre es für diese schwierig geworden. Dieses Mal hat es die EU ihnen leicht gemacht, den zweiten Verpflichtungszeitraum nach dem Kyotoprotokoll, der für die Entwicklungsländer sehr wichtig ist, zu blockieren. Es wäre konstruktiv, wenn man sagen würde, dass wir unter bestimmten Bedingungen für den zweiten Kyoto-Zeitraum bereit wären, und es wäre konstruktiv, Klimamaßnahmen seitens der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder zu unterstützen, ohne die Gelder für die Entwicklungshilfe unter einer neuen Überschrift zu recyceln.

Wir müssen jetzt von diesem schwachen Ergebnis weitergehen hin zu einer ordentlichen Klimavereinbarung. Nur wenn sie über die Vereinten Nationen ausgehandelt wird, kann sie international rechtmäßig sein. Wir brauchen auch eine neue Art Klimadiplomatie. Es reicht nicht aus, dass unsere Fachleute den Weg durch den technischen Dschungel kennen. Wir brauchen geduldige diplomatische Bemühungen, um die Stolperstellen zu überwinden und auch um den UN-Verhandlungsprozess realisierbarer zu machen, damit zum Beispiel Abstimmungsregeln angenommen werden.

Martin Callanan, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, ich hoffe, dass sich meine Aussage als falsch herausstellen wird, aber es scheint mir immer unwahrscheinlicher zu werden, dass die in Kopenhagen begonnenen und fortgesetzten Gespräche tatsächlich zu einem rechtlich verbindlichen Vertrag führen werden, der alle großen Emittenten in der Welt zu großen Emissionssenkungen verpflichtet.

Unter diesen Umständen denke ich, dass es von uns in der EU, die diese Angelegenheiten diskutieren, sehr dumm wäre, sich auf noch größere Emissionssenkungen zu einigen. Eine Zahl von 30 % wurde genannt. Frau Hassi hat gerade 40 % angeführt.

Ich denke, ohne eine weltweite Vereinbarung wäre es verrückt, sich auf noch weitere Senkungen zu einigen, denn dies würde dazu führen, unseren Verbrauchern die höchsten Energierechnungen in den Industriestaaten zuzumuten, wodurch die europäische Schwerindustrie und große Energieverbraucher weltweit gesehen besonders schlecht wettbewerbsfähig würden.

Bereits jetzt kriegen wir mit, wie viele Branchen in Länder außerhalb der EU verlagert werden, womit natürlich die Emissionen einfach aus der EU nach China, Indien und anderswo übertragen werden. Das ist eine verrückte Wirtschaftspolitik, denn sie hat keinerlei Reinnutzen für die Umwelt. Tatsächlich hat sie in verschiedener Hinsicht schädliche Auswirkungen auf die Umwelt, da diese Waren schließlich einfach wieder in die EU importiert werden.

Wir brauchen eine umfassende weltweite Vereinbarung. Dem stimme ich vollständig zu. Ich hoffe, wir arbeiten darauf hin, aber solange wir noch keine haben, sollten wir vorsichtig sein mit einseitigen Einschränkungen in Europa.

Bairbre de Brún, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (GA) Herr Präsident, ein ehrgeiziger, rechtskräftiger Vertrag ist dringend erforderlich.

Laut den neuesten wissenschaftlichen Informationen muss sich die EU zu einer 40%igen Senkung der Emissionen bis 2020 und zu einer 80-95%igen Senkung bis 2050 verpflichten, und dieses Versprechen darf nicht von den Handlungen anderer abhängig gemacht werden.

Alle müssen wissen, welche echten Emissionssenkungen eingerichtet werden, und wir müssen wissen, dass den Entwicklungsländern die erforderliche Finanzierung bereitgestellt wird, um sie in die Lage zu versetzen, den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen.

Klarheit ist erforderlich. Wir alle brauchen Klarheit darüber, wer genau diese Finanzierung bereitstellen wird, wie viel jedes Industrieland bereitstellen wird und wie und wann sie bereitgestellt wird. Der mangelnde politische Wille, der in Kopenhagen demonstriert wurde, darf nicht wiederholt werden.

Ich wünsche auch Herrn Kommissar Dimas viel Erfolg.

Anna Rosbach, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (DA) Herr Präsident, im Zusammenhang mit COP 15 wurde viel über sogenannte Klimaflüchtlinge gesprochen. Menschen sind immer vor Naturkatastrophen geflohen, schlechten Ernten, Dürren, Fluten und Hungersnöten. Tatsache ist, dass der Klimawandel und seine direkten

Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt Probleme sind, mit denen wir uns befassen müssen. Ich muss mich jedoch fragen, ob wir dabei die richtige Richtung einschlagen. Ich stimme zu, dass wir uns besser bewusst sein müssen, wie wir Ressourcen im täglichen Leben und bei der Erforschung neuer Technologien nutzen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass wir bereits jetzt Möglichkeiten haben, Probleme abzumildern, die plötzlich eintreten. Im Zusammenhang mit COP 15 wurden die Cookinseln, eine Inselgruppe im Pazifik, erwähnt. Das Problem dieser Inseln ist, dass sie davon bedroht sind, unter der Wasseroberfläche zu versinken. Eine Meereswand könnte die Inseln schützen und wäre tatsächlich eine völlig machbare Investition – nur nicht für eine arme Inselgruppe. Während wir im Westen über Windkraft, Elektroautos, Solarenergie, Biokraftstoffe und neue Arten der Mülltrennung in den Vororten Europas diskutieren, verschwinden viele Inseln schrittweise. Daher möchte ich fragen, ob die westliche Welt Milliarden in Klimatechnologie investieren soll, deren Erfolg äußerst fragwürdig ist, während mit bekannten, preiswerten Maßnahmen Millionen Menschen geholfen werden könnte. Statt sich über Statistiken, Beweise und Forschungsergebnisse zu streiten, ist jetzt die Zeit sich durch echte Maßnahmen mit den Auswirkungen des Klimawandels auf globaler Ebene zu beschäftigen.

Nick Griffin (NI). – Herr Präsident, lassen Sie uns nach Kopenhagen die ganze Geschichte mit der globalen Erwärmung neu beurteilen. In Kopenhagen gab es nicht nur die Ironie von „Climategate II“ sondern auch den Beginn eines der strengsten Winter seit Jahrzehnten. Seitdem haben wir die Entlarvung der Potsdamer Meeresspiegelpanikmache erlebt; das Goddard-Institut wurde dabei ertappt, wie es Temperaturdaten manipulierte; die schmelzenden Himalayagletscher wurden als Phantasievorstellungen enthüllt; Herr Pachauri ist als Klimawandelgewinnler erschienen. Die Welt kühlt sich ab. Die globale Erwärmung ist ein Schwindel.

Das ist kein Verbrechen ohne Opfer. Kohlenstoffsteuern treiben die Treibstoffpreise in die Höhe und bringen unsere Menschen in Schwierigkeiten. Die Milliarden, die für die Erforschung dieses nichtexistenten Problems ausgegeben werden, sind Milliarden, die nicht für die Vernichtung echter Geißeln wie Alzheimer oder die Beendigung echter Umweltkatastrophen wie der Entwaldung ausgegeben werden können. Der Emissionshandel bringt Finanzhaien auf Kosten armer Familien Milliarden. Der Verlust landwirtschaftlichen Landes wegen der Biokraftstoffe hat die Weltlebensmittelpreise bereits verdoppelt, also hungern Millionen, während gierige Konzerne noch größere Profite einfahren.

Die, die den unwissenschaftlichen Nonsens des künstlichen Klimawandels vorantreiben – Shell, Monsanto, die internationalen Banken, Bilderberg-Einewelt-Befürworter, Kohlenstoffmilliardäre und deren nützliche, dumme Verbündete von den Linken –, betreiben den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte. Sie müssen und werden zur Verantwortung gezogen werden, ebenso wie ihre Kollaborateure an solchen Orten.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In und nach Kopenhagen ist viel über Regeländerungen bei der UNO gesprochen worden. Ich rege an, dass wir die Regeln in unserem Hause einmal ändern, damit solche Randgruppen wie Herr Griffin nicht am Anfang reden, sondern ganz am Schluss, wo sie in diesem politischen Spektrum hingehören, jedenfalls nicht in der ersten Runde.

Meine Damen und Herren! Natürlich war Kopenhagen eine Enttäuschung. Viele Forderungen von uns hier und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind definitiv nicht erfüllt worden. Ich möchte einen Punkt hinzufügen zu dem, was einige bereits gesagt haben: Wir wollen ein internationales Abkommen für die Emissionen aus dem Flug- und Seeverkehr. Kopenhagen hat leider überhaupt keinen Fortschritt in dieser Sache gebracht. Es wurde noch nicht einmal in der Kopenhagener Vereinbarung erwähnt. Das ist ein enttäuschendes Ergebnis, insbesondere weil wir wissen, dass jedes Jahr, das wir verlieren, natürlich dazu führt, dass wir die Anstrengungen nochmals erhöhen müssen. Je später wir starten, desto beherzter und kräftiger müssen wir rangehen. Und mit jedem Jahr wird es natürlich schwieriger. Das ist wie bei einer schweren Krankheit, je früher man eingreift, desto milder kann der Eingriff sein. Deswegen ist das eine Enttäuschung.

Doch wir sollten es trotzdem nicht einseitig negativ sehen. Heute Morgen wurde ich gefragt, ob das Thema Klimaschutz jetzt politisch tot sei. Das ist es nicht. Es muss weitergehen, und das erwarten auch die Menschen von uns. Wir sollten sehen, was an positiven Dingen in Kopenhagen tatsächlich passiert ist. Ich nehme einmal zwei kleine Beispiele heraus, nämlich die Verpflichtung von zwei Entwicklungsländern, den Malediven und Costa Rica, in den nächsten zehn Jahren klimaneutral zu werden. Das kann die ganze Welt – Europa und der Rest der Welt – als Orientierung nehmen. Nun sind das kleine Staaten. Aber wenn ich zum Beispiel Brasilien als großen Staat nehme, dann ist es auch bemerkenswert, was dort passiert ist.

Deswegen sollten wir unsere Fehler analysieren, nicht so arrogant sein, einfach weiterzumachen wie bisher. Aber wir sollten auch nicht in Sack und Asche gehen, sondern uns mit denen auf der Welt verbünden, die

beim Klimaschutz Fortschritt wollen. Das Spiel darf nicht mehr Industrieländer gegen Entwicklungsländer heißen, sondern die Länder, die verstanden haben, worum es geht, gegen den Rest der Welt, der hoffentlich immer kleiner wird.

Jo Leinen (S&D). - Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin! Ich war am vergangenen Wochenende beim informellen Rat der Umweltminister in Sevilla. Es war eine der ersten Ratsformationen unter spanischer Präsidentschaft, Sie konnten ja wegen einer traurigen Familienangelegenheit nicht kommen, aber Ihre Staatssekretärin, Teresa Ribeira, hat Sie hervorragend vertreten. Das ganze Treffen war auch ausgezeichnet organisiert, man spürte das Engagement der spanischen Ratspräsidentschaft in dieser Sache.

Soweit so gut, allerdings war das Ergebnis dieser Ratsrunde nicht sehr befriedigend. Der Ministerrat ist orientierungslos gespalten. Die Länder sind sich überhaupt nicht einig, wie wir jetzt weitermachen sollen. Und das ist kein gutes Zeichen. Es wird Ihre Aufgabe, Ihre Verantwortung sein, die 27 Mitgliedstaaten auf einen Nenner zu bringen.

Meines Erachtens müssen wir in der Europäischen Union nach Kopenhagen drei Dinge tun: Erstens müssen wir die Führung im weltweiten Klimaschutz wieder zurückgewinnen, zweitens müssen wir bei den Zusagen, die wir gemacht haben, Glaubwürdigkeit zeigen, und drittens müssen wir auf dem Weg nach Mexiko dringend neue Partner gewinnen.

Führung wieder gewinnen: Ich stimme all denen zu, die hier gesagt haben, unser Versprechen, 30 % CO₂ zu reduzieren, sollten wir jetzt weiter anmelden. Ich würde mir wünschen, dass wir am 31. Januar dem UNO-Sekretariat in Bonn diese 30 % nennen und nicht die alten 20 %. Wenn wir uns von vergleichbaren Anstrengungen anderer abhängig machen, dann wird das ewig dauern und wird auch in Mexiko zu nichts führen.

Glaubwürdigkeit zeigen: Die 7,2 Milliarden Euro müssen noch vor Mexiko in die Tat umgesetzt werden. Die Länder in Afrika müssen merken, dass schon erste Maßnahmen anlaufen.

Und Partner gewinnen: Ich hoffe, dass wir eine Klimaschutzdiplomatie entwickeln und insbesondere mit Hilfe der Afrikanischen Union auch in Lateinamerika und Asien genügend Partner für ein weltweites Abkommen in Mexiko finden.

Chris Davies (ALDE). – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen von Kopenhagen vorangehen. Die Wahrheit ist, dass wir den Weg nicht kennen. Wir stolpern im Dunkeln herum. Ich denke, dass wir einfach jede Gelegenheit erkunden müssen und hoffe, dass uns eine oder mehrere davon voranbringen werden.

Aber ich bin mir sicher, dass wir versuchen müssen, unseren Ehrgeiz aufrechtzuerhalten und unsere Führungsstärke zu bewahren. Jetzt werden innerhalb der nächsten 14 Tage entscheidende Diskussionen geführt werden, und ich möchte wissen, was der Ratsvorsitz tun wird, um das richtig hinzukriegen.

Vierzig Prozent unserer Emissionen entstehen aus fossilen Brennstoffen, die in unseren Kraftwerken verbrannt werden. Daher wird die Entwicklung der Technologie zur CO₂-Abscheidung und -Lagerung als so wichtig angesehen. Daher hat der Rat vor drei Jahren zugestimmt, dass wir versuchen sollten, bis 2015 bis zu 12 Demonstrationsprojekte aufzubauen. Jetzt haben wir vor einem Jahr eine Methode zur Finanzierung dieser Projekte vereinbart: indem 300 Mio. an Zuschüssen aus dem Emissionshandelsplan verwendet werden. Es hat drei Monate gedauert, bis diese Idee aus dem Parlament die Genehmigung des Rates erhielt, um die Tür zu öffnen, aber 12 Monate später haben wir immer noch nicht abgestimmt, wie die Projekte ausgewählt oder das Geld verwendet werden soll. Die Kommission hat schließlich einen Entscheidungsentwurf vorgelegt. Darin werden nur acht CCS-Projekte vorgeschlagen und der vorgeschlagene Zeitplan bedeutet, dass es unmöglich ist, dass alle bis 2015 umgesetzt werden. Herr Kommissar Rehn sitzt damit auf dem heißen Stuhl; ich hoffe, jemand reicht ihm bis zum Ende der Aussprache eine Notiz, damit er den mangelnden Ehrgeiz in diesem Dokument erklären kann.

Aber darauf müssen wir uns einigen: egal wie unzulänglich die Lösung ist, so müssen wir doch vorankommen. Auf einer Sitzung des Ausschusses für Klimawandel des Rates am 2. Februar wird dies diskutiert werden, und es gibt Widerstand aus einigen Mitgliedstaaten, die dagegen sind, dass die Kommission das endgültige Wort bei der Auswahl der Projekte und der Verwendung und Verteilung des Geldes hat.

Diese Sitzung wird jetzt seit Kopenhagen die erste Gelegenheit für die Europäische Union sein, zu zeigen, ob sie vorangeht und praktische Schritte ergreift, oder ob sie zurück rutscht. Es ist ein entscheidender Test sowohl für die Kommission als auch für den Vorsitz.

Meine Frage an den Herrn Minister ist also: Wird der Ratsvorsitz sicherstellen, dass wir auf der Sitzung eine Vereinbarung erzielen, oder werden Sie die Gelegenheit verstreichen lassen?

Bas Eickhout (Verts/ALE). – (NL) Herr Präsident, lassen Sie uns eins ganz klar stellen: Kopenhagen war ein Misserfolg. Tatsächlich gab es drei echte Verlierer dieses Gipfels: die Vereinten Nationen, die Europäische Union und das Klima. Es ist daher von höchster Bedeutung, dass diese drei Verlierer 2010 auf dem Weg nach Mexiko in Gewinner verwandelt werden. Um dies zu erreichen, müssen drei Sachen geschehen. Das erste ist, dass die EU, wie Herr Kommissar Rehn bereits gesagt hat, wirklich mit einer Stimme sprechen muss, aber – und hier wäre ich dankbar für eine konkrete Antwort – wer wird das sein? Wer wird in Mexiko im Namen Europas sprechen?

Zweitens muss Europa auch hinsichtlich der Vereinten Nationen seine Führungskraft in den Verhandlungen beweisen, was bedeutet, dass nicht mehr nur auf die Vereinten Staaten und China gesehen wird, sondern stattdessen hauptsächlich auf die Staaten, die unseren Wunsch nach Klimamaßnahmen teilen, wie die Staaten der Afrikanischen Union, Mexiko, Brasilien und Südafrika. Wir sollten die Gruppe der Länder, mit denen wir eine Vereinbarung abschließen möchten, ausweiten.

Drittens das Klima. Es stimmt, dass wir uns auf zwei Grad geeinigt haben, aber diese Zahl bedeutet auch etwas. Die Wissenschaft sagt, dass zwei Grad bedeutet, dass die reichen Länder ihre CO₂-Emissionen um 40 % senken müssen. Daher muss die EU jetzt 30 % versprechen. Am 31. Januar wird sie eine weitere Chance haben, ihre Führungskraft zu beweisen, indem sie 30 % vorlegt, und ich bitte die EU, diese Zahl anzubieten. Ich wäre dankbar, wenn Sie auf diesen Vorschlag antworten können, da er den einzigen Weg darstellt, Führungsstärke zu beweisen und 2010 zu dem Jahr der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und des Klimas zu machen.

Derk Jan Eppink (ECR). – Herr Präsident, ich unterstütze die Umweltziele für 2020, aber ich habe einige ernste Zweifel bezüglich einiger Methoden. Die Kopenhagener Konferenz war ein gutes Beispiel für eine schlechte Methode. Und welche Lehren sind daraus zu ziehen?

Die Konferenz war zu groß, um produktiv zu sein: ein Rockkonzert mit 50 000 Menschen ist möglich; eine Tagung nicht. Zweitens wurde Europa von China und Indien überlistet, und die USA haben sich daran beteiligt. Anstatt ein entscheidender Akteur zu sein, war die EU ein verwirrter Zuschauer.

Was sollten wir tun? Ich denke, dass wir unsere angewandte Methode neu prüfen müssen, lieber ein G20-Treffen als eine Veranstaltung mit Woodstock-Ausmaßen. Zweitens müssen wir aufhören, moralische Arroganz zu zeigen, indem wir China und Indien sagen, was sie zu tun haben. Wichtige Begrenzungen, um diese beiden Länder zu bestrafen, wären katastrophal. Im Gegenteil: die EU sollte ihren eigenen Standpunkt überprüfen, der im Endeffekt unser eigenes Wachstum und die Beschäftigung untergraben wird.

Und schließlich brauchen wir ernsthafte Forschung zu den Beweisen. „Climategate“ war bereits eine Mahnung, und die Behauptung, dass die Himalayagletscher zurückgehen scheint jetzt auf Spekulationen zu beruhen. Einige Mitglieder des IPCC sagen jetzt sogar eine weltweite Abkühlung voraus.

Wir brauchen eine objektive, unparteiische wissenschaftliche Forschung, und keinen agendagesteuerten politischen Aktivismus. Was ist korrekt und was nicht? Im Moment wissen wir das einfach nicht, und ich denke, als erstes müssen wir die richtigen Fakten vorliegen haben. Herr Kommissar, Herr Minister, ich hoffe, Sie betrachten diese Fragen aufgeschlossen.

VORSITZ Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

Sabine Wils (GUE/NGL). – Herr Präsident! Die UN-Klimakonferenz ist an der knallharten Interessenpolitik der reichen Industriestaaten gescheitert. Die Lebensgrundlage von Milliarden Menschen in Entwicklungsländern, und in den vom Untergang gefährdeten Inselstaaten, ist damit bedroht.

Es gibt keine Vereinbarung, wie die weitere Erwärmung der Erde wirkungsvoll begrenzt werden soll. Die EU hat im Interesse ihrer nationalen Wirtschaftsunternehmen und der Profite der Konzerne gepokert. Das Ziel, die Treibhausgase in den Ländern der EU bis 2020 um insgesamt 30 % zu reduzieren, wurde nicht rechtzeitig eingebracht.

Bessere Klimaschutzziele von der Vorleistung anderer Staaten abhängig zu machen, bedeutet um die Zukunft der Menschheit zu pokern. Die Fakten sind klar: Die CO₂-Emissionen betrugen 2007 pro Person in China

4,6 Tonnen, in Deutschland 9,7 Tonnen und in den USA 19,1 Tonnen. Wir brauchen dringend Klimagerechtigkeit für die gesamte Menschheit. Die Industrie- und Schwellenländer müssen sich im nächsten Jahr in Mexiko City auf ein verbindliches Abkommen mit konkreten und ambitionierten Zielen einigen.

Godfrey Bloom (EFD). – Herr Präsident, Sie erkennen natürlich, dass ich ein Skeptiker bin, weil ich mich nicht wie eine Vogelscheuche kleide.

Ich habe mich durch den Schneesturm in Kopenhagen gekämpft, genauso wie es viele von Ihnen getan haben. Es ist doch interessant, nicht wahr, dass wir den kältesten dokumentierten Winter in London seit 30 Jahren haben? In Polen, Korea und China ist es genauso. Wir hatten die kältesten Temperaturen in Florida, Arizona und Texas – den ersten Schnee in Texas, glaube ich, seit einhundert Jahren. Natürlich, wie es Giles Coren von der London Times ausdrückt, du meine Güte, wir kapieren es einfach nicht – das ist doch ganz klar das, worum es bei globaler Erwärmung geht: wir müssen uns an diese eiskalten Temperaturen gewöhnen.

Freilich haben wir den Eishockeyschläger von Al Gore gesehen, der, wie ich annehme, noch immer in den staatlichen Schulen in London gezeigt wird – Al Gore, Schlange, Ölhändler, Gauner! Wir haben Professor Jones von der University of East Anglia erlebt – Schwindler! Und jetzt – darüber wissen Sie noch nichts, weil es nicht öffentlich zugänglich ist – die Staatliche Neuseeländische Klimadatenbank: Ich habe die Daten hier – alle erfunden.

Wann wachen Sie endlich auf? Betrug, Betrug, Betrug!

(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)

Chris Davies (ALDE). – Herr Präsident, die ganze Wissenschaft über den Klimawandel ist offensichtlich Unsinn, gemäß Herrn Bloom, weil wir bis jetzt einen kalten Winter gehabt haben.

Ich frage mich ob Herr Bloom bereit wäre, dem Haus den Unterschied zwischen Klima und Wetter zu erklären.

Godfrey Bloom (EFD). – Klima, Herr Davies, ist, was wir alle ertragen müssen.

Zoltán Balczó (NI). – *(HU)* Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe überraschende Neuigkeiten für Sie. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist vorbei. Sie sprechen über Ziele und Vorstellungen, als ob wir uns noch vor dem Ereignis befinden würden. Es ist fehlgeschlagen. Es wurden keine rechtlich verbindlichen Verpflichtungen unterzeichnet. Das Beispiel von Kyoto zeigt, was Voluntarismus bedeutet. Wir sind uns alle der Wichtigkeit der US-amerikanischen Maßnahmen bewusst, aber Kanada verdient es ebenso, erwähnt zu werden. Kanada hat das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und dann seine Kohlendioxidemissionen um 26 % erhöht, ohne Konsequenzen. Kopenhagen setzt ein klares Zeichen, in welcher Welt wir uns befinden.

Die heutige Welt wird von wirtschaftlichem Fundamentalismus bestimmt. Immer wenn die Interessen der Gesellschaft den Interessen der globalen Wirtschaft gegenüberstehen, gewinnt letztere. Natürlich steht hinter der globalen Wirtschaft eine kleine Machtelite. Um den unumkehrbaren Klimawandel zu stoppen, müssten wir noch ein anderes Klima ändern. Wir müssen das politische und moralische Klima ändern. Bevor wir das tun, sind alle ähnlichen Konferenzen zum Scheitern verurteilt, solange Menschen der Wirtschaft dienen und nicht umgekehrt, bis die ökosoziale Marktwirtschaft das Leitprinzip werden wird.

Richard Seebler (PPE). - Herr Präsident! Wenn wir von Kopenhagen eines lernen können, dann ist es Realitätssinn. Ich kann mich noch gut an die Debatte vor Kopenhagen hier im Hause erinnern. Alle Kolleginnen und Kollegen haben vor Optimismus nur so geglüht. Aber es nützt nichts. Es ist eine internationale Konferenz mit ihren Regeln, und nur mit gutem Willen alleine kann man wenig erreichen. Darum lassen Sie uns an die nächsten Verhandlungen in Mexiko mit dem nötigen Realitätssinn herangehen.

Wenn man Kopenhagen bewertet, so muss man fairerweise sagen, dass es nicht so schlecht ist, weil das Ergebnis doch als Basis für die Verhandlungen in Mexiko dienen kann und man doch einiges erreicht hat. Was die größte Enttäuschung für uns Europäer sein muss, ist, dass wir – die EU – nicht dabei waren, als dieses Abschlussdokument entworfen wurde. Das muss uns doch zu denken geben, weil wir doch immer betonen, dass wir diejenigen sind, die im Kampf gegen den Klimawandel weltweit führend sein wollen.

Warum ist das so? Zum einen wahrscheinlich, weil wir mit unseren 14 % CO₂-Ausstoß nicht zu den größten Emittenten gehören. USA und China haben ja zusammen fast die Hälfte. Aber wir in Europa sprechen nun einmal nicht mit einer Stimme. Der letzte Umwelt-Ministerrat hat sehr gut gezeigt, wie differenziert die Ansichten dort sind. Manche Länder sehen die Problematik ganz anders als beispielsweise die Mehrheit in diesem Haus.

Ein weiterer Grund ist aber sicher auch, dass wir Europäer nicht so gut sind wie wir immer zu sein behaupten. Rechnen wir nämlich diese CDMs, also diese *joint implementation measures*, und diese anderen Maßnahmen heraus, und berücksichtigen wir nur unsere eigenen Maßnahmen zur Senkung des an CO₂-Ausstoßes, dann sehen wir, dass unsere Bilanz nicht so gut ist, wie wir immer vorgeben.

Zum Dritten muss man auch sagen, andere Länder und andere Regionen in der Welt haben einen anderen Zugang zu diesem Problem. Unser großes Ziel ist eine rechtlich bindende Übereinkunft. Aber China und die USA wählen da einen anderen Zugang.

Wir sollten insgesamt überlegen, ob wir nicht mehr Flexibilität in unseren Verhandlungen an den Tag legen sollten, weil der gemeinsame Kampf gegen das Phänomen Klimawandel wichtig ist, doch die Methoden, die dahin führen, durchaus unterschiedlich sein können.

Dan Jørgensen (S&D). – (DA) Herr Präsident, die Frage, die ich den Klimaskeptikern in diesem Haus stellen würde, ist diese: Wenn Ihnen neun von zehn Ärzten sagen würden, dass sie mehr als 90 % sicher sind, Sie seien ernsthaft krank, aber dass sie ein Medikament haben, welches Ihre Krankheit heilen könnte – ein Medikament ohne Nebenwirkungen – würden Sie dieses Medikament einnehmen? Natürlich würden Sie. So hätte die Welt in Kopenhagen reagieren sollen. So sollte die Welt reagieren, wenn mehr als 90 % der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet erklären, dass die globale Erwärmung tatsächlich existiert und von Menschen verursacht wird. Die EU sollte aus diesem Grund Führungskraft demonstrieren. Natürlich können wir die USA kritisieren. Natürlich können wir China dafür kritisieren, nicht den in Kopenhagen notwendigen politischen Willen gezeigt zu haben. In diesem Haus sollten wir jedoch näher bei uns selbst beginnen, wir müssen Kritik am offensichtlichen Fehlen jeglicher Eigeninitiative der EU üben. Die EU hätte zwei Dinge tun können, und sie sollte zwei Dinge vor der Konferenz in Mexiko unternehmen. Zunächst sollten wir selbst die führende Rolle bei der Verpflichtung gegenüber Reduktionszielen übernehmen. Das bedeutet, dass man die versprochenen 20 % Reduktionen für 2020 in 30 % ändert. Zweitens sollten wir die Beträge nennen, die wir bereit sind, zur Finanzierung von langfristigen Anpassungen an den Klimawandel aufzuwenden, der, wie wir wissen, kommen wird. Und schließlich ist es offensichtlich, dass wir mehr ausrichten können, wenn wir mit einer Stimme sprechen, da wir dann in der Lage sein werden, rationaler und klarer zu verhandeln, als das in Kopenhagen der Fall war. Herr Callaman von der Fraktion der Konservativen und Reformisten meinte:

„Es wäre verrückt, bei der derzeitigen Lage unser Ambitionsniveau anzuheben.“

Nein, Herr Callanan, es wäre verrückt, unser Ambitionsniveau nicht anzuheben.

Lena Ek (ALDE). – (SV) Der Kopenhagener Gipfel war ohne Zweifel eine große Enttäuschung, aber wichtig ist es jetzt, den Blick auf die Zukunft zu richten. Genau das machen wir Liberalen, und ich hoffe, dass wir das in Europa gemeinsam machen können. Wir brauchen eine Strategie, und wir brauchen eine „Klimapolitik nach Kopenhagen“. Ein wichtiges Instrument für die Erreichung dieses Zieles sind kontinuierliche Investitionen in das Emissionshandelssystem. Die EU sollte sofort Verhandlungen mit den USA beginnen, um das neu entstehende amerikanische System mit dem europäischen zu verbinden. Ein transatlantischer Markt für Kohlendioxidemissionen könnte der Beginn eines globalen Marktes sein.

Herr Rehn hat ein besonders gutes einführendes Referat gehalten. Er hat mit seinen Schlussfolgerungen vollkommen Recht. Die EU muss in diesen Verhandlungen mit einer Stimme sprechen. Allerdings muss auch bedacht werden, dass das Europäische Parlament nach dem Vertrag von Lissabon jetzt beeinflussen kann, wie diese Entscheidungen gefällt werden. Das Parlament muss an den vorbereitenden Arbeiten beteiligt sein, da eine endgültige Vereinbarung unsere Billigung benötigt.

Innerhalb Europa müssen wir zur gleichen Zeit weiter fortfahren, unseren eigenen Kohlenstoffmarkt zu stärken und aufhören, Handelsrechte gratis an andere abzugeben. Wir müssen in neue Technologien investieren, und drittens müssen wir einen Mindestpreis für Kohlendioxid festsetzen. Die Klimaziele können durch Marktmechanismen erreicht werden, nicht durch mehr Bürokratie.

Wenn wir jetzt die Kopenhagener Konferenz hinter uns lassen, einen neuen Anfang machen und unsere ganze Energie auf Maßnahmen für die Zukunft verwenden, müssen wir uns zunächst auf EU 2020 konzentrieren. Die Maßnahmen sind darin enthalten, und wir benötigen feingeschliffene Vorschläge für Energieeffizienz und dafür, wie wir in neue Technologien investieren sollen. Wir brauchen eine Klima-arbeitsplatzstrategie. Abschließend möchte ich sagen, dass wir ganz klar eine Reduzierung der Kohlenstoffemissionen um 30 % benötigen, wenn wir einerseits den Kampf um das Klima gewinnen wollen, aber andererseits auch den Kampf um den Markt.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, Frau Espinosa, ich bin sehr über das Maß der Selbstzufriedenheit erstaunt, dass Sie hinsichtlich der EU-Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimas an den Tag legen. Es stimmt, dass Europa in den letzten 10 Jahren mehr und bessere Arbeit geleistet hat als die meisten anderen Länder, aber die europäische Führungsrolle in Kopenhagen ist ganz klar misslungen.

In Kopenhagen sahen wir auch, wie Europa einfach zu einer Kombination von persönlichen Kommunikationsstrategien der europäischen Staatsführer wurde, und ich möchte in diesem Zusammenhang besonders Herrn Sarkozy, Frau Merkel und Herrn Brown hervorheben. Unter diesen Umständen ist es sehr einfach, den UN-Prozess zum Scheitern zu bringen. Es stimmt, dass das UN-System kompliziert ist, und dass ein G20-Gipfel, bei dem die Vereinbarungen bedeutungslos sind, es aber Gelegenheit für Publicity-Momente gibt, viel einfacher ist.

Das bedeutet, Europa muss während des kommenden Jahres mehr und bessere Arbeit leisten. Zurzeit haben wir ein Ziel von 20 %. 20 % bedeutet allerdings, dass wir in den nächsten zehn Jahren weniger tun werden als wir in den letzten Jahren getan haben; es bedeutet, dass wir Europas klimapolitische Anstrengungen reduzieren. Das ist im Hinblick auf das Klima nicht nur absurd, wenn uns die Wissenschaftler sagen, dass wir ein Ziel von 40 % erreichen sollen, sondern es ist genauso absurd im Hinblick auf unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Daher, Frau Espinosa, reduzieren Sie bitte Europas klimapolitische Ambitionen nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf die von Präsident Barroso geäußerten Ziele, der von den 20 % nicht abweichen will, oder auf die von Italien und Polen geäußerten Ziele, welche schon sehr bald die Existenz des Klimawandels abstreiten werden. Lesen Sie noch einmal die Entschließung des Parlaments, und entscheiden Sie sich sofort und bedingungslos für 30 %.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Herr Präsident, wir müssen die Tatsache akzeptieren, dass niemand außer einiger europäischer Staaten für Begrenzungen von CO₂-Emissionen zahlen oder weniger Energie nutzen will. Es ist sogar schlimmer. Einige Entwicklungsländer, die irritierende anti-koloniale Rhetorik benutzen, wollen damit reich werden, während sie zur selben Zeit die größten Emittenten von Kohlendioxid in die Atmosphäre sind. Afrikanische Länder, China und Indien wollen ihre Ausnahmeregelungen aufrechterhalten und sich nicht dem internationalen System zur Überwachung der Emissionen unterwerfen und zur gleichen Zeit Milliarden von Euro für saubere Technologien erhalten. Diese Position können wir gegenüber unseren Steuerzahlern nicht rechtfertigen. Nach der Kopenhagener Konferenz müssen wir einsehen, dass Europa diese Kosten allein nicht tragen kann. Erstens, weil wir durch eigenes Agieren das Wachstum unserer Wirtschaft verlangsamen werden und noch dazu den Wohlstand unserer Bürger angreifen. Zweitens wird unser selbständiges Handeln nichts in Bezug auf Emissionen ändern, weil es uns bereits gelungen ist, unsere Emissionen zu verringern.

Elie Hoarau (GUE/NGL). – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren, obwohl Kopenhagen gescheitert ist, war die Mobilisierung von nichtstaatlichen Akteuren hervorragend und hat uns gezeigt, dass es reale internationale Unterstützung für klimapolitische Gerechtigkeit gibt.

Von jetzt an wird angenommen werden dürfen, dass der kontinuierliche Verhandlungsprozess als Priorität die Interessen der kleinen, gefährdeten Inselstaaten und von Afrika beachten muss. Es wird ebenso von entscheidender Bedeutung sein, sicherzustellen, dass die in Kopenhagen verkündeten 100 Mrd USD wirklich zusätzlich zu den Verpflichtungen gezahlt werden, die auf dem Gebiet der offiziellen Entwicklungshilfe gemacht wurden.

Und schließlich müssen wir uns die Tatsache vor Augen halten, dass wir sehr wenig Zeit zum Handeln haben, bevor die Konsequenzen des Klimawandels nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Das Jahr 2010 stellt unsere letzte Chance dar, wenn wir den tatsächlichen Erfolg in Mexico City garantieren wollen.

Oreste Rossi (EFD). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sagen Sie nicht, dass wir Sie nicht davor gewarnt haben. Die Resolution der COP-15, die von diesem Parlament angenommen wurde, war ausschließlich Schall und Rauch und kein Feuer.

Wir haben zu viel verlangt und nichts erreicht. Das sind nicht die Worte der *Liga Nord* sondern die von Yvo de Boer, Generalsekretär des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Es war nicht wirklich eine Katastrophe, sogar wenn die Vereinbarungen nur eine Absichtserklärung sind. Das Dokument, welches die COP-15 davor bewahrte, völlig ins Leere zu greifen, und das am Ende eines Verhandlungsmarathons von wahrlich nie dagewesener Länge und Intensität beschlossen wurde, enthält sehr wenig Substantielles.

Die Übereinkunft von Kopenhagen, die vom US-Präsidenten Obama, vom brasilianischen Präsidenten Lula, vom chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao, vom indischen Ministerpräsidenten Singh und vom südafrikanischen Präsidenten Zuma vereinbart und allen übrigen Ländern aufgezwungen wurde, ist bis heute nicht formal verabschiedet. Nachdem acht Länder diese abgelehnt haben, was deren Verabschiedung verhinderte, wurde die Übereinkunft lediglich vom Plenum der 192 Teilnehmerstaaten zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, die Geschichte vom globalen Klimawechsel ist eine Verschwendung der Zeit. Seit Dezember berichten Zeitungen und Nachrichtensendungen im Fernsehen, dass Europa sich in den Klauen eiskalten Wetters befindet. Vermeiden wir unnütze und kostspielige Spekulationen über das Klima.

Angelika Werthmann (NI). - Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das einzige konkrete Ergebnis des Klimagipfels in Kopenhagen war, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Die dafür nötigen Maßnahmen wurden jedoch im Dunkeln gelassen. Dieser Minimalkompromiss ist enttäuschend für uns, zumal es nun jedem einzelnen Staat selbst überlassen ist, die Vereinbarungen über Klimaschutzziele anzunehmen oder nicht. Die Zeit drängt wirklich. Es liegt an uns, jetzt zu entscheiden, wie es weitergeht. Wir sollten nachhaltige und klimaschonende Entwicklungen fördern, die uns die Ressourcen unserer Erde gerecht nutzen lassen, für uns und für unsere zukünftigen Generationen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten ihre Führungsrolle in *green technologies* in der Welt ausbauen, dann hätten wir wenigstens einen Anfang gemacht!

Rachida Dati (PPE). - (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Kommissar, es kann niemandem entgangen sein, dass Kopenhagen eine verpasste Chance war. Aber – ich wiederhole Ihre Worte hier, Herr Kommissar – dieser Gipfel hatte doch zwei Tugenden. Die erste Tugend war die, dass diese Konferenz weit mehr Regierungschefs als der Gipfel von Kyoto mobilisierte. Die zweite Tugend ist jene, dass die Konferenz es Schwellenländern ermöglichte, von den finanziellen Verpflichtungen zu profitieren, die speziell darauf abzielen, globale Erwärmung zu bekämpfen.

Also, was soll Europa jetzt tun? Es soll natürlich seine ausgezeichnete Arbeit weiter fortsetzen und die Grönhausgasemissionen reduzieren, denn die Wahrheit ist, dass Europa schon in der Vergangenheit außerordentlich tugendhaft gehandelt hat. Im Hinblick auf den Gipfel von Kyoto, der eine Reduktion von 8 % bedeutete, haben europäische Unternehmen bereits eine Reduktion von knapp unter 13 % erreicht. Letztere haben sich selbst bewiesen, dass sie außerordentlich tugendhaft sind und zu umweltgerechtem Verhalten verpflichtet sind. Allerdings müssen dieser Kampf und diese tugendhafte Haltung auf keinen Fall im Kontext eines unfairen Wettbewerbs angesiedelt sein. Wie ich Ihnen bei den Anhörungen gesagt habe, Herr Rehn, all dies darf nur im Kontext eines vollkommen fairen Wettbewerbs angesiedelt sein. Wir müssen in der Tat in Betracht ziehen, eine Kohlenstoffsteuer an den Grenzen der Europäischen Union einzuführen, weil wir unsere Unternehmen und daher unsere Arbeitsplätze nicht vollkommen dem unfairen Wettbewerb ausliefern können, und das zum Vorteil von Ländern, die entweder keinen Respekt zeigen oder nicht die gleichen Standards anwenden, wenn es um den Schutz der Umwelt und die Reduktion von Treibhausgasen geht. Daher denke ich, dass es unbedingt notwendig ist – und damit darf ich die Worte meiner Kollegin Frau Lepage unterstreichen – dass wir uns überlegen müssen, irgendwann in der Zukunft eine Kohlenstoffsteuer an den Grenzen der Europäischen Union einzuführen.

Zweitens war es mir eine besondere Freude, bei den Anhörungen herauszufinden, dass Herr Kommissar Tajani die Durchführung einer Auswirkungsstudie über die mögliche Einführung dieser Kohlenstoffsteuer an den Grenzen der Europäischen Union nicht ausgeschlossen hat. Daher glaube ich, dass wir Schritt für Schritt diesen Kampf gewinnen werden, weil es wichtig ist, unsere europäischen Unternehmen und Arbeitsplätze zu schützen.

Anni Podimata (S&D). - (EL) Herr Präsident, Frau Espinosa, wir hätten es ganz sicher vorgezogen, die heutige Debatte unter anderen Bedingungen abzuhalten, wobei wir gefragt würden, eine globale, rechtlich verbindliche Vereinbarung zu evaluieren und als Europäische Union zu entscheiden, was als Nächstes geschehen soll. Leider waren die Ergebnisse von Kopenhagen unter den gegebenen Umständen weit niedriger als erwartet. Das ist der erste Hauptgrund, warum wir unsere Enttäuschung ausdrücken.

Der zweite Grund, unsere Enttäuschung auszudrücken und derjenige, der uns ganz besonders als Europäische Union betrifft, ist die traurige Figur, welche die Europäische Union auf der Kopenhagener Konferenz abgegeben hat. Obwohl man hätte erwarten können, dass auf der ersten Konferenz nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Europäische Union bei Bemühungen federführend gewesen wäre, eine neue, ambitionierte, substanzielle und globale Vereinbarung zu erreichen, mussten wir und die europäischen Bürger stattdessen

Zeugen einer Fragmentierungsshow werden, wobei einige führende europäische Politiker ihr eigenes Spiel spielten und die Europäische Union die Rolle eines Gehilfen und Beobachters einnahm. Das ist nicht die Rolle, die wir uns wünschen oder die Rolle, die sich für uns ziemt.

Was muss daher getan werden? Wir appellieren an die Europäische Kommission und den Rat, zu beweisen, dass sie der Herausforderung gewachsen sind und in diesem Bestreben Europa eine führende Rolle sichern können. Darf ich Sie daran erinnern, dass es nicht nur darum geht, die Auswirkungen des Klimawechsels zu begrenzen. Es ist eine viel komplexere Herausforderung, die Herausforderung, auf ein neues Entwicklungsmodell umzustellen, ein grünes Entwicklungsmodell, welches Europas Antwort auf die Notwendigkeit ist, Arbeitsplätze zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu unterstützen und die führende Rolle der Europäischen Union in dieser neuen Ordnung zu festigen.

Fiona Hall (ALDE). – Das Ergebnis von Kopenhagen war zutiefst enttäuschend, aber wir müssen jetzt nach vorne schauen. Die EU muss sich jetzt aus drei Gründen auf eine Reduzierung von Emissionen um 30 % verpflichten.

Der erste Grund besteht darin, dass eine Reduzierung um 30 % kaum mehr Anstrengung kostet als die ursprünglichen 20 %, einfach wegen der durch die Wirtschaftskrise verringerten wirtschaftlichen Aktivität.

Zum zweiten würde ein Zurückschrauben dem Prozess die Dynamik nehmen, die in den neuen grünen Industrien aufgebaut worden ist. Wir können uns nicht halbherzig verpflichten, in erneuerbare Energiequellen und CO₂-arme Verkehrsmittel zu investieren. Umfangreiche infrastrukturelle Projekte müssen verwirklicht werden, sei es das Nordsee-Supernetz oder, im kleineren Maßstab, Stromladestationen für Elektroautos. Hunderte und Tausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel, potentiell 70 000 Arbeitsplätze im Zusammenhang mit Offshore-Windparks allein im Vereinigten Königreich, aber diese Arbeitsplätze, die auch für den wirtschaftlichen Aufschwung wichtig sind, können nur realisiert werden, wenn es einen klaren Strategieplan für ein CO₂-freies Europa bis 2050 gibt.

Investitionen müssen sichergestellt sein, und wir müssen uns bewusst sein, dass Europa in Gefahr ist, seine führende Stellung im Hinblick auf erneuerbare Technologie zu verlieren. Sowohl die USA als auch China entwickeln ihre erneuerbaren Industrien sehr schnell. Wenn wir jetzt zögern, werden diese grünen Arbeitsplätze sich auf anderen Kontinenten etablieren.

Schlussendlich brauchen wir eine Reduktion um 30 %, weil der Großteil dieser zusätzlichen Verpflichtung leicht durch verbesserte Energieeffizienz realisiert werden kann. Sich nicht zusätzlich um Energieeffizienz zu bemühen wäre in jedem Fall verrückt. Energieeffizienz bedeutet wirtschaftliche Effizienz. Dies bedeutet niedrigere, nicht höhere Energiekosten, und es verbessert Energiesicherheit. Also, welche Zahlen auch immer von den anderen Parteien auf den Tisch gelegt werden – und vielleicht werden wir angenehm überrascht werden – die EU muss sich zu einer Reduktion um 30 % verpflichten.

Ivo Strejček (ECR). – (CS) Wenn man den Kopenhagener Gipfel und seine Ergebnisse prüft, sollte man den gesunden Menschenverstand benutzen und durch die Vielzahl vorhandener umweltpolitischer und wirtschaftlicher Informationen überblicken, welche bestätigt, dass es so etwas wie globale Erwärmung überhaupt nicht gibt, und wenn sie tatsächlich existiert, entzieht sie sich jeglicher menschlichen Kontrolle und wird ausschließlich von natürlichen Kräften verursacht. Übrigens fanden wir letzte Woche heraus, dass ein wesentlicher Teil der vom Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderung benutzten Umweltdaten entweder bewusst gefälscht oder falsch interpretiert wurde. Auf diesem Hintergrund kann man gut verstehen, dass die Kopenhagener Konferenz gescheitert ist. Ich hoffe sehr, dass dieses Scheitern zuallererst eine Abkehr von der aggressiven und sogenannten grünen Politik bringen wird. Zweitens, dass die Politik sich wieder auf echte Themen konzentrieren wird, von denen Menschen in der wirtschaftlichen Rezession von heute betroffen sind. Drittens wird es die Verschwendung der Gelder von Steuerzahlern für umstrittene grüne Projekte verhindern. Viertens wird es Raum schaffen für eine auf Fakten basierende Debatte über die rationale, effiziente und billigere Energieversorgung, und wir werden eine Renaissance der Kernenergie erleben. Meine Damen und Herren, wenn ich mit den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Wahlkreis zusammenkomme, schütteln sie ungläubig ihre Köpfe über die Themen, die wir hier diskutieren und es dabei verabsäumen, uns mit ihren tatsächlichen Problemen auseinanderzusetzen.

Marisa Matias (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, trotz der Dringlichkeit sahen wir, dass sich die Kopenhagener Konferenz mehrere Schritte zurück bewegte. Kopenhagen hat in der Tat mehr Regierungschefs als Kyoto mobilisiert, aber es gab auch mehr Spaltungen, und als Ergebnis hat es sich in ein Szenario eines „jeder für sich“ verwandelt, bei dem jeder Staat seine eigenen Ziele festsetzen kann und mehr als das, dies auf freiwilliger Basis zu tun.

Wir sollten aufzeigen, dass wir ein Reduktionsziel von 2 Grad Celsius haben und Finanzierungsziele ohne den Hauch irgendeiner Erklärung. Das kann sicher nicht als Trost angesehen werden. Allerdings glaube ich, dass wir mit Blick auf die Zukunft agieren müssen, und das bedeutet aus Worten Taten werden lassen.

Die Europäische Union möchte immer eine führende Rolle spielen und hat dies auch immer gewollt. Aber als wir nach Kopenhagen kamen, ist sie ins Schwanken geraten und hat es verabsäumt, die Ziele zu definieren und zu verteidigen, die sie hier angegeben hat und von denen sie gesagt hat, dass sie sie nie aufgeben würde.

Meine Frage hier ist, ob wir in Zukunft nicht fairer handeln werden, ob wir fortfahren werden, eine Situation zuzulassen, in der die ärmsten Menschen weiter den teuersten Preis zahlen werden, aufgrund unserer Schwäche und wegen der Entscheidungen einiger Menschen über andere.

Timo Soini (EFD). – (FI) Herr Präsident, der Kopenhagener Klimagipfel war ein kompletter Fehlschlag. Ich habe hier im Dezember gegen die Entschließung gestimmt. Ich tat das Richtige, wie 92 andere hier.

Die Europäische Union versuchte sehr arrogant, der Welt ihre eigene Lösung aufzudrängen. Einige Tage bevor sie begann, wurde ein Emissionshandelsbetrug in der Höhe von 5 Mrd. EUR aufgedeckt. Das muss sicher sehr blamabel gewesen sein, so knapp vor Beginn des Treffens, als die EU einen Ausweg vorschlug und sich mit dem Missbrauch von Geldmitteln in der Höhe von 5 Mrd. EUR konfrontiert sah. Das war sehr beschämend, und ist die EU jetzt überhaupt darüber besorgt, dass diese Missbräuche untersucht werden? Wenn wir schon Emissionen mit Begrenzungen versehen, führen wir dann doch ein spezielles Emissionssystem ein, wie wir das im Fall von Fahrzeugen gemacht haben. Es funktioniert, obwohl es nie einen Grund gibt, unsere Stahl-, Metall- oder Holzverarbeitungsindustrien in Finnland oder in den Ländern der EU zurückzuschrauben. Das ist vergeblich: Es sollte nicht dazu führen, dass Arbeiter und Angestellte darunter leiden.

(Beifall)

Romana Jordan Cizelj (PPE). – (SL) Ich bin ebenfalls enttäuscht über das Ergebnis der Kopenhagener Konferenz, aber hören wir doch auf, uns über die traurigen Ergebnisse zu beklagen und denken wir stattdessen daran, welche Richtung wir von hier aus einschlagen sollen, damit wir in Zukunft nicht weitere Enttäuschungen erleben. Es ist nicht genug, wenn wir uns einreden, dass wir die begonnene Arbeit fortsetzen sollten, da wir nur einige Änderungen vornehmen müssten.

Die erste Frage, die ich mir in diesem Zusammenhang stelle, ist worum es bei COP-Konferenzen überhaupt geht? Sind das echte Konferenzen oder bloß eine Zurschaustellung für die Öffentlichkeit? Sie sind natürlich beides. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass die Experten mit ihrer Arbeit weitermachen können und dass die Öffentlichkeit informiert ist, nicht nur über die informativen Ereignisse, die am Rande von Konferenzen abgehalten werden, sondern auch über die eigentliche Arbeit, die wir leisten. Europa soll deswegen die organisatorischen Aspekte solcher Konferenzen neu überdenken.

Meine zweite Frage ist die: Welche Rolle spielen die führenden Staatsmänner und -frauen bei solchen Konferenzen? Nehmen sie an diesen Konferenzen teil, um ihre eigenen innenpolitischen Kampagnen durchzuführen, oder kommen sie, um den Teilnehmern zu helfen, einen Kompromiss zu erreichen? Ich denke, wir müssen auch die Arbeitsmethoden solcher Konferenzen überdenken und die Rollen der führenden Politiker dieser Welt, die an ihnen teilnehmen.

Meine dritte Frage zielt auf die Führungsrolle der Europäischen Union ab. Ja, wir *haben* viele gute Maßnahmen durchgeführt, um sicherzustellen, dass Europa seine führende Rolle bei der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien beibehalten kann, aber wir haben unsere Führungsrolle im Verhandlungsprozess verloren. Meiner Meinung nach sollten wir uns nicht damit zufrieden geben, lediglich eine koordinierende Rolle im Verhandlungsprozess zu spielen, denn wir müssen selbst ein aktiver Verhandlungspartner sein. Darum sollten wir nicht unsere Karten auf den Tisch legen, bevor die Verhandlungen beginnen und unsere beabsichtigten Ziele ausposaunen. Wir sollten auch versuchen, uns Drittländern anzunähern, anstatt uns von ihnen zu distanzieren.

Zuletzt möchte ich ganz klar herausstellen dass wir in unseren internationalen Gesprächen das Thema Klimawandel als eine dringliche Angelegenheit einbringen sollten, und hier erwarte ich auf jeden Fall eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden für diese Bereiche verantwortlichen Kommissaren.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – (ES) Heute, zu Beginn des Jahres 2010, sind wir nicht da, wo wir gehofft hatten, im Kampf gegen den Klimawandel zu sein. Wir befinden uns nicht dort, weil wir jetzt in der Phase

sein sollten, in der wir uns auf die Annahme von gesetzlichen Änderungen zubewegen, die durch ein Abkommen in Kopenhagen erreicht worden sind.

Wir sind nicht in dieser Phase, und dafür sollten wir uns schämen. Wir sollten die Tatsache bedauern, dass die Ambitionen in Kopenhagen im Kampf gegen den Klimawandel zurückgeschraubt wurden, dass ein verbindliches Abkommen nicht unterzeichnet wurde, und es dem Verfahren an Transparenz mangelte. Somit haben wir weder eine ausreichende rechtliche Basis noch Mittel, um den Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen, besonders in den Entwicklungsländern.

Aber wir befinden uns auch nicht an der Stelle, an der wir uns vor Kopenhagen befanden, weil wir in Kopenhagen ein geplantes Abkommen mit den Vereinigten Staaten, China, Indien, Südafrika und Brasilien erreicht haben, dem andere Länder später beigetreten sind wie Russland, Australien, Norwegen, Schweden und Spanien. Wir sollten nicht vergessen, dass diese Länder zusammen für drei Viertel der Kohlendioxidemissionen verantwortlich sind. Noch sollten wir vergessen, dass viele dieser Länder zuvor das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet hatten.

Daher ist der Schritt, den wir gesetzt haben, nicht groß genug, aber er ist von Bedeutung. Wir sollten aus diesem bedeutenden Schritt Nutzen ziehen, um mit der Europäischen Union heraus mutig voranzuschreiten. Die Europäische Union ist die führende Kraft hinter den erzielten Fortschritten gewesen. Aber dieser Fortschritt wird nicht andauern, es sei denn, die Europäische Union schreitet weiter mutig voran.

Mit einem Blick nach Deutschland und Mexiko müssen wir rechtlich verbindliche Abkommen anstreben und Ressourcen erreichen, die den Entwicklungsländern helfen können, ihre Emissionen zu verringern und ihre Technologien anzupassen und auf den neuesten Stand zu bringen. Wir müssen dies aus Gründen der Effizienz und Fairness tun und weil wir weitere Partner brauchen.

Ich bin überzeugt, dass der spanische Ratsvorsitz auf dieses Ziel hinarbeiten wird.

Roger Helmer (ECR). – Herr Präsident, ich habe gute Neuigkeiten für dieses Haus: Wie viele Wissenschaftler habe ich persönlich den Schluss gezogen, dass es keine Klimakrise gibt! Globale Meeresspiegel steigen nicht wesentlich an und wie der IPCC zugeben musste, ziehen sich die Gletscher des Himalayas nicht sehr schnell zurück. Die kleine Erhöhung der durchschnittlichen globalen Temperaturen während der letzten hundert Jahre liegt ganz im Rahmen des bestens fundierten, langfristigen, natürlichen Klimawandels.

Kopenhagen hat uns gezeigt, dass viele Nationen, insbesondere China und Indien, ganz einfach nicht dafür vorbereitet sind, wirtschaftliche Leistung zu opfern, um ein vollkommen spekulatives Problem zu lösen. Im Vereinigten Königreich glaubt die Mehrheit der Wähler nicht mehr an den von Menschen verursachten Klimawandel und sie werden nicht für vergebliche und sinnlose Maßnahmen zur Schadensminderung zahlen. Die unlängst durchgesickerten CRU-Memos zeigen, dass sogar die Hohepriester des Klimaalarms daran verzweifeln, dass die Natur nicht in der Lage ist, ihren Prognosen zu folgen, und daher fälschen sie die Zahlen, um ihre Illusion aufrecht zu erhalten.

Wir müssen jetzt eine umfassende öffentliche Untersuchung der suspekten Daten verlangen, bevor wir auch nur einen weiteren Penny für Schadensminderung ausgeben.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union, die jeweils größten und zweitgrößten Emittenten der Welt pro Kopf, tragen eine ganz bestimmte und unvermeidliche Verantwortung für das Scheitern der Kopenhagener Konferenz, was keine der üblichen gegenseitigen Schuldzuweisungen abschwächen kann.

Neben anderen hier erwähnten Aspekten ist der Gipfel im Hinblick auf die Finanzierung der sogenannten „Anpassung“ für die Entwicklungsländer gescheitert, und zwar wegen der unzureichenden Anzahl derjenigen, die sich dazu verpflichtet haben. Zur gleichen Zeit werden die von diesen Ländern getragenen Lasten auch weiterhin in heuchlerischer Weise ignoriert. Dazu gehören ihre enormen Auslandsschulden, eine Zahl, die wahrhaft astronomisch ist, wenn man sie mit dem angekündigten Finanzierungsniveau vergleicht, und das jedwede reale Möglichkeit für eine erhaltbare wirtschaftliche und soziale Entwicklung stark behindert.

Die Konferenz ist an der ernsthaften Diskussion der perversen Ergebnisse der marktbasierten Instrumente und den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls zugrunde gegangen. Neben anderen Problemen hat es die Konferenz verabsäumt, die Ursachen des Klimawandels über seine Auswirkungen hinaus anzusprechen. Das ist eine irrationale Vorgehensweise, wirtschaftliche und soziale Themen anzugehen, und es verhindert eine Lösung für dieses und andere Probleme, welche die Menschheit...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Herbert Reul (PPE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In dieser Übereinkunft von Kopenhagen, zwei Prozent, von 180 Mitgliedern der Staaten akzeptiert, aber eben nicht rechtsverbindlich. Von all dem, was hier vorgenommen wurde, ist nicht viel übrig geblieben. Es ist schiefgegangen in Kopenhagen. Man kann auch von einer Niederlage sprechen. Es ist wichtig, dass man präzise beschreibt, wie die Lage ist, um eine Chance zu haben, gründlich darüber nachzudenken, woran es lag, um dann in der Sache ein Stückchen weiterzukommen.

Ich bin über manche Wortmeldung hier ein wenig erschrocken. So nach dem Motto: „Jetzt den Helm enger schnallen“, „Weiter so“, „Noch mehr Prozente“, „Noch mehr Geld“, „Das war nur das Problem von zu wenig Einigkeit in Europa“ – ich glaube, das ist zu leichtfertig, zu oberflächlich in der Analyse. Einfach weiter so und voranmarschieren, das wird nicht die Lösung sein. Die Gründe dafür waren andere. Haben wir eigentlich wirklich nüchtern und fair miteinander über alle Fragen nachgedacht, die nötig waren? Wie sind wir denn umgegangen mit den Fragen von Kollegen, ob berechtigt oder unberechtigt, die gesagt haben: Wir haben kritische Anfragen, klimaskeptische Fragen? Wie sind wir im Klimaausschuss denn damit umgegangen, wenn Kollegen gesagt haben: Wir möchten auch mal die andere Sicht, die gegensätzliche Position von Wissenschaftlern hören? Welche Chance ist eigentlich dagewesen, um das vorzutragen? Und da muss man zumindest in Ruhe besprechen, egal welche Position man hat, wie man mit dem neueren Hinweis umgeht, den eben auch Kollegen vorgetragen haben, dass sich das EPPC in der Frage der Gletscherabschmelze eben geirrt hat?

Ein zweiter Block von Fragen muss auch beantwortet werden. Sind denn die Instrumente richtig, mit denen wir da rangehen? Immer neue Zeitpläne, immer mehr Prozentzahlen, immer neue Vorschriften und Festlegungen. Dieser eher bürokratische Ansatz. Hat nicht die Kollegin Ek eben Recht gehabt, die sehr stark betont hat: Technologie, Innovation, Marktmechanismen – das ist der Weg, wie wir weiterkommen. Andere Staaten gehen andere Wege. Es ist ja nicht so, als ob die nichts tun. Vielleicht ist ein bisschen mehr Offenheit, ein bisschen mehr Nachdenklichkeit auch eine Chance, mehr in der Sache zu bewirken. Ich würde es mir wünschen, und nicht die Methode: Augen zu und durch!

Judith A. Merkies (S&D). – Herr Präsident, ich will kein apokalyptisches Szenario beschreiben, wie das hier getan wurde. Ich möchte kein apokalyptisches Szenario für die Zukunft beschreiben, und ich will auch nicht im Groll über das Scheitern der Kopenhagener Konferenz zurückblicken – obwohl ich mich ärgere.

Daher müssen die Resolutionen in Zukunft weitaus bessere Resultate bringen, und die nächste Gelegenheit dafür gibt es dieses Jahr in Mexiko. Als Erstes, handeln Sie das nächste Mal nicht allein. In Kopenhagen haben wir zurückgeblickt und haben mit unseren Ambitionen alleine dagestanden. Wir müssen in der Lage sein, andere davon zu überzeugen, so ehrgeizig wie wir zu sein. Wie können wir vorgeben, das Heft in der Hand zu halten, wenn wir dabei scheitern, andere von unseren Ambitionen und Zielen zu überzeugen?

Zweitens, es gibt kein Allheilmittel für alle. Wie im Vorfeld der Klimakonferenz oft stolz erklärt wurde, es gibt keine Alternativlösung. Ja, das ist uns wohl sehr gut bekannt: es gibt zurzeit überhaupt nichts. Wir haben nichts. Aus diesem Grund sollten wir nächstes Mal besser eine Alternativlösung haben. -

Und schließlich, wie können wir Vielfalt erreichen, wenn Einheit, wie ich meine, unser Slogan ist. Nächstes Mal sollten wir uns besser vereinen, und das bedeutet eine Stimme zu haben. Wir brauchen ein eindeutiges Mandat. Europa muss wirklich mit einer Stimme sprechen. Also, Frau amtierende Ratspräsidentin, sind Sie bereit, sich dazu zu bekennen, ein exklusives – nicht ein geteiltes – Mandat zu erhalten? Es wäre eine exklusive Kompetenz für die Europäische Union in der Klimapolitik und für Klimaabkommen.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident, das Klima und die Natur selbst, die uns überall umgibt, gehören allen Menschen, einschließlich zukünftiger Generationen, und darum müssen wir uns für ihren Schutz verantwortlich fühlen. Während der jüngsten Konferenz brachten es die führenden Politiker der Welt nicht zustande, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen oder auf Instrumente, die das Erreichen dieses Zieles erleichtert. Es ist paradox, aber ich sehe das nicht als schlechte Nachricht angesichts der beunruhigenden Informationen, die unter anderem aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten kommen, und zwar über einen Manipulationsversuch bestimmter Interessengruppen, wissenschaftliche Daten zu benutzen, um ein bestimmtes Resultat zu erzielen.

Wir benötigen eine verlässliche Diagnose der Situation. Daher setze ich mich für die Beauftragung eines unabhängigen, internationalen Expertenteams ein, das einen gründlichen Bericht darüber erstellen wird, ob menschliche Aktivitäten tatsächlich den Klimawandel beeinflussen und ob die Daten gefälscht worden sind.

Beim Erstellen einer gemeinsamen Strategie zum Schutz des Klimas sollten die Politiker der EU auch die wirtschaftlichen Unverhältnismäßigkeiten zwischen den Ländern West- und Osteuropas berücksichtigen. Angesichts der Krise könnten die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ruin vieler Wirtschaftssysteme führen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – Herr Präsident, Herr Minister, die Kopenhagener Konferenz ist mit einem Ergebnis zu Ende gegangen, das weit von den Erwartungen entfernt ist. Die Länder haben ein Dokument zur Kenntnis genommen, dessen Ziele unklar und unverbindlich waren. Kopenhagen stand für weit mehr als nur eine Klimakonferenz. Es gab eine neue Verbindung zwischen prominenten Figuren auf der Weltbühne und der angemessenen Rolle des Multilateralismus im UN-System. Der wachsende Einfluss der Schwellenländer war offensichtlich. Kopenhagen demonstrierte, dass wir die Rolle Europas auf der Weltbühne neu überdenken müssen. Wir müssen aus den Möglichkeiten, die der Vertrag von Lissabon bietet, das Beste machen, um den Weg zur nächsten COP zu bereiten. Wir müssen ehrgeizig sein, vereint mit einer Stimme sprechen und strategische Allianzen eingehen.

Das Kopenhagener Ergebnis bildet das Fundament für uns, weitere Arbeit zu leisten. Die EU sollte sicherstellen, dass die nächsten Verhandlungsphasen das Kopenhagener Abkommen weiterentwickeln, mit der Absicht, eine rechtlich verbindliche Vereinbarung bis zum Ende dieses Jahres zu erreichen. Es sollte auch zur Umsetzung von Bestimmungen zur Finanzierungshilfe für Entwicklungsländer beitragen, und auch im Hinblick auf Wälder, Technologietransfer und Anpassungsmaßnahmen.

Im Inneren hat Europa eine große Aufgabe vor sich: es muss das Energie- und Klimapaket implementieren, in saubere Technologien, wissenschaftliche Forschung und Energieeffizienz investieren, und in eine neue Industriepolitik, die auf Innovation und die Effizienz natürlicher Ressourcen basiert, um die Politik der kohlenstoffarmen Städte und der nachhaltigen Verkehrsplanung und Mobilität zu unterstützen. Nur so können wir den Weg weisen, aber wirkliche Führungskraft basiert darauf, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Herr Präsident, Kopenhagen hat uns gezeigt, dass die EU es verabsäumt hat, Partner für ihre weitreichenden Vorstellungen zu finden. In Zukunft muss die EU nicht nur ihre Ziele aufgeben, die Verpflichtung zu dreimal 20 %, sondern zugleich sollte sie ihre Verhandlungsposition und ihr Mandat neu überdenken, weil wir keine Vogel-Strauß Politik verfolgen können. Wie müssen aus Kopenhagen Lehren ziehen. Dieses Mandat war nicht erfolgreich. Es ist uns nicht gelungen, die Verpflichtung Chinas und anderer Entwicklungsländer zu verstehen. Wir haben nicht verstanden, wie viel Verhandlungsspielraum Herr Obama hatte, und wir waren nicht in der Lage, mit einer Stimme zu sprechen. Als Teil der Diskussion über den spanischen Ratsvorsitz hat der Präsident, Herr Verhofstadt, richtig festgestellt, dass Europa keine gemeinsame Stimme hat.

Wir können keine Vogel-Strauß Politik betreiben. Nach Kopenhagen können wir Politik nicht in gleicher Weise wie vor Kopenhagen betreiben. Die EU muss sich neu positionieren und sich bis zum Beginn der Verhandlungsrunde in Mexiko ein neues Mandat setzen. Als erstes sollten wir untersuchen, wie wir das 2⁰-C-Ziel erreichen können, welches das Ergebnis der Kopenhagener Konferenz ist. Während der nächsten Periode sollte die europäische Politik darauf abzielen, eine flexible Position zu etablieren, um erfolgreich zu sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Esther de Lange (PPE). – (NL) Herr Präsident, Frau Espinosa, heute Morgen wurde das *Nationale Voorleesontbijt* (das nationale Vorlesefrühstück) in den niederländischen Schulen abgehalten. In meinem Wahlkreis in Noordwijk aan Zee, der hinter den Nordseedünen in einem Gebiet liegt, das ganz vorne in der Schusslinie sein wird, wenn die Meeresspiegel ansteigen, wurde den Schulkindern eine Geschichte erzählt, die „Eine Versammlung“ heißt, über Schneemänner, die beratschlagen, wie sie die Wärme in Schach halten können. Sie sprechen und sprechen bis sie alle geschmolzen sind. Um ehrlich zu sein, an einem schlechten Tag erinnert mich diese Diskussion ein bisschen daran.

Es stimmt, dass Kopenhagen kein Erfolg war. Jetzt könnten wir damit weitermachen, mit dem Finger auf andere Länder oder individuelle Sektoren zu zeigen. Diese Bonmots sind zuweilen auch in der heutigen Debatte aufgetreten. Aber ich finde es eine bessere Idee, nach vorn zu blicken und zu sehen, was Europa leisten kann, und sogar wichtiger, was Europa tun muss, um seiner Verantwortung gerecht zu werden und sicherzustellen, dass ein internationales Abkommen doch noch erreicht wird. Daher muss meinem Erachten nach die Option einer Reduktion um 30 % ausdrücklich auf dem Verhandlungstisch bleiben. Zusätzlich muss Europa Wege finden, neue Technologien zu fördern, einschließlich der Unterstützung mit europäischen Geldmitteln, durch die Förderung der Errichtung von CO₂-neutralen Treibhäusern, die auch in der Lage sind, Energie zu produzieren, statt dass wir die Landwirtschaft immer als Problem ansehen. Darüber hinaus müssen

wir unseren Ansatz auf die Wissenschaft, das Wissen und Fähigkeiten aufbauen und nicht auf Emotionen, wie sehr notwendig uns diese Debatte auch erscheint.

Und schließlich müssen wir, wie viele Kolleginnen und Kollegen das schon betont haben, mit einer Stimme sprechen. Es sollte nur einen Sitz für Europa in Mexiko geben anstatt der acht Sitze, die in Kopenhagen offenbar notwendig waren. Frau amtierende Ratspräsidentin, wie planen Sie das mit den Kommissaren zu erreichen, welche die Verantwortung in diesem Bereich tragen?

Nessa Childers (S&D). – Herr Präsident, die Hoffnung, die durch viele Jahre der Vorbereitung gewachsen ist, ist in Mutlosigkeit und Verzweiflung umgeschlagen, als es immer klarer wurde, dass die Vereinbarung, auf die wir uns in Kopenhagen geeinigt hatten, sich unseren Händen mit jedem weiteren Tag weiter entzog.

Wir müssen darüber besorgt sein, wie leicht es für die USA, China und andere war, die UN-Strukturen zu umgehen, die EU links liegen zu lassen und einer Vereinbarung zuzustimmen, die den globalen Erwartungen ganz und gar nicht entsprochen hat.

Eines ist sicher. Das UN-Klimagesprächssystem benötigt eine lebensrettende Operation vor Mexiko zu Ende dieses Jahres. So wie die Dinge jetzt stehen, ist Präsident Obama ein Gefangener seines politischen Systems, denn er benötigt 67 Stimmen im Senat.

China lehnt jegliche Maßnahmen ab, die verbindlich wären und internationale Inspektionen erlaubten. Die Ironie dieser Situation ist, je länger die USA, China und andere Länder eine Vereinbarung verhindern, verzögern oder die Wahrheit verdrehen, desto strenger werden die Reduktionsziele notwendigerweise werden.

Suchen wir nach Lösungen. Die EU und dieses Parlament müssen ganz ehrlich untersuchen, wie sie solche Angelegenheiten in Zukunft angehen. Europa muss seine eigenen Interessen sehr viel stärker vertreten und sich dadurch weiterhin ehrgeizige Ziele setzen, mit Ziel- und Emissionsreduktionen um 30 %.

Es ist ein wirtschaftliches Wettrennen, die Welt in das 21. Jahrhundert zu führen, auf der Basis von grünen Arbeitsplätzen und nachhaltigen Lebensbedingungen. Europa muss dieses Wettrennen gewinnen, ganz gleich was unsere Freunde tun oder nicht tun.

Cristina Gutiérrez-Cortines (PPE). – (ES) Ich möchte gerne Frau Espinosa begrüßen. Es freut mich sehr, dass sie hier ist.

Ich bin am meisten über die veränderte Haltung besorgt und die Tatsache, dass unsere Analyse der Kopenhagener Konferenz durchaus zu einer Haltungsänderung führen könnte. Zuerst denke ich, dass eines unserer Probleme der Mangel an Bescheidenheit und Realismus ist, wie meine Kolleginnen und Kollegen bereits ausgeführt haben. Besonders bin ich allerdings darüber besorgt, dass wir bei unserem Besuch anderer Länder festgestellt haben, dass diese nicht über Klimawandel sondern über globalen Wandel sprechen.

Der Kontext, in dem wir uns nach Mexiko begeben werden und in dem wir uns bis jetzt bewegt haben, ist eine wachsende Bevölkerung, Nahrungsmangel, Bedarf nach mehr Landwirtschaft und begrenzte Land- und Wasserressourcen; daher muss jede Entscheidung, die wir im Hinblick auf den Klimawandel fällen, innerhalb dieses Kontexts berücksichtigt werden. Wir dürfen natürlich auch nicht vergessen, dass viele Länder ein Recht auf Entwicklung haben.

Wir müssen daher eine systemische Betrachtungsweise anwenden, etwas, was uns in unserer Analyse des Klimawandels fehlt. Klimawandel kann nicht durch die Frage nach den Emissionen allein gelöst werden. Eine sektorbezogene, quantitative Lösung führt nirgendwo hin.

Wir müssen darüber hinaus der Wissenschaft eine größere Bedeutung beimessen. Insbesondere bitte ich die Kommission, dass die Teams, welche die Daten verfälscht haben, überprüft werden und ihnen die finanzielle Unterstützung entzogen wird, sofern die Europäische Union sie tatsächlich unterstützt, da uns das für alle Zeit diskreditieren wird.

Wie werden wir uns in dieser Angelegenheit koordinieren? Das ist eine andere, sehr wichtige Frage. Wie wird sich die Europäische Union selbst organisieren, um Übereinstimmung zu erzielen? Wir hätten mit dieser Arbeit schon heute Morgen anfangen sollen.

Und zuletzt zum Thema, das mir Sorge bereitet: Anpassungen werden nur in den betreffenden Territorien vorgenommen, und wir müssen diesen Prozess wiederaufnehmen, aber mit einer neuen, strategischen Ausrichtung; diese Ausrichtung beinhaltet Produktivität, strategische Aufforstung, Regionen, Zonen und

Kreise, die sich der Agroenergie und natürlich auch dem Wasser und der Biodiversität verschrieben haben. Diese Art der Vision fehlt uns.

In diesem Punkt müssen wir, glaube ich, über die Option der Strukturfonds für strategische Pläne in allen Territorien nachdenken, um in der Lage zu sein, diese Anpassung durchzuführen. Entscheidungsträger sollten dazu aufgefordert werden, diese strategische Revision des Territoriums zu beginnen, weil wir nicht die Verantwortung für diesen Bereich haben und es sehr schwierig sein wird, daran von Europa aus zu arbeiten.

Saïd El Khadraoui (S&D). – (NL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie schon viele Male heute erwähnt wurde, war die Kopenhagener Konferenz ein Fehlschlag. Wir sind weit von unseren Zielen entfernt. Über die nächsten Monate hinweg sollten wir sehen können, ob sich die Dinge doch noch korrigieren lassen. Ich glaube aber – wie das auch andere zuvor gesagt haben –, dass es noch eine ganze Menge Dinge gibt, die wir selbst ins Lot bringen können, sogar ohne ein internationales Abkommen unter der Federführung der Vereinten Nationen. Ich denke dabei insbesondere daran, was wir tun können, um ein nachhaltigeres Verkehrssystem zu erreichen. Ein vorrangiges Ziel war die Reduktion der Emissionen aus der Luftfahrt um 10 % bis 2020 und zwar durch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (CAO) und die Reduktion der Emissionen des Seeverkehrs um 20 % durch die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO). Daher möchte ich den Rat und die Kommission ersuchen, die Gespräche innerhalb dieser Organisationen fortzuführen und mehr Druck zu machen, indem unilaterale Maßnahmen vorbereitet werden, wenn innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums keine Vereinbarung getroffen werden kann.

In der Zwischenzeit gibt es natürlich eine große Menge an Hausaufgaben, die wir selbst erledigen können. Im Hinblick auf den innereuropäischen Verkehr habe ich gehört, wie die designierte Kommissarin, Frau Hedegaard, während der Anhörungen ein ehrgeiziges Klima- und Verkehrspaket befürwortete. Der designierte Kommissar Herr Kallas schien es weniger klar zu machen, aber ich würde die Kommission daran erinnern, dass der Verkehr für 25 % der CO₂-Emissionen verantwortlich ist und als solches dringende Aktionen erfordert. Es ist kompliziert, es ist schwierig und es erfordert ein Maßnahmenbündel, aber ich appelliere an Sie, die Arbeit daran weiter fortzuführen und so einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigeren Politik zu leisten.

Catherine Soullie (PPE). – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, meine Damen und Herren, wir brauchen nicht mehr länger die Wichtigkeit des Problems Klimawandel beweisen. Kurze, mittlere und langfristige Auswirkungen sind unleugbar, obwohl die Ergebnisse der JESC es auf die Titelseite einer bestimmten nationalen Zeitung geschafft haben und dies zweifellos die Position der Skeptiker stärken wird.

Die Kopenhagener Konferenz schien für die Welt eine einzigartige Gelegenheit für die führenden Politiker der Welt zu sein, Zeugen zu sein und auf die Auswirkungen dieses Klimawandelprozesses zu reagieren und diesen zu korrigieren. Die Europäische Union spielte eine Schlüsselrolle in diesem Forum, nicht nur wegen der strengen Gesetzgebung, die wir verabschiedet haben, um den Einfluss unserer Aktivitäten auf das Klima zu begrenzen, sondern auch deshalb, weil Europa eine Vereinigung von Ländern ist, die tatsächlich etwas verändern können.

Das Ergebnis der Kopenhagener Konferenz hat offensichtlich ein Gefühl der Unzufriedenheit hinterlassen, aber ich weigere mich, sie als einen Fehlschlag zu bezeichnen. Die Welt, einschließlich sogar eines der unwilligsten Länder, China, hat sich in der Frage geeinigt, den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen. Brasilien hat gerade ein Gesetz verabschiedet, dass darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um ungefähr 39 % zu verringern, und das im Rahmen seiner Verpflichtungen.

Viele andere Länder haben ebenfalls großen Ehrgeiz im Zusammenhang mit den Reduktionszielen der Treibhausgasemissionen gezeigt. Ich denke dabei an Japan und Norwegen. Ich muss außerdem den äußerst positiven Punkt herausstreichen, der im Konsens über den dringenden Bedarf eines Mechanismus zur Emissionsreduktion aus der Abholzung bestand. Ein bestimmter und einstimmig angenommener Text wurde zur Einführung des sogenannten REDD+-Mechanismus erreicht, um die Abholzung zu reduzieren und die natürliche Lagerung von CO₂ zu ermöglichen.

Obwohl weit von einem rechtlich verbindlichen Abkommen entfernt, jedoch einer politischen Vereinbarung sehr ähnlich, sollte uns der Ausgang der Kopenhagener Konferenz zur Frage bewegen, warum sie so eine Enttäuschung war. Ich habe an der Kopenhagener Konferenz teilgenommen, wie das auch eine Reihe meiner Kolleginnen und Kollegen getan haben, mit dem Wunsch teilzunehmen, um zu helfen und ein verhandlungsstarkes und federführendes Europa in Aktion treten zu sehen. Ich war außerordentlich enttäuscht,

weil Europa und insbesondere das Parlament ganz klar in den Verhandlungen nicht die Rolle spielte, die es verdient hätte.

Um einen größeren Einfluss zu haben, muss Europa in diesem Bereich gestärkt werden. Das Treffen unserer Umweltminister in Sevilla ist im Sand verlaufen, und unsere führenden Politiker schienen unsicher und zögernd, und wir sind im Hinblick auf unsere Ziele noch immer gespalten.

Ich hoffe, dass Frau Hedegaard, bewaffnet mit ihren Vorschlägen und den Verpflichtungen, die sie vor dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit kundgetan hatte, in der Lage sein wird, die Ambitionen der Europäischen Union wiederherzustellen.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – (NL) ich stimme dem zu, was Frau de Lange im Auftrag unserer Delegation vom Niederländischen Christlich-Demokratischen Aufruf (CDA) in dieser Diskussion gesagt hat. Ich bin ebenso enttäuscht, dass die rechtliche Vereinbarung nicht zustande gekommen ist, und ich möchte eine Frage an die amtierende Vorsitzende des Rates stellen. Was sind die Auswirkungen des Fehlens einer solchen Vereinbarung für unseren rechtlichen Rahmen, und zwar im Zusammenhang mit dem Paket, dass wir unter anderem für den CO₂-Handel festgelegt haben? Was wird die Auswirkung auf dieses System sein? Können Sie uns das sagen? Ich möchte gerne herausstreichen, und das hauptsächlich in meiner Rolle als Koordinator der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) für die regionale Politik, dass unsere Ziele vollständig erhalten bleiben müssen. Europa sollte auch nicht die Bemühungen der Bürger, Städte, Regionen und Unternehmen in Frage stellen, die sich zu einem Paket zur Durchführung von Maßnahmen verpflichtet haben. Das Klimathema ist nicht nur ein Hype, und ich stelle ebenfalls fest, dass es glücklicherweise in der EU 2020-Strategie der neuen Kommission verankert ist.

Ich möchte ebenfalls betonen, dass wir nun die eigenen Instrumente und Ressourcen der EU auf klimatische Prioritäten ausgerichtet haben. 30 % der regionalen Geldmittel sind auf klimatische und energiepolitische Projekte gelenkt worden, was doppelt so viel ist wie während der letzten Legislaturperiode. Diese spezielle Priorität schafft Raum, um mit Innovation und neuer grüner Technologie weiterzumachen, was helfen wird, uns auf globaler Ebene einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Das trifft auch auf Ausgaben im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms zu. Ich bin überzeugt, dass damit ein positiver Trend gesetzt wird, einschließlich der Finanzierungspläne über 2013 hinaus. Ich stelle in der Tat einen starken Willen in den Regionen, Ortschaften und Städten fest, an diesem Ziel weiterzuarbeiten. Es wäre das falsche Signal – aus der Verzweiflung, die hier in einer Reihe von Reden festgestellt werden konnte – diese Ambition abzuschwächen. Ich teile Ihre Hoffnung, dass wir in Mexiko – unserer zweiten Chance – besser abschneiden werden.

János Áder (PPE). – (HU) Herr Präsident, wir sollten die Dinge nicht beschönigen. Kopenhagen war ein Fehlschlag. I will mich nicht darauf konzentrieren, sondern schlage vor, dass wir – anstatt andere zu kritisieren – uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern. Wir müssen zugeben, dass ein Grund für das Scheitern das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Haltung in Kopenhagen war, entweder im Sinne der CO₂-Quoten oder im Sinne der Finanzierung. Ich stimme allen zu, die sagen, dass eine gemeinsame EU-Position die Vorbedingung für erfolgreiche Verhandlungen ist. Das stimmt. Was brauchen wir, um dies zu erzielen? Es ist notwendig, dass die Kommission und alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Kyoto-Protokoll dem Buchstaben und dem Geiste nach erfüllen. Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, das Baltikum, die Slowakei und die Tschechische Republik haben ihre Verpflichtungen über die in Kyoto festgesetzten Anforderungen hinaus erfüllt. Deshalb können sie ihre CO₂-Quoten verkaufen. Ich denke, es ist unehrenhaft, unfair und unangebracht, diesen Ländern im Namen der Kommission und der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union diese Gelegenheit vorzuenthalten.

In Kopenhagen schlugen Polen und Ungarn einen Kompromiss vor. Der eigentliche Sinn dafür lag darin, die Möglichkeit beizubehalten, die Quoten über das Jahr 2012 hinaus zu verkaufen, aber die Anzahl sollte begrenzt werden, und das dafür erhaltene Geld sollte für grüne Investitionen benutzt werden. Wir haben um einer gemeinsamen europäischen Position willen einen Kompromiss vorgeschlagen. Nun ist die Kommission gefordert und die EU-15, insbesondere deshalb, weil die EU-15 ohne Ungarn, Polen und Rumänien und die anderen Länder nicht sagen könnten, sie hätten ihre Verpflichtungen erfüllt, da statt der vorgenommenen 8 % nur 5,5 % erzielt worden wären. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Françoise Grossetête (PPE). – (FR) Herr Präsident, die Verhandlungen haben das Scheitern der EU-Strategie verdeutlicht, welche darauf abzielte, dass andere ihr folgen sollten.

Die Realität sieht so aus, dass es eine Kluft gibt zwischen der Rhetorik der EU in ihrem Wunsch, beim Kampf gegen den Klimawandel die führende Rolle einzunehmen, und ihrer Fähigkeit, andere in den abschließenden Verhandlungen mit an Bord zu holen. Es kam nicht nur niemand an Bord, sondern dadurch, dass sie alle ihre Karten schon viel zu früh auf den Tisch gelegt hatte, war ein Scheitern unvermeidlich. In der Tat war die EU während der abschließenden Verhandlungen praktisch unhörbar.

Was sollen wir also jetzt machen? Wir müssen in erster Linie den Grundsatz der Gegenseitigkeit in unseren Gesprächen mit Drittländern umsetzen. Europa kann nicht mehr länger eine Situation akzeptieren, in der bestimmte importierte Produkte nicht den Umwelterfordernissen entsprechen. Die Situation, die durch das Scheitern in Kopenhagen zustande gekommen ist, schafft daher Unsicherheit im Hinblick auf zukünftige internationale operative Vorschriften im Bereich der Kohlenstoffemissionsreduktion, was besonders denjenigen unserer Unternehmen schadet, die dazu verpflichtet sind, große Investitionen zu tätigen. Dieser Mangel an Transparenz kann auch einen Einfluss auf den CO₂-Markt haben, dessen Stärkung und problemloser Ablauf klare und stabile Rahmenbedingungen benötigt.

Zur gleichen Zeit investieren die Vereinigten Staaten und China massiv in grüne Technologien, um die grünen Arbeitsplätze von morgen zu schaffen. Europa kann es sich nicht leisten, in dieser Angelegenheit den Anschluss an die Innovation zu verpassen. Es muss eine echte europäische Industriepolitik verfolgen, weil dies die tatsächliche Herausforderung im Kampf gegen den Klimawandel ist. Diese neuen sauberen Technologien stehen zum Einsatz bereit. Es ist unsere Aufgabe, ihre Verwendung in unserem politischen Handeln zu beschleunigen, zum Wohl aller, insbesondere der Entwicklungsländer.

Das ist die Herausforderung, der sich die EU stellen muss. Sie hat die Mittel, diese Revolution durchzuführen, aber seien wir pragmatischer, wenn wir uns dem nächsten festgelegten Terminen nähern, sodass wir die in Kopenhagen beschlossene Vereinbarung in einem Jahr in Mexiko City rechtlich verbindlich machen können.

Andrzej Grzyb (PPE). – (PL) Herr Präsident, Frau Espinosa, Herr Kommissar, der spanische Ratsvorsitz hat sich dazu entschieden, eine Untersuchung der Kopenhagener Klimakonferenz vorzubereiten, während wir hier nach Meinung vieler sagen, dass sie in einem Fiasko endete. Allerdings muss ein Fiasko keine Katastrophe sein – manchmal muss man gute Schlussfolgerungen aus einem Fiasko ziehen und erkennen, was der Grund dafür war. Die aktuelle Strategie der Europäischen Union für Verhandlungen zum Klimaschutz muss überprüft werden, da Vorbereitungen für den nächsten Gipfel getroffen werden, der im Dezember dieses Jahres in Mexiko abgehalten werden wird.

Ich habe eine Frage: sollen wir das Reduktionsziel erhöhen, da das derzeitige Ziel in diesen Verhandlungen nicht erreicht wurde? Wir müssen Partner für das derzeitige Ziel finden, und für ein erweitertes Ziel haben wir überhaupt keine Partner. Man muss betonen, dass ohne die Vereinigten Staaten, China und Indien, und das ist in diesem Haus während dieser Debatte auch sehr oft gesagt worden, die von der Europäischen Union auf der Kopenhagener Konferenz gesetzten Zielen nicht erreicht werden können. Es wird in Mexiko ganz ähnlich sein. Wir müssen die Erklärung der anderen Parteien auswerten, und ganz besonders das Forum der Klimakonferenz als Hauptforum für die Verhandlungen um Verständnis beibehalten, ungeachtet der kritischen Bemerkungen zu der Frage, ob das UN-Forum angemessen und gut ist, reibungslos funktioniert usw.

Wir wollen eine grüne Wirtschaft, die rationalen Nutzen aus der Umwelt zieht, neue Energiequellen und Technologien entwickelt um Energie zu erzeugen und einzusparen. Zugleich wissen wir, dass die billigste Energie diejenige ist, die nicht ausgeschöpft wird und daher müssen wir vernünftig denken. Übrigens – und das ist mein letzter Satz – Reduktionen der Kohlendioxidemissionen und anderer Treibhausgase werden nicht durch die Anwendung teurer Technologien erzielt. Sehr oft können unsere eigenen Ressourcen wie etwa Wälder und Böden eine ausgezeichnete Platz für die Energieaufnahme sein, und dies ist biologische Absorption, und daher effektive Absorption.

Der Präsident. – Nicht so wie heute Morgen, als wir in solcher Eile waren, haben wir jetzt ein paar Minuten zur Verfügung; daher werden wir im Gegensatz zur üblichen Regel allen jenen das Wort erteilen, die darum ersucht haben, sich unter dem Verfahren der Wortmeldung durch Handzeichen zu äußern. Ich möchte Sie aber alle bitten, Ihre Reden unter einer Minute zu halten.

Wir werden Ihnen das Wort nach einer Minute entziehen, weil 13 Kolleginnen und Kollegen auf der Liste stehen. Ich möchte, dass jeder die Gelegenheit zu einer Wortmeldung erhält, aber um Frau Espinosa und den Herrn Kommissar Rehn darauf antworten zu lassen, ist es notwendig, dass Sie alle nur eine Minute lang sprechen.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Ganz wie erwartet ist die Kopenhagener Konferenz ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. Allerdings haben wir jetzt ein klares Bild über das Phänomen der globalen Erwärmung und die Notwendigkeit des Handelns. Die Europäische Union muss in ihren außenpolitischen Anstrengungen weitermachen, insbesondere in ihren Gesprächen mit den Vereinigten Staaten und China. Positive Ergebnisse sollten erzielt werden. Wir haben sowohl Kommissare für außenpolitische Angelegenheiten als auch für den Klimawandel.

Bis dann müssen die Maßnahmen, welche die Europäische Union bis jetzt durchgeführt hat, fortgesetzt werden, auch wenn diese unilaterale Maßnahmen sind. Ich hoffe, dass bei dem informellen Treffen im Januar in Sevilla die Umweltminister mit dem Kopenhagener Ergebnis pragmatisch umgehen werden und den Klimawandel im Kontext zukünftiger Aktionspläne zur Energieeffizienz für 2010-2014 berücksichtigen werden.

Darüber hinaus muss das dritte Maßnahmenpaket für den internen Energiemarkt mit der Übereinkunft von Kopenhagen koordiniert werden, um Energiesicherheit zu erzielen, erneuerbare Energie zu fördern und Kohlendioxid der Atmosphäre zu entziehen und zu speichern.

Linda McAvan (S&D). – Herr Präsident, eine Frage an die amtierende Ratspräsidentin, und vielleicht auch an die Kommission, im Zusammenhang mit dem beschlossenen Termin, dem 31. Januar. Was wird aus den EU-internen Verpflichtungen? Ich hatte angenommen, die EU würde eine Zusicherung geben, aber ich höre, dass im COREPER mehrere Zusicherungen diskutiert werden. Was genau geht da vor?

Zweitens, wir reden von einer Stimme für Europa, aber ist nicht Teil des Problems, dass die EU mit einem Mandat nach Kopenhagen ging und es dort keine Flexibilität für das Verhandlungsteam gab, tatsächlich zu verhandeln? Das ist ein Teil des Problems. Darum wurde die EU aus den abschließenden Verhandlungen ausgeschlossen. Warum sollte man mit einem Verhandlungsführer sprechen, der überhaupt nicht beweglich ist und keine Flexibilität zeigt? Wie werden wir dieses Problem lösen? Es wurde mir gesagt, dass bei der WTO das Gleiche passiert ist. Es ist ein großes Problem für die EU.

Abschließend hoffe ich, Herr Kommissar Rehn, dass Sie unsere besten Wünsche an Herrn Kommissar Dimas weiterleiten werden. Ich bin enttäuscht, dass er für die Abschlusssitzung nicht hier ist. Wir hätten ihm gerne für die ausgezeichnete Arbeit gedankt, die er über viele Jahre hinweg geleistet hat, und ich hoffe, wir werden ihn nächste Woche im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit sehen, um ihm unseren Dank auszudrücken.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – (NL) Herr Präsident, leider schloss sich den Giganten – den Vereinigten Staaten, China, Indien und Brasilien – in Kopenhagen kein europäischer Gigant an. Noch schlimmer war es, dass 28 europäische Zwerge am Tisch saßen: 27 Mitgliedstaaten und eine machtlose Kommission. Genauso sollte man es nicht machen. Wenn es Europa verabsäumt, mit einer Stimme zu sprechen, dann ist es machtlos und seine potentiell einflussreiche Rolle nicht erfüllen. Das ist nicht nur sehr bedauerlich für Europa, sondern insbesondere für die Ergebnisse solcher Konferenzen. Heute Morgen sagte Präsident Barroso, während er dabei den Vertrag von Lissabon in seinen Händen hielt, dass es die Kommission ist, die in umweltpolitischen Angelegenheiten im Namen der Europäischen Union spricht. Soll er seinen Worten doch Taten folgen lassen. Meine Frage an die Kommission ist die: statt schöner Worte über eine Stimme, Sind Sie bereit, diese Rolle auch wirklich anzunehmen und wenn notwendig den Rat beiseite zu schieben?

John Stuart Agnew (EFD). – Herr Präsident, während die große Konferenz letzten Monat in Kopenhagen ablief – komplett mit Politikern, Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten – lief auch noch eine andere Klimakonferenz in derselben Stadt ab, bei der die meisten Redner Wissenschaftler waren, und ich glaube, das ich als einziger Abgeordneter des Europäischen Parlaments dort anwesend war.

Diese Wissenschaftler haben einer nach dem anderen die sogenannten Fakten über die von Menschen verursachte globale Erwärmung widerlegt, und zwar mit wissenschaftlichen Argumenten statt Soundbites von Panikmachern. Wir wurden über das technische Versagen von A Gores Hockeyschläger-Grafik und die Unzuverlässigkeit der Wetterstationsdaten nach dem Fall der Berliner Mauer informiert. Wie wurden über die wissenschaftlichen Mängel der Computermodelle beraten, die nur sehr widerwillig kaltes Wetter voraussagen und die Wahrscheinlichkeit des Gegenteils der Beziehung zwischen Kohlendioxid und globalen Temperaturen und derjenigen, mit der wir einer Gehirnwäsche unterzogen wurden. Es wurden uns Satellitenfotos gezeigt, die den vermehrten Anstieg von arktischem Eis während der letzten 3 Jahre demonstrieren und wir wurden über den Anstieg der Zahl der Eisbären informiert.

Andrew Henry William Brons (NI). – Herr Präsident, die vorigen Verweise für die sogenannten Beweise im Zusammenhang mit den Himalaya-Gletschern bedürfen einer Erklärung. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen stellte im Jahr 2007 fest, dass diese bis zum Jahr 2035 verschwinden würden.

Die Sunday Times hat unlängst entdeckt, dass der Bericht letztendlich auf einem Interview basierte, das der *New Scientist* 1999 mit einem indischen Wissenschaftler, Herrn Hasnain, führte. Herr Hasnain hat später erklärt, dass dies auf persönlichen Schätzungen beruhte und er das Jahr nicht angegeben und kein formales Forschungsprogramm durchgeführt hatte.

Wenn unsere Schlussfolgerungen hinsichtlich der Theorie des Klimawandels auf Fakten beruhen sollen, dann müssen diese Fakten einwandfrei sein. Sie dürfen nicht fabriziert und nicht erfunden sein.

Iosif Matula (PPE). – (RO) Im Unterschied zu anderen Regionen der Welt versteht und übernimmt die Europäische Union eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel. Zur gleichen Zeit erfüllt mich die große Anzahl von Teilnehmern an der Konferenz in Kopenhagen mit der Hoffnung, dass die Aktion so einer großen Anzahl von Partnern letztlich eine Chance auf Erfolg hat. Obwohl die Schlussfolgerungen der Konferenz nicht das waren, was wir erwartet haben, glaube ich, dass unser Engagement auf verschiedenen Ebenen zu den beabsichtigten Ergebnissen führen wird.

Wir müssen Investitionsprogramme in unseren Staaten stärker fördern, sowohl für erneuerbare Energie als auch in Bereichen mit direkten Auswirkungen auf den Klimawandel. Ich beziehe mich hier sowohl auf Kleinprojekte wie etwa jene, die mit technischer Hilfe für lokale Energiequellen verbunden sind als auch Großprojekte mit regionaler Versorgung wie etwa gezieltes Management und Recycling von Abfallstoffen oder die Instandsetzung und Erweiterung von Wasser- und Kanalisationsnetzwerken und -systemen.

Gilles Pargneaux (S&D). – (FR) Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, am 11. November sagte uns Herr Václav Havel, „Europa ist das Heimatland unserer Heimatländer“. Aber nach Kopenhagen sind unsere europäischen Landsleute sehr kritisch. Es gibt einen echten Mangel an Selbstvertrauen, und angesichts dieser Selbstvertrauenskrise und um dieses Selbstvertrauen wiederherzustellen, möchte ich eine zweiteilige Frage an Sie richten.

Erstens: wollen Sie während der sechs Monate Ihres Ratsvorsitzes die Einführung einer Art Kohlenstoff-Tobin-Steuer für finanzielle Transaktionen an den Verhandlungstisch zurückbringen? Mir scheint, dass diese Steuer es erlauben würde, dieses Selbstvertrauen wiederherzustellen, nicht nur unter unseren Landsleuten, sondern auch unter allen Menschen in der ganzen Welt, die das Selbstvertrauen ebenfalls verloren haben.

Zweitens: wollen Sie eine rechtlich verbindlichere Liste von Kohlenstoffquoten und Kohlenstoffausstoßen an den Verhandlungstisch zurückbringen?

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, so wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, kann nicht ein kalter Winter Theorien des Klimawandels und der globalen Erwärmung widerlegen. In der Tat sind die Beweise für eine immer größere Zahl von Menschen erdrückend, da sowohl die wissenschaftlichen Fakten und die sichtbaren Fakten beweisen, dass der Klimawandel tatsächlich stattfindet.

Viele Menschen haben die Kopenhagener Konferenz als Flop und Fehlschlag bezeichnet. Ich denke, es könnte genauer als kleiner Schritt in die richtige Richtung beschrieben werden: ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber die Herausforderung besteht jetzt darin, diesen kleinen Schritt in einen großen Sprung für die Menschheit zu verwandeln.

Insbesondere für uns in der Europäischen Union besteht eine wesentliche Herausforderung darin, zu zeigen, dass die im Vertrag von Lissabon geschaffenen neuen Institutionen und neuen Positionen eine spürbare Wirkung habe. Wenn wir an den Rand gedrückt werden, wie das in Kopenhagen geschehen ist ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Andrés Perelló Rodríguez (S&D). – (ES) Wenige Themen haben im Europäischen Parlament und in der Gesellschaft so eine prinzipielle Zustimmung gefunden, und es ist eine Schande, die Hoffnungen der Gesellschaft zunichte zu machen, die uns unterstützt und die Vertrauen in die Kopenhagener Konferenz gesetzt hatte.

Ich denke nicht, dass der Gipfel ein Fehlschlag war und glaube ganz sicher nicht den Aussagen der Menschen, die den Unterschied zwischen Klima und Wetter nicht kennen: Dass es im Norden geschneit hat, war in der

Tat zu erwarten, aber es ist nicht normal, dass es in Sevilla schneit und dass wir 4 Grad in Kuba haben, was vollauf bestätigt, dass der Klimawandel eine spürbare Wirkung hat. Ich glaube nicht, dass auch nur eines dieser Probleme zu nachlassender Wachsamkeit führen sollte.

Jetzt mehr denn je müssen wir unsere Haltung beibehalten, Frau Ministerin. Mit anderen Worten, während dieser sechs Monate müssen Sie sogar noch mehr Druck machen, den Rat von der Notwendigkeit eines noch einheitlicheren und geschlossenen Auftretens überzeugen. Sie müssen die Kommission dazu motivieren, sicherzustellen, dass wir mit einer Stimme sprechen, sodass, wenn wir nach Mexiko gehen, Herr Obama sich nicht umdrehen und sagen kann: „Ich werde mich mit den Chinesen treffen und dann den Europäern darüber berichten“, denn das ist der Grund für die Frustration, die die Europäische Union verspürt.

Frau Ministerin, wir müssen unsere Führungsrolle wegen des Klimas, wegen der Europäische Union und der ganzen Menschheit beibehalten.

Der Präsident. – Sie wissen, dass Sie Ihre Reden schriftlich einreichen können und dass sie im Sitzungsbericht des Hauses erscheinen werden. Wenn Sie jedoch sehr schnell sprechen, ergibt sich das Problem, dass die Dolmetscher Ihnen nicht folgen können und Sie werden die einzigen sein, die die Rede hören oder zumindest nur diejenigen unter Ihnen, die die Sprache verstehen, in der die Rede gehalten wird.

Es ist daher eine gute Idee, langsam zu sprechen, sodass Ihre Rede übersetzt werden kann und, wie ich sagte, nutzen Sie die Option, Ihre Rede schriftlich zu verfassen, sodass sie im Sitzungsbericht erscheinen wird.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Herr Präsident, es sollte zugegeben werden, dass die bisher angewandte Taktik der Europäischen Union, einschließlich der Kopenhagener Konferenz, falsch war. Es war eine Taktik der offenen Karten und des Glaubens, dass sich durch die Annahme ehrgeiziger Ziele andere uns anschließen würden. Das Feilschen, das auch hier im Parlament darüber vonstatten ging, ob die Emissionen um 40 % oder 50 % reduziert werden sollen, war falsch. Es erinnert etwas an die Verhandlungen während des Kalten Krieges, als einige politische Gruppierungen glaubten, einseitige Abrüstung würde die Sowjetunion dazu bewegen, ebenfalls abzurüsten. Wir müssen diese Taktik ändern, und in den Gesprächen mit den mächtigen Ländern der Welt hart bleiben – mit China, den Vereinigten Staaten –, und sogar mit der Einführung dessen drohen, worüber unsere französischen Kolleginnen und Kollegen diskutieren, einer Kohlenstoffsteuer an den Grenzen der Europäischen Union. Unsere Unternehmen müssen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein. Wir sollten auch an neue Technologien denken, einschließlich Technologien (...).

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Herr Präsident, jeder hat zugestimmt, dass die Kopenhagener Konferenz mit einem doppelten Fehlschlag endete. In der Tat war der Gipfel nicht nur ein Reifall, der eine rechtlich unverbindliche Vereinbarung zur Folge hatte, die nicht von jedem Land unterzeichnet wurde, sondern wir müssen uns auch unsere eigene Niederlage eingestehen, weil es die zwei größten Umweltverschmutzer dieses Planeten, China und der Vereinigten Staaten, waren, die im Zentrum der Verhandlungen in Kopenhagen standen. Die G2 führten die Verhandlungen, ohne dass die Europäer oder die Entwicklungsländer wirklich etwas zu sagen gehabt hätten. Daher wurde die Landwirtschaft fast gar nicht berücksichtigt. Ja, dieser Sektor ist eines der grundlegendsten Elemente im Kampf gegen Klimawandel. Die europäische Landwirtschaft bereitet sich zur Zeit darauf vor, auf nachhaltigere Herstellungsmodelle umzustellen, mit verantwortungsbewussterer Wasserwirtschaft und Modellen, die weniger energieintensiv und weniger von Chemikalien abhängig sind, weil sie erkennt, dass Biodiversität und die Erhaltung des Ökosystems die wichtigsten Schlüssel zur Reduktion der Umweltverschmutzung sind. Also bitte, wann werden wir die Landwirtschaft anerkennen ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE). – (PL) Herr Präsident, der Kopenhagener Gipfel hat uns eine andere Sichtweise der Frage des Klimawandels ermöglicht. Das tatsächliche Problem war nicht die Begrenzung der Treibhausgasemissionen, sondern der Vorschlag effektiver Mechanismen, die ihre Reduktion unterstützen. Bis jetzt ist die Europäische Gemeinschaft die führende Kraft im Bereich der Reduktion von CO₂-Emissionen gewesen und setzt immer noch Standards, um dies weltweit zu erreichen.

Daher ist es sinnvoll, innerhalb der Rahmenbedingungen der Europäischen Union einen nachhaltigen Ansatz vorzuschlagen, der die Finanzierung geeigneter eigener Maßnahmen ermöglichen würde, zunächst einmal innerhalb der EU. Das Geld würde vom EU-Fonds kommen, der von allen Mitgliedstaaten gemeinsam geschaffen wurde, mit Beiträgen, die dem *per capita*-BIP jedes Landes entsprechen. Auf diese Weise würden

wir gleiche Beiträge von jedem Mitgliedstaat erhalten, ohne unnötige Komplikationen. Finanzierungsmaßnahmen, welche zu einer realen Emissionsreduktion mit niedrigstem Kostenaufwand beitragen, erhielten Priorität.

Adam Gierek (S&D). – (PL) Herr Präsident, im Zusammenhang mit den kritischen Bemerkungen der Wissenschaftler im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Schlussfolgerungen der IPCC und der Aufdeckung von Fälschungen von Daten, was ohne Zweifel den Ausgang der Kopenhagener Konferenz beeinflusst hat, frage ich die Kommission nach der Möglichkeit, eine Untersuchung durchzuführen, um die umstrittenen Resultate zu verifizieren. In seiner Antwort sagte Herr Dimas: „Die Einschätzung des IPCC ist Ausdruck eines Konsens, zu dem Tausende von Wissenschaftlern gekommen sind.“ Ich frage daher, werden die Forschungsergebnisse durch Konsens entschieden und sind wissenschaftliche Schlussfolgerungen das Ergebnis von Wahlen? Bezugnehmend auf Klimagate sagte der Herr Kommissar: „Die Position der Europäischen Kommission ist die, dass es die offensichtlichen und gerechtfertigten Schlussfolgerungen, die im IPCC-Bericht enthalten sind, nicht beeinflusst.“ Ich frage daher, was für Schlussfolgerungen werden aus verfälschten Daten gezogen? Ich bin überzeugt, wir brauchen unparteiische Forschungsergebnisse, um die CO₂-Auswirkungen zu verifizieren. Ohne wissenschaftliche Glaubwürdigkeit erwartet uns eine weitere Katastrophe in Mexiko.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Herr Präsident, die nächsten Schritte von Kopenhagen sollten die Position und Verhandlungsfähigkeiten der Vereinten Nationen stärken.

Wir sollten es den UN ermöglichen, Verhandlungen auf hoher Ebene mit den Regierungschefs zu beginnen und dann fortfahren, Details mit Beamten auszuarbeiten, wie das bei den G8- oder G 20-Treffen getan wird. Die EU hat das Interesse und die Fähigkeit, diese Art von Änderung mithilfe des UN-Systems durchzusetzen.

Zweitens ist es mein Wunsch und meine Hoffnung für den Rat und für die neue Kommission, dass mithilfe des neuen Vertrags von Lissabon die Kernfragen unserer Außenpolitik von einem Trio bestehend aus dem Präsidenten der Kommission, dem Hohen Repräsentanten und dem Kommissar für Klimawandel behandelt und Verhandlungen auf der Basis eines einzigen verhandelten Textes möglich sein werden.

Edite Estrela (S&D). – (PT) Es ist hier bereits gesagt worden, und es stimmt, dass Kopenhagen eine Enttäuschung war, da nicht eine einzige politisch verbindliche Vereinbarung beschlossen wurde. Wir müssen jedoch jetzt nach vorne blicken und uns politisch auf die Konferenz in Mexiko vorbereiten – die Europäische Union hat sich schon in technischer Hinsicht vorbereitet. Die Europäische Union muss ihre Führungsrolle wiedergewinnen und sich selbst mit einer Stimme Respekt verschaffen. Der Vertrag von Lissabon wird dabei behilflich sein, und Europa erlauben, sich durchzusetzen und mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen und mit der Autorität einer Person, die ihre Hausaufgaben gemacht hat. Wir zählen auch auf den spanischen Ratsvorsitz, wenn wir beim Treffen in Bonn ankommen ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Der Präsident. – Ich erkläre diese Sitzung für beendet. Es hat außergewöhnlich lange gedauert, aber es war uns möglich, eine ziemlich große Anzahl von Abgeordneten zu Wort kommen lassen. Die große Anzahl der anwesenden Abgeordneten zeigt auch das Interesse des Hauses an dem Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen.

Jetzt haben wir den letzten Teil der Debatte erreicht und werden zunächst Frau Espinosa zu Wort kommen lassen, damit sie Antworten geben kann.

Frau Espinosa und das Haus werden verstehen, dass es mir eine große Freude bereitet, ihr das Wort zu erteilen, aufgrund der Freundschaft, Sympathie und Bewunderung, die ich für sie hege.

Elena Espinosa Mangana, amtierende Ratspräsidentin. – (ES) Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen allen für Ihre Beiträge danken, die uns zweifellos helfen werden, Verbesserungen zu erzielen. Es tut mir Leid, dass ich Ihnen nicht allen persönlich antworten kann, angefangen vom ersten Beitrag von Frau Wortmann-Kool bis zum letzten Beitrag von Herrn Grzyb und ebenso den 15 zusätzlichen Reden, die wir gehört haben. Erlauben Sie mir allerdings einige weitere Worte im Anschluss an meine einführende Rede zu sagen.

Mehrere Ziele von großer Wichtigkeit liegen vor uns im Bereich des Klimawandels: die Unterstützung und angemessene Einsatzbereitschaft rund um die Kopenhagener Vereinbarung zu festigen und jedes ihrer Elemente dadurch zu stärken, dass ihre Inhalte erweitert und detailliert und ihre Einführung beschleunigt wird.

Der Kopenhagener Gipfel hat uns das neue internationale Szenario verdeutlicht, das uns umgibt. Innerhalb dieses Szenarios benötigen wir weitere Verbesserungen, wobei neue Ziele und Erwartungen von den verschiedenen Akteure vorgebracht werden und wobei die Regeln für die Annahme von Entscheidungen geändert werden müssen, um sie effektiv an neue Zeitrahmen und Bedürfnisse anzupassen.

Innerhalb dieses Kontexts muss die Europäische Union den besten Weg finden, ihre Führungsqualität im Bereich der Klimapolitik auf der internationalen Bühne unter Beweis zu stellen.

Wir dürfen unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren, weil das unsere Glaubwürdigkeit und unsere Position schwächen würde, die in den letzten Jahren infrage gestellt wurde. Niemand weiß besser als die Europäische Union, wie schwierig es ist, diese kollektive Führungsposition aufzubauen. In gleicher Weise versteht niemand besser als das Parlament, welche Vorteile und Zufriedenheit von einem Ergebnis kommen, das die Dinge für uns alle verbessert. Auf globaler Ebene können wir nur Fortschritte machen, wenn der Weg nach vorn auf gegenseitigem Vertrauen und dem Interesse der Öffentlichkeit aufbaut.

Einige haben Kopenhagen als den perfekten Sturm mit bittersüßem Resultat bezeichnet. Ich ziehe es vor, etwas davon mitzunehmen, das ich als sehr wertvoll empfinde: die Tatsache, das es uns großartiges Potential beschert hat, auf das wir in den kommenden Monaten zurückgreifen können. Sehr geehrte Damen und Herren, seien Sie versichert, dass wir laut und klar sagen können, dass die Europäische Union nicht das Problem in Kopenhagen war.

Um nun zu den Reden zu kommen, einige von Ihnen erwähnten Solidarität mit Drittländern, Emissionsreduktionen, Abholzung und effizientere und nachhaltigere Industrie, und viele von Ihnen sprachen über Führungskraft und Einheit. In dieser Phase ist es unsere Pflicht, auf die sofortige Anwendung der Übereinkunft von Kopenhagen zu drängen.

Es ist auch genauso unsere Pflicht, auf die vollständige Integration des Übereinkommens in die normalen Vorgehensweisen der Vereinten Nationen zu drängen und auch solide Grundlagen für einen bedeutenden Fortschritt in Mexiko zu legen. Die Rolle der regionalen und sektoralen Allianzen wird dort von fundamentaler Bedeutung sein, und die Europäische Union muss sie festigen und erweitern.

Wir müssen in unserer Arbeit Schulter an Schulter stehen, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Wir müssen lernen und uns vorwärts bewegen. Wir dürfen uns nicht auf das Gejammer verlegen. Mit dem Blick in die Zukunft und den Überlegungen, was wir zukünftigen Generationen überlassen müssen, kann das Parlament eine ganze Menge tun. Wir alle zusammen, die Mitgliedstaaten, der Umweltrat, die Kommission, das Parlament und natürlich der Ratsvorsitz: wir alle spielen eine wichtige Rolle.

Anstatt uns gegenseitig auszustechen, müssen wir zusammen handeln und unsere engagiertesten Anstrengungen bündeln, um unsere gemeinsame Zukunft zu verteidigen, ohne zu vergessen, dass die Umwelt, die Entwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovation gemeinsame Ziele sind, die Hand in Hand gehen müssen.

Ich nehme Ihre Beiträge zur Kenntnis und versichere Ihnen, dass die spanische Regierung, welche den rotierenden Ratsvorsitz der Europäischen Union bis 30. Juni innehat, immer mit Ihnen zusammenarbeiten wird, um eine nachhaltigere Zukunft für uns alle zu erreichen.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, zuerst möchte ich Ihnen für eine äußerst substanzielle und verantwortungsvolle Diskussion danken. Ich werde selbstverständlich Ihre besten Wünsche an meinen Kollegen, Herrn Stavros Dimas weiterleiten, für seine Genesung, sodass er mit Ihnen in kurzer Zeit am Ausschuss teilnehmen kann.

Ich habe Ihre Ausführungen zur Kenntnis genommen und werde versuchen, auf einige Ihrer Besorgnisse und Positionen zu antworten, auf der Basis der Briefings, um die ich während der Debatte ersucht habe. Ich denke, wir können Ihre grundsätzlichen Mitteilungen so interpretieren, dass trotz der Tatsache, dass die Übereinkunft von Kopenhagen nicht das Niveau unserer Ambitionen verdeutlicht, er trotzdem einen bestimmten europäischen Fingerabdruck enthält. Mit anderen Worten, die Übereinkunft von Kopenhagen beinhaltet Verweise auf das Ambitionsausmaß, das erforderlich ist, um dem Klimawandel für die nach 2012 in Kraft tretende Klimavereinbarung zu begegnen, und es bildet die Grundlage für ein Finanzierungspaket und fordert ernstgemeinte Verpflichtungen zu Emissionsreduktionen.

In unserem Namen und in Anbetracht unserer Verpflichtungen tagt im Moment der COREPER, und die Kommission und die Mitgliedstaaten wollen einen einzigen Antrag stellen, der klar ist. Die Einzelheiten werden jetzt diskutiert, und ich bin zuversichtlich, dass wir vor dem Ablauf der Frist am 31. Januar bereit

sein werden. Das ist meine Antwort auf Frau McAvans Wortmeldung, und das sollte auch eine gründliche Basis für ein einziges Verhandlungsdokument bilden, worum Frau Pietikäinen gebeten hatte.

Zur gleichen Zeit sehen wir die Übereinkunft als ein Sprungbrett für zukünftige große Sprünge in zukünftigen internationalen Klimaverhandlungen. Frau Hassi und viele andere stellten die Forderung nach der Führungsrolle der EU. Ich stimme Ihnen zu, und die Kommission ist fest entschlossen, sicherzustellen, dass die EU ihre Führungsposition über die kommenden Monate hinweg beibehält und diese Übereinkunft in einen ehrgeizigen und rechtlich verbindlichen Vertrag verwandeln kann, den wir alle sehen wollen. Ich zähle bei diesem Ziel auf Ihre Unterstützung.

Leider – wie das in dieser Debatte richtig festgestellt wurde – waren einige unserer wichtigen Verhandlungspartner wie China und die Vereinigten Staaten nicht in der Lage oder willens, sich so verbindlich zu verpflichten, wie es die Europäische Union getan hat, was natürlich negative Auswirkungen auf die Verhandlungen hatte. Es ist jedem klar, dass insbesondere China sich nicht zu ernst gemeinten, sinnvollen Zielen verpflichten wollte. Es ist meine persönliche Ansicht, dass die neue Kommission eine allgemeine chinesische Strategie definieren muss, um es der Europäischen Union zu erlauben, unsere Interessen besser zu verfolgen und zu verwirklichen, im Hinblick auf Klimapolitik, Handelsspannungen und Wechselkurspolitik. Es ist inakzeptabel, dass Chinas Währungs-Dumping den Wirtschaftsaufschwung in Europa gefährdet. Gleichmaßen erwarten wir, dass China eine ernsthafte Verpflichtung im Bereich der Klimawandelpolitik eingeht.

Aber erinnern wir uns bitte auch daran, dass Führungskraft zu Hause beginnt. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, unsere Kyoto-Verpflichtungen zu erfüllen, während wir uns der Ziellinie nähern. Wir müssen auch sicherstellen, dass neue ehrgeizige Politiken und Maßnahmen vorangetrieben werden, die uns zu dem Ziel der Reduktion um 20 % – oder sogar 30 % –, das wir uns selbst gestellt haben, bringen werden. Um dies zu erreichen, müssen wir in Innovation und Forschung für ressourceneffiziente, umweltfreundliche und energiebezogene Technologien investieren, die den Kern der neuen EU 2020-Strategie bilden werden, die wir derzeit vorbereiten.

Ich stimme Frau Dati und Frau Grossetête und auch Frau Ek zu, dass dies bedeutet, die EU 2020 muss eine Klimaindustrie- und Arbeitsplatzstrategie sein – und sie muss somit im Mittelpunkt der Konjunkturbelebung der Europäischen Union stehen. Ich möchte auch noch gerne Herrn Davies antworten, und zwar auf seine ganz konkrete Frage. Ich habe das überprüft, und ich kann Sie darüber informieren, dass die Verwendung von Emissionsberechtigungen im Wert von 300 Mrd. EUR für Kohlenstoffbindung und -speicherung am 2. Februar im dafür zuständigen Komitologieausschuss entschieden werden soll. Seien Sie versichert, dass wir 12 Versuchsanlagen unterstützen. 8 Anlagen werden in der ersten Runde und der Rest in der zweiten Runde unterstützt werden.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass es unsere Pflicht gegenüber zukünftigen Generationen ist, mit gutem Beispiel voranzugehen und bis zum Ende des Jahres eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zu beschließen und damit eine bessere und nachhaltigere Zukunft für alle zu garantieren.

Der Präsident. – Nach dieser Rede des Herrn Kommissars, dem wir von ganzem Herzen Glück wünschen, in dem sicheren Wissen, dass er ausgezeichnete Arbeit leisten wird, wie er dies auch in der Vergangenheit getan hat, schließen wir an dieser Stelle die Debatte ab.

Die Stimmabgabe erfolgt während der ersten Sitzungsperiode im Februar, anders gesagt, am 1. Februar.

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) „Politik ist die Fähigkeit, vorauszusagen, was morgen, nächste Woche, nächsten Monat und nächstes Jahr geschehen wird. Und die Fähigkeit zu haben, im Nachhinein zu erklären, warum etwas nicht geschehen ist“, sagte Winston Churchill.

Angesichts der Konferenz in Kopenhagen sind wir alle gute Politiker. Die Konferenz begann mit viel politischem Optimismus für eine neue Klimaver Vereinbarung, aber die Verhandlungen zeigten, dass Optimismus und Respekt für die Umwelt europäischer sind als globale Werte. Die Tatsache, dass das Ergebnis der Kopenhagener Konferenz eine Enttäuschung darstellte in dem Sinne, dass unseren Erwartungen und denen unserer Bürgerinnen und Bürger nicht entsprochen wurde, sollte uns motivieren und Entschlusskraft geben, uns stärker zu engagieren und größere Einigkeit beim nächsten Gipfel im Herbst in Mexiko zu demonstrieren. Europa muss lernen, ein Akteur zu sein und ein aktiver Verhandlungsführer, und es muss mit einer Stimme sprechen.

Ivo Belet (PPE), schriftlich. – (NL) Herr Präsident, nach dem Kopenhagener Fiasko könnten wir an der Seitenlinie sitzen, selbstmitleidig weinen und wehklagen, aber das wäre eine Verschwendung von Energie. Machen wir lieber damit weiter, vor unserer eigenen Tür zu kehren. Europa ist der einzige Kontinent, der eine ganz spezielle, ehrgeizige Gesetzgebung zur Reduktion der CO₂-Emissionen hat. Diese sollte in den kommenden Monaten und Jahren umgesetzt werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass dies auch eine direkte Auswirkung auf andere Supermächte hat, nicht zuletzt auf China. Alle Konsumgüter, die China in naher Zukunft in Europa verkaufen will, müssen die strengsten europäischen Umweltstandards einhalten. Das zwingt chinesische Hersteller dazu, den Kurs ebenfalls zu ändern. „Kopenhagen“ als Gipfel der Hoffnung ist zwar zum größten Teil fehlgeschlagen, aber wir müssen bereit sein, die Arbeit wieder aufzunehmen, da es im nächsten Jahr neue Gelegenheiten geben wird, zuerst in Bonn und dann in Mexiko. In der Zwischenzeit hat Kopenhagen zweifellos erreicht, dass alle wachsam sind, was unser umweltpolitisches Bewusstsein sehr deutlich macht. Das ist nicht genug, aber was mich optimistisch macht, ist die Erkenntnis, dass Investitionen in das Klima auch für unsere eigene Tasche gut sind, für die Wirtschaft und somit auch für die Beschäftigung.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Der Umweltgipfel in Kopenhagen wurde von vielen als eklatanter Fehlschlag beschrieben, da das Ergebnis ein vages Übereinkommen ohne klare Annahmen und Fristen war. Wenn wir uns aber genauer anschauen, was in der dänischen Hauptstadt geschehen ist, können wir sehen, dass hier die Grundlagen für eine neue, globale Klimaordnung gelegt wurden, die wir erreichen werden, aber nach vielen Jahren harter Arbeit und Verhandlungen.

Es war das erste Mal, dass 115 Regierungschefs zusammengekommen sind, um den Klimawandel zu diskutieren. Das ist ein wichtiges Signal. Die Tatsache, dass der Gipfel unter der Ägide der UN stattfand, streicht heraus, dass sogar die Entwicklungsländer und wenig industrialisierten Ländern verstehen, dass sie eine aktive Rolle bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen spielen müssen.

Die Bedeutung bilateraler Diskussionen zwischen mächtigen Industrieländern und Entwicklungsländern hat zugenommen, besonders angesichts des nächsten Gipfels zu umweltpolitischen Problemen in Mexiko. Der EU stehen alle Daten zur Verfügung, um eine wichtige Rolle in bilateralen Gesprächen mit Staaten wie China, Indien und Brasilien zu spielen. Die Zeit ist gekommen, wenn keine Anstrengung zu groß scheint, wenn wir über die Zukunft des Planeten sprechen, den wir alle teilen.

George Sabin Cutas (S&D), schriftlich. – (RO) Während des letzten Monats war „Fehlschlag“ das am meisten benutzte Wort, um den Kopenhagener Gipfel zu beschreiben. Das nicht zufriedenstellende Ergebnis beruhte sowohl auf der Zurückhaltung der großen Industrieländer als auch auf den komplizierten Regeln des Systems, welche auf dem UN-Konsens basieren.

Darüber hinaus sollte die Unfähigkeit der Europäischen Union untersucht werden, als Katalysator für globale Anstrengungen zur Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels zu fungieren. Da die EU ein Jahr vor dieser Konferenz unilateral seine Absicht bekannt gab, Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % zu reduzieren, gewann sie die moralische Oberhand, den Verhandlungen in Kopenhagen einen Ansporn zu geben. Allerdings wussten wir nicht, wie wir unsere Stimme in einem Treffen hörbar machen konnten, das von den Positionen der USA und der Schwellenländer dominiert wurde.

Ein eingeschränkteres Format der Gespräche ist nötig, sodass wir auf Verhandlungen hoffen können, die einen erfolgreichen Abschluss bringen. Die Treffen der Minister in Bonn und Mexiko City im Juni und Dezember müssen so effektiv wie möglich genutzt werden, um den Weg für die Annahme eines neuen Vertrags frei zu machen. Mitgliedstaaten müssen ihre Aktionen koordinieren, sodass wir auf der globalen Bühne mit einer einzigen Stimme sprechen können.

Adam Gierak (S&D), schriftlich. – (PL) Das Fiasko des Klimagipfels hat Europas Schwäche und die Naivität seiner politischen Elite bloßgestellt. Es hat gezeigt, dass wir nur einer von vielen Akteuren auf der Weltbühne sind. Warum stellten sich die Vorschläge hinsichtlich der CO₂-Emissionen als inakzeptabel heraus? Genau deshalb, weil sie die Interessen vieler Entwicklungsländer bedrohen, den Wettbewerb missachten, der weltweit auf der Militärwirtschaft basiert, auf unfaire Weise das Recht der Nutzung des Gemeingutes, nämlich der Erde, verteilen, und auf der nicht sehr glaubwürdigen, von der IPCC vorgebrachten Theorie über die Schädlichkeit von CO₂ basieren, während, wie sich herausstellt, die sogenannten „Beweise“ manipuliert wurden (Klimagate). Wissenschaft darf nicht politisch kontrolliert werden, sondern soll alle Umstände berücksichtigen, jede mögliche Frage beantworten. Hat irgendjemand gefragt, zum Beispiel, was passieren würde, sollte es nicht genug CO₂ in der Atmosphäre geben? Wir sollten froh sein über die warme Periode in der heutigen Zeitgeschichte unseres Planeten und dass wir im Moment ungefähr 370-380 ppm CO₂ in der Atmosphäre haben. In der Physik und Chemie kennen wir bezüglich des Gleichgewichts das Prinzip von

Le Chatelier, das die Entwicklung idealer Bedingungen für die Photosynthese voraussagt. Die Erde wird grüner, eine Tatsache, die viele Male bestätigt wurde, und dies garantiert umfangreichere Ernten und bessere Entwicklungsbedingungen. Das soll so weitergehen, allerdings gibt es leider viele Zeichen, dass es in den nächsten zwei Jahrzehnten auf der Erde kühler werden wird. Schlussfolgerung: die Europäische Union sollte sofort ihr restriktives Klima- und Energiepaket überprüfen, weil es die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft verschlechtert.

Béla Glattfelder (PPE), schriftlich. – (HU) Die aktuellen, liberalen Gewerbeordnungen ermutigen zu höheren Kohlendioxidemissionen. Durch die Einführung des Emissionshandels, die Unterstützung von erneuerbaren Energiequellen und durch Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz machen Schwellenländer besonders große Anstrengungen, ihre Kohlendioxidemissionen zu verringern. Diese Maßnahmen führen zu zusätzlichen Kosten für Unternehmen. Noch dazu wird der Energiekonsum in diesen Ländern immer öfter besteuert.

In der Zwischenzeit tun viele Entwicklungsländer nichts, um die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Vielmehr erhöhen sie ständig ihre Kohlendioxidemissionen. Statt den größten industriellen Nutzern Anreize zu geben, Energieeffizienz anzustreben, versorgen wir sie mit Elektrizität zu bonifizierten Subventionsraten. Viele sagen, dass in der heutigen Zeit der wichtigste Wettbewerbsvorteil dieser Länder nicht mehr billige Arbeit sondern billige Energie ist.

Darum müssen internationale Gewerbeordnungen eingeführt werden, die verhindern, dass der Handel zu weiteren Kohlendioxidemissionen führt. Wir brauchen nicht nur „fairen“ sondern auch „grünen“ Handel. Zu diesem Zweck müssen wir sicherstellen, dass wirksame, gesetzliche Sanktionen bestehen, wenn ein Land es verabsäumt, seinen Verpflichtungen gemäß den Klimawandelvereinbarungen nachzukommen.

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Die Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel war enttäuschend. Es gab keine rechtlich verbindlichen Verpflichtungen, welche die zukünftigen Rahmenbedingungen des internationalen Klimaschutzes festlegen. Die Situation wurde dadurch verschlimmert, dass es der EU trotz ihrer Absicht nicht möglich war, einen bedeutenden Einfluss auf den endgültigen Ausgang der Verhandlungen zu nehmen. Das Scheitern der Konferenz rechtfertigt aber keinesfalls Untätigkeit. Wir müssen uns an die Vorstellung gewöhnen, regionale Lösungen zu betonen, bis ein internationaler Vertrag ausgearbeitet ist, der für alle Akteure rechtlich verbindlich ist. Dementsprechend soll die Europäische Union daran arbeiten, ihre internen Vorschriften zum Klimaschutz zu verbessern. Die internen Vorschriften der Union sollten effizienter gestaltet werden, ohne einen Wettbewerbsnachteil für europäische Industrien zu verursachen.

Allerdings soll die Klimapolitik der EU auch nicht neuen Mitgliedstaaten zum Nachteil geraten, wie das das vor kurzem mit der EU-internen Lastenteilungsvereinbarung der Fall war. Wenn es um Klimaschutz geht, sollten Lösungen, die über die Reduktion der Emissionen hinaus viele zusätzliche Wirkungen haben, den Vorzug erhalten. Somit verbessert die Entwicklung des Stadtverkehrs die Lebensqualität, Investitionen auf dem Gebiet der Energieeffizienz schaffen Arbeitsplätze und die Beträge, die für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, verbessern zugleich die Wettbewerbsfähigkeit. Diese Gesichtspunkte sollten sich für die nächsten sieben Jahre auch im Haushalt ausdrücken. Europa kann es sich nicht leisten, bei internationalen Verhandlungen um den Klimaschutz nur Zuschauer zu sein. Es sollte auch weiterhin die Initiative ergreifen sogar für den Fall, dass Klimapolitik statt durch umwälzende Änderungen durch kleine, inkrementelle Schritte geprägt sein wird.

Eija-Riitta Korhola (PPE), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, es war etwas betrüblich für mich, diese Beschwerden eines schlechten Ausgangs in Kopenhagen zu hören. Ich kann nur sagen, es ist an der Zeit, dass die EU sich der Realität stellt. Wir müssen damit aufhören, uns selbst zu betrügen, indem wir uns vorstellen, dass die EU in einer federführenden Position war oder dass sie eine solche Rolle annehmen könnte. Seien wir doch ehrlich: unsere ineffektive und teure Strategie lockt niemand. Ich werde das auch dem zukünftigen, für den Klimawandel verantwortlichen Kommissar sagen. Der Kopenhagener Gipfel ist gekommen und wieder gegangen, aber warum versucht Frau Hedegaard noch immer, uns glauben zu machen, dass die EU die führende klimapolitische Kraft ist und diejenige, die der Welt den richtigen Weg vorzeigt? Sie hat diese Rolle schon lange Zeit nicht mehr gespielt.

„Folgen Sie mir, ich stehe direkt hinter Ihnen“, ist der paradoxe Slogan, den die EU für sich selbst entwickelt hat. Mit dieser Art von Selbstbetrug fährt die EU mit ihrer Klimapolitik fort, die Arbeitsplätze in den saubersten Industrien zu zerstören. Diejenigen, die die Klimadebatte überhaupt verfolgt haben, wussten seit langer Zeit, dass eine internationale Vereinbarung, die auf der Formel der EU basiert, nicht erreicht werden würde. Die Vereinigten Staaten von Amerika, China und Japan haben sich für einen Weg entschlossen, der das von der

UN vorgeschlagene Modell mit seinen verhandelten Emissionsgrenzen und Zeitplänen ablehnt. Sie investieren direkt in die Reduktion der Kohlenstoffintensität und in neue Technologie, die nach einer bestimmten Zeit auch als der logische Weg angesehen werden wird, Emissionen zu verringern. Diese Methode wird allerdings die Wirtschaft und Arbeitsplätze nicht der Bürokratie, unfairer Wettbewerb oder unvorhersehbaren Preisschwankungen aussetzen. In Europa werden wir gefährdet sein, wenn die EU damit weiter macht, einen anderen Weg zu gehen, sich abschottet und die Notlage von Unternehmen weiter verschlechtert. Das ist ein trauriger Zustand, aus dem niemand einen Nutzen zieht, am wenigsten die Menschen. Die Umwelt wird auch nicht davon profitieren, wenn gegen die saubersten Industrien der Welt Sanktionen im Emissionshandel verhängt werden. Es ist für die EU an der Zeit, ihre Politik zu überprüfen und dieses Fantasieren zu beenden.

Petru Constantin Luhan (PPE), *schriftlich*. – (RO) Die Europäische Union muss in den internationalen Verhandlungen tätig bleiben, die auf die Annahme einer Vereinbarung nach dem Kyoto-Vertrag abzielen. Um eine dem Vertrag von Kyoto folgende Vereinbarung zu unterzeichnen, ist es klar, dass die Verhandlungsstrategie der EU evaluiert und gründlich vorbereitet werden muss, mit der Absicht, die Verhandlungen 2010 weiterzuführen.

Obwohl es nicht als Erfolg betrachtet werden kann, und weit von dem entfernt ist, was die Europäische Union wollte, markieren die Schlussfolgerungen von Kopenhagen einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer rechtlich verbindlichen, globalen Vereinbarung nach Kyoto. Die Bemühungen der EU in der unmittelbaren Zukunft müssen auf diplomatische Anstrengungen konzentriert sein, Verpflichtungen von allen relevanten globalen Partnern zu erhalten, besonders den USA, China und Indien, sodass das globale Ziel, den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, und zwar verglichen mit der vorindustriellen Stufe, erzielt werden kann.

Es muss uns bewusst sein, dass die Verpflichtung der EU, das Ausmaß der Emissionsreduktionen bis 2020 um 30 % zu heben, von vergleichbaren oder proportionalen Verpflichtungen von Drittländern abhängt.

Rovana Plumb (S&D), *schriftlich*. – (RO) Wir können die Klimawandelkonferenz einen Monat nach ihrem Ende beurteilen. Die Kopenhagener Vereinbarung wurde mit großer Anstrengung verhandelt und unterzeichnet, und war fast ein totaler Misserfolg. Der mit großen Schwierigkeiten verbundene Kompromiss wurde lediglich „zur Kenntnis genommen“.

Obwohl die EU spezielle, ehrgeizige Ziele verfolgt hat, haben diese nicht zu ähnlichen Aktionen der anderen Partner geführt. Es sollte aber betont werden, dass alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Mächte der Welt sich getroffen haben, um zu diskutieren und Verantwortung für den Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen. Als Ziel wurde anerkannt, den globalen Erwärmungsgrad bei 2 °C zu halten und finanzielle Unterstützung in der Höhe von 30 Mrd. USD während des Zeitraums 2010-2012 (Schnellstartfinanzierung) und von 100 Mrd. USD bis 2020 zu leisten. Diese Beträge sind dafür bestimmt, die Maßnahmen zur Reduktion und Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels für die am wenigsten entwickelten und die gefährdetsten Länder zu finanzieren.

Ich glaube, dass die zukünftige Kommission, speziell wenn es einen für den Klimawandel und Klimaaktionen verantwortlichen Kommissar geben wird, sehr genau alle Reduktionsvorschläge überprüfen muss – Verpflichtungen, die von Ländern eingegangen wurden, die eine Vertragspartei des Übereinkommens der Vereinten Nationen sind – und auch die Verhandlungen auf die selbe Art vorbereiten soll, sodass 2010 eine rechtlich verbindliche Vereinbarung bei der COP 16 in Mexiko unterzeichnet wird.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *schriftlich*. – Die meisten von uns haben ihre Enttäuschung über den Ausgang des Kopenhagener Gipfels und über das Scheitern, zu einer rechtlich verbindlichen Vereinbarung zu kommen, ausgedrückt. Allerdings gab es auch einen kleinen Fortschritt. Zum Beispiel wird die Einrichtung des Fonds Copenhagen Green Climate Fund Finanzierungshilfe für die ärmeren Länder bereitstellen, damit sie sich dem Klimawandel anpassen und saubere Energie entwickeln, und die formelle Anerkennung der Schwellenländer dahingehend, dass sie Verantwortung mittragen, macht eine konkrete Verpflichtung von diesen Ländern in der nahen Zukunft wahrscheinlicher. Die EU muss mangels einer rechtlich verbindlichen Vereinbarung auch weiterhin eine führende Rolle spielen. Die designierte Kommissarin für Klimaschutz hat die Verpflichtung zu einer internationalen Vereinbarung zum Schutz der tropischen Wälder, der Miteinbeziehung von Straßenverkehr und Schifffahrt in den Emissionsrechtehandel und den Zusammenschluss der Systeme für den Handel mit Emissionsrechten der EU und der USA bekanntgegeben, was einen bedeutenden Schritt in der internationalen Kooperation für globale Emissionsreduktionen darstellt. Wir sollten weiterhin unsere eigene Gesetzgebung entwickeln und implementieren, während andere Länder an den ihren arbeiten. Unsere

Arbeit in den kommenden Monaten mit internationalen Organisationen und Partnerländern wird die Chancen für einen sinnvollen Fortschritt bei der nächsten Konferenz in Mexiko verbessern.

Zbigniew Ziobro (ECR), schriftlich. – (PL) Das Problem der Klimaerwärmung ist eines der Hauptprobleme, das die moderne Welt beunruhigt. Vor kurzem wurde in Kopenhagen ein Klimagipfel abgehalten, der diesem Problem gewidmet war. In der Zwischenzeit haben wir herausgefunden, dass die Inhalte Tausender von Dokumenten und E-Mails ihren Weg in das Internet gefunden haben, und zwar vom Klimaforschungsinstitut an der University of East Anglia, einer der angesehensten Institutionen, die sich mit der Klimaerwärmung und dem Einfluss menschlicher Aktivität auf diesen Prozess auseinandersetzt. Das Material beinhaltet Korrespondenz zwischen Wissenschaftlern aus verschiedensten Ländern, deren Forschung einen entscheidenden Einfluss auf die Haltung der Europäischen Union und der UN zum Klimawandel gehabt hat. Die durchgesickerten Informationen zeigen, dass die Forschungsergebnisse möglicherweise manipuliert wurden, und als Resultat unverlässliche Informationen über den Treibhauseffekt und den Klimawandel verbreitet worden sind. Die Länder der EU und damit unsere Gesellschaften tragen substantielle Kosten, die mit den Emissionen von Treibhausgasen zu tun haben, während in Kopenhagen versucht wurde, entwickelte Ländern, einschließlich der EU, dazu zu bringen, in Verbindung mit globaler Erwärmung noch größere finanzielle Lasten zu akzeptieren, um auf diese Weise Entwicklungsländern zu helfen. Jeder Zweifel, der in dieser Angelegenheit besteht, sollte genauestens geklärt werden, nicht einmal deswegen weil wir diejenigen überzeugen wollen, welche die Legitimität der Maßnahmen zur Gasemissionsbegrenzung anzweifeln, sondern weil europäische Steuerzahler in diesem Zusammenhang immens hohe Kosten tragen und tragen werden und sie davon überzeugt sein müssen, dass diese Maßnahmen aus triftigen Gründe erfolgen.

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

12. Fragestunde (Anfragen an den Rat)

Die Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde (B7-0002/2010).

Ich begrüße den Minister zu dieser ersten Fragestunde unter dem spanischen Ratsvorsitz.

Es werden die folgenden Fragen an den Rat gerichtet.

Die Anfrage Nr. 1 wird nicht behandelt, da das Thema bereits auf der heutigen Tagesordnung steht.

Anfrage Nr. 2 von Herrn **Gay Mitchell** (H-0477/09)

Betrifft: Kreditklemme/Kredite für Unternehmen

Der deutsche Wirtschaftsminister äußerte im Dezember, Deutschland drohe eine neue Kreditklemme, wenn die Banken insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen nicht mehr Kredite gewährten. Dieses Problem könnte sich auf die gesamte EU ausweiten.

Welche spezifischen Maßnahmen ergreift der Rat, um sicherzustellen, dass Banken Unternehmen Kredite zur Verfügung stellen, damit die Unternehmen ihren Fortbestand sichern, dabei Arbeitsplätze und Wachstum schaffen sowie zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung beitragen können?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Wie Sie wissen, sind das Problem der Sicherstellung, dass Unternehmen ausreichenden Zugang zu Kapital haben, und ebenfalls die von den Mitgliedstaaten zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen für den Rat seit einiger Zeit Anlass zu Besorgnis.

Im Januar des vergangenen Jahres stellte der Rat fest, dass die Mitgliedstaaten energisch und entschlossen, unter anderem bei der Liberalisierung der Kreditmärkte, vorgehen. Im Frühjahr wies der Europäische Rat auf die Wichtigkeit der weiteren Durchführung von Maßnahmen zur Konjunkturbelebung hin und ersuchte die Kommission und den Rat, die Wirksamkeit der angewendeten Maßnahmen zu beurteilen und dem Europäischen Rat im Juni darüber zu berichten.

Der Europäische Rat beurteilte im Juni in der Tat die Wirksamkeit der von den Mitgliedsstaaten umgesetzten Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors und die Situation im Hinblick auf die Stabilität und das Funktionieren der Finanzmärkte. Diese Ergebnisse wurden in Form eines Berichts an den Europäischen Rat selbst weitergeleitet. So reichte der Rat, anders gesagt, der Ministerrat den Bericht an den Europäischen Rat weiter. Der Bericht fiel positiv aus und wies auf das Bestehen von Rekapitalisierungsgarantien und

-mechanismen innerhalb der Mitgliedstaaten hin und kam zu dem Ergebnis, dass die Mitgliedstaaten eine maßgebliche Rolle beim Stopp der Abwärtsspirale gespielt hatten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das gesamte Finanzsystem gegen Ende 2008 vom Zusammenbruch gefährdet war.

Dadurch, dass Banken der Zugang zum globalen Finanzwesen ermöglicht wurde, gab es positive Echos, wodurch wiederum der Kreditfluss an die Realwirtschaft gestützt wurde. Der Rat begrüßte, dass die von den Staaten umgesetzten Maßnahmen sich beim Offenhalten der Kreditkanäle als bedeutsam erwiesen.

Momentan steht der Bankensektor sogar jetzt unter einem gewissen Druck im Hinblick auf die Sanierung und der Rat rief daher die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Bilanzen einzeln zu sanieren oder wiederherzustellen, um Unsicherheiten zu verringern und die Kreditvergabe zu erleichtern.

Im vergangenen Dezembermonat konnte der Rat feststellen, dass die Mitgliedstaaten eine breite Palette von Förderungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der finanziellen Stabilität umgesetzt hatten. Er unterstrich jedoch, dass deren Besserung noch immer etwas schwach sei und rief den Ausschuss der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden dazu auf, regelmäßig über die für eine erhöhte Kreditaufnahme verfügbare Kapitalmenge zu informieren.

Wir haben jetzt eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: Überprüfung durch den Rat einerseits und Führung durch den Europäischen Rat andererseits. Im Ergebnis zeigte sich eine Verbesserung, wobei die Europäische Zentralbank verständlicherweise tätig wurde, um in erster Linie die Bankenliquidität und den Zugang zu Krediten durch Unternehmen zu gewährleisten.

Gay Mitchell (PPE). – Frau Präsidentin, ich möchte dem Herrn Minister sagen, dass meiner Erfahrung nach einige Banken – keineswegs alle Banken, jedoch einige Banken, möglicherweise sogar viele Banken – sich während des Wachstums des Finanzmarktes verantwortungslos verhalten haben und das einige Banken – möglicherweise wiederum nicht alle, aber viele Banken – zu einem Zeitpunkt der Erholung in den kommenden Wochen und Monaten weiterhin unverantwortlich auftreten.

Ich denke beispielsweise an ein bestimmtes Unternehmen in Dublin, sehr gut geführt, wo ein Mann sorgfältig seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt und die Bank weit davon entfernt ist, ihm zu helfen. Sie hat die Gelegenheit dazu genutzt, seinen Dispositionskredit zu reduzieren und ihn in seiner Geschäftstätigkeit unter Druck gesetzt – ein Geschäft, das lebensfähig ist, ein Geschäft, dass diese Rezession überleben wird.

Herr Minister, ich bitte Sie, treiben Sie diese Banken an, sagen Sie Ihnen, dass wir Ihnen Steuergelder geben und von ihnen erwarten, dass sie das öffentliche Interesse und nicht nur die Interessen ihrer Anteilseigner – darunter teilweise sehr reiche Anteilseigner – berücksichtigen.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Was ich Ihnen sagen muss ist, dass ich der Ansicht bin, dass sowohl der Rat als die europäischen Institutionen eine gute Arbeit leisten. Ich denke, dass sie ihre Arbeit gut gemacht haben und dass ein riesiger Beitrag geleistet wurde, um einen Kollaps bei der Verfügbarkeit von Liquidität in der Wirtschaft zu verhindern.

Der Ecofin ist den von den Mitgliedstaaten umgesetzten Maßnahmen gefolgt und folgt diesen weiterhin. Er tut dies systematisch. So hat der Ecofin-Rat beispielsweise gegenwärtig die Aufgabe, zu beobachten, wie Garantien für Banken verfügbar gestellt werden, ob es Beschränkungen für Unternehmen im Finanzsektor gibt und wie die Kreditfinanzierung von der Europäischen Zentralbank umgesetzt wird.

Ich möchte einfach sagen, dass der Präsident der Europäischen Zentralbank, Herr Trichet selbst, am 07. Dezember 2009 sagte, dass es keine Einschränkungen bei der Versorgung für Banken bei der Geldaufnahme von der Europäischen Zentralbank gäbe. Es gibt keine Einschränkungen bei der Versorgung. Falls es Banken gibt, die hiervon keinen Gebrauch machen, ist dies eine Angelegenheit eines einzelnen Finanzinstitutes; was jedoch die Europäische Union oder die Europäische Zentralbank anbelangt, so gibt es keinerlei Formen der Beschränkung.

Wie dem auch sei, der Rat ist gemeinsam mit dem Europäischen Parlament selbstverständlich gerne bereit, die vorliegenden Richtlinien in Bezug auf Finanzaufsichtssysteme oder jede weitere Initiative zu prüfen, die die Kommission diesbezüglich vorlegt.

Catherine Greze (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, ein größerer Einfluss der EU auf der internationalen Bühne und insbesondere in Lateinamerika zählt zu den Prioritäten der Ratspräsidentschaft.

Über welchen Einfluss aber sprechen wir? Das gegenwärtige Konzept der internationalen Beziehungen schafft wenig Freiraum für Demokratie und Menschenrechte. Möchte der Rat mithilfe von Freihandelsabkommen Regime unterstützen, die permanent die Menschenrechte in Lateinamerika verletzen?

Ich möchte das Beispiel Peru anführen, wo in Bagua begangene Gewalttaten auf schreckliche Weise illustrieren, wie die Regierung mit Multinationals zusammenarbeitet, indem Land von den indigenen Bevölkerungsgruppen zu finanziellen Zwecken beschlagnahmt wird. Es befinden sich bereits annähernd 70 % des Bodens in Händen von Multinationals und Bergbauunternehmen.

Ein weiteres berühmtes Beispiel ist Kolumbien, das in Anbetracht der Hunderte von ermordeten Personen das gefährlichste Land für Gewerkschaftler ist. Meine Frage lautet: Beabsichtigen Sie, das Thema Menschenrechte ein weiteres Mal in den Mittelpunkt der Außenpolitik der EU in Lateinamerika zu rücken?

Die Präsidentin. – Es tut mir sehr leid, aber Ihre Frage scheint sich überhaupt nicht auf die letzte Frage zu beziehen. Ich weiß nicht, ob Sie einer Fragestunde zuvor beigewohnt haben, jedoch haben Sie die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, die sich auf die Hauptfrage bezieht. Zum meinem Bedauern muss ich Ihre Frage als völlig unzulässig erklären. Ich schlage vor, dass Sie sich die Geschäftsordnung ansehen.

Soweit ich weiß, gab es keine Zusatzfragen zu dem Zeitpunkt, als ich die letzte Frage schloss. Ich werde daher fortfahren, sofern es keine weitere Frage in Bezug auf die Kreditverknappung/Darlehen für die Wirtschaft gibt.

Herr Zemke, falls sich Ihre Frage darauf bezieht, haben Sie 30 Sekunden.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Ja, meine Frage bezieht sich exakt darauf.

Wir wissen ganz genau, dass sich die Situation in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich darstellt. Sprechen wir also in diesem Zusammenhang über die Unterstützung für die Wirtschaft, so möchte ich eine Frage über die Situation in Griechenland stellen, da die Krise in diesem Land heutzutage schlimmer als irgendwo anders ist. Sind irgendwelche besonderen Maßnahmen diesbezüglich vorgesehen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich glaube, es gibt eine spätere Anfrage, die sich mit genau demselben Thema beschäftigt. Ich bitte den Abgeordneten zu bleiben, bis ich diese Frage beantworte, und ich werde daher sowohl auf diese als auf die in der Tagesordnung enthaltene Frage zum gleichen Thema reagieren.

Ich beziehe mich auf die Frage Nr. 9 auf der mir vorliegenden Liste, bzw. Nr. 8 auf der aktuellen, von Frau Kratsa-Tsagaropoulou: Die Wirtschaftslage in Griechenland.

amtierender Präsident des Rates. (ES) Ich beziehe mich auf die Frage Nr. 9 auf der mir vorliegenden Liste, bzw. Nr. 8 auf der aktuellen, von Frau Kratsa-Tsagaropoulou: Die Wirtschaftslage in Griechenland.

Die Präsidentin. – Frage Nr. 3 von Herrn **Bernd Posselt** (H-0479/09)

Betrifft: EU-Integration des Kosovo

Welche Schritte plant der Rat, um dem Wunsch des Europäischen Parlamentes nach Einbeziehung des Kosovo in die EU-Programme, Vorbeitriffsstrategien und den Thessaloniki-Prozess ungeachtet der Statusfrage zu entsprechen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Der Rat hat stets die Perspektiven der westlichen Balkanstaaten für einen EU-Beitritt bekräftigt. Dies ist zweifellos Teil der Außenpolitik gewesen, in diesem Fall Nachbarschaftspolitik und sogar Erweiterungspolitik der Europäischen Union.

Deshalb bestätigte kürzlich die Ratssitzung im Dezember 2009 die Notwendigkeit, bestimmte faire Bedingungen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den Balkan zu respektieren.

In Bezug auf den Kosovo hat der Rat bereits darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten in diesem Fall in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Praktiken und dem Völkerrecht entscheiden würden.

Wie Sie wissen, ist die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo derzeit Gegenstand eines Gerichtsverfahrens beim Internationalen Gerichtshof. Auf jeden Fall aber hat der Rat den Kosovo stets bei seinen politischen Beziehungen mit dem Balkan berücksichtigt, und es gab einen Konsens zwischen Mitgliedstaaten und Regierungen, wie etwa im Bereich der Liberalisierung von Visa, wovon der Kosovo profitieren sollte, wie es schon immer die Auffassung des Rats gewesen ist. Zusätzlich wurde die Mitteilung

der Kommission in Hinblick auf die Mittel zu Verbesserung der politischen und sozioökonomischen Entwicklung des Kosovo begrüßt.

Der Rat forderte die Kommission auf, die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Fortschritte des Kosovo in Richtung Europäische Union, in Übereinstimmung mit der europäischen Perspektive hinsichtlich der Region zu ergreifen, worauf ich zuvor hinwies.

Der Rat unterstützte die Kommission, und dies geschah mit einem Konsens, bei der Initiierung der Teilnahme des Kosovo an den Programmen der Europäischen Union, wobei der Kosovo in die wirtschaftliche und steuerliche Überwachung integriert, die zweite Komponente der Heranführungshilfe auf den Weg gebracht und der Stabilisierungs- und Assoziierungsdialogprozess verstärkt wird.

Diese Schlussfolgerungen wurden von der letzten Europäischen Ratstagung am 10. und 11. Dezember 2009 befürwortet.

Bernd Posselt (PPE). - Herr Minister! Ich hätte noch zwei konkrete Fragen: Erstens, glauben Sie, dass es noch unter der spanischen Ratspräsidentschaft gelingt, etwas in Sachen Visaregime für den Kosovo zu bewegen, damit der Kosovo kein Gefängnis auf einem freien Balkan bleibt? Und was werden Sie tun, um eventuell die Mitgliedstaaten, die den Kosovo noch nicht anerkannt haben, mit der Zeit dazu zu bewegen? Aber wie gesagt, der erste Punkt ist das Visaregime.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich bezog mich zuvor auf das Visasystem.

Der Rat hat stets seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass auch der Kosovo vom Visasystem und von einer möglichen Visaliberalisierung in der gesamten Region profitieren sollte. Wie Ihnen bekannt ist, arbeitet die Kommission gerade an den entsprechenden Einzelheiten. Zunächst im Hinblick auf Visaerleichterung und dann sogar Visaliberalisierung, sodass sie dem Rat einen Vorschlag unterbreiten kann. Selbstverständlich sind gewisse Vorlagen diesbezüglich noch zu erfüllen und insoweit arbeitet die Kommission mit den betroffenen Ländern zusammen. Sie arbeitet in diesem Fall mit dem Kosovo zusammen und informiert den Rat regelmäßig.

Die Idee der Liberalisierung von Visa, die sich auf Gebiete erstrecken könnte, die an die Europäische Union angrenzen, ist eine Vorstellung, die sicherlich vom Rat und vom spanischen Ratsvorsitz geteilt wird, und ich denke, dass es sich um eine der politischen Orientierungen handelt, die wir in Europa in den kommenden Monaten hinsichtlich der Mobilität, einer Kommunikationsfähigkeit und dem Bewegungsfreiraum, und zwar nicht nur in der Europäischen Union, sondern in allen Gebieten am Rande der Europäischen Union, deutlich fördern müssen. Meiner Meinung nach ist dies ein Standpunkt, von dem beide Seiten profitieren werden: die Europäische Union, die diese Visa ausstellt, und diese Länder, die dasselbe natürlich auf gegenseitiger Basis tun müssen.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Minister! Werden bei all den Initiativen, die der Rat für den Kosovo ergreift, auch die Informationen und Ansichten Serbiens ausreichend berücksichtigt? Unabhängig von der territorialen Frage betreffend den Kosovo ist Serbien ja ein zentraler Staat bei der Integration des Westbalkans in die EU, den man in sämtliche Schritte einbeziehen sollte.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, Herr López Garrido, ich begrüße die von Ihrem Land, Spanien, vertretene Haltung, die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anzuerkennen sowie ihre kürzlich getroffene Entscheidung, die bis heute im Kosovo stationierten spanischen Truppen abzuziehen.

Da wir uns in einer Zeit der Wirtschaftskrise befinden, stelle ich Ihnen die folgende prosaische Frage: Wie viel hat es Spanien gekostet, dort Truppen zu halten? Können Sie die von meinem Land, Griechenland, eingenommene Haltung kommentieren, welches über die gleiche Truppenstärke im Kosovo verfügt und, wie wir alle wissen, wirtschaftliche Probleme hat? Ist es richtig, Truppen im Kosovo zu halten?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Im Hinblick auf die erste Frage betreffend Serbien, natürlich stellt Serbien das stärkste Land der westlichen Balkanstaaten dar; dies müssen wir in der Tat bei jeder Politik stets berücksichtigen, in diesem Fall die Politik der europäischen Perspektive, die die Politik der Europäischen Union im Hinblick auf die westlichen Balkanstaaten darstellt.

Selbstverständlich gibt es eine kürzlich getroffene Vereinbarung, die Sie kennen werden, über die Liberalisierung von Visa für Serbien und ferner, in der weiteren Folge des beendeten Stillstands beim Interimsassoziationsabkommen mit Serbien, hat Serbien kürzlich seinen förmlichen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union gestellt.

Vorausgesetzt, dass dies eintritt, sind wir für die Anwendung von gemeinschaftlichen Richtlinien, für deren Prüfung durch die Kommission, für die Abgabe einer technischen Stellungnahme und die ordnungsgemäße Entscheidung, ob die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen durch die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien realistischerweise möglich ist. Damit ist Serbien ein Land, das natürlich ein deutliches Gewicht in der Region besitzt und das unseres Erachtens eine europäische Perspektive hat. Der Rat sprach sich mehrheitlich und derzeit einstimmig für die Freigabe des Interimsabkommens aus, und er hat sich aufrichtig für eine Zusammenarbeit mit Serbien ausgesprochen.

Was den Kosovo anbelangt, so bezieht sich Ihre Anfrage, Herr Abgeordneter, auf die Innenpolitik und auf interne Entscheidungen der spanischen Regierung. Sie wissen, dass ich in diesem Fall den Rat verrete, nicht ein einzelnes Land, sondern den Rat, und ich glaube daher, unabhängig davon, ob mir spezifische Angaben hier vorliegen, was im Zusammenhang mit der von Ihnen genannten Zahl kaum der Fall sein kann, dass ich diesbezüglich nicht im Namen eines Landes sprechen kann, da ich im Namen des Europäischen Rats, einem Organ der Europäischen Union spreche, das 27 Länder vertritt.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 4 von Herrn **Jim Higgins** (H-0486/09)

Betrifft: Zerstörung der tropischen Regenwälder

Stimmt der Rat im Hinblick auf den Ausgang der weltweiten Debatten über den Klimawandel auf dem Gipfeltreffen im Dezember in Kopenhagen der Auffassung zu, dass die europäische Landwirtschaft zwar zu den weltweiten CO₂-Emissionen beiträgt, dass aber die Zerstörung der tropischen Regenwälder im Amazonasbecken hinsichtlich der CO₂-Emissionen weitaus schlimmeren Schaden anrichtet als die europäische landwirtschaftliche Produktion?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Der Rat stimmt Ihnen ausdrücklich zu, Herr Higgins, dass es sich bei Landwirtschaft und Entwaldung um Faktoren handelt, die die CO₂-Emissionen in die Atmosphäre beeinflussen.

Es ist schwer zu sagen, welcher von diesen beiden Faktoren einen größeren Einfluss hat. Dies ist eher eine wissenschaftliche als eine politische Debatte. Jedenfalls müssen aber auf beiden Gebieten zur gleichen Zeit Maßnahmen ergriffen werden, und dies ist schon immer so gewesen.

In Bezug auf die nachhaltige Landwirtschaft haben wir auf beiden Gebieten Fortschritte gemacht. Dies hat sogar eine Änderung der Gemeinschaftspolitik zur ländlichen Entwicklung zur Folge gehabt. Bei der Überprüfung der GAP-Reform werden Herausforderungen wie etwa die Reduzierung und Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt und, wie Sie wissen, wird die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik innerhalb der europäischen Entwicklungspolitik als ein wesentlicher Faktor betrachtet, der in Bezug auf eine breitere Politik zur Bekämpfung des Klimawandels berücksichtigt werden muss.

2008 unterstützte der Rat die Vorschläge der Kommission zur Entwaldung, und die Kommission schlug vor, dass der Verlust der in großem Umfang und kontinuierlich abnehmenden Waldflächen bis spätestens 2030 gestoppt und die massive Abholzung des tropischen Regenwalds bis 2020 um mindestens 50 %, verglichen mit dem derzeitigen Stand, reduziert werden soll.

Wir müssen daher die Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung unterstützen. Der Umgang mit der Entwaldung, der Waldzerstörung, gehört eindeutig zu den Zielen der spanischen Ratspräsidentschaft, und wir wissen, dass die Notwendigkeit besteht, einige der Instrumente anzuwenden, die der Europäischen Union zur Verfügung stehen, beispielsweise das rechtlich unverbindliche Instrument hinsichtlich aller Waldarten und der Aktionsplan zur Durchsetzung des Forstrechts, Politikgestaltung und Handel der Europäischen Union, der beispielsweise die Schaffung eines rechtlichen Rahmens zur Verhinderung des Imports von illegal geschlagenem Holz fest schreibt.

Die Position der Europäischen Union entsprach dieser Linie, und trotz der unterschiedlichen Enttäuschungsgrade infolge des Scheiterns bei der Erfüllung von einigen Kopenhagener Zielen wurden bestimmte technische Fragen hinsichtlich der Bedeutung der Abholzung von Tropenwäldern geklärt, mit denen es in Entwicklungsländern als ein Schlüsselfaktor bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen umzugehen gilt.

Zusätzlich muss gesagt werden, dass die Konferenz einen Beschluss über Maßnahmen zur Verringerung von Abholzung und Waldzerstörung gefasst hat, mit dem eine Unterstützung bei der Verbesserung der Kapazitäten von Entwicklungsländern gefördert werden soll.

Jim Higgins (PPE). – Ich wünsche dem spanischen Ratsvorsitz alles Gute. Ich denke, dass Sie diese Woche für einen guten Start gesorgt haben. In diesem Sinne also, ¡viva España!

Ich darf im Hinblick auf die Frage selbst anmerken, dass Bäume für eine Kohlendioxidreduzierung sorgen, indem diese CO₂-Emissionen absorbieren. Die Tragödie beim Amazonasbecken, von dem sich 60 % in Brasilien befindet, ist, dass die rücksichtslose Zerstörung des herrlichen Amazonas offensichtlich ist: So wurden bislang beispielsweise 4,1 Mio. km² zerstört. Hierdurch wird die Kohlendioxidsenke beseitigt; es zerstört eine Lebensweise insofern, als dass die Amazonas-Indianer ausgerottet werden; drittens, aus der Sicht der Agrarproduktion wissen wir, dass die Produktionsstandards in keiner Weise die EU-Standards zur Einhaltung erfüllen.

Können wir also letzten Endes etwas tun, oder reden wir nur?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Higgins, lassen Sie mich sagen, dass wir Ihren Überlegungen absolut zustimmen und weiterhin, dass das Ziel der spanischen Ratspräsidentschaft die intensivierte Erhaltung und nachhaltige Nutzung zugunsten der Artenvielfalt ist, damit will ich sagen, dass im Rahmen der Artenvielfalt eine fortgeschrittene und tiefgründige Vision erlangt wird. Dies wird einer der Schwerpunkte, eine der Prioritäten unserer Ratspräsidentschaft sein.

Ich weiß die Bewertung, die Sie über den gelungenen Start unserer Ratspräsidentschaft gemacht haben, zu schätzen. Außerdem muss ich Ihnen sagen, dass die Kommission vorhat, Anfang dieses Jahres ein Grünbuch zum Forstschutz vorzulegen. Dies könnte eine sehr wichtige Initiative sein, und es werden entsprechende Arbeiten verrichtet, um auf die Phänomene zu reagieren, die diese Gebiete zerstören. Sie haben einige dieser Elemente genannt, und es gibt weitere, wie beispielsweise Schäden, die durch Waldbrände verursacht werden.

Es gibt viele andere zu berücksichtigende Elemente, sicher ist jedoch, dass dies eine wichtige Zeit im Kampf gegen die Zerstörung unserer Bäume sein wird, dass sich dieser Schwerpunkt sehr gut in die Strategie zur Erhaltung der Artenvielfalt einfügt und dass dies zweifellos eines der von der Europäischen Union in diesem Jahr angegangenen Schlüsselhandlungselemente sein wird.

Chris Davies (ALDE). – Ich bin guten Mutes, denn eine der wenigen positiven Ergebnisse der Kopenhagener Konferenz war die breite Zustimmung für einen Mechanismus, mit dem Industrieländer sich finanziell an der Verhinderung der Zerstörung der tropischen Regenwälder beteiligen können.

Stimmt der Herr Minister also darin zu, dass eines der Ziele des spanischen Ratsvorsitzes sein sollte, dieser Vereinbarung konkreten Inhalt zu verleihen und einen guten Hinweis von Europa dahingehend sicherzustellen, dass wir bereit sind, uns bei der Verhinderung der Zerstörung von Regenwäldern zu engagieren?

Franz Obermayr (NI). – Herr Minister! Um eine Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen, wurden bekannterweise Zertifikate eingeführt, und dahin geht auch meine Frage. Vor nicht allzu langer Zeit kam ans Tageslicht, dass mit dem Emissionshandel Schindluder und Missbrauch betrieben wurde. Inwieweit wurde bzw. wird den Vorwürfen nachgegangen und in welchem Ausmaß sind diesbezüglich Änderungen geplant?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich stimme dem ersten Redebeitrag zu. Ich glaube, dass sich dies mit dem deckt, was wir gesagt haben. Wir müssen die Abholzung der tropischen Wälder in Entwicklungsländern in Angriff nehmen. Dies ist ein essentieller Faktor bei der Verbesserung der Kapazitäten der Entwicklungsländer, auch zu ihrem eigenen Vorteil, und hat unter Beteiligung der indigenen Völker, der örtlichen Bevölkerung und der Einrichtung von nationalen Forstkontrollsystemen zu erfolgen.

Somit glaube ich, dass in Kopenhagen wesentliche Fortschritte diesbezüglich erzielt wurden, und es kann nicht geleugnet werden, dass die Europäische Union eine Vorreiterrolle und Führungsposition in dieser und in anderen Hinsichten beim Kampf gegen den Klimawandel einnimmt. Die kritischen Bemerkungen, die von der Europäischen Union in Bezug auf Kopenhagen erfolgen könnten, sind, dass man dem Erreichten um Längen voraus war.

Die Europäische Union möchte sich diesem Thema viel eingehender annehmen, wobei die von Ihnen aufgeworfenen Probleme selbstverständlich berücksichtigt werden, die eng mit den Aktionsprogrammen der Europäischen Union in Bezug auf den Kampf gegen den Klimawandel verknüpft sind.

Der genannte Sonderfall ist natürlich im Rahmen dessen, was umgesetzt wird, die Umsetzung der Maßnahmen gegen die Klimaveränderung. Ein Punkt dabei ist natürlich, zu vermeiden, dass Aktionsprogramme durch

den Missbrauch einzelner Instrumente denaturiert werden, und es ist Teil der Schwierigkeiten, die durch diese oder jede andere Maßnahme entstehen können. Natürlich gehört dies zu den Pflichten, die wir alle sorgfältig überwachen müssen.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 5 von Herrn **Liam Aylward** (H-0487/09)

Betrifft: Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Bekämpfung der Alzheimer-Krankheit

Schätzungen zufolge leiden 8,6 Millionen Menschen in Europa an neurodegenerativen Erkrankungen wie der Alzheimer-Krankheit, und mit der zunehmenden Alterung der europäischen Bevölkerung wird die Zahl der Betroffenen weiter steigen.

Der Rat wird ersucht, sich genauer zu der unlängst angekündigten Initiative für die gemeinsame Planung bei der Bekämpfung neurodegenerativer Krankheiten zu äußern. Wie sollen die koordinierten Maßnahmen, die auf europäischer Ebene zur Unterstützung der Patienten, ihrer Angehörigen und des Pflegepersonals getroffen werden sollen, nach Auffassung des Rates konkret aussehen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Der Rat misst der Alzheimer-Krankheit und neurodegenerativen Erkrankungen im Allgemeinen allergrößte Bedeutung bei.

Die Bekämpfung dieser Krankheit muss eines der obersten Ziele der Europäischen Union sein, auch in dem Bewusstsein, dass die Erkrankungshäufigkeit exponentiell mit dem Alter ansteigt und sich alle 5 Jahre ab dem 75. Lebensjahr verdoppelt. Eurostat sagt voraus, dass die Anzahl der betroffenen Personen ab 65 Jahre sich in der Europäischen Union zwischen 1995 und 2050 verdoppeln wird.

Zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage gehören zwei Aspekte, Herr Aylward. Einerseits wird ein Pilotprogramm für gemeinsame Planung für neurodegenerative Krankheiten und insbesondere Alzheimer benötigt, was der Rat bereits in Angriff genommen hat. Dies steht in dem Ihnen bekannten spanischen Ratspräsidentschaftsprogramm. Und auf dieser Grundlage legte die Kommission einen Vorschlag vor, der, wie Ihnen bekannt ist, in den Schlussfolgerungen des Rates im Dezember 2009 angenommen wurde. In Ergänzung hierzu hat der Rat die Resolution dieses Hauses, dem Europäischen Parlament, bei dieser Pilotinitiative berücksichtigt. Andererseits, im Hinblick auf die Koordinierung der europäischen Arbeit stimmt der Rat ebenfalls dieser Linie zu, dass wir deutlich auf europäischer Ebene diese und weitere ähnliche Krankheiten bekämpfen müssen, vor allem, um sowohl Patienten als deren Familien zu entlasten. Es wurde berechnet, dass für jede unter dieser Krankheit leidende Person drei Familienmitglieder betroffen sind, da sie die Pflegelast tragen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass diesbezüglich auf europäischer Ebene zusammengearbeitet wird.

Im Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung, der vom Rat im Jahr 2008 angenommen wurde, verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, den Zugang zu qualitativ hochwertigen Leistungen zu erhöhen, wobei staatliche und private Kompetenzen sowie formelle und informelle Pflege ins Gleichgewicht gebracht werden sollten. Die Mitgliedstaaten sind der Ansicht gewesen, dass die Bereitstellung von Dienstleistungen in einem stationären oder ambulanten Rahmen besser als Betreuungseinrichtungen sei, bzw. diesen vorzuziehen sei; dennoch ist es eine Tatsache, dass diese qualitativ hochwertigen Leistungen für viele Mitgliedsstaaten weiterhin eine Herausforderung darstellen.

Rat und die Europäische Union haben diese Richtlinien zu dieser Krankheit vorgelegt.

Liam Aylward (ALDE). – Wie Sie richtig gesagt haben, wird sich die Anzahl der Demenzpatienten in Europa bis 2050 schätzungsweise verdoppelt haben.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten sich den besonderen Bedürfnissen von Demenzpatienten widmen und wesentliche Unterstützung für Betreuungspersonen bereitstellen.

Gegenwärtig jedoch verfügen zahlreiche Länder der Europäischen Union über keinerlei vorzuschlagende Pläne zur Entwicklung nationaler Strategien im Hinblick auf Demenz. Also lautet meine Frage: Wie wird der Rat gezielt Mitgliedstaaten unterstützen, um die Demenz zur einer Priorität des öffentlichen Gesundheitswesens zu machen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Wir beabsichtigen, unter dem spanischen Ratsvorsitz eine von uns als essentiell erachtete Richtlinie über neuartige Therapien und Unterstützung bei chronischen und nicht übertragbaren Krankheiten zu fördern. Dies ist etwas, was auf höchster Ebene

angegangen werden muss und sollte daher Hand in Hand mit der Förderung von Qualitäts- und Sicherheitsverbesserungsinitiativen bei Patienten und der Arbeiten der hochrangigen Arbeitsgruppe Gesundheitswesen gehen.

Daher müssen wir Unterstützung leisten – da die Europäische Union häufig nicht über die hierfür erforderliche Zuständigkeit verfügt – durch Leitung, Koordinierung, Zusammenarbeit und die Herstellung von Synergieeffekten zwischen den einzelstaatlichen Aktionen in Bezug auf diese neurodegenerativen Krankheiten, insbesondere die Alzheimer-Krankheit und ebenfalls durch indirekte Hilfe.

Zwar sind die Mitgliedstaaten für die Bereitstellung der direktesten Unterstützung für beispielsweise Familien und sogar für Nichtregierungsorganisationen verantwortlich, obgleich im Rahmen des EU-Gesundheitsprogramms die Möglichkeit besteht, Zugang zu spezifischen Fonds im Namen von eigentlich Nichtregierungsorganisationen zu erhalten, was ebenfalls ein interessanter, wenngleich indirekter Weg ist, den Betroffenen und ihren Familien zu helfen, die sehr direkt von der Alzheimer-Krankheit und anderen degenerativen Krankheiten betroffen und in diesem Sinne sehr abhängig sind.

Jim Higgins (PPE). – Ich möchte dem Rat für die Antwort danken. Kann ich den Rat nach seiner Position hinsichtlich der im Vereinigten Königreich und in Irland weitverbreiteten Praxis der Sondenernährung von Alzheimerpatienten fragen? Ich weiß nicht, wie das für den Rest von Europa ist.

Wir sprechen über die Einführung einer Sonde in das Abdomen. Der Rat sprach über Richtlinien. Richtlinien und Standards sind sehr wichtig, aber dieses besondere Verfahren wird damit begründet, dass hierdurch der Patient ausreichend ernährt wird, um sicherzustellen, dass obwohl sie demenzkrank sind – sie haben die Aufnahme von Nahrung usw. verweigert – diese tatsächlich leben, aber für mich ist hiermit etwas äußerst absonderliches verbunden. Was ist Ihre Position in dieser Angelegenheit, und werden Sie Standards festlegen?

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Angesichts der Tatsache, dass sehr viele Menschen von neurodegenerativen Erkrankungen betroffen sind und einige Länder über unzureichende Einrichtungen für die Diagnose und die Behandlung dieser Krankheiten verfügen, möchte ich Sie fragen, ob Sie sich für die Errichtung von europäischen Behandlungszentren aussprechen, die auf der Grundlage einer zunehmenden Patientenzahl die Forschung auf dem Gebiet fördern könnten, um Lösungen für die Prävention und die Behandlung dieser Krankheit zu entwickeln.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Diese beiden von zwei Abgeordneten aufgeworfenen Themen erfordern sozusagen ein wissenschaftliches Gutachten. Ich glaube, dass es in dieser Hinsicht Gruppen und Initiativen innerhalb der Europäischen Union gibt, die das geeignete Forum für die Arbeit an Vorschlägen und an den von Ihnen aufgeworfenen Beobachtungen darstellen. So beispielsweise das Pilotprogramm zur Bekämpfung neurodegenerativer Erkrankungen und insbesondere der Alzheimer-Krankheit, für das die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rats unterbreitet hat, der derzeit in Bearbeitung ist.

Andererseits erwähnte ich zuvor, wie Sie wissen, das Bestehen einer hochrangigen Arbeitsgruppe für die gemeinsame Planung im Zusammenhang mit diesen Erkrankungen, die in diesem Fall chronisch und nicht ansteckend sind. Diese Gruppe führt eine umfassende Überwachung dieser Pilotinitiative durch, um bestimmte Angelegenheiten zu definieren und zu spezifizieren und somit eine gezieltere Entscheidungsfindung zu ermöglichen, wie Sie in Ihren Beiträgen erwähnten. Ich denke, dass dies der richtige Ort für die Behandlung dieser Angelegenheit ist.

Bislang hat sich diese hochrangige Gruppe auf einen Ansatz und auf ein strategisches Forschungsprogramm geeinigt. 24 Länder nehmen daran teil, und momentan setzen diese ihre Managementstrukturen und entscheiden über ihren Aktionsplan. Die nächste Sitzung dieser Gruppe wird während der Amtszeit der spanischen Ratspräsidentschaft erfolgen, und ich denke, dass sie daraufhin die von Ihnen aufgeworfenen Fragen auf eine sehr gezielte, direkte und unmittelbare Weise in Angriff nehmen können.

Ich denke, dass dies der richtige Ort und das richtige Forum ist. Dafür ist es gedacht. Dafür wurde die hochrangige Arbeitsgruppe gegründet: für die Erarbeitung und Vorbereitung nachfolgender Entscheidungen.

Die Präsidentin. – Ich kann nachvollziehen, dass Herr Higgins wahrscheinlich nicht sehr glücklich darüber ist, aber es handelt sich meines Erachtens um eine schwierige Frage, womöglich eine, die irgendwann einmal eine eigene Fragestunde verdient.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 6 von Herrn **Harlem Désir** (H-0489/09)

Betrifft: Soziale Verantwortung der Unternehmen

Aus Anlass der unter dem Motto „Protect, Respect, Remedy“ stehenden Konferenz in Stockholm vom 10. und 11. November 2009 wurden die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten von der amtierenden Ratspräsidentschaft und der künftigen spanischen Ratspräsidentschaft aufgerufen, eine Vorreiterrolle in Sachen sozialer Verantwortung von Unternehmen zu übernehmen. Im März 2007 hatte das Parlament die Einführung eines Mechanismus gefordert, der darauf ausgerichtet sein soll, Opfern unseriöser Unternehmenspraktiken die Durchsetzung ihrer Schadensersatzansprüche vor den europäischen Gerichten zu erleichtern, die Verpflichtung der Unternehmen auszuweiten, wonach sie die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf Umwelt und Menschenrechte zu minimieren haben, und schließlich Normen für die Berichterstattung auf internationaler Ebene festzulegen. Der Rat unterstreicht in seiner Erklärung zwar die erzielten Fortschritte, mahnt aber auch zur Arbeit an gemeinsamen Rahmenwerken, aus denen eindeutig hervorgeht, dass die Staaten die Pflicht haben, darüber zu wachen, dass die Menschenrechte in der Geschäftswelt respektiert und bei Verstößen entsprechende Sanktionen erhoben werden.

Welche zwingenden Rechtsinstrumente schlägt der Rat vor, damit die Unternehmen den Grundsatz der Wahrung der gebotenen Sorgfalt und die Berichterstattungspflicht respektieren und damit durch sie verursachte Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschädigungen entsprechend sanktioniert werden?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Ich muss auf die Konferenz über soziale Verantwortung von Unternehmen verweisen, die am 10. und 11. November 2009 in Stockholm stattfand.

Die schwedische Ratspräsidentschaft, die diese Konferenz organisierte und die zu diesem Zeitpunkt zukünftige und jetzige spanische Ratspräsidentschaft kamen zu dem Schluss, dass die Europäische Union vor diesem Hintergrund die internationale Führungsposition übernehmen und als ein Beispiel für das wichtige Thema dienen sollte, das Herr Désir mit seiner Frage aufwirft. Dieses Thema ist die soziale Verantwortung von Unternehmen hinsichtlich der Schaffung von Märkten, der Korruptionsbekämpfung, des Umweltschutzes und der Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte am Arbeitsplatz, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Europäische Union die größte Wirtschaft der Welt und der größte Geber für die Entwicklungszusammenarbeit ist. Europa beherbergt zahlreiche multinationale Unternehmen. Es ist ein sehr geeigneter Ort für die Übernahme dieser Führungsposition.

Soziale Verantwortung besteht im Wesentlichen aus drei Komponenten, nämlich Schutz, Respekt und Rechtsbehelf. Der Staat sollte Regeln im Sinne von Gesetzgebung für die Entwicklung in punkto Menschenrechtsverletzungen, insbesondere seitens Unternehmen, schützen. Die Wirtschaft hat die Verantwortung dafür, dass Menschenrechte respektiert werden, und es gibt die Verantwortung für alle beteiligten Parteien, den Zugang zu angemessenen Rechtsmitteln sicherzustellen, und zwar mit dem Ziel des Schutzes und der Verbesserung dieser Menschenrechte.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nun über ein weiteres Instrument verfügen, und zwar die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Diese ist rechtlich bindend, d. h., dass erstmalig auch auf europäischer Ebene ein Schutz der Angelegenheiten besteht, auf die sich der Grundsatz der sozialen Verantwortung bezieht.

Es ist erforderlich, dass alle interessierten Parteien daran teilnehmen. Es ist erforderlich, den Dialog mit Nichtmitgliedstaaten, mit der Zivilgesellschaft, mit den Gewerkschaften, mit Unternehmen (einschließlich kleinerer und mittlerer Unternehmen) fortzusetzen, um dieses Konzept, dieses Trio, dass wir erwähnten, fortzuführen: Schutz, Respekt und Rechtsbehelf zu konkretisieren. Die spanische Ratspräsidentschaft wird dies weiterhin fördern. Insbesondere wird sie vom 25.-26. März eine Konferenz in Palma de Mallorca abhalten, die sich mit der Frage der Institutionalisierung der sozialen Verantwortung von Unternehmen, aus der Sicht ihrer Beziehung mit dem sozialen Dialog, beschäftigt.

Die Konferenz wird die Möglichkeit untersuchen, dieses Rahmenwerk in die Liste der Instrumente aufzunehmen, die die EU und ihre Mitgliedstaaten bei der Durchführung ihrer Aktivitäten benutzen können, auch im Zusammenhang mit einer Angelegenheit, auf die heute morgen bei der Präsentation des Programms der spanischen Ratspräsidentschaft, der EU 2020 Strategie, hingewiesen wurde. Auch dort muss das Ziel der sozialen Verantwortung präsent sein.

Harlem Désir (S&D). – (FR) Ich danke Ihnen, Herr Minister, für Ihre Antwort. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Initiative, diese Konferenz in Palma de Mallorca im März abzuhalten, da sie an die in Stockholm abgehaltene Konferenz anknüpft.

Das Problem besteht darin, dass wir es mit multinationalen Unternehmen zu tun haben; wie Sie sagten, muss Europa führend bei der sozialen Verantwortung sein, aber es hat auch die Führung in puncto Verhalten von europäischen Unternehmen außerhalb Europas zu übernehmen. Das Problem ist, dass diese Tochtergesellschaften eigenständige Rechtspersonen sind. Sind Sie bereit, ein Rechtsinstrument in Betracht zu ziehen, mit dem Mutterfirmen verpflichtet würden, für das Verhalten ihrer Tochtergesellschaften, die ihren Sitz in anderen Teilen der Welt haben, Verantwortung zu übernehmen, wenn diese ihren Pflichten in Bezug auf die Umwelt oder die Achtung von Menschen- oder Arbeitnehmerrechten nicht nachkommen? Wird nämlich diese Verpflichtung nicht auferlegt, so werden europäische Unternehmen durch das Netz dieser sozialen Verantwortung schlüpfen, die Europa aufgrund des Verhaltens ihrer Tochterfirmen mit Sitz in anderen Regionen der Welt fördern möchte.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich denke, dass die Europäische Union bewährte Verfahrensweisen europaweit unterstützen sollte und dass dies die Gesetzgebungsvorschläge hervorbringen wird, die diese Situation verbessern können.

Wir müssen denjenigen Teil der sozialen Verantwortung, den wir den rechtlich bindenden Teil nennen werden, berücksichtigen. Dieser hat vor allem mit der Einhaltung der Menschenrechte zu tun. Zudem gibt es einen freiwilligen, aus optionalen Praktiken bestehenden Teil. Es ist daher wichtig, dass Foren auf europäischer Ebene und darüber hinaus geschaffen werden, um sich mit diesen Angelegenheiten zu beschäftigen. Einige von ihnen arbeiten bereits. So trifft sich beispielsweise die hochrangige Arbeitsgruppe der Mitgliedstaaten alle sechs Monate, um Erfahrungen hinsichtlich der sozialen Verantwortung auszutauschen.

Ich glaube ebenfalls, dass in diesem Zusammenhang einer wirtschaftlichen Krise es umso wichtiger ist, in dieser Richtung zu wirken und auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und auf den Umweltschutz, in Verbindung mit sozialer Eingliederung, hinzuarbeiten. Dies gilt insbesondere für 2010, dem Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Ich denke, dass dies der Ausgangspunkt sein sollte und dass es in diesem Zusammenhang dort, wo diese Foren gestaltet werden sollen, wo alle Beteiligten sich an einem Dialog beteiligten sollten, der zu nachfolgende Maßnahmen führen sollte, in gewissem Umfang noch Pionierarbeit ist. Ich denke jedoch, dass wir diese Phase des Dialogs, der dringend erforderlich ist, durch gemeinsames Handeln in Angriff nehmen sollten, was bislang noch nie dagewesen ist.

Ádám Kósa (PPE). – (HU) Ich begrüße die Anregung des Ministers zur Hervorhebung bewährter Verfahrensweisen. Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die EU eine erheblich alternde Bevölkerung hat und Unternehmen unterliegen einer Verantwortung zur Erhaltung der Gesundheit von Personen, die langfristig arbeitsunfähig sind. Beabsichtigt der Rat, Druck auf Unternehmen auszuüben, die Erfahrung von Rentnern in der Gesellschaft zu nutzen? Das heißt, ihnen zu ermöglichen, aktiv zu bleiben und nicht nach der Pensionieren aufzuhören.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Minister! Die von Ihnen angesprochene Frage beschäftigt uns ja schon sehr lange. Vieles von dem, was gesagt wurde, hätte man vor 10, 15 Jahren auch schon so hören können. Darum konkrete Fragen: Stimmen Sie mit mir überein, dass entsprechend zum Vollzug und Sichtbarwerdenlassen der Übernahme von *corporate social responsibility* Anreize, aber auch Sanktionen notwendig wären? Können Sie sich vorstellen, dass man ein System des *naming and shaming* von Seiten der Europäischen Union auf den Weg bringt? Und wenn wir sehen, wie häufig jetzt gekennzeichnet wird, können Sie sich auch vorstellen, dass es auf Produkten von Unternehmen einen klaren Hinweis darauf gibt, ob sie diese Grundregeln der *corporate social responsibility* einhalten oder ob sie dagegen verstoßen? Man ist an so viele andere Kennzeichnungen gewöhnt, warum machen wir das nicht auch im sozialen Bereich?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich stimme dem ersten Redebeitrag dahingehend zu, dass ich glaube, dass es ist die Grundlage dafür ist, was ich als den Dialog der Europäischen Union mit Nichtmitgliedstaaten, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Unternehmen und allen interessierten Parteien bezeichnete; und natürlich ist die Beteiligung der von Ihnen, Herr Abgeordneter, genannten Personen unumgänglich.

Ich denke jedoch, dass es Teil eines umfassenden Ansatzes in Hinblick auf eine Frage sein sollte, die möglicherweise zum ersten Mal, bzw. fast zum ersten Mal, in der von mir genannten hochrangigen Arbeitsgruppe und auf der im März abzuhaltenden Konferenz angegangen wird. Meines Erachtens sollten dort die Diskussionen stattfinden, und es ist der beste Weg, unsere Ziele zu verfolgen.

In einigen Fällen ist es besser, den Weg der Anreize, in anderen Fällen den Weg der Sanktionen zu beschreiten. Der Weg der Sanktionen ist nicht immer der beste. Ich meine, dass dies eine umfassende Untersuchung erfordert, da ich glaube, dass wir eine umfassende Vision und eine Reihe von Maßnahmen benötigen, nicht sukzessive Einzelmaßnahmen, sondern schlussendlich eine umfassende Vision des gesamten Problems und der sie darstellenden Thematik, was eine große Chance ist: soziale Verantwortung.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 7 von **Hans-Peter Martin** (H-0491/09)

Betrifft: EU-Finanzaufsicht

Der EZB-Chef Jean-Claude Trichet sagte am Montag, den 07.12.2009, im Wirtschafts- und Währungsausschuss im Europäischen Parlament zu dem Thema EU-Finanzaufsicht und der Einigung der EU-Finanzminister: „Das ist nicht unbedingt die allerbeste Lösung“, weil zum Beispiel keine direkten Weisungsbefugnisse der geplanten EU-Behörden vorgesehen sind.

Wie will der Rat sicherstellen, dass sich transnational tätige Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister, Investmentfonds und Hedgefonds nicht durch weiterhin zersplitterte nationale Zuständigkeiten einer wirksamen Aufsicht entziehen?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Martin, ich denke, dass die EU ohne Frage eine ordnungsgemäße Aufsicht des Finanzsystems auf europäischer Ebene in Angriff nimmt, und sicherlich mussten wir uns in diesem Fall aus einer schweren Krise befreien. Sie geht dabei ausgehend von zwei wesentlichen Aspekten aus, die in den Richtlinien über die Finanzaufsicht festgeschrieben sind, die sechs Richtlinien, welche die Kommission letztes Jahr definiert hat und die momentan die Übereinstimmung zwischen dem Rat und diesem Parlament benötigen. Wir beabsichtigen, diese Vereinbarung während der spanischen Ratspräsidentschaft abzuschließen. Aus diesem Grund werden wir sie mit diesem Haus besprechen.

Einerseits gibt es das, was als makroprudentielle Aufsicht bekannt ist, und zwar über den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken, der ernsthafte Krisen vermeiden, finanzielle Stabilität garantieren und Störungen des Finanzsystems verhindern soll. Und andererseits gibt es das, was als makroprudentielle Aufsicht bekannt ist, wovon ich glaube, dass es das ist, worauf Herr Martin im Grunde mit seiner Frage abzielte.

Dies sind die drei europäischen Behörden bei Banken, Versicherungen und der Börse. Ziel dieser Beaufsichtigung ist eine genauere Kontrolle, die Wiederholung zu verhindern und die Verringerung von Störungen in einzelnen Finanzunternehmen und daher die Kunden solcher Unternehmen zu schützen.

Wie ich sagte, nahm der Rat endgültig einen gemeinsamen Standpunkt diesbezüglich ein. Zunächst sprach der Rat im Oktober letzten Jahres seine politische Zustimmung und sein politisches Vertrauen bezüglich dieser makroprudentiellen Aufsicht und im Dezember hinsichtlich der makroprudentiellen Aufsicht und des gesamten Legislativpakets aus. Dies ist etwas, wie ich bereits sagte, was dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und daher dem unterliegt, was das Parlament mit dem Rat vereinbart.

Diese drei Ausschüsse sollten aktiv werden. Wir möchten, dass die Richtlinien verabschiedet werden, sogar falls möglich, im ersten Semester des spanischen Ratsvorsitzes, in jedem Fall aber, dass diese gegen Ende 2010 auf den Weg gebracht sind. Dies ist das Ziel des Rats.

Infolgedessen erwarten wir eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, sodass wir diesen wichtigen Schritt zu einem Abschluss bringen können, von dem ich glaube, dass dieser historisch und übereinstimmend mit den Ansätzen ist, die sich außerhalb Europas, aus den G20, entwickelt haben, da die Vereinigten Staaten eine ähnliche Verordnung vorbereiten. Wir glauben, dass dies eine der Herausforderungen ist, der wir uns stellen müssen, um eine weitere Krise wie diese zu verhindern, die ihren Ursprung im Finanzsystem hat, durch fehlende Regulierung und durch die Verantwortungslosigkeit bestimmter Entscheidungsträger innerhalb des Finanzsystems, wie der Abgeordnete zuvor sagte.

Hans-Peter Martin (NI). – Danke für Ihre Ausführungen, Herr Minister. Sie haben den Makrobereich mit dem Sicherheits-Board angesprochen. Ihnen ist sicherlich bewusst, dass es da bereits sehr intensive Kritik gibt, einerseits was die Größe dieses Boards betrifft, weil es wieder nach einem typisch europäischen Proporzsystem zusammengesetzt ist. Sehen Sie da auch, wie viele andere, die Gefahr, dass da keine effiziente Arbeit möglich ist?

Die zweite Problematik bei diesem Sicherheits-Board ist die nicht gegebene Unabhängigkeit. Können Sie sich vorstellen, dass Sie unter der spanischen Ratspräsidentschaft da doch noch ein Stückchen weitergehen

und versuchen werden, mehr Unabhängigkeit sicherzustellen und entsprechend bei der Größe eventuell nachzubessern, weil auf dieser Grundlage kaum eine sinnvolle Arbeit möglich ist?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich glaube, dass die Kommission einen Vorschlag gemacht hat. Es gab eine Einigung, eine Einigung, die letztendlich erzielt wurde, ein Konsens im Rat, der nicht einfach war. Der schwedische Ratsvorsitz und die Kommission mussten zur Erreichung dieser Einigung im Ecofin-Rat große Anstrengungen unternehmen, und hier ist sie. Jetzt ist sie beim Europäischen Parlament angekommen, und es ist das Parlament, das diesen Ansatz anzunehmen hat, worauf Sie und andere hingewiesen haben.

Dies ist der Ort, um eine Einigung zwischen den beiden Polen zu erzielen. Es gibt einen Konsens auf Ratsebene, und wir werden sehen, ob wir einen Konsens im Europäischen Parlament erreichen können.

Ich denke, dass die von Ihnen angesprochenen Themen, wie andere, vollkommen vertretbar und diskutierbar sind, und ich bin mir sicher, dass wir zur einer Einigung zwischen den beiden gesetzgebenden Organen der Union kommen werden, da diese unbedingt erforderlich ist, nämlich dem Rat und dem Europäische Parlament.

Seán Kelly (PPE). – Wird der spanische Ratsvorsitz im Rahmen der vorgeschlagenen Finanzaufsicht Vorschläge in punkto beste Vorgehensweise bei der Begrenzung von Managergehältern von Großbanken und zudem die groteske Bonuskultur prüfen, wodurch viele der Schwierigkeiten gefördert wurden und wodurch wir in dem Sumpf gelandet sind, in dem wir uns jetzt befinden?

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, Herr López Garrido, ich möchte die Frage nach der Finanzaufsicht durch die Europäische Union über Spekulationen durch Investmentfonds, darunter auch Fonds mit Domizil in der Europäischen Union, am Finanzplatz London, verknüpfen. Presseartikel berichten uns, dass Investmentmanager auf einen Fall des Eurokurses, griechischer und sonstiger Staatsanleihen und auf Defizit und Verschuldung wetten, und dadurch die Kreditaufnahme verschärfen.

Sind Sie daher in der Lage, mir zu sagen, welche konkreten Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor spekulativen Angriffen durch Risikoinvestmentfonds, worunter auch Fonds mit Domizil in der Europäischen Union, getroffen werden können?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ja, ich denke, es ist sehr gut möglich, eine Debatte über bestmögliche Verfahrensweisen in Bezug auf Finanzunternehmen zu führen. Wir eröffnen gerade eine Debatte, die sich um diese Finanzaufsichtssysteme dreht, und ich glaube, dass dies genau der richtige Ort ist, um in dieser Richtung zu wirken und um in der Lage zu sein, einige der von Ihnen, Herr Kelly, eingebrachten Elemente sogar als Bestandteil der Richtlinien einzubringen.

Ich denke auch, dass es innerhalb dieser Richtlinien Platz für den Vorschlag des zweiten Redners gibt, den Sie in diesem Haus erörtern können, wie etwa in Bezug auf die unter die erörterten Überwachungsanforderungen fallende Regulierung von Hedge-Fonds, oder das, was der aktuelle EU-Ratspräsident hier heute Morgen nannte, die Beseitigung von Steuerparadiesen.

All diese vorgebrachten Anregungen haben ihren Platz und passen perfekt in die Debatte, die dieses Haus in den nächsten Monaten über die, wie sie der Europäische Rat seinerzeit bezeichnete, Reform führen wird, eine vollständige und aktuelle Reform der Aufsicht über das Finanzsystem. Eine sorgfältige und wichtige Reform daher, bei der sämtliche der von Ihnen aufgeworfenen Themen und Debatten ihren Platz haben.

Die Präsidentin. – Frage Nr. 9 von Frau **Rodi Kratsa-Tsagaropoulou** (H-0496/09)

Betrifft: Finanzielle Lage Griechenlands und Rolle der Eurozone

Die auf dem jüngsten europäischen Gipfel abgegebenen Erklärungen zur Ernsthaftigkeit der finanziellen Lage in Griechenland, aber auch in Bezug auf die Unterstützung für andere Mitgliedstaaten, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, waren widersprüchlich. Während Frau Merkel die gemeinsame Verantwortung aller Länder der Eurozone für das, was in einem der Eurozone angehörigem Land passiert, hervorgehoben hat, hat Herr Reinfeldt erklärt, dass die Lage Griechenlands „ein hausgemachtes Problem, das nationale Entscheidungen erfordert“, darstelle.

Wie sieht der Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten – insbesondere zwischen den der Eurozone angehörenden Mitgliedstaaten – im Falle eines drohenden Bankrotts eines dieser Staaten? Hält er es für zweckmäßig, dass die betroffenen Regierungen Garantien und Darlehen der EZB (Europäische Zentralbank) in Anspruch nehmen können, um die Spekulation zu zügeln und um den schädlichen Auswirkungen einer

möglichen Verschlechterung der Kreditwürdigkeit der Mitgliedstaaten zu begegnen, die den Teufelskreis der Staatsverschuldung weiterführen?

Ist der Rat der Ansicht, dass es zusätzlich zu den Sanktionen im Rahmen des SWP (Stabilitäts- und Wachstumspakt) notwendig ist, verstärkt vorbeugende Kontrollen und Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und des Wachstums in verschuldeten Mitgliedstaaten einzuführen, bevor diese in eine mehr als problematische Lage geraten?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) In den Verträgen der Europäischen Union gibt es eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten. Die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten sind für die Union von gemeinsamem Interesse, wobei aber zugleich die nationalen Haushalte in den Zuständigkeitsbereich jedes einzelnen Mitgliedstaats fallen.

Angesichts der Tatsache, dass es in 16 Ländern der Union eine Einheitswährung gibt und dies gleichzeitig ausgeweitet werden soll, da die Idee einer Währungsunion im Vertrag von Maastricht als das am stärksten übergreifende Ziel erscheint, gibt es natürlich die Berücksichtigung der Vorschriften der Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Haushalte, da dies die Wirtschaft und das Währungssystem in seiner Gesamtheit beeinflusst.

Daher ist die Vermeidung von übermäßigen öffentlichen Defiziten notwendig, was für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion unerlässlich ist. Nun muss konstatiert werden, dass sich von diesen beiden die Währungs- und nicht so sehr die Wirtschaftsunion am meisten entwickelt hat.

Somit untersagt der Stabilitätspakt und, in Maastricht seinerzeit, Art. 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Defizite oder die Kreditvergabe zur Deckung dieser Defizite durch die Europäische Zentralbank und die Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist. Ebenfalls heißt es im Vertrag, dass weder die Union noch die Mitgliedstaaten Verpflichtungen der Zentralregierung oder anderer Behörden eines anderen Mitgliedstaats übernehmen oder darauf eingehen werden.

Daher hat sich jeder Mitgliedstaat zu seinen Verbindlichkeiten zu bekennen, und der Rat erklärte, dass sämtliche Mitgliedstaaten dies tun müssten, und er bleibt dahingehend zuversichtlich, dass Griechenland und die anderen Mitgliedstaaten die notwendigen Entscheidungen treffen werden, um ihr ökonomisches Gleichgewicht zu korrigieren, um die Stärke ihres nationalen wirtschaftlichen und finanziellen Umfelds zu bewahren.

Es muss daran erinnert werden, dass bei einem Defizitverfahren in berechtigten Fällen die Überwachung der Wirtschaftspolitik erwogen wird. Der Rat wird den Fall Griechenland erörtern, wir hoffen, im Februar. Es besteht die Möglichkeit, dass dann, abhängig vom Initiativrecht der Kommission, Empfehlungen angenommen werden und daher Strategien so festgelegt werden, dass die Europäische Union ihr Interesse und ihre Beteiligung an schwierigen Situationen oder Umständen zum Ausdruck bringt, denen bestimmte Mitgliedstaaten ausgesetzt sind.

Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, Herr López Garrido, Sie haben uns an die Vertragsartikel erinnert, die sich mit dem Defizitverfahren beschäftigen. Das Parlament kennt diese Artikel. Ich habe jedoch das Gefühl, dass Sie mir mehr Informationen darüber geben könnten, was Herr Zapatero meinte, als er von Solidarität im Euroraum, über Solidarität in Ländern mit besonderen Finanzproblemen sprach. Besteht vielleicht die Möglichkeit, eine bessere finanzielle Koordinierung zwischen dem Zentrum und den Regionen zu erörtern, was die Beihilfen anbelangt? Besteht vielleicht die Möglichkeit einer besseren Steuerkoordinierung, um das Steuer- und Sozialdumping zu verhindern, das bereits die Europäische Union belastet und besondere Folgen für bestimmte Länder hat? Können Sie mir mehr darüber sagen, was Sie eingangs im Zusammenhang mit dem sagten, was Herr Zapatero mit Solidarität meinte?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Die Europäische Union ist eine Region in der Welt, in der Solidarität besonders sichtbar praktiziert wird. So hat beispielsweise Griechenland oder mein Land, Spanien, eine große Solidarität seitens der Europäischen Union über europäische Fonds und Strukturfonds erfahren; dies sind wesentliche Elemente europäischer Solidaritätspolitik, die wir fortsetzen werden.

Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es etwas hiermit Vergleichbares. Hierdurch wurde in vielen Ländern ein deutlicher Fortschritt ermöglicht, etwas, von dem alle Länder in ihrer Gesamtheit profitieren, und wodurch zugleich Märkte geöffnet werden. Gleichzeitig gab es den Transfer bestimmter Beträge in Richtung der Modernisierung einer Region. Dies ist ein besonders deutliches Beispiel für Solidarität. Dies sind Fonds, die

natürlich korrekt verwendet und, was vollkommen logisch ist, von der Europäischen Union überwacht werden müssen. Es gibt somit Solidarität.

Eine weitere Form der Solidarität können wir dem Vertrag klar entnehmen. Sie wiesen insbesondere auf den Vertrag hin. Der Vertrag stellt die Verpflichtung der Mitgliedstaaten fest, ihre Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik zu koordinieren. Artikel 5 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union stellt diese deutlich fest, und dort wird die Solidarität der Europäischen Union ebenfalls erwähnt, nämlich in der gemeinsamen Diskussion und der gemeinsamen Annahme von Zielsetzungen, mit dem Ziel einer koordinierten Wirtschaftspolitik.

Viele der gegenwärtigen Probleme in verschiedenen europäischen Ländern als Folge der Krise wären nicht so intensiv, wenn es eine Wirtschaftsunion viel früher gegeben hätte, denn die Wirtschaftsunion stockte. Die Währungsunion kam voran, aber die Wirtschaftsunion blieb stehen, und diese Synergien bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union, die kurzum eintreten sollten, blieben aus. Dies ist, was der Vertrag schlussendlich vorschlägt.

Die Europa 2020 Strategie, die zu vereinbarenden Ziele im Hinblick auf Investitionen im Bereich Bildung, der Spezialisierung und der Arbeitsteilung und des Kampfes gegen den Klimawandel sind gleichermaßen Elemente, auf die man sich auch zugunsten der Solidarität einigen muss. Auch dort kommt Solidarität sehr klar zum Ausdruck auf einem Kontinent, in einer Europäischen Union, die stets so geschlossen wie möglich sein muss. Jedoch hindert dies den Vertrag logischerweise natürlich nicht daran, den Mitgliedstaaten Verantwortung in Bezug auf deren Schuldenniveau oder den Kredit, den sie aufnehmen, abzuverlangen. Dies fällt selbstverständlich in den Verantwortungsbereich jedes einzelnen Staates. Es gibt jedoch den Gesamtkontext eines Markts, einer Sozialpolitik, Strukturpolitik, Regionalpolitik und zukünftig, so hoffe ich, die Koordinierung von Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, die zweifelsohne in einen solidarischen Kontext fällt.

Dies ist die geeignetste, eingehendste und weitreichendste Form einer Solidaritätspolitik in der Union.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Ich möchte gerne noch eine Frage stellen, da Sie, Herr Minister, sagten, man würde auf die sehr ernste Situation in Griechenland auf der Sitzung der Kommission im Februar dieses Jahres zurückkommen. Die Krise in Griechenland ist sehr ernst, jedoch wissen wir alle nur zu gut, dass sie sich leider ausweiten kann. Ich möchte Folgendes fragen: Sollten Sie, neben dem Forum der Kommission, nicht eine grundlegendere Diskussion mit der Europäischen Zentralbank anfangen? Ich denke, auch hier handelt es sich um ein wichtiges Organ, das im Hinblick auf die Situation in Griechenland aktiver sein sollte.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich glaube, dass jedes Organ sein eigenes Arbeitsgebiet hat. Dies ist eine der wichtigsten Eigenschaften der Struktur der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und verleiht ihr Glaubwürdigkeit.

In der Tat wird der Rat den Fall Griechenland selbstverständlich ausreichend erörtern, da es eines der Mitgliedstaaten der Union ist und was in einem anderen europäischen Land geschieht, betrifft uns eindeutig alle. Was in Ländern außerhalb Europas geschieht, wirkt sich auf uns aus. Umso stärker trifft es uns in einem Raum, an dem es den Binnenmarkt und eine einheitliche Währung für 16 Länder gibt.

Es leuchtet ein, dass dies innerhalb der infolge des Vertrag festgelegten Grenzen erörtert wird und dass dies weiterhin auf der Grundlage einer Budget- und Wirtschaftsstrategie erfolgt, die den aktuellen Umständen als zweckmäßig erachtet und die in diesem Fall Griechenland empfohlen wird, wovon das Land zweifelsohne profitieren wird.

Die Europäische Zentralbank hat ausgehend von einer unabhängigen Position ihre eigenen Pflichten im Vertrag, Pflichten im Hinblick auf die finanzielle Stabilität und die Preisstabilität. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist ein wesentlicher Grundsatz der Europäischen Union und verleiht unserem Wirtschafts- und Finanzsystem und unserer gemeinsamen Währung, dem Euro, eine große Glaubwürdigkeit. Dieses Unabhängigkeitskriterium sollte respektiert werden, da es ein fundamentales Element der Wirtschafts- und Währungsunion ist, welche wir vor mehreren Jahren in der Europäischen Union beschlossen haben.

Die Präsidentin. – Herr Minister, vielen Dank für Ihre Teilnahme an dieser ersten Fragestunde unter ihrem Ratsvorsitz.

Fragen, die aus Zeitmangel nicht beantwortet wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anhang).

Die Fragestunde ist geschlossen.

(Die Sitzung wird um 19.15 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: 26 - FRAU KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

13. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

14. Demokratisierung in der Türkei (Aussprache)

Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Demokratisierung in der Türkei.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Meine Damen und Herren! Ich habe das Vergnügen, diesen Plenarsaal in einer Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für die Europäische Union anzusprechen, nämlich die Beziehungen zur Türkei und insbesondere die Demokratisierung der Türkei, was offensichtlich das Hauptthema der Debatte und eine Angelegenheit ist, die die Union direkt betrifft, wenn man bedenkt, dass die Türkei ein Beitrittskandidat ist.

Die Türkei hat den Status eines Kandidatenlandes, das nun schon mehrere Jahre um den Beitritt zur Europäischen Union verhandelt; und bekanntermaßen verlangen wir unter den politischen Voraussetzungen von Kopenhagen von einem Land, das der Union beitreten möchte, stabile politische Institutionen und die Garantie von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und die Achtung von Minderheiten.

Daher muss die Türkei diese Anforderungen erfüllen. Es sind noch einige Kapitel offen für mögliche Verhandlungen. Das Ergebnis einiger Verhandlungen ist noch offen, andere Verhandlungen werden blockiert, und es ist klar, dass die Türkei für die Union von großer strategischer Wichtigkeit ist. Erstens, weil sie ein Land mit europäischer Perspektive ist und des Weiteren, weil sie aus Sicht der Energieversorgung ein großes Land von wachsender strategischer Wichtigkeit und ein Land von unbestrittener wirtschaftlicher und natürlich auch politischer Bedeutung ist. Die Türkei ist übrigens auch Mitglied der NATO und daher ist sie für einige Länder der Europäischen Union auch ein Partner im Bereich dieses militärischen Bündnisses.

Es muss außerdem auf die positiven Veränderungen in der Türkei hingewiesen werden. Die europäische Perspektive hat die Türkei in positivem Sinne insbesondere zur Initiierung demokratischer Veränderungen und demokratischer Konsolidierung veranlasst. Die jetzige türkische Regierung hat sogar die so genannte "Demokratische Initiative" als Maßnahme für eine Reihe notwendiger institutioneller Änderungen am türkischen Regierungssystem auf dessen Weg zur Demokratisierung ins Leben gerufen. Die Europäische Union betreffend ist ihr Interesse sogar innerhalb der Regierung durch die Ernennung von Minister Bağış bekundet worden, mit dem ich viele Male gesprochen habe und der insbesondere zuständig für die Verhandlungen mit der Europäischen Union ist.

So können wir einerseits sehen, wie die Türkei, zweifelsohne durch die europäische Perspektive motiviert, Reformen ins Leben ruft, aber auf der anderen Seite bestehen weiterhin ganz klar Unzulänglichkeiten in dem speziellen Bereich, bei dem es in dieser Debatte geht, dem Bereich der Demokratie und der Achtung von Grundfreiheiten.

Wir halten das Schutzniveau und die Gewährleistung bestimmter Freiheiten immer noch für unzureichend, insbesondere, was das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, Religionsfreiheit, die Rechte von Gewerkschaften, von Minderheitengruppen oder von Frauen und Kindern sowie den Kampf gegen Diskriminierung und die Gleichstellung der Geschlechter betrifft. Das hat dazu geführt, dass wir der Türkei als Teil dieses Prozesses eine Reihe konstitutioneller Reformen vorgeschlagen haben, ohne die es schwierig würde, in den genannten Bereichen vorwärts zu kommen.

Daher wünscht sich die Europäische Union ein Vorwärtsgang in diesen Bereichen, wie es im Rahmen der Verhandlungen mit der Türkei festgelegt ist, und darüber hinaus wird sie die Türkei entsprechend anweisen, sofern es erforderlich ist und eine bestimmte Maßnahme nicht in die richtige Richtung geht oder den Fortschritt verzögert.

Das passierte, als die Entscheidung, die DTP (*Demokratik Toplum Partisi*) aufzulösen und eine Reihe ihrer demokratisch gewählten Vertreter an der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit zu hindern, am 11. Dezember vom türkischen Verfassungsgericht verabschiedet wurde. Der Vorsitz im Rat äußerte seine Bedenken zu diesem gefassten Beschluss, und es gab eindeutig Stimmen der Europäischen Union, die ihren Bedenken

gegen diese Entscheidung entschieden Ausdruck verliehen. Des Weiteren stärkt diese Meinung die notwendigen Reformen innerhalb der türkischen Gesetzgebung, die Verordnungen für politische Parteien an bestimmte Empfehlungen anzupassen, die von der Venedig-Kommission des Europarats festgelegt wurden und in den einschlägigen Verordnungen der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die im Übrigen vom türkischen Staat unterzeichnet und ratifiziert worden sind und in diesem Fall der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg unterliegen, abgefasst sind.

Folglich komme ich zum Schluss, Frau Präsidentin. Die Ratspräsidentschaft wird dieser Angelegenheit weiterhin viel Bedeutung beimessen. Jeder Aspekt des gegenwärtig in der Türkei stattfindenden Reformprozesses wird genau verfolgt werden und in jedem Fall innerhalb eines Rahmens, den wir als positiv erachten und der ein Rahmen aus Verhandlungen und Assoziierung für eine Mitgliedschaft ist, stattfinden. Wir halten dies für einen strategischen Rahmen, mit dem wir fortfahren müssen, und die Bestrebungen der gegenwärtigen spanischen Ratspräsidentschaft sind darauf ausgerichtet, weiterhin neue Verhandlungswege zu eröffnen und so wie im letzten Jahr detaillierte Verhandlungen zu führen.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich begrüße diese sehr wichtige Debatte zur türkischen Demokratisierung. Ich erinnere uns alle daran, dass der Prozess des Beitritts der Türkei zur EU von strategischer Wichtigkeit für die Europäische Union bleibt.

Demokratische Reformen und die demokratische Transformation der Türkei stärken Stabilität und Sicherheit in der Türkei und den Nachbarländern der EU und der Türkei. Der Fortschritt in der Türkei inspiriert die Reformer und fungiert als Katalysator für Demokratie und Menschenrechte in der gesamten Region.

Natürlich gibt es beim Fortschritt nicht immer nur positive Entwicklungen. Wir sehen auch Entwicklungen, die Anlass zur Besorgnis geben, und wenn dies der Fall ist, dann sprechen wir die türkischen Behörden auf diesen Sachverhalt entschieden an und machen Gebrauch von den Instrumenten, die uns dank der Konditionalität der EU-Beitrittsperspektive zur Verfügung stehen.

Wenn eine Gesellschaft wie die Türkei grundlegende politische Veränderungen erfährt, ist es selten der Fall, dass im Hinblick auf die Geschehnisse immer eine klare Linie herrscht.

Die demokratische Öffnung der Türkei in Bezug auf die kurdische Bevölkerung ist ein Beispiel einer solchen Entwicklung. Im Sommer 2009 rief die türkische Regierung diese demokratische Öffnung mit dem Ziel ins Leben, demokratische und Lebensstandards für alle türkischen Bürger zu erhöhen. Diese wichtige Initiative spricht die Kurdenfrage im Rahmen eines politischen Dialogs und unter Mitwirkung türkischer demokratischer Institutionen an. Viele Meilensteinreformen wurden bisher umgesetzt, von denen einige vor wenigen Jahren noch so gut wie undenkbar gewesen wären: Denken Sie nur an die Fernsehprogramme in kurdischer Sprache, die heutzutage von privaten und öffentlichen Fernsehanstalten ausgestrahlt werden. Sie sind ein anschauliches Beispiel für diese positiven Veränderungen und Umwandlungen.

Aber die jüngsten Rückschläge im Rahmen des Prozesses der demokratischen Öffnung geben in der Tat Anlass zur Sorge. Wir bedauern die im Dezember vom Verfassungsgericht der Türkei gefällte Entscheidung, die Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) aufzulösen. Nach der Auflösung der DTP wurden mehrere Parteimitglieder – einschließlich der gewählten Bürgermeister – im Rahmen von Anti-Terror-Ermittlungen verhaftet. Gleichzeitig finden Angriffe von PKK-Terroristen im Südosten unvermindert statt und stellen eine Gefahr für das Leben türkischer Soldaten dar. Das angespannte politische Klima wurde auch durch Feierlichkeiten infolge der Rückkehr von PKK-Mitgliedern und Sympathisanten aus dem nördlichen Irak angeheizt. Nationalistische Kreise in der Türkei haben diese Gelegenheit genutzt, die Regierung bezüglich ihrer Politik und der demokratischen Öffnung selbst anzugreifen.

Nach diesem Rückschlag betreffend die demokratische Öffnung begrüße ich die Ankündigung der türkischen Regierung in der letzte Woche, die Öffnung zur Demokratie weiter voranzutreiben. Die demokratische Transformation der Türkei ist ein eindrucksvolles Zeugnis der anhaltenden „sanften Macht“ der EG-Beitrittsperspektive, wenn sie gerecht, entschlossen, mit Nachdruck und kontinuierlich verfolgt wird.

Es ist kein leichter Prozess, aber einer, bei dem der Weg mindestens genauso wichtig ist wie das Ziel. Lassen Sie uns diesen Prozess fortsetzen und zum gemeinsamen Erfolg der EU und der Türkei führen.

Ria Oomen-Ruijten, im Namen der PPE-Fraktion. – (NL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar Rehn! Diese Aussprache zur Türkei und zur Erweiterung ist wahrscheinlich das letzte Mal, das ich vor Ihnen spreche.

Jedenfalls möchte ich Ihnen für die Informationen danken, die Sie immer bereit waren, uns bzw. mir in Diskussionen zur Verfügung zu stellen. Vielen herzlichen Dank an Sie.

Herr amtierender Ratspräsident, Herr López Garrido, meine Damen und Herren! Die heutige Aussprache wird nicht geführt, um neue Kapitel zu eröffnen. Es geht um Demokratisierung – insbesondere um bestimmte Aspekte der Demokratisierung –, da der Fortschrittsbericht zur Türkei und das Zukunftskonzept des Parlaments auf der Tagesordnung für die nächste Sitzungsperiode in Straßburg stehen. Ich bin derselben Meinung wie Herr Kommissar Rehn, dass es sehr wichtig ist, dass sich die Türkei in Richtung Demokratie bewegt. Ich möchte der Türkei für all ihre bisherigen Bemühungen in diesem Bereich gratulieren, wozu auch die Kurdenfrage gehört. Wer hätte schließlich vor zehn oder fünf Jahren gedacht, dass es jetzt sogar Fernsehprogramme auf Kurdisch gibt?

Als Mitte 2009 die Türkei die Initiative "Demokratische Öffnung" ins Leben rief, rief dies eine beispiellose Debatte hervor – nicht nur im Parlament, sondern auch in den Medien. Damals hoffte ich, dass die Debatte endlich sehr konkrete, fest verankerte Rechte für alle türkischen Bürger schaffen würde. Im Oktober habe ich all meinen türkischen Amtskollegen zu ihrem Mut, die Debatte trotz des öffentlichen Widerstands fortzuführen, gratuliert. Ich habe sie dazu aufgefordert, der Debatte sehr spezifische Maßnahmen zur Konkretisierung dieser Öffnung folgen zu lassen. Nach all dieser positiven Energie jedoch zeigte sich dann wieder einmal die dunkle Seite der Türkei, als das Urteil des türkischen Verfassungsgerichts erneut Terroranschläge nach sich zog. Eine Verhaftungswelle brach über die Mitglieder der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) herein, und Mitglieder des türkischen Parlaments sind noch immer von einer Verhaftung bedroht. Das stellt auch eine Bedrohung für diese demokratische Öffnung dar, und ich habe ein ganz schlechtes Gefühl dabei. Während ich die Entscheidung des Verfassungsgerichts bedaure, verstehe ich, dass dasselbe Gericht nach der Umsetzung der Empfehlungen der Venedig-Kommission verlangt. Dieses Haus hat Gewalt und Terrorismus immer verurteilt und sich für politische Lösungen ausgesprochen. Letztlich können nur der Dialog innerhalb der türkischen Gesellschaft und gesetzlich garantierte zukunftsfähige Rechte Frieden, Sicherheit und Wohlstand für die Bürger der Türkei bringen und auch für uns von großem Vorteil sein.

Richard Howitt, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Ankündigung der demokratischen Öffnung im letzten Jahr machte Hoffnung auf einen ernsthaften Durchbruch bei der Sicherung der Achtung kurdischer Rechte in den Bereichen Sprache, Kultur und Menschenrechte in der Türkei und das Ende von Terrorismus und Gewalt.

Heute Abend jedoch äußern Parlament, Rat und Kommission große Besorgnis darüber, dass stattdessen mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts im Dezember der politischen Partei ein Ende gesetzt wurde, die die Mehrheit der Stimmen in den Gebieten des Landes mit kurdischer Mehrheit kontrolliert und von der Menschenrechtsvereinigung des Landes „Natürlicher Verhandlungsführer“ im Namen der kurdischen Bevölkerung genannt wird.

Vor zwei Jahren war ich persönlich als Beobachter beim Parteitag mit ca. 20 000 Parteimitgliedern zugegen und wurde selbst Zeuge ihrer Legitimität vor ihren eigenen Anhängern.

Ich honoriere, dass das Verbot politischer Parteien vom türkischen Premierminister in seiner Erklärung nach der Entscheidung abgelehnt wurde, und ich erkenne auch die heutigen türkischen Presseberichte der Regierungspartei mit der Absichtserklärung an, weitere ungerechtfertigte Verbote zu verhindern, indem die Verfassung an Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention angepasst wird. Diese Versprechen müssen in die Tat umgesetzt werden.

Aber es ist für jeden von uns schwierig zu verstehen, dass die Türkei die Guerrillas aus den Bergen zurückruft und andere Mitglieder derselben Gemeinschaft, die den Weg der Demokratie gewählt haben, in Handschellen ins Gefängnis abführt. Zwischen 700 und 1 000 Parteimitglieder sollen inhaftiert worden sein, viele lediglich dafür, dass sie in der Öffentlichkeit ihre eigene Sprache gesprochen haben.

In diesem Europäischen Parlament haben wir insbesondere die Inhaftierung von neun gewählten Bürgermeistern der Partei und den Ausschluss zweier ihrer Abgeordneten zu bedauern.

In unserem Parlament, so wie in ihrem, ist der Grund für die parlamentarische Immunität, dass wir als Stellvertreter des Volkes ohne Furcht sprechen können. Für diejenigen von uns, die davon ausgehen, dass die Türkei der Europäischen Union beitrifft, ist die Furcht, gegen die wir ankämpfen müssen, die unangebrachte Befürchtung der Mehrheit der Bevölkerung, dass das, was wir Minderheitenrechte nennen, in einem multi-ethnischen Land eine Bedrohung für die Einheit des Staates darstellt. Im modernen Europa ist das ganz einfach nicht der Fall.

Daher gibt es also eine Partei, deren türkischer Name übersetzt „Partei der demokratischen Gesellschaft“ heißt, nicht mehr, aber ihre Zielsetzung einer demokratischen Gesellschaft in einer modernen Türkei muss daher nicht verloren sein.

Sophia in 't Veld, im Namen der ALDE-Fraktion. – (NL) Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich mich wie Frau Oomen-Ruijten bei Kommissar Rehn herzlich für all seine Bemühungen in den vergangenen Jahren bedanken. Ich begrüße außerdem den neuen Schwung, der von der spanischen Ratspräsidentschaft ausgeht, wenn es um die Verhandlungen mit der Türkei geht.

Meine Damen und Herren! Auch ich bedaure das Urteil des türkischen Verfassungsgerichts. Das ist ganz eindeutig ein Schritt zurück, aber lassen Sie uns hoffen, dass es nur bei diesem einen bleibt und er von mehreren Schritten nach vorn begleitet wird; wir müssen auch erkennen, dass die aktuelle türkische Regierung eindeutige Bemühungen unternommen hat, den Prozess der Demokratisierung in Gang zu setzen sowie auch den Kurden ihren rechtmäßigen Platz in der Gesellschaft und innerhalb des politischen Systems zu geben. Ich möchte darauf hinweisen, dass, wenn wir diesen Prozess der Demokratisierung, Entwicklungen und Reformen in der Türkei unterstützen wollen, wir eine eindeutige Zusage zur vollen Mitgliedschaft der Türkei machen müssen. Ich glaube, dass wir der türkischen Bevölkerung – nicht nur der türkischen politischen Klasse – einen Motivationsschub geben müssen und weder zögern noch Zwischenlösungen diskutieren oder die Bedingungen ändern sollten. Wir müssen eine eindeutige Zusage machen. Das gilt auch für alle türkischen politischen Parteien, und daher möchte ich sie dazu auffordern, das Kriegsbeil diesbezüglich zu begraben und sich gemeinsam in Richtung Reformen zu bewegen.

Vor Kurzem konnte ich bei einem Besuch in der Türkei als Mitglied des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei einen enormen Fortschritt innerhalb der Zivilgesellschaft feststellen. Schließlich besteht die Türkei nicht nur aus Politikern und Verhandlungsführern; die Türkei ist auch ihre Bevölkerung. Ich sehe, dass die türkische Bevölkerung wirklich die Herausforderung annimmt und hart daran arbeitet, ihre eigene Gesellschaft zu reformieren. Dies verdient unsere volle Unterstützung. Daher möchte ich dringend die Stärkung der damals vereinbarten Säule empfehlen: nicht nur die Verhandlungen führen, sondern auch darin investieren, sich gegenseitig kennenzulernen. Das war ausdrücklich das zweite Segment. Ich hoffe, dass dieses Haus auch eine eindeutige Zusage zur Unterstützung des Beitrittsprozesses machen wird.

Hélène Flautre, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar Rehn! Vielen Dank, dass Sie zu so später Stunde noch mit uns die Demokratisierung der Türkei diskutieren, einem Thema, an dem Sie sehr intensiv gearbeitet haben, wofür ich Ihnen danke.

Ich glaube, dass viele von uns erkannt haben, als die Regierung ihre demokratische Initiative bzw. Öffnung bekannt gab, wie mutig dieser Schritt war, und gleichzeitig davon ausgingen, dass bei diesem gigantischen Vorhaben noch ein langer steiniger Weg vor uns liegt; über die Steine stolperten wir ziemlich schnell.

Der erste Akt war, wie Sie sagten, die Auflösung der DTP, aber ich stelle auch fest, dass mit dem Verbot der DTP, dem Verbot, sich politisch zu engagieren, was mehrere gewählte Parteimitglieder betrifft, auch die Personen verschwinden, die am stärksten am demokratischen und politischen Dialog zur Lösung der Kurdenfrage beteiligt waren. Diese Entscheidung ist demnach strittig.

Als nächstes gibt es diese Verhaftungswelle, die derzeit die politischen Führer und damit auch die Wortführer in der Kurdenfrage kaltstellen. Die Kurdenfrage ist jedoch zentraler Bestandteil des Demokratisierungsprozesses in der Türkei! Hauptsächlich, weil sie systembedingt ist und für viele Jahre voller Leid, Gewalt, Konflikten und Kriegen steht – große Narben, die heute noch sichtbar sind; und diese Narben haben auch wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell und politisch Spuren hinterlassen.

Die Kurdenfrage stellt auch eine große Belastung für den Demokratisierungsprozess dar. Sie stellt eine Belastung für das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, die Rechte von Bürgern und den Kampf gegen Folter dar. Und wenn ich sehe, wie die Anti-Terror-Gesetze heutzutage für politische Repressalien missbraucht werden, meine ich, dass es jetzt wirklich Zeit ist, die Regierung bei anderen Maßnahmen zu unterstützen, um aus dieser Situation herauszukommen, weil, wie wir wissen, nicht alle etablierten Gruppen in der Türkei an einer demokratischen Lösung der Kurdenfrage interessiert sind. Wir sind uns über diese Tatsache im Klaren und waren es von Anfang an.

Daher braucht die Türkei unsere Hilfe, unsere uneingeschränkte Unterstützung bei diesem Demokratisierungsprozess. Meine Kollegin, Frau in 't Veld, hat Recht, wenn Sie sagt, dass zu dieser unermüdlichen Unterstützung auch die Erneuerung des Versprechens der Mitgliedschaft gehören muss, sobald der Demokratisierungsprozess abgeschlossen ist; es ist absolut notwendig, das auszusprechen.

Als nächstes wird die Regierung schließlich Reformen hervorbringen müssen, die zwangsläufig zu einem neuen Verfassungsentwurf führen. Unmittelbare Reformen betreffen die Rechtsvorschriften für politische Parteien. Sie beinhalten ebenfalls eine Wahlreform – als eine Angelegenheit höchster Priorität – und die Unabhängigkeit der Justiz. Diese Grundpfeiler für einen demokratischen Staat in der Türkei müssen jetzt von der türkischen Regierung mutig und entschlossen gestützt werden.

Darüber hinaus muss diese Regierung auch Initiativen zur Förderung von Konsens und Verständigung umsetzen, weil eine Polarisierung der Gesellschaft und der politischen Kräfte in der Türkei die zur Verabschiedung einer von uns erhofften neuen Verfassung erforderliche Konsensfindung nachhaltig erschweren würde.

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der türkische Staat kann mittlerweile als eine pluralistische Demokratie gelten. Die politische Debatte ist stabil und die Wähler haben wirkliche Entscheidungsfreiheit. Darüber hinaus ist die Türkei ein Mitglied des Europarates, was natürlich ihre Regierung an allgemeine demokratische, menschenrechtliche und rechtsstaatliche Normen bindet.

Offensichtlich ist eine stabile und dauerhafte Demokratie eine Voraussetzung für eine mögliche Mitgliedschaft in der EU. Es gibt jetzt jedoch vielleicht zwei Problembereiche.

Der erste ist die Liste militärischer Interventionen der Türkei während des politischen Prozesses. Während die Armee zweifellos ein wichtiger Garant für Säkularismus und Stabilität ist, würde jeder Versuch, eine gewählte Regierung zu unterminieren, die EU-Anwartschaft der Türkei für immer zum Scheitern bringen.

Zweitens gibt die Dominanz der AKP, der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (die derzeitige Regierungspartei), in der politischen Landschaft Anlass zur Besorgnis, und einige Beobachter befürchten daher, dass sich schrittweise tatsächlich die Entwicklung zu einem Einparteiensstaat vollzieht. Wenn dies auf demokratischem Wege geschieht, können wir nichts dagegen tun, selbst wenn so manche Bedenken geäußert wurden über die relativ hohe Hürde für den Einzug ins Parlament, die in der Türkei bei 10 Prozent liegt, was natürlich kleinere Parteien aus dem parlamentarischen Verfahren herausdrängt.

Trotzdem geben die milden islamistischen Tendenzen der AKP in den Augen mancher auch Anlass zur Besorgnis, und die Popularität der Partei scheint einen grundlegenden Paradigmenwechsel innerhalb der türkischen Gesellschaft anzudeuten. Bis jetzt hat die laizistische kemalistische Tradition den türkischen Euro-Atlantik-Tendenzen sehr zum Wohle gereicht, aber ihre schrittweise Abnahme aufgrund demografischer Veränderungen lässt darauf schließen, dass diejenigen, die an die Macht der Vision von Atatürk glauben, es wohl doch als selbstverständlich angesehen haben. Zum Wohle der türkischen Gesellschaft muss die Demokratie pluralistisch und laizistisch sein und auf der Achtung der Menschenrechte basieren, zu denen auch diejenigen der kurdischen Minderheit gehören.

Zusätzliche Sorge bereitet natürlich die Mitgliedschaft der Türkei in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), in der die allgemeinen westlichen Werte, wie sie in der Europäischen Union verankert sind, nicht evident sind, weil die OIC die Scharia als Grundlage für die Menschenrechte in der islamischen Welt anführt. Das wird meiner Ansicht nach auch noch einige ernsthafte Interessenkonflikte heraufbeschwören, sollte die Türkei eines Tages der Europäischen Union beitreten.

Takis Hadjigeorgiou, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (EL) Frau Präsidentin! Als zyprischer Abgeordneter fühle ich mich immer, wenn ich über die Türkei spreche, dazu verpflichtet, unsere Unterstützung zum Beitritt dieses Landes zu bekunden, vorbehaltlich – natürlich – der genannten Voraussetzungen und umfangreichen Demokratisierung.

Wie können wir die Demokratisierung in der Türkei unterstützen? Das ist eine große Frage. Ich behaupte, das kann dadurch erreicht werden, indem man der Türkei die Wahrheit sagt. Ja, die Türkei macht Fortschritte. Vieles davon ist bemerkenswert. Soviel sollten wir ihr sagen.

Die Türkei ist zu einem Friedhof für politische Parteien geworden. Dreizehn Parteien sind durch die Urteile des Obersten Gerichtshofs "begraben" worden. Vor Kurzem wurde die DTP verboten; 200 Parteimitglieder, neun Bürgermeister, sechs frühere Bürgermeister und zwei frühere Parteivorsitzende sind im Gefängnis. Gibt es in solch einem Staat einen Trend in Richtung Demokratie, weil es Fernsehen auf Kurdisch gibt? Wir sind Nachbarn der Türkei und wir fordern Sie auf, von unseren Erfahrungen als Nachbarn zu lernen, nicht von unseren Schwächen. Die Türkei wird demokratisiert werden, wenn wir klar und deutlich mit ihr sprechen.

Nikolaos Salavrakos, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (EL) Herr Minister! Ich begrüße die zurückhaltende und – wenn ich so sagen darf – weise Analyse von Herrn López Garrido und auch von Kommissar Olli Rehn, dem ich gratuliere und viel Erfolg in seinem neuen Amt wünsche.

Zweifelsohne ist die Türkei ein großes moslemisches Land immenser strategischer Wichtigkeit. Ich will hier nicht die Ansichten anderer Abgeordneter wiederholen, mit denen ich übereinstimme. Die Auswertung der Informationen zu diesem Land vermittelt mir den Eindruck, dass es zahlreiche Machtzentren gibt, die nicht in der Lage sind, zusammenzuarbeiten. Während also die Erdoğan-Regierung versucht, moderat zu erscheinen, erscheint die Armee des Landes gegenüber Griechenland als Aggressor, indem sie permanent den griechischen Luftraum verletzt, und verhält sich gegenüber Frontex despektierlich.

Gleichermaßen konnte in der letzten Zeit festgestellt werden, dass die Justiz in diesem Land erneut eine klare Tendenz zur Abschaffung der Regierung nach gleichem Muster der Geschehnisse von vor zwei oder drei Jahren unter Erbakan erkennen lässt.

Schließlich scheint die türkische Regierung derzeit nicht in der Lage zu sein, im eigenen Land die Souveränität des Volkes, wodurch sich eine Demokratie auszeichnet, zu schützen, und plant einen neuen osmanischen Staat, wie dies die von Herrn Davutoglou geäußerten Ansichten veranschaulichen, die von Herrn Erdoğan anlässlich seines letzten Besuches im Libanon auch noch einmal hervorgehoben wurden.

Außerdem halte ich die Annäherungsversuche seitens der türkischen Regierung gegenüber dem Iran und ihrem Nuklearprogramm für befremdlich, da sie den Ansichten der internationalen Gemeinschaft, insbesondere den Positionen der Europäischen Union und der USA widersprechen.

Darüber hinaus, in Abweichung vom Ankara-Fahrplan und durch Verletzung internationaler Abkommen, erlaubt und fördert die Türkei vielleicht sogar die Abschiebung illegaler Einwanderer ihres Hoheitsgebiets in die Länder der Europäischen Union und erfüllt ihre Verpflichtungen, zypriotischen Schiffen und Flugzeugen Anlege- und Landeerlaubnis zu gewähren, nicht.

Zur gleichen Zeit hat das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche, Patriarch Bartholomaios, unbestrittener geistiger Führer hunderter Millionen orthodoxer Christen, persönlich den Kampf aufgenommen und klar und deutlich die Situation des Patriarchats skizziert und sich über die Verletzung der Religionsfreiheit und der Minderheitenrechte beklagt. Deshalb denke ich, dass die Türkei bis zu ihrem Beitritt zur Europäischen Union noch einen langen Weg vor sich hat.

Barbara Matera (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Übereinstimmung mit den Äußerungen einiger meiner Kollegen glaube ich, dass der Demokratisierungsprozess in der Türkei eine unerlässlicher Weg ist, die diesem Land ermöglichen wird, sich der Europäischen Union anzunähern, und dass unsere Koexistenz innerhalb der Europäischen Union auf unveräußerlichen Grundsätzen und Werten basieren muss und ihre Anerkennung für jeden Staat die Voraussetzung zum Beitritt ist.

Das gilt auch für die Türkei, die solche Reformen einführen muss, die notwendig sind, um demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse zu garantieren und den Schutz der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten zu gewährleisten. Insbesondere sind kultureller, religiöser und politischer Pluralismus die Fundamente einer demokratischen Gesellschaft, aber sie anzuerkennen ist ein schwieriger Prozess, der mit historischen, ethnischen und religiösen Erwägungen verflochten ist. Die Ereignisse um das vom türkischen Verfassungsgericht ausgesprochene Verbot der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP), einer Partei, die der kurdischen Minderheit sehr nahe steht, sind ein Beispiel dafür. Folglich sind das Verbot von Parteien und die Entlassung gewählter Volksvertreter aus ihren Ämtern immer sehr ernst zu nehmende Ereignisse, weil sie gegen die persönlichen Freiheiten und demokratischen Grundsätze verstoßen.

Der Demokratisierungsprozess in der Türkei hängt zweifelsohne mit der Lösung der Kurdenfrage zusammen. Die Europäische Union muss von den politischen Behörden der beteiligten Länder ein starkes politisches Engagement verlangen und gemeinsame Maßnahmen mit den Vereinten Nationen durchführen. Demokratie kann nicht ohne Pluralismus existieren, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wiederholt hervorgehoben hat.

Ich hoffe daher, dass das türkische Regierungssystem sich in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen weiterentwickelt. Wenn die Türkei dabei erfolgreich ist, dann kann ihr Beitritt zu Europa nur eine große Chance für uns sein.

Raimon Obiols (S&D). – (ES) Man kann klar sagen, dass seit Beginn der Verhandlungen um eine Mitgliedschaft der Türkei auf der Grundlage einstimmiger Zustimmung des Rates der Prozess als Ganzes

eine positive Bewertung verdient. Der Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess in der Türkei ist in Gang gekommen. Trotzdem ist es auch offensichtlich, dass es eine Vielzahl von Problemen gibt; es gibt Schritte nach vorn und zurück, von Zeit zu Zeit gibt es schlechte Nachrichten – das jüngste Verbot der kurdischen Partei, der DTP, ist ein Beispiel – und vor uns liegt ein langer schwerer Weg.

Hier in diesem Parlament sind wir gewohnt zu sagen, was andere tun sollten. Ich denke, dass es hinsichtlich zukünftiger Verhandlungen mit der Türkei gut wäre, auch darzulegen, was unsere mehrheitliche Haltung ist. Ich denke, das spiegelt sich im Bericht von Ria Oomen-Ruijten wider, der eine große Mehrheit hat und sich dafür ausspricht, im Verhandlungsprozess nicht mit zweierlei Maß zu messen, der dafür ist, klare Standpunkte und Absichten zu vertreten und keine widersprüchlichen Botschaften zu senden, denn das könnte wirklich einen Teufelskreis heraufbeschwören, in dem europäische Zurückhaltung, Zweideutigkeiten und Widersprüche den Reaktionären oder denjenigen, die sich gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei aussprechen, sowie nationalistischen Gruppen oder dergleichen, die gegen die europäische Integration sind, in die Hände spielen.

In diesem Sinne möchte ich meine Zufriedenheit bezüglich der Interventionen des Rates und der Kommission bekunden. Lassen Sie uns improvisieren. Wir wissen nicht, was das Ergebnis sein wird, aber wir müssen uns an unser Wort halten: *pacta sunt servanda* (Verträge sind bindend).

Wir befinden uns im Prozess der Verhandlungen um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, und wir müssen uns klar äußern und besonnen handeln.

Sarah Ludford (ALDE). – Frau Präsidentin! Viele der Reformen, die wir andauernd für die Türkei fordern, rühren von der Geschichte der wiederholten Verbote kurdischer politischer Parteien her, von denen das Verbot der DTP letzten Monat nur das letzte ist.

Das anhaltende Versäumnis, die Verfassung, das Parteiengesetz und die Justiz zu reformieren sowie die ständige Einmischung des Militärs in die Politik beeinflussen alle das Umfeld, in dem die kurdische demokratische politische Vertretung wiederholt sabotiert wird. Diese Verbote sabotieren auch die demokratische Öffnung, die letztes Jahr von der Erdoğan-Regierung initiiert und die zu Recht weitgehend begrüßt wurde. Der einzige Weg, eine dauerhafte Lösung der Kurdenfrage in der Türkei zu erreichen, ist eine politische Lösung, und das ist die beste Art, die PKK zu bekämpfen.

Kommissar Rehn sprach von mehreren Bürgermeistern und DTP-Politikern, die verhaftet wurden, aber nach meiner Information sind über 1 200 Aktivisten im Gefängnis, einschließlich Parteimitgliedern der BDP, die der DTP nachfolgte. Mir ist überhaupt nicht klar, wie die Regierung beabsichtigt, ihre demokratische Öffnung in diesem Zusammenhang zu stärken. Wer hat denn das Sagen bei diesen Verhaftungen? Ich denke, Richard Howitt war es, der sagte, dass Ministerpräsident Erdoğan tatsächlich das Verbot der DTP verurteilte, obwohl ich zugegebenermaßen diese Entwicklung nicht mitbekommen habe. Ein Zyniker würde vielleicht sagen, dass es wahltaktisch der AKP sehr zupass kommt, dass die DTP verboten wurde, da sie im Südosten Wahlgegner sind.

Ich stimme mit Frau in 't Veld und Frau Flautre überein, dass eine feste und verlässliche Zusage für die Türkei, dass sie der EU beitreten wird, wenn sie die Kopenhagener Kriterien erfüllt, die beste Unterstützung für eine Demokratisierung in der Türkei ist – obwohl sie es sich auch selbst schuldig ist. Die Türkei ist ein wichtiges Land mit vielen langlebigen Wirtschaftsgütern. Es braucht und verdient demokratische Verhältnisse.

Letztlich möchte ich Kommissar Rehn meinen Dank aussprechen für all seine Verdienste in den letzten fünf Jahren bezüglich der Erweiterung, nicht nur die Türkei, sondern auch den westlichen Balkan betreffend, der mir auch sehr am Herzen liegt. Ich freue mich darauf, ihn bald in seinem neuen Ressort zu begrüßen.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich gehöre zu denjenigen, die sagen, dass die demokratische Öffnung eine Entwicklung in Gang gesetzt hat, wie wir sie erst seit einigen Jahren erleben und darüber hinaus in Bereichen, die wir zuvor nicht für möglich gehalten hätten.

Ich bin auch der Ansicht, dass es sehr wichtig ist, dass diese demokratische Öffnung und die Reformen fortgesetzt und unterstützt werden müssen. Ich möchte auch hinzufügen, dass wir uns ansehen müssen, wie Reformen tatsächlich umgesetzt werden – nicht einfach nur, wie sie im Gesetzestext verfasst werden, sondern wie sie in der Realität umgesetzt werden.

Da wir offensichtlich alle der Meinung sind, dass es sehr gut ist, dass es Reformen gibt, müssen wir diese Reformen auch unterstützen. Das funktioniert nicht, wenn wir nur Reformen fordern, dann aber sagen, dass es immer noch keine Chance für die Türkei gibt, einen fairen Beitrittsprozess zu bekommen. Wenn wir

Reformen wollen, dann müssen wir zeigen, dass ihre Einführung tatsächlich auch zu einigem Erfolg und zu einem fairen Beitrittsprozess mit dem naturgemäßen Ziel des Beitritts führt.

In dem Zusammenhang ist es höchst bedauerlich, dass Herr Zapatero ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Ratspräsidentschaft sein früheres Engagement für einen gerechten Beitrittsprozess beträchtlich verwässerte.

Da wir als EU diese Verpflichtung eingegangen sind, denke ich, müssen wir uns daran halten: wir müssen in unserer Außenpolitik zuverlässig sein. Daher würde ich gerne wissen, ob der Vertreter der Präsidentschaft hier klarstellen könnte, falls Zapatero immer noch zu seiner Verpflichtung steht, wie Sie dies außerdem im Rat mit anderen Abgeordneten, die auch eher skeptisch sind, versuchen werden umzusetzen.

Jan Zahradil (ECR). – (CS) Ich spreche als jemand, der die EU-Mitgliedschaft der Türkei als eigenständiges Mitglied unterstützt, und nicht als Ersatz oder eine Art privilegierter Partner; und ich würde gerne ein paar kritische Worte, die an unsere eigenen Reihen gerichtet sind, hinzufügen. Wir nehmen die Türkei aus der Position einer Institution wahr, die diesem Land die volle EU-Mitgliedschaft versprochen hat, aber gleichzeitig nicht garantieren kann, dass die Türkei, wenn sie alle geforderten Bedingungen erfüllt, wirklich die volle Mitgliedschaft erhält.

Die Haltung des Europäischen Parlaments in dieser Angelegenheit ist klar. Die Institution hat ihre eindeutige Zustimmung ausgedrückt; die Haltung der Europäischen Kommission ist ebenfalls klar und diesbezüglich kann ich mich nur dem Lob für Kommissar Rehns Objektivität und seine großartige Arbeit, die er in dieser Sache in den letzten fünf Jahren geleistet hat, anschließen. Die Position des Europäischen Rates ist nicht so eindeutig, da immer noch Regierungen einiger Mitgliedstaaten schlichtweg eine klare Haltung dazu verweigern, dass die Türkei, solange sie alle geforderten Bedingungen erfüllt, ein eigenständiges Mitglied der Europäischen Union werden kann. In diesem Fall treiben wir ein doppeltes Spiel und werden unseriös; und wir können wohl kaum etwas von jemandem verlangen, dem wir nicht garantieren können, dass wir unsere eigenen Versprechen halten.

Zweitens ist die türkische Demokratie selbst einfach ziemlich spezifisch. Während wir das Land berechtigterweise drängen, seine Normen den europäischen Normen anzugleichen, während wir zu Recht fordern, dass zum Beispiel die Rolle seiner Armee begrenzt sein sollte, sollten wir auch realisieren, was das bedeutet und welchen Einfluss dies auf die Struktur der türkischen Gesellschaft und auf die gesamte türkische Demokratie haben wird. Ich befürchte, dass unsere schematische Bewertung der Kriterien für eine Demokratisierung letztendlich mehr Schaden als Nutzen bringen könnte, und ich würde zu mehr Sensibilität, mehr Entgegenkommen und mehr Einfühlungsvermögen für die Türkei in dieser Angelegenheit raten.

Søren Bo Søndergaard (GUE/NGL). – (DA) Herr Kommissar Rehn, in meinen Kopfhörern wurde Ihre Rede so übersetzt, dass der Weg genauso wichtig ist wie das Ziel. Ich muss sagen, dass ich komplett anderer Meinung bin. Nur der Teil des Weges, der zu einer demokratischen Türkei führt, kann unterstützt werden. Im Gegenteil, wir müssen uns gegen den Teil des Weges aussprechen, der in die falsche Richtung führt. Worten müssen auch Taten folgen. Ich würde gerne wissen, wie lange die Kommission dulden wird, dass die Türkei einen Teil der Unterstützung zum EU-Beitritt dazu verwendet, politische Verbündete der Regierungspartei auszuzeichnen, während ethnische und religiöse Minderheiten diskriminiert werden, wie kürzlich eine Untersuchung gezeigt hat. Die EU sollte etwas dagegen unternehmen!

Ich war am 29. Dezember in der Hauptgeschäftsstelle der DTP, als die Polizei kam, um Ahmet Türk zu verhaften – aber wo war die Kommission und wo der Rat? Beabsichtigen die Kommission und der Rat, Gerichtsverfahren zu begleiten und für Menschenrechte einzustehen?

Schließlich noch eine Frage, die den Bürgermeister von Diyarbakir, Herrn Baydemir, betrifft, den die türkischen Behörden daran gehindert haben, zu diesem Parlament zu kommen: Wird gegen die Türkei in dieser Sache ein Protest erhoben werden?

Gerard Batten (EFD). – Frau Präsidentin! Die Türkei hält zwar Wahlen ab, ist aber keine liberale Demokratie im westlichen Sinne. Politische Parteien können verboten werden; im Rechtssystem gibt es Korruption; es gibt Menschenrechtsverletzungen; Meinungs- und Versammlungsfreiheit existiert nicht in der gleichen Art und Weise, wie dies in Ländern wie Großbritannien oder der Mehrheit anderer europäischer Staaten der Fall ist.

Die Verfolgung einer kleinen christlichen Minderheit hält an, was – traurigerweise – ein wachsendes Charakteristikum der meisten islamischen Länder ist.

Die Reformen von Kemal Atatürk in den 1920er Jahren konnten sich sehen lassen, denn sie versuchten, die Altertümer des Osmanischen Reiches und das Schlimmste des Dunklen Zeitalters islamischer Praktiken hinter sich zu lassen und die Türkei ins 20. Jahrhundert zu führen.

Sogar solche Errungenschaften sind nun in Gefahr, da die weltweite ideologische islamisch-fundamentalistische Bewegung, die, so wie die Dinge liegen, von Ländern wie Saudi-Arabien – dank westlicher Erdöleinnahmen – finanziert und durch die Kapitulation der westlichen Zivilisation unterstützt wird, an Macht gewinnt.

Diese Aussprache ist natürlich nur ein weiterer kleiner Schritt auf dem Weg, der Türkei den Beitritt zur Europäischen Union zu ermöglichen. Der türkische Beitritt zur Europäischen Union wird enthusiastisch von den britischen Konservativen, der Labour- und der Liberaldemokratischen Partei unterstützt. Sie freuen sich schon auf Hunderttausende oder gar Millionen von türkischen Immigranten, die nach Großbritannien kommen werden, wenn die Türkei der EU beitrifft.

Und stellen Sie sich nur vor, wenn die Türkei der Europäischen Union beitrifft und solche allgemeinen Rechtsverfahren wie den europäischen Haftbefehl anwendet. Die britischen Wähler sollten ihre möglicherweise kostenlose Reise im türkischen Mitternachtsexpress dank der Liberaldemokraten, der Labour-Partei und der britischen Konservativen vor Augen haben und entsprechend wählen.

Leider will die Türkei der Europäischen Union beitreten, weil sie nach den vielen Subventionen aus den Geldern der europäischen Steuerzahler zu greifen hofft und sie die Gelegenheit sieht, Millionen ihrer armen, arbeitslosen Überbevölkerung in den Westen abzuschieben, darunter Großbritannien, wo sie entweder für Niedriglöhne arbeiten oder vom Sozialleistungssystem leben werden.

Das ist wohl kaum eine positive Aussicht für eine stolze Nation. Ich wünsche der Türkei alles Gute und hoffe, dass sie rechtzeitig eine echte Demokratie wird, aber ich hoffe auch, sie wird den Rat der britischen Unabhängigkeitspartei befolgen, nicht der Europäischen Union beizutreten, sondern ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich die Erklärungen der Kommission und des Rates begrüßen und Kommissar Olli Rehn gratulieren und ihm für sein persönliches Engagement bezüglich der Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union danken.

EU-türkische Beziehungen haben eine lange Tradition und sind von gegenseitigem Nutzen. Wie andere Kandidatenländer muss natürlich auch die Türkei den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte entsprechen und ihre Gesetzgebung an den *acquis communautaire* (gemeinschaftlicher Besitzstand) anpassen. Ich möchte mich gerne meinen Kollegen anschließen, die den Fortschritt begrüßt haben, den die Türkei bisher gemacht hat, aber es ist auch erkennbar, dass auf dem Weg der Türkei zum Beitritt noch eine Vielzahl von Hindernissen zu überwinden ist: das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Rechte der kurdischen Minderheit, wie von Kollegen beschrieben, sind einige Beispiele.

Ich möchte auch meine Bedenken in Bezug auf die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts äußern, die Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) zu verbieten und eine Reihe ihrer demokratisch gewählten Vertreter zu verbannen; dies aber sollte kein Grund dafür sein, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hinauszuzögern. Die europäische Perspektive ist eine treibende Kraft für demokratische Reformen. Ein Mangel unseres Engagements würde eine negative Botschaft an die türkische Bevölkerung senden. Unsere Unsicherheit hat einen Preis. Es könnte den stattfindenden demokratischen Prozess unterminieren. EU-Politik sollte niemals von Angst geleitet sein. Wir Europäer sollten die Reformen unterstützen. Es wird eine Weile dauern, die Reformen werden komplex sein und es wird Rückschläge geben, aber wir sollten niemals hinsichtlich der Kopenhagener Kriterien zaudern. Wir sollten nicht bei unserer Zusage zur türkischen Mitgliedschaft zögern. Es muss ein klares Licht am Ende des Tunnels zu sehen sein.

Daher appelliere ich an die Türkei, ihren Prozess der demokratischen Reformen fortzusetzen. Ich denke, wir sollten versprechen, Ihnen auf diesem Weg zu helfen.

Maria Eleni Koppa (S&D). – (EL) Frau Präsidentin! Wir unterstützten die Aussichten auf einen Beitritt der Türkei in der Hoffnung, dass dies zu einer umfassenden demokratischen Reform beitragen würde. Die Ergebnisse einige Jahre später sind leider wirklich dürftig. Die Reformen sind ins Stocken geraten und diejenigen, die durchgeführt wurden, sind im Wesentlichen leere Versprechen. Sogar der Fortschritt bei der Lösung der Kurdenfrage, in den große Hoffnungen gesetzt wurden, scheint stillzustehen.

Um der Union beizutreten, muss die Türkei ihre Achtung der Menschenrechte, Minderheitenrechte, Religionsfreiheiten und politischen Parteien und ihrer demokratisch gewählten Volksvertreter unter Beweis

stellen. Das Europäische Parlament hat die von der türkischen Regierung verkündete demokratische Öffnung begrüßt. Die Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und die Inhaftierungen von Tausenden von Bürgern und Dutzenden von politischen Volksvertretern sind jedoch inakzeptabel und zerstören die Glaubwürdigkeit von Erklärungen über anhaltende Reformen.

Des Weiteren ist ein Hauptmerkmal der Demokratie die vollständige Trennung von politischer und militärischer Macht. Wir können kein Kandidatenland gebrauchen, in dem die Armee selbst nach so vielen Jahren nicht vollständig der politischen Kontrolle unterliegt.

Die europäischen Perspektiven der Türkei sind und müssen unsere Verpflichtung sein, vorausgesetzt, die Türkei verpflichtet sich, den Grundsätzen und Zielen der Union in der Praxis zu entsprechen.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE). – (NL) Frau Präsidentin! Die Türkei muss fair behandelt werden. Das bedeutet, dass auch die Europäische Union einen ehrlichen Blick in den Spiegel wagen muss. Die Kopenhagener Kriterien, die jedem bekannt sind, sind hier von Bedeutung. Sie müssen erfüllt sein. Der Beitrittsprozess ist ein Prozess mit offenem Ausgang, was außerdem zu Beginn der Beitrittsverhandlungen konstatiert wurde. Das heißt, dass die Kriterien von zentraler Bedeutung sind; sie sind entscheidend dafür, ob die Türkei sich ihrem Beitritt nähert. Der Prozess der Demokratisierung ist natürlich unerlässlich. Das bedeutet, dass die EU auch jede Anstrengung unternehmen muss, die Demokratisierung der Türkei zu unterstützen. Von daher ist es sehr befremdlich, zu sehen, dass das Vorbeitrittsprogramm, das Programm für Heranführungshilfe, nur unzureichend umgesetzt wird. Der Rechnungshof der Europäischen Union hat ganz klar geäußert, dass zu viele Prioritäten festgelegt worden sind, also gar keine, und insbesondere auf die Demokratisierungshilfe hingewiesen. Ich würde gerne die Meinung der Kommission zur Kritik des Rechnungshofes hören und zu ihren Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Heranführungshilfe richtig organisiert wird.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Frau Präsidentin! Mir ist nicht ganz klar, warum wir diese Debatte genau jetzt führen. Vielleicht weil der Tod von Hrant Dink nun drei Jahre zurückliegt. Und es sind schwerwiegende Fragen im Zusammenhang mit diesem Verbrechen immer noch nicht beantwortet.

Ich traf Dink nach der Gerichtsverhandlung von Orhan Pamuk. Dinks Tod war natürlich eine große Tragödie und als Freund der Türkei zögerte ich natürlich nicht, auf den beschädigten Ruf der Türkei im Hinblick auf die Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und die überempfindlichen Reaktionen als Antwort auf die Kritik des türkischen Staates aufmerksam zu machen. Natürlich liegt es im Interesse der Türkei, jeden Aspekt ihrer Demokratie zu stärken.

Ich unterstütze auch das Bild der Türkei als laizistisches und vereintes Land, das seit über 80 Jahren in Richtung Westen schaut. Ich erkenne die Notwendigkeit einer starken türkischen Armee und auch die sehr wichtige geostrategische Bedeutung der Türkei an. Aus diesen Gründen glaube ich, dass wir die Türkei unterstützen sollten und nicht ständig nach Wegen suchen sollten, sie zu kritisieren und verbal zu attackieren.

Natürlich ist das Verbot politischer Parteien im Allgemeinen eine schlechte Idee, obwohl es auch Ausnahmen dieser Regel gibt. Wir alle wissen, dass terroristische Organisationen zwischen politischen Fronten stehen, und es bedarf einer besonnenen Vorgehensweise, eine Front bestehen zu lassen oder sie zu verbieten. Natürlich hat die PKK ihre politischen Fronten.

Ich möchte kurz etwas zur PKK sagen, weil sie ihre Terroraktivitäten fortsetzt. Es ist eindeutig, dass die PKK nicht nur als Terrororganisation weitermacht, sondern auch über ihre kriminellen Netzwerke, die sich über die Grenze der Türkei hinaus bis nach Europa erstrecken, ihre Machenschaften weiter betreiben. Die PKK hat mafiöse Strukturen zur Ausübung von Verbrechen, zur Mittelbeschaffung und dem Aufbringen anderweitiger Unterstützung. Sie hat ihre Finger überall im organisierten Verbrechen: in der Steuerhinterziehung, der Geldfälschung, im Menschenhandel – und natürlich ist der Rauschgifthandel eine ihrer Hauptfinanzierungsquellen. Mir scheint, wir sollten uns mehr darauf konzentrieren, Probleme wie diese in unseren eigenen Ländern zu bewältigen und so den Türken zu helfen, statt sie permanent verbal zu attackieren und zu kritisieren.

Jürgen Klute (GUE/NGL). - Frau Präsidentin! Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass das Verbot der DTP bedeutet, dass letzten Jahren mittlerweile 27 kurdische Parteien von den türkischen Regierungen verboten wurden. Seit dem Verbot sind – wir haben das ja eben schon gehört – über tausend Menschen verhaftet worden. Ich denke, in einem Land, in dem serienweise Parteien verboten werden, kann man nicht mehr von Demokratie sprechen. Das Verbot von 27 Parteien kurdischer Bürgerinnen und Bürger ist fast schon ein Rekordversuch für das Guinness Buch der Rekorde.

Es geht aber nicht nur – und das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal in Erinnerung rufen – um die Minderheiten in der Türkei. Es gibt im Augenblick einen Streik der Tabakarbeiter von Tekel, der sehr heftig verläuft und im Augenblick eskaliert. Heute sind mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen in den Hungerstreik getreten, um ihre Rechte durchzusetzen. Sie sehen sich einer massiven Unterdrückung seitens der türkischen Regierung und der türkischen Behörden ausgesetzt. Dieser Aspekt muss berücksichtigt und wahrgenommen werden, denn zu einer Demokratie gehört konstitutiv auch der Schutz der Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften aber auch die Minderheiten in der Türkei warten auf eine klare und deutliche Stellungnahme aus diesem Hause.

Sari Essayah (PPE). – (FI) Frau Präsidentin, Herr Kommissar Rehn! Sie hatten ein sehr anspruchsvolles Ressort in der früheren Kommission unter sich und auch diese neue Aufgabe von Ihnen wird wohl nicht sehr viel leichter sein.

Die demokratische Entwicklung der Türkei hat kürzlich Rückschläge erlitten, und die Situation der Kurden ist nicht der einzige besorgniserregende Faktor. Der Status von Kindern und Frauen muss verbessert werden, speziell in ländlichen Gegenden. Die Türkei hat sich über die Jahre damit Zeit gelassen, die Rechte religiöser Minderheiten, wie den Alawiden und den Christen, zu schützen.

Die Position des Patriarchats ist hier schon erwähnt worden. Orthodoxe Gläubige haben unter der Diskriminierung gelitten, und es gibt jetzt wahrscheinlich nur etwa 3 000 von ihnen in der Türkei. Es ist ein nicht nachvollziehbares Gesetz, das besagt, dass orthodoxe Priester, Bischöfe und Patriarchen türkische Bürger sein müssen. Ein Patriarch ist das Oberhaupt einer weltweiten Kirche, also kann er natürlich von jeder Mitgliedskirche gewählt werden. Ähnlich muss der Schutz kirchlichen Eigentums gewährleistet sein und Eigentum, das illegal beschlagnahmt wurde, muss zurückgegeben werden. In diesem Haus wurde eine Namensliste mit einer schriftlichen Stellungnahme zugunsten der Eröffnung des klerikalen Priesterseminars von Chalki zusammengestellt. Die letzte Person, die dazu aufruft, dass das Priesterseminar von Chalki eröffnet werden soll, war Präsident Barack Obama.

Wenn die Türkei die Menschenrechte der christlichen Minderheit in dieser Weise schützen würde, würde dies ein gutes Beispiel für die anderen muslimischen Nationen sein und auch sie dazu ermutigen, Christen genau die gleichen Rechte einzuräumen, wie christliche Länder es für ihre muslimischen Minderheiten tun.

Herr Kommissar, wir haben uns hier oft die Frage gestellt, ob die Türkei bereit ist, der EU beizutreten. Ich glaube, dass die EU sich ehrlicherweise selbst fragen sollte, ob sie wirklich bereit ist, die Türkei als Mitglied zu akzeptieren. Sie sagten auch, dass der Weg genauso wichtig ist wie das Ziel. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die demokratische Entwicklung der Türkei für die EU nicht so wichtig ist wie für die Bürger der Türkei selbst. Daher lohnt es sich, auf diesem Weg weiterzugehen, auch wenn wir uns nicht über das Ziel einig sind.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Frau Präsidentin, die türkische Regierung hat die demokratische Initiative ins Leben gerufen, um das Land zu demokratisieren und die kulturellen Rechte der Kurden zu verbessern. Dies war ein mutiger Schritt nach vorn. Das Verbot politischer Parteien ist allerdings ein großer Schritt zurück. Ein demokratischer Staat, der auf Rechtsstaatlichkeit basiert, muss immer eine demokratische Diskussion ermöglichen, bei der alle Bürger ihrer Stimme Gehör verleihen können. Das Verbot der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) ist für den Erfolg dieser demokratischen Initiative nicht förderlich. Vor achtzehn Monaten entkam die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) nur ganz knapp demselben Schicksal. Ich erwarte von der Türkei, dass sie ihre Verfassung so schnell wie möglich unter Erfüllung der von der Venedig-Kommission aufgestellten Kriterien erweitert, um das Verbot politischer Parteien auszuschließen. Alle Parteien müssen davon betroffen sein; schließlich könnte ihnen dasselbe Schicksal widerfahren. Außerdem muss ein Parteiensystem eingeführt werden, das zu einer besseren Vertretung der türkischen Bevölkerung führt. Das kann man erreichen, indem man die 10%-Hürde drastisch senkt. Die Anwendung von Parteiverboten innerhalb der politischen Landschaft als Mittel zum Zweck muss verhindert werden. Die Türkei wird sich jetzt und ohne Verzögerung mit der Unterstützung von Europa in diese Richtung bewegen müssen. Ich verbleibe mit Dank an Herrn Kommissar Rehn für seine gute Zusammenarbeit. Ich wünsche ihm allen Erfolg in seinem neuen Ressort.

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Die Erweiterung hat die EU ermächtigt, demokratische und menschenrechtliche Grundwerte auf unserem Kontinent zu fördern und die Bedingungen für eine Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, die auf unabhängigen Gerichten und Justizbehörden und einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Demokratie – einem stabilen und friedlichen Europa – gründet.

Diese Entwicklung muss fortgesetzt werden. Daher sollte die Türkei in die EU-Gemeinde aufgenommen werden. Viel zu viele im Parlament und in den EU-Regierungen versuchen, den der Türkei als Beitrittskandidat gegebenen Versprechen auszuweichen. Das ist unehrenhaft und schafft nicht nur in der Türkei Unsicherheit, sondern auch bei anderen Beitrittskandidaten. Verständlicherweise kann die Türkei der EU nicht beitreten, bevor nicht alle Kriterien erfüllt sind. Die EU muss strenge Kriterien festlegen, aber gleichzeitig das Land so unterstützen, dass es diese Kriterien tatsächlich erfüllen kann.

Wie bereits erwähnt wurde, hat es in der Türkei einige Fortschritte gegeben; bedauerlicherweise jedoch ist die Situation alles andere als eindeutig. Es gibt immer noch große Mängel. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts, die größte kurdische Partei zu verbieten, ist selbstverständlich absolut inakzeptabel und steht einer Mitgliedschaft im Wege.

Ich möchte außerdem eine andere Angelegenheit im Zusammenhang mit der türkischen Mitgliedschaft aufgreifen. Ich glaube, mein Kollege aus Dänemark sprach das schon an. In der letzten Woche berichtete Radio Schweden über ein Audit, das große Mängel bei der Verwendung von EU-Fördergeldern in der Türkei aufdeckte. Das Geld gelangt nicht zu denen, die es am nötigsten haben. Es gab auch Kritik an der mangelhaften Kontrolle und der Tatsache, dass die ländliche Bevölkerung – Minderheiten wie Kurden und Assyrier – nicht an den EU-Hilfen teilhat. Frauen sind ebenfalls ungerecht behandelt worden. Die Richtlinien zur Beantragung einer Projektfinanzierung sind komplex und schwerverständlich. Mein Kollege, Herr Färm, und ich haben Herrn Rehn gebeten, diesen Dingen während seiner letzten Tage als Kommissar für Erweiterung auf den Grund zu gehen. Wir erwarten eine schnelle Antwort. Zum Abschluss möchte ich Herrn Rehn für seine hervorragende Arbeit als Kommissar für Erweiterung danken und ihm alles Gute für seine neue Position wünschen.

Frieda Brepoels (Verts/ALE). – (NL) Frau Präsidentin! Die demokratische Öffnung, die von der türkischen Regierung verkündet wurde, ist zu einer demokratischen Verneinung verkommen. Das Verbot der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) hat zum zигsten Mal das Recht der Kurden auf freie Meinungsäußerung, ihre Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie politische Beteiligung untergraben und daher verneint. Der Mangel an Demokratie, die herausragende Rolle von Armee und Polizei, die sehr hohe 10%-Hürde bei den Wahlen, das Versäumnis, die Verfassung und das Parteiengesetz zu reformieren, die Verfolgung und Inhaftierung kurdischer Politiker und Kämpfer; alles Zeichen dafür, dass Ankara eindeutig nicht in der Lage ist, mit den Rechten von Minderheiten vernünftig umzugehen. Jedes Mal, wenn die Türkei eine Tür zur Demokratisierung öffnet, schlägt sie eine andere zu. Ich frage mich, ob dass immer noch demokratische Öffnung genannt werden kann. Ich hätte gerne die Meinung des Kommissars hierzu gehört und würde gerne wissen, ob er darauf vorbereitet ist, mit der türkischen Regierung zusammenzuarbeiten, einen spezifischen Zeitplan zur Durchführung einiger wichtiger Reformen in Übereinstimmung mit europäischen Normen zu erstellen.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, Herr López Garrido, Kommissar! Ihre Erklärungen heute Abend hinterlassen bei mir den Eindruck, dass Sie gerne die Tatsache unter den Teppich kehren, dass der jüngste Beschluss des türkischen Verfassungsgerichts, die kurdenfreundliche Partei für verfassungswidrig zu erklären, einige Stunden vor den Entscheidungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und der Entscheidung des Gipfels, welche im Wesentlichen der Türkei grünes Licht für Europa geben, gefasst wurde und dies zu einer Zeit, wo es als ein Land von sich reden macht, das Menschen- und demokratische Rechte verletzt, gegen das Völkerrecht verstößt und sich weigert, die Republik Zypern anzuerkennen. Sind Sie noch nicht zu dem Schluss gekommen, dass, statt die Türkei zur Vernunft zu bringen, diese ständige Nachgiebigkeit sie nur kühner macht? Es ist eine Tatsache, dass die türkische Verfassung politische Destabilisierung schafft, keine religiöse und politische Freiheit garantiert und ein Alibi für Interventionen durch den Staat liefert.

Die Frage ist: welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Rechte kurdischer Bürger zu schützen? Und sogar noch wichtiger: werden wir letztendlich fordern, dass eine grundlegende Verfassungsreform den institutionellen Rahmen liefert, der diese Freiheiten garantiert und den türkischen Staat zur Achtung aller Rechte veranlasst, was das Kriterium für ein Land auf dem Weg in Richtung Beitritt ist?

Róza, Gräfin von Thun Und Hohenstein (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Die Zusage zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union war lange Zeit die treibende Kraft für demokratische Veränderungen in der Türkei. Nach 2005 sank jedoch die türkische Unterstützung für den Beitritt zur Union von 70 % auf knapp 42 %. Daher erfordert die weitere Demokratisierung der Türkei in dieser Situation tatsächlich eine bessere Kooperation mit der Europäischen Union.

Die Türkei hat viel erreicht – meine Kollegen haben dies hier schon erwähnt – und das verdient unsere Anerkennung, aber es gibt immer noch Bereiche, die wir mit besonderer Sorgfalt prüfen sollten. Da gibt es die auch schon erwähnte Frage der Pressefreiheit und die Frage der Freiheit der elektronischen Medien. Die OSZE berichtet zum Beispiel, dass die Türkei 3 700 Internetseiten sperrt. Eine andere wichtige Angelegenheit ist die Möglichkeit für Frauen, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die türkische Verfassung verbietet Frauen mit traditioneller Kopfbedeckung das Studium an einer Universität, wobei 70 % der Frauen solche Kopftücher tragen. Dieser Kampf zwischen Laizismus und Demokratie ist eine wahre Herausforderung in der Türkei.

Ich möchte auch gerne die Kurden erwähnen und sie namentlich als nationale Minderheit anerkennen. Die von der türkischen Regierung vorgeschlagenen Lösungen sind nicht zufriedenstellend. Richtig ist, dass die kurdische Sprache zunehmend anerkannt wird, aber die türkische Verfassung enthält immer noch Artikel 42, der den Kurdisch-Unterricht als Muttersprache in Bildungseinrichtungen verbietet.

Es ist wichtig, sowohl mit dem Parlament als auch mit der Regierung eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu entwickeln, aber auch Nichtregierungsorganisationen, soziale Initiativen und kommunale Partnerschaften in der Türkei zu unterstützen. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen intensivieren, sollten uns aber auch daran erinnern, speziell, wenn wir über die Entwicklung der Demokratie sprechen, dass es tatsächlich die Beziehungen zwischen ganz normalen Bürgern sind, die die Welt verändern.

Arlene McCarthy (S&D). – Frau Präsidentin! Bedauerlicherweise teile ich die Meinung anderer Kollegen, dass die Maßnahme des Verfassungsgerichts, die DTP zu verbieten, nur als Rückschritt bei den Demokratisierungsbemühungen der Türkei trotz des großen Fortschritts, der bei den jüngsten demokratischen Initiativen erzielt wurde, gesehen werden kann.

Mit dem Gesetz, das die DTP verbietet, sind – wie schon erwähnt – seit 1982 etwa 27 Parteien verboten worden; politische Parteien sind jedoch natürlich ein Ausdruck des Willens der Menschen. Sie sind das Herzblut jeder Demokratie und es ist an der Zeit, Gesetzesreformen einzuführen, die dem Verbot politischer Parteien ein Ende setzen.

Auf der anderen Seite müssen alle politischen Parteien und Kandidaten, die ein gewähltes Amt in einer Demokratie anstreben, die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit achten und sich verpflichten, politische Ziele mit ausschließlich friedlichen Mitteln zu verfolgen. Ich bin in Nordirland aufgewachsen und habe zu viele Menschen gesehen, die für die Verfolgung politischer Ziele zum Krüppel oder ermordet wurden. In einer Demokratie muss Politik durch die Wahlurne und nicht mit Kugeln und Bomben gestaltet werden.

Daher bitte auch ich den türkischen Ministerpräsidenten und die Regierung dringend darum, die Einführung demokratischer Grundsätze sicherzustellen, die Verfassung zu reformieren und den Fortschritt der Türkei in Richtung einer EU-Mitgliedschaft, den ich und meine politische Partei und Regierung voller Stolz unterstützen, nicht entgleisen zu lassen.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin! Der Konflikt zwischen den Fürsprechern der Eingliederung der Türkei und denjenigen, die eine besondere Beziehung zwischen der Türkei und der Europäischen Union favorisieren, veranschaulicht die imperialistischen Machtkämpfe innerhalb der Europäischen Union und den Wettbewerb mit den USA und anderen Großmächten.

Die dem Europäischen Parlament vorliegenden Fortschrittsberichte zur Türkei sind das Ergebnis des Balanceaktes zwischen diesen Mächten. Sie haben nichts mit der skrupellosen Ausbeutung, Unterdrückung und Verfolgung der Arbeitnehmer in der Türkei zu tun. Gewerkschafter werden strafrechtlich verfolgt und in Scheinprozessen verurteilt. Politische Morde und Gewalt durch die Staatsanwaltschaften finden weiterhin statt. Politische Parteien werden einfach völlig abgeschafft, weil sie die Wünsche der kurdischen Bevölkerung äußern. Gewählte Volksvertreter werden *en masse* verfolgt und inhaftiert. Die Türkei verweigert den Kurden und anderen Minderheiten weiterhin die Grundrechte. Sie hält 40 % der Republik Zypern unrechtmäßig besetzt und bringt jede Lösung dieses Problems zum Scheitern. Sie droht Griechenland mit dem *Casus Belli* und erhebt territoriale Forderungen.

Und trotzdem gratuliert die Europäische Union der Türkei, weil die NATO und die europäischen und multinationalen Organisationen, die in die Nabucco-Pipeline investieren und deren wirtschaftliche und geostrategische Ambitionen für dieses Land und den Nahen Osten dies allgemein fordern.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Ich unterstütze die EU-Mitgliedschaft der Türkei, aber möchte die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts vom Dezember und das Verbot der DTP verurteilen. Die Entscheidung wurde mit den angeblichen Verbindungen der Partei zur Terrororganisation der PKK begründet. Ich weiß, wir leben in einer Zeit, in der Sicherheit Vorrang hat; die Freiheit der Bürger sollte allerdings nicht darunter leiden. Wie wir wissen vertrat die Partei seit 2007 kurdische Interessen im türkischen Parlament. Obwohl sie dies mit 20 Mitgliedern nur symbolisch tat, war sie in den vergangenen Jahren ein wichtiger Zeuge für den in der Türkei beginnenden Prozess der Regelung der Kurdenfrage. Die Anwesenheit der DTP im Parlament stellte in keinsten Weise eine Gefahr dar, aber sie war eine der notwendigen Bedingungen für die politische Stabilität. Ich glaube allerdings nicht, dass wir über Destabilisierung sprechen sollten, weil der Konflikt mit den Kurden alt ist und zu keiner Zeit die Türkei wirklich erschüttert hat. Ich dachte nicht, dass das jetzt geschehen würde und vermute, dass es nicht passieren wird.

Die Regierung hat in der Vergangenheit öfters ihren guten Willen gezeigt, und man wird wohl kaum von einer antikurdischen Kampagne sprechen können. Trotzdem hat der türkisch-kurdische Friedensprozess einen heftigen Rückschlag erlitten. Das Verbot der parteilichen Aktivitäten ist eine typisch politische Taktik. Das Urteil wirft die türkisch-kurdischen Beziehungen nicht nur um viele Jahre zurück, sondern ist auch ein Rückschritt für den gesamten Demokratisierungsprozess.

Inés Ayala Sender (S&D). – (ES) Ich möchte ebenfalls gerne näher auf die widersprüchliche Situation, in der wir uns derzeit befinden, eingehen, in der wir den Beitrittsprozess der Türkei fortwährend unterstützen, weil wir die Türkei aus vielen Gründen in der Europäischen Union brauchen. Wir befinden uns heute in einer widersprüchlichen Situation, weil das Europäische Parlament noch vor wenigen Wochen den im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der Türkei und der kurdischen Gemeinschaft erzielten Fortschritt unterstützt hat und mit diesem Ergebnis zufrieden war; und heute werden wir plötzlich mit dem Verbot der größten kurdischen Partei in der Türkei überrascht, was natürlich wieder ernsthafte Fragen aufwirft.

In diesem Sinne möchte ich natürlich diesem Parlament und der Europäischen Union dringend empfehlen und die Kommission darum bitten, ihre Bemühungen in den für eine Mitgliedschaft erforderlichen Bereichen, bei denen Fortschritte zu verzeichnen sind - zum Beispiel der Notwendigkeit eines Konsens zwischen politischen Parteien - wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Dies sollte natürlich auch für die türkische Regierung als Aufforderung gelten, die Situation der kurdischen Partei, der DTP, zufriedenstellend zu lösen.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – (RO) Ich bin ein großer Befürworter des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Ich teile die Ansichten, die in diesem Haus geäußert werden, dass die Türkei Menschenrechte achten muss. Ich hoffe allerdings, dass dieselbe entschlossene Haltung auch bei der Unterstützung der Bemühungen, die die Türkei unternimmt, um der Europäischen Union beizutreten, zum Ausdruck kommt.

Ich begrüße die Position und den Wunsch der spanischen Ratspräsidentschaft, weitere Verhandlungskapitel mit der Türkei zu eröffnen.

Ich habe die Türkei übrigens im letzten Jahr als Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei 20 Jahre nach meinem letzten Besuch dort besucht, und ich muss sagen, die Fortschritte, die die türkische Gesellschaft gemacht hat, sind beeindruckend.

Antigoni Papadopoulou (S&D). – (EL) Frau Präsidentin! Die Jahre der Gewalt und des Terrorismus in der Türkei sind anscheinend noch nicht vorbei. Kurden, Aleviten, nichtmuslimische Minderheiten, Gewerkschafter, das Ökumenische Patriarchat, Armenier, Zyprioten, Gefangene, Kommunalbehörden, Homosexuelle, Frauen, kurdische Parteien und die Massenmedien haben viel zu erzählen, wenn sie ihr Schweigen dazu brechen würden.

Trotz der Reformen und des Fortschritts in der Türkei, werden zahlreiche Gesetze nicht angewandt. Die Schattenseiten und die Verletzungen von Menschenrechten sind sehr real, wenn es um die Pressefreiheit, Gleichstellung der Geschlechter, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Rechte von Minderheiten geht. Genau deshalb hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei infolge der Klagen türkischer Bürger und Minderheiten für die Verletzung des Rechts auf Leben, inhumane und entwürdigende Behandlung und eine Reihe anderer Verletzungen verurteilt.

Ich glaube, dass die Europäische Union eine Rolle als Katalysator bei der Demokratisierung der Türkei spielen kann, indem sie die volle Anwendung des europäischen *Acquis communautaire* (des gemeinschaftlichen Besitzstands) ohne Ausnahmen, ohne selbstsüchtige Berechnungen und ohne Anwendung einer Politik der Doppelmoral fordert. Indem Sie der Türkei Honig ums Maul schmieren und Verhandlungskapitel eröffnen,

Herr Rehn, tragen Sie nicht zur Demokratisierung der Türkei bei; Sie fördern im Gegenteil ihre anhaltende Unberechenbarkeit und politische Amoralität.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Trotz der Fortschritte, die von der Türkei auf dem Weg zum Beitritt erzielt wurden, lässt noch vieles zu wünschen übrig, was den Prozess der Demokratisierung dieses Landes betrifft. In einer im letzten Jahr vom Europäischen Parlament verabschiedeten Entschließung wurde Besorgnis über die in der Türkei herrschende Lage bezüglich der Redefreiheit sowie Bedauern aufgrund des schleppenden Vorankommens im Bereich der Religionsfreiheit geäußert. Das Parlament bestand damals darauf und tut es heute immer noch, dass die türkische Regierung im Einklang mit der Europäischen Konvention für den Schutz der Menschenrechte einen Rechtsrahmen einführt, der nichtmuslimischen Gruppen und Aleviten erlaubt, ohne unnötige Restriktionen wirken zu können.

Direkt nach der Verabschiedung der von mir erwähnten Entschließung im Dezember 2009 wurde das Unbehagen der Union durch eine vom türkischen Verfassungsgericht gefasster Beschluss entfacht, die DTP oder Partei der demokratischen Gesellschaft zu verbieten, die 21 Mitglieder im türkischen Parlament hatte. Der Vorwand für das Verbot der Partei waren angebliche Verbindungen zur kurdischen PKK.

Franz Obermayr (NI). – Frau Präsidentin! Das Urteil des türkischen Verfassungsgerichts, das die pro-kurdische Partei als verfassungswidrig verbietet, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die türkische Innenpolitik mit unserem europäischen Verständnis von Demokratie nicht annähernd zu vergleichen ist. Das widerlegt auch deutlich die sehr stark schöngefärbten Statusberichte der Ahtisaari-Kommission.

Wir haben zwar in Istanbul traditionell ein aufgeklärtes, europaorientiertes Bildungsbürgertum, aber diese Tatsache und die sicherlich tollen Veranstaltungen rund um die Kulturhauptstadt Istanbul im Jahr 2010 sind leider nicht repräsentativ für das gesamte Land. Daher sollten wir der Realität ins Auge blicken: Wer Parteien von Minderheiten als verfassungswidrig verbietet, passt nicht zu europäischen Werten. Und das ewige Vor und Zurück ist auch unverständlich, damit verschaffen wir uns sicherlich keine Reputation und keine gute Einschätzung bei unseren türkischen Gesprächspartnern.

Daher: Einstellen der Verhandlungen! Und stellen wir doch bitte auch diese Vorbeitrittszahlungen ein, denn wer Wertvorstellungen bezahlt haben will, der wird sich sicherlich nicht dadurch überzeugen lassen.

Anna Záborská (PPE). – (SK) Eine Demokratie hängt von Bedingungen ab, die sie nicht selbst schaffen kann. Das gilt für unsere Mitgliedstaaten genauso wie für die Demokratie in der Türkei. Obwohl es viele Problematiken gibt, will ich nur eine davon erwähnen.

Während die Kultfreiheit in der Republik Türkei geachtet wird, hat es keine besonderen Fortschritte in Sachen Religionsfreiheit in den vergangenen Jahren gegeben. Die Religionsfreiheit wird formal anerkannt, aber in der Realität ist sie begrenzt, zum Beispiel, hinsichtlich der Wahl der Kultstätte. Ich bedaure, dass die EU nicht in der Lage ist, sich dieser Thematik gründlich anzunehmen. Im letzten Fortschrittsbericht, der hundertachtzig Seiten umfasst, wird dieses Problem nur auf zwei von ihnen erwähnt. In keinsten Weise werden die starken Einschränkungen autonomer Verwaltungen religiöser Gemeinschaften, nicht nur auf administrativer und wirtschaftlicher Ebene, sondern auch auf seelsorgerischer und geistlicher Ebene, erwähnt.

Seit der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen nun schon lange darauf hingewiesen hat, dass in der Türkei fortgesetzt gegen die Religionsfreiheit verstoßen wird, sollte die Europäische Union konsequent auf der Achtung der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit bestehen.

Ismail Ertug (S&D). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Türkei ist natürlich ein emotionales Thema, das ist vollkommen klar. Nur eines muss man in diesem Kontext natürlich immer beachten, was heute des Öfteren angesprochen wurde: Das Parteienverbot ist natürlich letztendlich in keinsten Weise zu akzeptieren, nur das Parteienverbot wurde nicht von der Regierung ausgesprochen, sondern von der Justiz. Da müssen wir unterscheiden, um auch fair und ehrlich zu sein.

Aber das wollte ich nicht sagen. Wir als Europäer müssen uns doch die Frage stellen, wo wir überhaupt hinwollen. Wenn wir als globaler Akteur nicht nur wirtschaftlich – das möchte ich als Sozialdemokrat unterstreichen –, sondern auch politisch Werte transportieren wollen, nicht nur in Europa, sondern auch über die europäischen Grenzen in die Welt hinaus, dann brauchen wir letztendlich auch die Türkei dafür. Das gibt uns auch die Möglichkeit, das, was gefordert ist, der Türkei gegenüber mit einer harten, klaren Sprache zu vertreten. Nur dann wird es uns gelingen, einen Demokratisierungsprozess anzuschieben, um im Sinne der Sache erfolgreich zu sein.

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Der Rat wird in Bezug auf das Thema, das wir mit Blick auf den Beitrittsprozess die Beziehungen Europäische Union/Türkei nennen wollen, folgendermaßen handeln:

Erstens glauben wir, dass wir die europäische Perspektive für die Türkei aufrechterhalten müssen. Wir glauben, dass, wenn die Türkei eines Tages der Europäischen Union beitrifft, sie die Union stärker machen wird und nicht schwächer. Daher wird dieser Prozess für die Interessen beider von Nutzen sein.

Zweitens, Verhandlung. Wie Herr Obiols aufzeigte, sind Verhandlungen zweifellos ein Instrument, um in diesem Prozess voranzukommen und interne Reformen in der Türkei zu fördern. Das hat sich unwiderlegbar gezeigt. Verhandlungen sind ein strategisches Element und sollten, wie Herr Kommissar Olli Rehn in seiner Rede betont hat, aufrechterhalten werden.

Drittens, eine sehr klare Botschaft an die Türkei. Wir müssen mit der Türkei sehr ehrlich und offen sein. Das wird nicht nur von Frau Oomen-Ruijten befürwortet, der Verfasserin dieses Entschließungsantrags, der auf mich den Eindruck eines sehr umfangreichen, sehr gründlichen, detaillierten Antrags macht, einer ausgezeichneten Grundlage also, auf der wir meiner Meinung nach aufbauen können, sondern auch von vielen Teilnehmern hier heute Abend: Frau Corazza, Frau Ludford, Frau Keller, Herr Zahradil und viele andere befürworten, der Türkei eine klare Botschaft zu senden.

Die Türkei ist ein Land, das, wenn es die Kopenhagener Kriterien erfüllt, in der Lage sein wird, in die Union einzutreten und in die Europäische Union eintreten muss.

Im Moment jedoch erfüllt die Türkei sie nicht und diesbezüglich gibt es zwei ausschlaggebende Faktoren, Demokratie und Menschenrechte, die bei der Beurteilung der möglichen zukünftigen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union von zentraler Bedeutung sind. Hinsichtlich der Menschenrechte sind einige, insbesondere spezifische Aspekte dieser Rechte, von zentraler Bedeutung für die Definition einer Demokratie, die die Voraussetzungen, die so genannten Kopenhagener Kriterien, erfüllt.

Justizielle Angelegenheiten, die Gleichstellung der Geschlechter, Folter und Misshandlung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, der Schutz von Minderheiten und Pluralismus, all dies sind Elemente, die berücksichtigt werden müssen. Bei allen von ihnen, wie hier gezeigt wurde, sehen wir zweifellos Fortschritte und bei allen von ihnen sehen wir auch Unzulänglichkeiten oder sogar Rückschritte. Das beschreibt die Situation. Es hängt davon ab, wie man es sieht. Das Glas kann halb voll oder halb leer sein. Ich denke daher, dass dies die grundlegenden Elemente sind, auf die wir uns bei der Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Türkei konzentrieren sollten.

Ich glaube, dass der Prozess in Richtung Wiederannäherung zwischen der Türkei und der Europäischen Union möglich ist; es ist ein gangbarer Prozess. Daher ist dieser Prozess offen und die Türkei hat den Status eines Beitrittskandidaten. Es ist ein notwendiger Prozess, der auf natürlich so schnell wie möglich fortgesetzt werden muss. Die Rolle des Europäischen Parlaments bei diesem Prozess ist absolut entscheidend. Es muss eine wesentliche Rolle spielen bei der Entwicklung, Auswertung, Beurteilung und Konsolidierung dieses Prozesses, den wir alle so schnell wie möglich fortschreiten sehen wollen.

Olli Rehn, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin! Ich bin froh, dass ich mein letztes Wort zur Türkei sage.

Ich möchte Ihnen für eine sehr substanzielle und verantwortungsvolle Aussprache heute Abend danken. Eigentlich habe ich mich die Türkei betreffend schon im Dezember oder November von Ihnen verabschiedet. Ich werde das jetzt nicht wiederholen. Ich hoffe, dass ich bezüglich der Türkei in diesem Plenarsaal keine weiteren Abschiedsreden halten muss, und wir dazu übergehen können, die großen wirtschaftlichen und anderen Herausforderungen der Europäischen Union zu bewältigen.

Ich möchte ebenfalls die Gelegenheit nutzen und mich bei der spanischen Ratspräsidentschaft und dem spanischen Ministerpräsidenten Zapatero dafür bedanken, die Allianz der Zivilisationen ins Leben gerufen zu haben, die eine sehr wichtige Initiative ist, und ich kann sagen, dass ich ihr freiwillig beitreten werde. Sie ist außerdem sehr wichtig für die Beziehungen EU-Türkei.

Die heutige Aussprache ging hauptsächlich um das Verbot der Partei und dies zu Recht. Es ist sehr wichtig, dass die Türkei ihre Rechtsvorschriften und das gesamte konstitutionelle Rechtssystem der politischen Parteien gemäß der Empfehlungen der Venedig-Kommission reformiert.

Herr van Baalen und Herr Schmidt sprachen den jüngsten Bericht des Rechnungshofes zur Türkei an. Ich kann sagen, dass unser Ergebnis in der Kommission bei der GD-Erweiterung mit dem Bericht und seinen Schlussfolgerungen übereinstimmt, was unsere finanzielle Unterstützung betrifft und wie wir sie strategischer ausrichten, über einen längeren mehrjährigen Zeitraum bereitstellen und eindeutiger mit den Bedürfnissen verknüpfen, die aus der politischen Reformagenda in unseren Ländern, in diesem Falle der Türkei, entstehen.

Es wird jetzt auf dieses Ziel hingearbeitet, was auch eine völlig neue Ausrichtung für die Erstellung unserer Planungsdokumente auf einer mehrjährigen Basis und der Verlagerung von projekt- auf sektorbezogene Programmgestaltung beinhaltet. Dieser neue Ansatz umfasst auch eine stärkere Gewichtung sektorspezifischer Strategien, die von den begünstigten Ländern selbst entwickelt werden, was schließlich die gemeinsame Festlegung politischer Prioritäten zwischen der Kommission und den türkischen Behörden erleichtern sollte.

Ich gebe Ihnen gerne eine längere und schriftliche Antwort zu dieser Sache, wenn Sie mir demnächst einen Brief zukommen lassen, damit ich dies noch während der Amtszeit der gegenwärtigen Kommission erledigen kann.

Ich denke, es ist wichtig, den demokratischen Wandel abseits von Parteiverboten allgemeiner zu erörtern. Das haben Sie heute Abend getan und ich möchte nur kurz drei Punkte ansprechen, die meiner Ansicht nach die wichtigsten nächsten Schritte sind.

In den letzten fünf Jahren haben wir einen großen demokratischen Wandel in der Türkei erlebt. Sie ist heute ein ganz anderes Land im Vergleich zu, sagen wir, vor fünf Jahren. Aber natürlich ist das Glas noch nicht voll, und viele wichtige Reformen müssen immer noch in der Türkei durchgeführt werden.

Die erste und wichtigste von ihnen betrifft die Bürgerrechte und Grundfreiheiten. Das Recht auf freie Meinungsäußerung betreffend entspricht die Türkei nicht den EU-Normen. Viele Autoren und Journalisten werden immer noch für ihre Arbeit verfolgt und verurteilt. Es ist jetzt höchste Zeit für die Türkei, die notwendigen Gesetzesreformen zu verabschieden, damit dieses Problem der türkischen Vergangenheit und nicht der Zukunft angehört. Das ist entscheidend für jede offene und demokratische Gesellschaft und auch, um sensible Themen wie die Armenienfrage, die Kurdenfrage oder das Zypernproblem weiter zu erörtern.

Zweitens hat das vergangene Jahr wichtige Entwicklungen in den zivil-militärischen Beziehungen gebracht. Die laufenden Ergelenkon-Ermittlungen sind bei den Demokratisierungsbemühungen der Türkei entscheidend, und die türkischen Bürger verdienen es, dass diese Ermittlungen zu Ende geführt werden, und erwarten zu Recht, dass alle nötigen Vorkehrungen getroffen werden, um sicherstellen, dass alle Angeklagten einen fairen Prozess bekommen.

Drittens ist nicht zu vergessen: echte Demokratie kann nicht erreicht werden, wenn die Hälfte der Bevölkerung – Frauen – in der nationalen und kommunalen Politik eklatant unterrepräsentiert ist. Nichtregierungsorganisationen (NRO) der türkischen Frauen sind in ihren Bemühungen, diese Agenda zu fördern, unnachgiebig, und das sollten sie auch sein, und wir sind ihre Verbündeten. Die Einrichtung einer speziellen Kommission zur Gleichstellung der Geschlechter ist ein wichtiger Schritt, der hoffentlich sehr helfen wird, die politische Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen der türkischen Gesellschaft zu verbessern.

Um es zusammenzufassen: Der Prozess des Beitritts der Türkei zur EU kann ein langer und manchmal mühsamer Weg sein, aber es ist wichtig, nicht das Hauptziel des demokratischen Wandels des Landes aus den Augen zu verlieren. Dies ist im Interesse nicht nur der Türkei, sondern auch der Europäischen Union, und dieses Ziel ist am ehesten zu erreichen, indem wir sowohl fair als auch entschlossen mit der Türkei umgehen, wodurch unsere Glaubwürdigkeit und die Macht, Bedingungen zu stellen beim Vorantreiben der Reformen für die Grundfreiheiten in der Türkei Bestand haben wird. Bei diesem großen Vorhaben zähle ich weiterhin auf Ihre tatkräftige Unterstützung. Ohne Ihre Unterstützung wird dieses Projekt am Ende keinen Erfolg haben.

Präsidentin. - Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Kristiina Ojuland (ALDE), schriftlich. – (ET) Frau Präsidentin! Der von der Europäischen Kommission 2009 entworfene Entwicklungsbericht zur Türkei legt die Umsetzung der Verfassungsreform als eine wichtige Herausforderung bei der Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses fest. Der Bericht beinhaltet, dass trotz der Unterstützung der Regierung durch die Bevölkerung und der großen Mehrheit im Parlament die bisher bei der Umsetzung der politischen und konstitutionellen Reform gemachten Fortschritte noch nicht

ausreichend sind, weil die Parteien bisher noch keine gemeinsame Sprache finden konnten. Wie in jedem anderen demokratischen Land spiegeln die von den türkischen Parteien eingenommenen Positionen den Willen der Wähler wider. Es darf nicht vergessen werden, dass in einer demokratischen Gesellschaft die Parteien ihrer Wählerschaft gegenüber vor allem rechenschaftspflichtig sind; in der Türkei muss die Europäische Union ihre Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen an der Basis richten. Wir müssen sehr vorsichtig sein, dass wir nur einen didaktischen Ansatz bei der Lenkung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei wählen. Die erfolgreiche Umsetzung der gewünschten Reformen erfordert die Unterstützung der Öffentlichkeit, für die ein größeres Maß an Bewusstsein für die Bedeutung der Reformen notwendig ist. Die zielgerichteten Reformen (Top-Down-Reformen), die durchgeführt wurden, werden nicht zum gewünschten Ergebnis führen, solange das Gefühl besteht, dass sie eine Gefahr für die interne Stabilität der Türkei darstellen. Der Druck auf die türkische Regierung, Reformen zu beschleunigen, die nicht von der Öffentlichkeit unterstützt werden, könnte, wenn auch unabsichtlich, zum Aufblühen von Separatismus oder religiöser Feindseligkeit führen. Ich hoffe, dass sich der Rat und die Kommission zusammen mit der türkischen Regierung um Durchführungsmaßnahmen bemühen, die die türkische Bevölkerung am Demokratisierungsprozess mehr als bisher beteiligt, um sicherzustellen, dass die Durchführung der für einen Beitritt notwendigen Reformen gemäß den Kopenhagener Kriterien auf fruchtbaren Boden fällt.

Pavel Poc (S&D), schriftlich. – (CS) Vorbeitrittsverhandlungen mit einem Kandidatenland sollten auf den EU-Beitritt des jeweiligen Landes abzielen. Aber im Falle der Türkei ist die Situation viel komplexer. Vorbeitrittsgespräche gibt es seit Oktober 2005. Zusätzlich zum Beitritt des Landes sollten die Gespräche zur Förderung von Demokratie und Freiheit sowie des Schutzes von Bürger- und Menschenrechten in der Türkei beitragen. Anstelle politischer Erklärungen sollte dieses spezielle Ziel durch Änderungen der Gesetzgebung als Teil der Harmonisierung mit dem Rechtssystem der Europäischen Union und vor allem durch politische und gesellschaftliche Praxis nach dem Beispiel der Mitgliedstaaten erreicht werden. Argumente gegen einen Beitritt nach dem Muster "Europäische Länder" gegen "Islamische Länder" sind schlichtweg falsch. Die historische Zugehörigkeit der Türkei zu Europa ist unleugbar. Die Türkei ist heute sogar ein Mitglied des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Es gibt keine religiöse Messlatte zur Beurteilung eines Kandidatenlandes; im Gegenteil, Konfessionsfreiheit ist einer der Grundwerte Europas. Daher muss das einzige und entscheidende Kriterium für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union die Beachtung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, der gesetzmäßigen Bestätigung der Bürger- und Menschenrechte und der Anerkennung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein.

Renate Sommer (PPE), schriftlich. – Gut, dass wenigstens das Europäische Parlament die Frage der Demokratisierung der Türkei aufgreift! Kommission und Ministerrat neigen ja grundsätzlich dazu, die Situation – wie dramatisch sie auch immer sein mag – schönzureden. „Softpower“ nennen sie das. Aber: Wohin hat denn diese „Softpower“ geführt? Ganz klar dazu: Seit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen sind weitaus mehr Rückschritte als Fortschritte in der Türkei zu verzeichnen! Jetzt gibt es wieder einmal ein Parteiverbot. Aber es gibt auch die fortschreitende massive Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, die Unterdrückung religiöser Minderheiten bis hin zum Versuch ihrer Vertreibung bzw. Zerstörung durch Ausblutung, die Beschneidung der Informations- und Pressefreiheit, den Versuch der Vernichtung der oppositionellen Presse und der freien Gewerkschaften etc. „Pacta sunt servanda“ – das wird im Zusammenhang mit der Türkei immer betont und das ist auch richtig. Aber: Dies gilt eben auch für die Türkei! Mit Eintritt in die Beitrittsverhandlungen ging die Türkei einen Vertrag mit der EU zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ein. Verweigert sie dies weiterhin, muss sie sich fragen lassen, ob sie überhaupt willens ist, sich zu europäisieren! Und die „Softies“ in Kommission, Ratspräsidentschaft und Ministerrat sollten endlich konsequent handeln, anstatt immer neue Verhandlungskapitel zu eröffnen!

15. Europäische Strategie für den Donauraum (Aussprache)

Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die mündliche Anfrage an die Kommission (B7-0240/2009) von Silvia-Adriana Țicău, Brian Simpson, János Áder, Hannes Swoboda, Eva Lichtenberger, Michael Cramer, Saïd El Khadraoui, Mathieu Grosch, Iuliu Winkler, Victor Boștinăru, Ioan Mircea Pașcu, Marian-Jean Marinescu, Ivailo Kalfin, Norica Nicolai, Dirk Sterckx, Csaba Sándor Tabajdi, Michael Theurer, Ismail Ertug, Inés Ayala Sender, Jiří Havel, Edit Herczog, Stanimir Ilchev, Iliana Malinova Iotova, Jelko Kacin, Evgeni Kirilov, Ádám Kósa, Ioan Enciu, Eduard Kukan, Gesine Meissner, Alajos Mészáros, Nadezhda Neynsky, Katarína Neveďalová, Daciana Octavia Sârbu, Vilja Savisaar, Olga Sehnalová, Catherine Stihler, Peter van Dalen, Louis Grech, Corina Crețu, George Sabin Cutaș, Vasilica Viorica Dăncilă, Cătălin Sorin Ivan, Tanja Fajon, Kinga Göncz, Antonyia Parvanova, Adina-Ioana Vălean und Rovana Plumb bezüglich der europäischen Strategie für den Donauraum (O-0150/2009).

Silvia-Adriana Țicău, *Verfasserin*. – (RO) Ich möchte mich bei all meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mich bei dem Vorschlag unterstützt haben, diese Aussprache während des Plenums des Europäischen Parlaments zu führen, auf das morgen die Stimmabgabe zur gemeinsamen Entschließung folgen wird.

Der Donaauraum ist für die Europäische Union von besonderer Bedeutung, und zwar wegen der großen Anzahl von Ländern, die an der Donau liegen, und der direkten Mündung der Donau ins Schwarze Meer. Zusammen mit dem Rhein-Main-Kanal verbindet die Donau die Nordsee und den Hafen von Rotterdam, der größte Hafen der Europäischen Union, mit dem Schwarzen Meer und dem Hafen von Constanța, der zehntgrößte Hafen in der Europäischen Union.

In Anerkennung der Wichtigkeit des Donauraumes bat der Europarat im Juni 2009 die Kommission, bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donaauraum auszuarbeiten. Wir bitten die Kommission, so schnell wie möglich mit allen Anliegern der Donau Konsultationen aufzunehmen und die Donaustrategie mit einem Aktionsplan und einem mehrjährigen operationellen Programm zu flankieren, das zusammen mit den beteiligten Staaten und auf der Grundlage der Strategie für die Ostseeanrainerstaaten durchgeführt wird.

Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur ist für die Entwicklung des Donauraums von großer Bedeutung. Nur einige der Schwerpunkte im Hinblick auf die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur der Region betreffen die Modernisierung der Häfen, die Einbindung der Donau-Navigationssysteme, die Beseitigung von Engpässen auf der Rhein/Maas-Main-Donau-Wasserstrasse zur Verbesserung der Schifffahrt, die Verbesserung der Intermodalität in der Region und die Erhöhung der Konnektivität mit dem Schwarzen Meer durch Straßen und Eisenbahntrassen, womit ich Schienengüterverkehrskorridore und Hochgeschwindigkeitszüge meine.

Der Donaauraum spielt eine wichtige Rolle bei der Diversifikation der Energieversorgungsquellen in der Europäischen Union. Die Durchführung von Gemeinschaftsprojekten zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen, Investitionen in neue Technologien und die Entwicklung von klein- und mittelständischen Betrieben wird helfen, die grüne Wirtschaft in der gesamten Donau-Makroregion anzukurbeln.

Zudem ist der Tourismus ein wichtiges Instrument zur Förderung des Wirtschaftswachstums in der Region. Nicht zuletzt wird die Entwicklung von auf internationaler Ebene konkurrenzfähigen Kompetenzzentren zusammen mit akademischem und kulturellem Austausch zum territorialen Zusammenhalt im Donaauraum beitragen.

Der Donaauraum und insbesondere das Donaudelta umfassen mehrere Sonderschutzgebiete und besondere Schutzgebiete im Rahmen des Schutzgebietssystems Natura 2000, das ein einzigartiges und fragiles Ökosystem ist. Der Schutz der Umwelt im Donaubecken wird einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums der Region haben.

Die Donaustrategie wird durch eine koordinierte Herangehensweise die effizientere Verwendung und höhere Absorption europäischer Finanzmittel erleichtern, ohne jedoch auf diese begrenzt zu sein. Vor diesem Hintergrund appellieren wir an die Kommission und Mitgliedstaaten, die Halbzeitbewertung der finanziellen Vorausschau 2010 und die Aussprachen zur zukünftigen finanziellen Vorausschau zu Grunde zu legen, um die Zielsetzungen der EU-Strategie für den Donaauraum umzusetzen.

Ich möchte abschließend sagen, dass das Europäische Parlament ein dauerhafter Partner im Entwicklungs- und Durchführungsprozess der EU-Strategie für den Donaauraum sein wird.

Olli Rehn, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin! Ich möchte Ihnen für die Erörterung dieses wichtigen Sachverhalts der regionalen Donaustrategie danken und auch für ihre breite Unterstützung der makroregionalen Strategien in Europa.

In diesem Zusammenhang arbeitet die Kommission mit den teilnehmenden Ländern der Donaukooperation zusammen. Dazu gehörend die folgenden Mitgliedstaaten: Deutschland, Österreich, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, Bulgarien und Rumänien. Zusätzlich nehmen die folgenden Drittländer teil: Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Moldau und die Ukraine.

Was den Sachstand zu diesem Zeitpunkt betrifft, so haben wir innerhalb der Kommission eine dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe von über 20 Generaldirektionen eingerichtet, um die wichtigsten politischen Schwerpunkte für die Strategie festzulegen. Parallel dazu hat jedes Land des Donauraums eine nationale Kontaktstelle bestimmt, und das erste Treffen dieser Kontaktstellen ist mit den Mitgliedstaaten abgehalten worden. Eine Reihe von Veranstaltungen sind zwischen Februar und Juni dieses Jahres geplant,

um einen Impuls zu geben und die Diskussion mit den wichtigen Interessenvertretern in Gang zu setzen. Die erste dieser Veranstaltungen wird am 1. und 2. Februar in Deutschland in Ulm stattfinden.

Bezüglich der zukünftigen Gestaltung der Strategie möchte ich gerne darauf hinweisen, dass wir uns natürlich erst am Anfang des Ausarbeitungs- und Vorbereitungsprozesses befinden. Die Inhalte werden in den kommenden Monaten von den betroffenen Ländern, wichtigen Interessenvertretern, Kommissionsdienststellen und anderen EU-Institutionen genauer erörtert werden.

Nichtsdestoweniger scheint es wahrscheinlich, dass die Strategie auf drei großen Pfeilern aufbaut oder, in anderen Worten, drei große politische Schwerpunkte hat: Erstens, die Verbesserung der Konnektivität und ökologisch nachhaltiger Kommunikationssysteme; zweitens, der Schutz der Umwelt, der Erhalt von Wasserressourcen und die Verbesserung von Risikoverhütungsmaßnahmen; und drittens, die Stärkung der sozioökonomischen menschlichen und institutionellen Entwicklung. Zu diesen drei Pfeilern gehören eine Anzahl konkreter Maßnahmen, die auf den Beiträgen der Mitgliedstaaten, Interessenvertreter und der Kommission beruhen.

Lassen Sie mich zum Schluss die nächsten Schritte nennen. Zwischen jetzt und Juni werden wir weitere Ideen und Vorschläge von den Mitgliedstaaten, Interessenvertretern und anderen interessierten Parteien durch Positionspapiere, Sitzungen, Konferenzen und auch über eine öffentliche Anhörung im Internet sammeln. Im Anschluss daran wird die Kommission im September die Konzepte nach Vordringlichkeit ordnen, um den Entwurf einer Mitteilung zur Strategie und den begleitenden Aktionsplan vorzubereiten. Im Dezember schließlich wird die Kommission die Annahme dieser Dokumente vorbereiten. Daher werden wir ab nächstem Jahr – 2011 – damit anfangen, die Steuerungssysteme und die konkrete Durchführung der Maßnahmen und Projekte, die bis dahin geplant und beschlossen sein werden, einzurichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf Ihre Beiträge in dieser Aussprache.

Marian-Jean Marinescu, im Namen der PPE-Fraktion. – (RO) Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) misst der Donaustrategie große Bedeutung zu. Die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße ist eine Brücke, die Ost und West, die Nordsee und das Schwarze Meer verbindet. Sie ist die direkte Verbindung zur Sicherstellung der Energiesicherheit, sie ist die Straße nach Asien über das Schwarze Meer und außerdem die Verbindung zum Mittelmeer.

Wir sprechen uns daher für die Ausarbeitung der Donaustrategie im Laufe dieses Jahres im Einklang mit den von der Kommission eingegangenen Verpflichtungen aus. Ich freue mich, dass Kommissar Rehn wiedervernannt wurde, und wir möchten diese Strategie zusammen mit einem spezifischen Aktionsplan bis spätestens Anfang 2011 genehmigt sehen.

Ich möchte folgende Schwerpunkte der Strategie, die zu verfolgen ist, erwähnen: Sicherstellung der Schifffbarkeit der gesamten Wasserstraße, primär der Donau-Rhein-Verbindung, Standardisierung der Navigationssysteme, Modernisierung der Binnenhäfen und Entwicklung der zugehörigen Infrastrukturen, damit sie integrierte multimodale Systeme werden, effiziente Nutzung des Energiepotenzials der Donau, Entwicklung von Bewässerungssystemen zur Verhinderung von Verödung, Einsatz eines integrierten Systems zur Überwachung von Wasserständen für eine genauere Vorhersage sowie bessere Verhütungs- und Interventionsmaßnahmen bei Überschwemmungen, Dürren oder Verschmutzungen.

Gemeinsames Handeln ist erforderlich, da die Nichtbeteiligung eines einzelnen Anliegerstaates zur Blockierung des gesamten Prozesses führen kann. Finanzielle Mittel werden ebenfalls benötigt. Deshalb hoffe ich, dass die neue Europäische Kommission diese Angelegenheit berücksichtigen wird und nicht die auf öffentlich-privaten Partnerschaften basierende Finanzierung meidet.

Rumänien hat den größten Donauabschnitt unter allen Anliegerstaaten. Daher unterstützt Rumänien eine schnellstmögliche Ausarbeitung dieser Strategie, um das Potenzial des Flusses, der für ganz Europa von großer Bedeutung ist, aufzuzeigen.

Constanze Angela Krehl, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Die Fraktion der Sozialdemokraten unterstützt die Initiative zur Entwicklung einer Donaustrategie. Das ist für uns ein wichtiges Projekt, auch deshalb, weil es die territoriale Kohäsion, die neu im Vertrag von Lissabon enthalten ist, auf beispielhafte Art und Weise stärkt und vielleicht auch die Möglichkeit gibt, deutlich zu machen, was wir unter territorialer Kohäsion verstehen. Ich hoffe, dass Herr Rehn bei den vielen Partnern, die er angesprochen hat, auch meint, dass das Europäische Parlament entsprechend an der Ausarbeitung der gemeinsamen Donaustrategie beteiligt wird. Ich habe das Wort Europäisches Parlament in Ihrer Rede leider nicht gehört, aber wir werden uns

entsprechend in die Debatte einbringen. Ich freue mich, dass wir heute eine erste größere Aussprache hier im Plenum des Parlaments durchführen.

Neben der territorialen Kohäsion ist auch wichtig, deutlich zu machen, dass es hier eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt, die wir im Bereich der Kohäsionspolitik immer gefordert und unterstützt haben und eigentlich schon in dieser Förderperiode verstärkt haben wollten. Ich hoffe, dass das unter anderem auch mit der Donaustrategie in den nächsten Jahren noch stärker gelingen wird.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mit der Donaustrategie einen europäischen Mehrwert bekommen werden, der gerade für die Bürgerinnen und Bürger, die in dieser Region leben, wirklich erlebbar ist. Deswegen sollten sie auch direkt bei der Erarbeitung beteiligt werden und ihnen sollte dann auch die Möglichkeit gegeben werden, dieses europäische Projekt zu erleben. Ich würde dringend darum bitten, dass wir die Strategie wirklich nicht mit zu vielen Prioritäten überlasten und überfrachten, sondern dass wir uns konzentrieren. Aus meiner Sicht ist es ganz wichtig, dass wir die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen, dass wir beispielsweise Warnsysteme auf- bzw. ausbauen und auch entsprechend vorbereiten, die vor Naturkatastrophen wie Fluten, Überschwemmungen warnen, die aber auch reagieren – bei Industrieunfällen beispielsweise –, die eine Verschmutzung der Donau und der angrenzenden Regionen mit sich bringen. Hier sind gemeinsame Arbeitsfelder vorhanden.

Eine erfolgreiche Donaustrategie und erfolgreiche Projekte in dieser Region können auch in anderen Regionen beispielhaft sein. Ohne dass wir sofort immer eine neue Strategie erfinden, kann das ein Beispiel sein, wirklich Probleme gemeinsam grenzüberschreitend europäisch zu lösen und – wenn es uns gelingt, wirklich auch Drittstaaten in eine solche Strategie einzubauen – auch eine Nachbarschaftspolitik auf den Weg bringen, die für uns alle in der Europäischen Union wichtig ist und gefördert werden sollte.

Michael Theurer, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Die Bedeutung des Donauraums zeigt sich schon daran, dass 80 Millionen Menschen in sechs EU-Mitgliedsländern und in vier Nachbarländern an der Donau wohnen. Hier – 100 km Luftlinie entfernt – im Schwarzwald entspringt die Donau und fließt dann im Delta in das Schwarze Meer. Wir von der ALDE-Fraktion unterstützen deshalb die Forderung nach der Donaustrategie und wir als Parlament setzen hier heute Abend auch einen wichtigen Punkt, indem das Thema Donaustrategie hier auf der Tagesordnung steht.

Zwanzig Jahre nach der Überwindung des Eisernen Vorhangs, nach der Überwindung der Teilung Europas ist die Donau wieder ein Symbol der Vereinigung. Vom Gründungsmitglied der EU Deutschland über Österreich, das 1995 dazukam, bis zu den neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa, die 2004 dazukamen, verbindet die Donau auch Nachbarländer wie das Beitrittsland Kroatien und andere Nachbarländer, die eine Beitrittsperspektive wollen. Man kann hier also entlang der Donau die Wiedervereinigung Europas praktisch erlebbar machen.

Jetzt kommt es darauf an, liebe Kolleginnen und Kollegen – und darauf legt die ALDE-Fraktion großen Wert –, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, dass die Donaustrategie in der neuen Förderperiode auch zu einem Schwerpunkt der Regionalpolitik gemacht wird. Es gibt viele Ansatzpunkte, was man hier tun kann. Eine Möglichkeit ist, dass kleine und mittlere Unternehmen untereinander verstärkt Partnerschaften schließen.

Es gibt natürlich auch noch große Aufgaben im Bereich der Infrastruktur. Das ist der ALDE-Fraktion ganz besonders wichtig, weil durch die Trennung Europas natürlich die historischen Verkehrsverbindungen unterbrochen waren, nicht modernisiert wurden. Deshalb sind der Ausbau der Donau als Binnenschiffahrtsstraße, die Modernisierung und Verbesserung der Häfen sowie Lückenschlüsse und Durchgängigkeit eine ökologische Art des Verkehrs. Aber auch beim Straßen- und Schienennetz gibt es noch einiges zu tun. Ganz besonders wichtig ist auch, dass wir die Kommunen und Städte, die Gemeinden und die Bürger mitnehmen.

Eva Lichtenberger, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Eine Entwicklungsstrategie für die Donau ist sehr zu begrüßen und ist auch sehr wichtig. Sie ist auch eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die sich nicht vergleichen lässt mit all dem, was wir bis jetzt in der Regionalentwicklung zu tun hatten. Denn die Donau ist eben nicht nur ein Wasserweg, sie ist keine Straße. Die Donau ist ein Naturjuwel. Ich weiß, das hören viele von Ihnen nicht gerne, aber es ist in dieser Existenz als Naturjuwel ja auch ein Hoffungsgebiet für einen nachhaltigen und modernen Tourismus, den man vor allem im Donaudelta, aber auch entlang der attraktiven Flussstrecken durchaus positiv mit Klein- und Mittelbetrieben entwickeln kann und könnte.

Die Donau hat eine ganz spezielle Flusscharakteristik – das muss auch einfach klar sein –, die besonders sensibel auf menschliche Eingriffe reagiert. Das konnte man schon bei dem Kraftwerksprojekt von Gabčíkovo feststellen, dessen Wunden bis heute nicht verheilt sind, wo es aber nur durch massiven Einsatz von Anrainern, von Bürgerinnen und Bürgern gelang, größere Schäden durch einen Weiterbau dieser Kraftwerkskette zu verhindern. Das hat zu einem Absinken des Grundwasserspiegels geführt mit unabsehbaren Folgen für die Landwirtschaft. Der Kollege hat ja nicht umsonst den starken Zusammenhang des Donauuntergrundes mit dem jeweiligen Grundwasser angesprochen. Das muss man hier besonders berücksichtigen.

Das lehrt uns eine wichtige Lektion: Die Donau – jeder Fluss – ist eine Lebensader, die man in ihrem Leben auch schützen und begleiten muss und wo man mit besonderer Nachhaltigkeit vorgehen muss. Das heißt eben nicht mit dem Bagger in Naturgebiete ohne nachzudenken hineinzufahren, sondern das heißt ganz einfach, dass man den Fluss ernst nimmt, ihn für die Schifffahrt nutzt, aber die Schiffe dem Fluss anpasst und nicht den Fluss den Schiffen. Sie kaufen ja auch nicht zuerst die Möbel und bauen dann rundherum ein Haus, wenn Sie ein großes Werk angehen wollen. Genauso müssen wir bei der Donau vorgehen. Hier sind Nachhaltigkeit und Vorsicht vor dem Naturraum am allerhöchsten geboten. Lasst uns nicht die Fehler der Vergangenheit noch einmal machen!

Oldřich Vlasák, im Namen der ECR-Fraktion. – (CS) Der Donauraum ist ein sehr spezifisches und unbestritten weites Gebiet. Wie wir alle wissen, ist die Donau nach der Wolga der zweitlängste Fluss Europas und fließt durch zehn Länder bzw. bildet deren internationale Grenzen; ihr Flussbecken umfasst 19 europäische Staaten. Daher ist es sicherlich positiv, dass dieser Region besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Trotzdem glaube ich, dass wir hier im Europäischen Parlament nicht direkt versuchen sollten, eine spezifische Donaustrategie zu entwickeln. Eine gut funktionierende, makroregionale Strategie muss von unten festgelegt werden, während die Europäischen Institutionen nur ein Rahmenwerk schaffen, die Kommunikation auf der zwischenstaatlichen Ebene erleichtern und die Einzelakteure hinsichtlich der Methodik, Datenübersichten etc. unterstützen sollten. Meiner Ansicht nach sollte die Kommission keine makroregionale Strategie ausarbeiten, sondern eher ihre Entstehung überwachen, da der eigentliche Inhalt auf der Ebene der Mitgliedstaaten, der Gebiete, der einzelnen Städte und Dörfer festgelegt werden sollte.

Des Weiteren glaube ich, dass, obwohl sich die Donauraumstrategie auf die Zukunft ausgerichtet sein sollte, wir bei ihrer Umsetzung wohl kaum dem Erbe der Vergangenheit aus dem Wege gehen können. Es sollte klar sein, dass die Donau während des Kalten Krieges die Grenze zwischen Ost und West war, was damals zum Beispiel die Tschechoslowakei war. Ein geteiltes Europa besteht weiterhin im Donaubecken und beeinträchtigt tatsächlich den europäischen Integrationsprozess. Daher sollte sich die Strategie auf dieses spezielle Problem konzentrieren. Das Entwicklungspotenzial der Donau kann nicht voll ausgeschöpft werden, wenn es immer noch unverbundene internationale, überregionale und kommunale Verkehrsnetze gibt, wenn es immer noch an fundierter Zusammenarbeit in der Raumplanung und der strategischen Entwicklungsplanung mangelt und in den Köpfen der Menschen immer noch Grenzen bestehen. Die Probleme der Vergangenheit müssen gelöst werden, wenn wir effizienter vorankommen sollen.

Es ist lobenswert, dass wir, während wir makroregionale Strategien erörtern, nicht über Verwaltungseinheiten, Einzelstaaten oder NUTS-Gebietseinheiten und -regionen reden, sondern eher von einem Gebiet innerhalb Europas. Dieser Ansatz erfordert nicht nur eine Änderung der Technologie oder der Durchführungsbestimmungen der Kohäsionspolitik, sondern viel mehr eine Änderung der Philosophie. In der Tat ist es notwendig, die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten auf mehreren Ebenen durchzusetzen, um die Gebietsprobleme zu lösen, ungeachtet der bestehenden administrativen Grenzen. Makroregionale Strategien stellen einen Weg in die Zukunft dar und sind in einem beachtlichen Maße einzigartige, bisher in der Europäischen Union unerreichte Projekte. Sie sollen auf der Grundlage des Partnerschaftsgrundsatzes die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, ihre regionale und kommunale Selbstverwaltung und andere wichtige Körperschaften gewährleisten und die Lösung ihrer Probleme ermöglichen.

Jaromír Kohlíček, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (CS) Meine Damen und Herren! Vor fünf Jahren sprach ich als neues Mitglied des Europäischen Parlaments eine Aussprache im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr an und lüftete ein großes Geheimnis: nämlich, dass der längste Fluss in der Europäischen Union die Donau ist. Seitdem ist keiner von meinen Kollegen mehr darüber erstaunt und ich bin sehr froh, dass ich als einer der Initiatoren in der Position bin, die beginnende Arbeit an einer Entwicklungsstrategie für das Donaubecken zu unterstützen. Selbstverständlich soll diese Strategie einige Aspekte abdecken, insbesondere solche, die mit Umweltschutz, nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur zusammenhängen, und sie soll logischerweise die Beteiligung all der Länder, die die Wasserressourcen in dieser Region nutzen, erforderlich machen. Es spielt wirklich keine Rolle, ob die Länder Mitglieder der Europäischen Union sind oder unsere Nachbarn. Das Transportpotenzial, das bislang

nur zu einem Minimum ausgeschöpft wird, sowie andere Entwicklungsmöglichkeiten erfordern einen zügigen Beginn des gesamten Projekts. In diesem Sinne unterstütze ich voll und ganz den durch die Entschließung für die Europäische Kommission relativ eng gesetzten Termin und freue mich darauf, zu sehen, wie ab dem nächsten Jahr die Entwicklungsstrategie für das Donaubecken einer der Hauptentwicklungsplne der Europäischen Union sein wird. Für ihren Teil gibt die Konfderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke ihre volle Unterstützung für die in der Entschließung dargestellten Vorhaben und wird diese selbstverständlich während der Stimmabgabe unterstützen.

Jaroslav Paka, im Namen der EFD-Fraktion. – (SK) Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europarats vom Juni 2009 begann die Europäische Kommission ihre Arbeit an der Vorbereitung einer EU-Strategie für den Donauraum mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Donaubeckens zu verbessern und die Dynamik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in dieser Region anzukurbeln.

Die vorgeschlagene Strategie soll eine Grundlage für die Koordination der Maßnahmen der beteiligten Länder im Kontext der aktuellen EU-Programme ohne zusätzliche Voraussetzungen hinsichtlich gezielter Förderung, Institutionen oder Rechtsvorschriften schaffen. Die Europäische Kommission wird technische Unterstützung und Unterstützung bei der Koordination bereitstellen. Die Schaffung von Kooperationsmöglichkeiten mit Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Union ist im Projekt vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne die Initiative des Europäischen Rates loben, deren Zielsetzung es ist, eine EU-Strategie für den Donauraum zu schaffen und möchte hiermit meine Unterstützung bekunden. Ich glaube fest daran, dass eine solche koordinierte internationale Zusammenarbeit es ermöglichen wird, die Ökosysteme der Donau durch gemeinsame Maßnahmen der an diesem Fluss liegenden Länder effektiver zu schtzen. Für Millionen Europäer hängt die Qualität des Trinkwassers davon ab, wie sauber die Donau ist. Es ist daher selbstverständlich, dass der Schutz des Wasserlaufs und seiner weiten Umgebung vor Verschmutzung eine der Hauptsäulen der privilegierten Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ländern sein sollte.

Ein anderes ambitioniertes Ziel der Donaustrategie ist es, die Donauwasserstrae gemäß den von der Donaukommission verabschiedeten Parameter auszubauen. Dies würde dem Ost-West-Schiffahrtsskorridor eine wichtige neue wirtschaftliche Dimension geben und einige der größeren Nebenflüsse der Donau schiffbar machen. Ein derartiger neuer Impuls für das Wirtschaftswachstum wird auch viele Arbeitsplätze schaffen.

Zu einer Zeit, in der Europa auf der Suche nach erneuerbaren, umweltfreundlichen Energiequellen ist, bietet die Donau eine enorme, unerschöpfliche Quelle dieser Ressourcen. Wir müssen einfach nur einige Pläne für Wasserkraftwerke auf den neuesten Stand bringen, sie hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen und Effizienz überprüfen und dann umsetzen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube fest daran, dass die Idee einer gemeinsamen EU-Strategie für den Donauraum gut ist und unsere politische Unterstützung verdient.

Csand Szegedi (NI). – (HU) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Donau ist einer der größten ökologischen Korridore für Ungarn und die Union; sie ist der siebte gesamteuropäische Verkehrskorridor. Die Donau spielt daher eine Schlüsselrolle, und die Jobbik-Partei unterstützt die von der Republik Ungarn kürzlich eingegangene internationale Verpflichtung, um dieses Projekt, das von der Europäischen Kommission als ein mit Vorrang zu behandelndes Projekt eingestuft wurde, bis zum Jahr 2020 zu verwirklichen. Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem Konzept der Meeresautobahnen, das ebenfalls im EU-Weißbuch über die europäische Verkehrspolitik aufgeführt ist. Ich möchte jedoch gerne die Aufmerksamkeit meiner Kollegen auf die Tatsache lenken, dass, ungleich anderer, die Jobbik-Bewegung für Ungarn dieses Projekt nicht aufgrund der wirtschaftlichen Perspektiven unterstützen möchte. Wir möchten, dass während der Durchführung alle internationalen Umweltnormen eingehalten werden, sodass eine optimale Beckenbreite für die Donau und die für die Schifffahrt notwendige Wassermenge gewährleistet ist. Auf diese Weise verhindern wir, dass der natürliche Wasserhaushalt und die Naturschätze entlang der Donau Schaden nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass der einzige Weg, um die Stabilität des Donauraums zu wahren, die Abschaffung der Benesch-Dekrete, die Deutschland, Österreich und Ungarn diskriminieren, ist. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – (NL) Frau Präsidentin! Gelegentlich bietet sich die Gelegenheit, neue Wege zu beschreiten, wozu auch die europäische Politik gehört. Bis jetzt – lassen Sie uns ehrlich sein – waren es die Mitgliedstaaten, die ganz klar die Prioritäten für ihre eigenen Gebiete gesetzt haben. Ich bin Holländer. Ich lebe praktisch auf der anderen Seite, flussabwärts von Rhein und Maas, und mein Bruder hat einen Milchviehbetrieb in einer Gegend, die als Hochwasserrückhaltebecken gilt, wenn zuviel Wasser da ist. Wie

kann es zuviel Wasser geben? Ein Grund ist natürlich Regen, aber ein anderer Grund ist, dass im oberen Flussbecken keine Maßnahmen getroffen wurden, dieses Wasser vorübergehend aufzufangen. Das bedeutet, dass der landwirtschaftliche Betrieb meines Bruders in dieser Gegend in Gefahr ist.

Was ich damit sagen will, ist, dass es im Wesentlichen darum geht, ob wir in der Lage sind, zusammenzuarbeiten, um die neue Zielsetzung der territorialen Dimension, wie sie im Vertrag von Lissabon festgelegt ist, auszuarbeiten. Dazu gehört das Bemühen um gemeinsame Abkommen im gesamten Flussbecken, die Einbindung von Mitspracherechten in diese Programme – bezüglich Verkehr, Ökologie und Wirtschaft – und um gemeinsame Problemlösungen. Ich weiß das, weil wir diesen Ansatz Schritt für Schritt auch auf der anderen Seite Europas zusammen verfolgt haben. Ein kostenloses Mittagessen ist hierbei nicht drin, und eine solche Beteiligung muss in der Tat von unten nach oben erfolgen. Daher billige ich diese Entschliebung. Damit versuchen wir gemeinsam die Verwaltungsfragen dieses weit gefassten Konzepts anzugehen und bitten die Kommission, sich zu beteiligen. Ich bin mit Frau Krehl von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament einer Meinung, dass wir für dieses große Gebiet keinen gesamtpolitischen Ansatz verfolgen sollten. Stattdessen sollten wir den Mut haben, einige Dinge auszuwählen, die besser auf dieser europäischen territorialen Ebene angesprochen und gelöst werden können. Ich gebe daher dieser Initiative meine völlige Unterstützung und blicke mit großem Interesse zur Kommission zur Bereitstellung des einschlägigen Dokuments.

Inés Ayala Sender (S&D). – (ES) Ich möchte Frau Ticău dafür danken, dass sie im September 2008 die Vorbereitungen getroffen hat, damit eine Delegation des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr die gesamte Donau entlangfahren und darüberhinaus auch das Flussdelta, wo sie ins Schwarze Meer mündet, besuchen konnte.

Ich war daher sehr von der Geschichte und dem enormen Potenzial dieses sehr europäischen Flusses beeindruckt, der durch 10 Länder fließt, sechs davon liegen bereits innerhalb der Europäischen Union, die anderen sind Nachbar- und Bewerberländer.

Die großen Ungleichheiten und verschiedenen Schwerpunkte, je nach beteiligtem Mitgliedstaat, hinterließen auch ihren Eindruck bei mir. Manche sehen sie nach dem Erreichen eines Höchststandards an Wohlergehen und Entwicklung an ihren Ufern als ein echtes Juwel an. Sie müssen an den Ursprung eines Flusses zurückkehren, der jahrhundertlang regiert wurde. Ich muss außerdem sagen, dass ich schockiert war, zu sehen, wie Vogelkolonien, die früher an das Leben am Fluss angepasst waren, allmählich und genau wegen der rückschrittlich vollzogenen Instandsetzung ihren Lebensraum am Fluss verloren haben, und während sie früher im Wasser planschten, frage ich mich, wo sie heute geblieben sind.

Andere, nach vielen Jahren verspäteter Entwicklung, sehen es geradezu als Entwicklungsversprechen und Quelle von Wohlstand, Kommunikation und Energie. Darüber hinaus können sie nun den Fluss nach so vielen Jahren als Zeichen der Nichtkommunikation, Blockade, Unterentwicklung oder sogar Konflikt sehen. Ich stimme ihnen zu, dass es dringend notwendig ist, die Donau als eine Wasserstraße für nachhaltigen Verkehr – es gibt das Marco-Polo-Programm, das immer noch so schlecht umgesetzt wird – oder als einen Vektor einzigartiger touristischer Entwicklung – weil natürlich die Landschaften atemberaubend sind – oder als Quelle erneuerbarer Energien wiederherzustellen.

Diejenigen von uns, die nicht in der glücklichen Lage sind, solche europäischen und transnationalen Flüsse zu haben, weil sie auf einer Halbinsel in einer Ecke der Europäischen Union leben – auch wenn es zwischen Portugal und Spanien Flüsse gibt und ihr gemeinsames und transnationales Management ein Beispiel europäischen Maßstabs ist –, neiden ganz sicher die Kapazität der Donau.

Daher lassen sie uns unsere vorbehaltlose Unterstützung für die Notwendigkeit dieser dringenden Strategie für den Donaauraum zeigen, damit Europa vollständiger, harmonischer und zukunftsfähiger wird.

Filiz Hakaeva Hyusmenova (ALDE). – (BG) Vielen Dank, Frau Präsidentin! Die Donaustrategie kann das Potenzial für die effektive Durchführung der Kohäsionspolitik in dieser geografischen Region liefern. Mitgliedstaaten sind hierbei Interessenvertreter und werden hierzu bis Ende des Monats Vorschläge einreichen. Wie viele davon sind jedoch öffentlich diskutiert worden? Wie viele der Länder haben den Prozess öffentlicher Konsultationen ins Leben gerufen?

Ich möchte besonders die Schlüsselrolle hervorheben, die die Regionen und Städte entlang der Donau bei dem Entwurf dieser Strategie spielen sollen. Ich denke dabei an kommunale Verwaltungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und normale Bürger. Ihre Beteiligung kann gewährleisten, dass die Strategie die relevanten Anforderungen erfüllt, Probleme löst und zur Entwicklung von Städten und

Dörfern sowie der Makroregion als Ganzes beiträgt. Ich bin mir sicher, dass die Europäische Kommission ihnen die Gelegenheit bieten wird, an dem Prozess der Ausarbeitung der Strategie beteiligt zu werden.

Ich möchte vor der Gefahr warnen, dass sich Sitzungen, Konferenzen und Informationen im weitesten Sinne und entsprechend der Beteiligung der Länder auf wenige große Städte konzentrieren, während die übrigen von diesen Prozessen ausgeschlossen werden. Die letzteren können ebenfalls ihre Position jetzt beizeiten überdenken und an den Entscheidungen, die sie betreffen, mitwirken. Sogar kleinere Städte und Dörfer werden in der Lage sein, ihre Änderungsmaßnahmen darzustellen, Bedingungen auszuarbeiten und Ressourcen bereitzustellen und dazu beizutragen, die Ziele zu erreichen.

Die Bekanntheit der Strategie wird eine weitreichende, intensive und parallele Entwicklung in den verschiedenen Sektoren erleichtern, was auch eine Bedingung für rasches Wachstum ist. Das muss das ultimative Ziel der Donaustrategie sein, angesichts der Tatsache, dass sich die ärmsten Regionen in der Europäischen Union auch im unteren Donauraum befinden. Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung müssen wir erklären, dass die Bekämpfung der Armut und Ungleichheit im Donauraum eine Herausforderung ist, die mit dieser Strategie angesprochen werden muss. Die Situation in den ärmeren Regionen mit den unterschiedlichen Möglichkeiten und Ressourcen wirft auch das besonders wichtige Thema der Investitionen auf. Man sollte darüber nachdenken, eine zweckbestimmte Europäische Donaubank zu gründen, an der die betroffenen Länder beteiligt sind.

Hans-Peter Martin (NI). – Frau Präsidentin! Wie mein Vorredner, Kollege Theurer, stamme auch ich aus dem Bereich der europäischen Wasserscheide. Wir sind eigentlich Rheinländer, aber trotzdem an der Donau sehr interessiert, obwohl sie eigentlich in eine Richtung fließt, mit der unsere Lebenswege nur relativ wenig zu tun haben.

Ich möchte an dieser Stelle eine Lanze dafür brechen, dass Sie die Strategie Donauraum nicht nur so verstehen, wie viele Vorredner das bereits skizziert haben, sondern auch als kulturelle Integrationschance. Gerade junge Menschen können über und mit der Donau begreifen, wie man falsch verstandenen Nationalismus überwinden kann, wie man diesen unheimlichen kulturellen Reichtum – ob das Literatur-Nobelpreisträger sind, ob das die bekannten Avantgarde-Musikereignisse von Donaueschingen bis zum Delta sind – ganz anders erfassen und begreifen. Meine Bitte ist – man darf sich in dieser frühen Phase noch etwas wünschen –, dass Sie das in die Strategie mit einbeziehen, dass das Ganze besonders für junge Menschen auch eine kulturelle Identität und einen Zusammenhalt bekommt.

Evgeni Kirilov (S&D). – Frau Präsidentin! Ich unterstütze die Ausarbeitung dieser EU-Strategie für den Donauraum voll und ganz. Historisch gesehen verbindet die Donau West- und Osteuropa, und die Zugehörigkeit zum Donauraum hat eine Art Gemeinschaftsgefühl unter den Menschen entstehen lassen. Wir können sagen, dass dies die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit erleichtert hat, lange bevor die Idee der europäischen Integration geboren wurde.

Diese Strategie bietet die Möglichkeit, die wichtigen Solidaritäts- und Kooperationsgrundsätze umzusetzen. Das Strategiepapier sollte auf einem „Bottom-up“-Ansatz basieren, wie schon einige Kollegen, zu denen auch Frau Hyusmenova gehört, betont haben. Seine Schwerpunkte sollten von den Stadtverwaltungen, -bezirken und -städten der Donau-Region kommen, und es ist sehr wichtig, dass die regionalen Behörden und die Zivilgesellschaft die Strategie als ihr Instrument für eine bessere Zusammenarbeit und Koordination anerkennen. Hier ist also echte Eigenverantwortung innerhalb des Prozesses gefragt.

Die Donauländer stehen ähnlichen ökologischen und infrastrukturellen Problemen gegenüber. Sie streben eine sozioökonomische Entwicklung an und streben nach höherem Lebensstandard für ihre Bürger. Ich bin davon überzeugt, dass die Donaustrategie dazu beitragen wird, diese Ziele zu erreichen und gemeinsame Probleme durch einen effektiveren und effizienteren Einsatz der verfügbaren Finanzmittel zu lösen und dass sie die Umsetzung von Gemeinschaftsprojekten erleichtern wird und schließlich die Bürgerinnen und Bürger Europas von ihren Ergebnissen profitieren werden.

Ich stimme dem ebenfalls zu, dass ein gemeinsamer Ansatz nötig ist, der nicht zu viele Schwerpunkte beinhaltet. Die Donaustrategie wird ein exzellentes Instrument sein, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in dieser Region zu intensivieren, und ich glaube fest daran und hoffe, dass die Kommission ihr Bestes tun wird, ihre Durchführung voll zu unterstützen, einschließlich der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Ressourcen.

János Áder (PPE). – (HU) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Politiker zitieren häufig das Sprichwort „Wir erben die Erde nicht von unseren Vorfahren; wir leihen sie uns von unseren Kindern.“ Es liegt in unserer

Verantwortung, sicherzustellen, dass unsere Kinder, Enkel und Großeltern saubere Luft zum Atmen und sauberes Wasser zum Trinken haben. Unter dem Flussbett der Donau liegt ein unvorstellbar großes Süßwasserreservoir. Meiner und Ungarns Priorität besteht darin, dieses Süßwasser vor allen Formen der Verschmutzung zu schützen. Themen wie Verkehr, Tourismus, Kultur, Bewahrung unseres Erbes sind alle wichtig, aber allem voran steht der Schutz unserer Wasserressourcen. Ich weiß nicht, ob unsere Initiative in Zusammenhang mit dem Donauraum, das Thema unserer aktuellen Verhandlungen, erfolgreich sein wird oder nicht. Worüber wir uns alle längst einig sind, sind eigentlich Grundsätze und Dinge, die sich von selbst verstehen. Wie wir jedoch alle wissen, steckt der Teufel im Detail. Daher möchte ich unmissverständlich klarstellen, dass es, wenn wir über diese Grundsätze hinaus die Diskussion der Details beginnen, einen Grundsatz gibt, bei dem ich niemals nachgeben werde. Wenn wir über die Donau sprechen, sind die einzig akzeptablen Formen von Intervention, Investition und Entwicklung solche - und das ist mein Standpunkt -, die unsere Trinkwasserversorgung nicht gefährden. Ich möchte meinen Kindern und Enkeln gerne ehrlich in die Augen blicken und ihnen sagen können, dass wir die Donau so bewahrt haben, wie wir sie von unseren Vorfahren übernommen haben; und das Gleiche gilt auch für andere europäische Flüsse wie die Theiß. Wir haben sie nicht zerstört; sie können das auch ohne jede Schwierigkeit.

Nadezhda Neynsky (PPE). – (BG) Frau Präsidentin! Ich möchte meine Rede gerne mit einer Aussage von Erhard Busek, dem Sonderkoordinator des Stabilitätspakts, beginnen, der einmal sagte, und ich zitiere frei: "Wir dürfen keinem Bürger, der entlang des Ufers der Donau lebt, erlauben, ein Gefühl von Provinzialismus zu entwickeln." Die Wahrheit ist, dass seitdem eine Menge Zeit verstrichen ist und die Entwicklung der Europäischen Strategie für den Donaauraum immer noch in Arbeit ist, ohne dass wir viel über ihren aktuellen Stand wissen.

Eigentlich ist das Ziel der Donaustrategie, dass sich Stadtverwaltungen, Gebiete und Länder entlang der Donau gemeinsam entwickeln. Diese Initiative umfasst 14 Länder mit einer Bevölkerung von über 200 Millionen Menschen. Diese Länder unterscheiden sich aber hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Die Länder der Unteren Donau haben den niedrigsten ökonomischen Status. Erlauben Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf drei Themen, die für mein Land, Bulgarien, von Bedeutung sind, zu lenken, die unserer Ansicht nach geklärt werden müssen, einschließlich der Notwendigkeit der Wiederherstellung von ... Brückengebühren und Bulgariens Erweiterung der Bjala-Russe- und der Russe-Schumen-Straße.

Der bulgarische Teil des Flusses, wenn wir die Städte von Russe außer Acht lassen, der die einzige Brückenverbindung zwischen den beiden Ufern der Donau, bei Vidin und Silistra, hat, ist vielleicht der Abschnitt, wo sich die wirtschaftlich am stärksten unterentwickelten Kommunen befinden. Diese insgesamt 39 Kommunen liegen an der Peripherie, und die Donau stellt für sie immer noch eher eine unüberwindbare Barriere dar als eine Chance. Als Vergleich: Allein in Budapest gibt es neun Brücken, die beide Donauufer miteinander verbinden, während in ganz Bulgarien nur eine einzige Brücke existiert. Diese Auswertung bildet die Grundlage für den von den Bürgermeistern der bulgarischen Kommunen entlang der Donau eingereichten Vorschlag zur Durchführung eines Projektes mit dem Ziel, eine Panoramastraße, die die Städte entlang des Donauufers miteinander verbindet, zu bauen. Dieses Projekt ist bereits den Ministern für regionale Entwicklung zur Kenntnis gebracht worden. Das zweite Thema steht mit der Lösung der geoökologischen Probleme entlang der Donau und der Wasserreinheit in Zusammenhang. Vielen Dank.

Olga Sehnalová (S&D). – (CS) Die Europäische Strategie für den Donaauraum ist für die Entwicklung des gesamten Donaubeckens wichtig. Es gibt viele gemeinsame Themen. Ich möchte hier nur einige der Themen herausgreifen, die für die Länder, die unter das umfassende Konzept des Donaumaums fallen, wie zum Beispiel die Tschechische Republik, auch von Bedeutung sind. Eines davon ist der Bereich der Wasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes. Da verheerende Überschwemmungen wiederholt in diesem Gebiet stattgefunden haben, ist ein integrierter Ansatz in diesem Bereich unerlässlich.

Ein anderes Thema betrifft Großinvestitionen mit dem Ziel der Sicherstellung besserer Verkehrsverbindungen innerhalb des Gebietes und ihrer Anbindung zu den benachbarten Regionen. Es wäre angebracht, auch diesen makroregionalen Aspekt bei der planmäßigen Revision des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) zu bedenken. Die einzelnen Projekte sollten sich nicht gegenseitig den Rang ablaufen. Es ist wichtig, klar umrissene Prioritäten vertraglich festzulegen, während die Projekte einen nachhaltigen, umweltfreundlichen Charakter haben sollten und offenkundige Unterstützung von lokalen und regionalen Selbstverwaltungsbehörden und der Öffentlichkeit erfahren sollten. Nicht isolierte Projekte, sondern vielmehr Kooperationen innerhalb der Region mit überregionaler Perspektive können die nachhaltige Entwicklung des Donaumaumes in Zukunft sichern. Gleichzeitig kann sich die Europäische Strategie für den Donaauraum als fassbarer und stabilisierender Entwicklungsrahmen für die Mitgliedstaaten sowie auch für die Länder

außerhalb der Europäischen Union erweisen, die aber entweder als Kandidatenländer oder auf der Grundlage der Nachbarschaftspolitik nach Zusammenarbeit streben.

Franz Obermayr (NI). – Frau Präsidentin! Die Strategie für den Donauraum ist eines der wesentlichsten aktuellen Projekte der europäischen Regionalpolitik, denn die Donau war immer schon eine Lebensader zwischen den verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas, die schon historisch die Grundlage für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch kulturellen Austausch geboten hat. Ich denke hier auch an die positiven Ergebnisse der alten österreichisch-ungarischen Monarchie.

Was erwarten wir? Wir erwarten sehr viel von diesem Projekt: den Ausbau umweltfreundlicher Mobilität, weg von der Straße auf das Schiff, die Güterverlagerung auf die Bahn, die Modernisierung und Bündelung industrieller Strukturen dort, wo es Sinn hat, die Zusammenarbeit in Umweltfragen und Tourismus – vor allem Ökotourismus wird gefragt sein – und natürlich das Setzen von Schwerpunkten bei Forschung und Entwicklung. Und vieles andere mehr. Ich erwarte mir aber auch einen effizienten Einsatz der Mittel, der finanziellen einerseits, aber auch der Humanressourcen. Die Erfahrungswerte und das Wissen der Menschen in dieser Region müssen zusammengeführt und gebündelt werden. Ich erwarte mir eine Steigerung der Lebensqualität und zahlreiche gute und zündende Ideen.

Eduard Kukan (PPE). – (SK) Als slowakischer Abgeordneter dieses Parlaments möchte ich die Initiative begrüßen, eine Europäische Strategie für den Donauraum auszuarbeiten, anzunehmen und auf den Weg zu bringen. Ich glaube, dass dieses Projekt dazu beiträgt, die Region weiterzuentwickeln. Ich freue mich außerdem, dass diese Strategie in das achtzehnmonatige Programm für die kommenden Ratspräsidentschaften der Europäischen Union aufgenommen wurde. Ich hoffe, es wird ein echter Schwerpunkt für die kommenden Legislaturperioden.

Ich bin auch davon überzeugt, dass dieses Projekt zur Entwicklung von Verkehr und Umweltschutz beitragen und in vielen Bereichen eine passende Plattform für eine engere Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Regionen werden wird. Gleichzeitig möchte ich Sie auf die Tatsache aufmerksam machen, dass bei der Vorbereitung dieser Strategie dem Umweltschutz, insbesondere dem Trinkwasserschutz, höheres Gewicht beigemessen werden sollte. Es wird wahrscheinlich nicht mehr lange dauern, bis Trinkwasserressourcen strategisch enorm wichtig werden, nicht nur aus kommunaler, sondern auch aus europäischer Sicht.

In diesem Zusammenhang sollte die zukünftige Strategie darauf ausgerichtet sein, unterirdische Trinkwasserquellen verstärkt zu nutzen und die Verschmutzung der Donau zu beseitigen. Ich möchte auch meine Unterstützung der Aufnahme bestimmter Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Union in dieses Projekt ausdrücken, insbesondere Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro und weitere zwei Länder. Ich hoffe, dieses Projekt wird helfen, die Zusammenarbeit zwischen der Union und diesen Ländern in dem Gebiet zu verbessern.

Zum Schluss möchte ich an die Kommission appellieren, eine möglichst verantwortungsvolle Herangehensweise bei der Arbeit an dieser Strategie zu wählen und sie auf realistische Ziele und Ressourcen zu gründen, insbesondere, angesichts der Tatsache, dass bestimmte Länder derzeit unrealistische Erwartungen an sie stellen.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Frau Präsidentin! Ich begrüße die Bemühungen meiner Kollegen, auf einer Strategie für den Donauraum zu dringen, sehr.

Ich komme aus Litauen und weiß nur zu gut, dass ein Mitgliedstaat allein nicht in der Lage ist, signifikanten Fortschritt in Sachen wirtschaftlicher Entwicklung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit bei Verkehr und Tourismus, Energie und vielen anderen Bereichen zu erreichen. Ich bin überzeugt, dass regionale Strategien effektiver sein können und daher unterstützt werden sollten, weil Mitgliedstaaten dann im gemeinschaftlichen Interesse handeln.

Ich wünsche meinen Kollegen die Entschlossenheit zur Erreichung ihrer Ziele und glaube, dass ihre Stimme von der neuen Kommission gehört werden wird, insbesondere, weil zukunftsfähige regionale Entwicklung ganz oben auf der Agenda der Kommission steht.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Der Donauraum ist seit jeher eine Makroregion mit großem ökonomischem, sozialem und kulturellem Potenzial, dessen Integration und nachhaltiges Wirtschaftswachstum systematisch und effektiv erweitert werden muss. Daher begrüße und unterstütze ich die Schritte, die zur Entwicklung einer kohärenten und umfassenden Strategie für den Donauraum auf europäischer Ebene führen.

Ich glaube, dass der Inhalt der Strategie für den Donaauraum das Ergebnis einer Expertenrunde werden und für alle Partner auf einem fairen Ansatz basieren wird, sodass kein Mitgliedstaat bzw. keine Gruppe von Staaten besondere Vorteile oder eine Spezialbehandlung erfahren wird.

Ich halte Verkehrsinfrastruktur, nachhaltige Wirtschaft und Umweltschutz für die Hauptbereiche. Als europäischer Transportweg sollte die Donauwasserstraße die Grundlage für ein Netz von Verkehrskorridoren für alle Beförderungsarten bilden. Dies würde den Straßengüterverkehr entlasten und ihn gleichzeitig durch umweltfreundliche und kostengünstigere Schifffahrt ersetzen.

Damit die Donau treibende Kraft für die wirtschaftliche Entwicklung wird, wird es notwendig sein, bestimmte Nebenflüsse schiffbar zu machen und Verbindungen zu anderen Hauptverkehrskorridoren herzustellen. Die Entwicklung der Infrastruktur sollte zur Beseitigung der Isolation von Grenzregionen führen, Klein- und Mittelbetriebe fördern und zur Entwicklung im sozialen Bereich beitragen.

Bei der Ausarbeitung der Strategie dürfen wir Themen wie Verkehrssicherheit, Umweltsicherheit, Hochwasserschutz und Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität jedoch nicht vergessen. Die zunehmende Verbindung zu Ländern, die nicht Teil des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sind, darf nicht die Zunahme internationaler Kriminalität, Schmuggel und Menschenhandel fördern. Ich möchte auch betonen, dass die Durchführung der Strategie die Rechte der Mitgliedstaaten und der regionalen und kommunalen Selbstverwaltungen, die bürgernah sind und deren Bedürfnisse kennen, achten muss.

Evelyn Regner (S&D). - Frau Präsidentin! Die Strategie für den Donaauraum könnte ein wunderbares Beispiel für eine Regionalstrategie werden, mit der in einem geografisch und kulturell zusammengehörigen Raum vorhandene Mittel koordiniert eingesetzt und Probleme gelöst werden und vor allem Barrieren im Kopf abgebaut werden.

Zwei Bereiche sind mir in diesem Zusammenhang ein besonderes Anliegen: Zum Einen die Gewährleistung eines nicht nur offenen, sondern auch sinnvoll und kooperativ geregelten Arbeitsmarkts. *Brain drain* und Pendlerwanderungen sind der Alltag im Donaauraum, der Arbeitsmarkt steht unter Druck, und ab 2011 wird der Donaauraum mehr oder weniger ein integrierter Arbeitsmarkt sein. Wir brauchen hier koordinierte Ausgleichsmechanismen. Das zweite in diesem Zusammenhang besonders wichtige Anliegen ist, dass es sich um eine Chance für Forschungsk Kooperationen und Innovation handelt. Dabei denke ich vor allem an die Binnenschifffahrt, die einen ökologischen Technologieschub sehr gut vertragen könnte.

Ádám Kósa (PPE). – (HU) Ich begrüße die Donaustrategie. Sie wird bei den anderen EU-Politiken Berücksichtigung finden. Sie betrifft den Tourismus, weil er sehr wichtig ist, und der Entschließungsentwurf sollte auch berücksichtigen, dass Nichtregierungsorganisationen, mit anderen Worten Zivilgesellschaften, ebenfalls in diese Strategie einzubinden sind. Wenn wir über die Entwicklung der Donau sprechen, sollten wir auch an Bildung, soziale Integration und Akzeptanz denken. Die Strategie besagt, dass das TEN-T-Netz unterstützt werden soll. Ich möchte auch gerne auf die Bedeutung des Ökotourismus hinweisen, weil es sich hierbei nämlich genau um die richtige Maßnahme handelt, um die Donau zukunftsfähig zu machen.

Meiner Meinung nach verbindet die Donau verschiedene Kulturen und auch Mehrheitskulturen, was einer der wesentlichen Grundsätze der Europäischen Union ist. Es ist auch wichtig, zu betonen, dass wir realistisch bleiben müssen. Wir sollten keine frommen Wünsche und Träumereien kreieren und nur erreichbare Ziele in die Strategie aufnehmen; wir wissen schließlich seit 1830, dass wir eine supranationale Politik brauchen. Und das geschieht tatsächlich, seit Fürst Széchenyi, einer der größten Ungarn, sehr viel unternahm, um dieses Gebiet zu einem Bereich supranationaler Politik zu machen. Die Donaustrategie beweist, dass die Donau tatsächlich ein supranationaler Fluss ist.

Karin Kadenbach (S&D). - Frau Präsidentin! In meinen Augen ist das Ziel der Politik ganz allgemein, die Rahmenbedingungen zur Erreichung höchstmöglicher Lebensqualität zu schaffen. Unter dieser Prämisse möchte ich auch die europäische Strategie für den Donaauraum sehen. Die Donau ist Lebensader, haben wir heute gehört, die Donauregion ist Lebensraum. Die Donau soll und muss Verkehrsweg sein, sie ist Kraftquelle – wir haben eine große Zahl an Kraftwerken –, die Donau ist Naturreservat, ihr muss Schutz im Sinne der Biodiversität zuteil werden, aber sie ist auch Schutzraum für Freizeit und Tourismus. Die Donau ist Lebensquelle, Lebensquelle für Landwirtschaft, Fischerei, aber – wie soeben von Frau Regner ausgeführt – auch für zukünftige Arbeitsplätze. Die Donau ist aber auch eine Gefahrenquelle, wenn ich nur an die Hochwasser der letzten Jahre denke.

Um die oben angesprochene Lebensqualität für alle Menschen, die im Donaauraum leben, weiterzuentwickeln, brauchen wir eine gemeinsame, nachhaltige und vor allem auch umweltverträgliche Entwicklung des gesamten

Donauraums zur europäischen Schlüsselregion des 21. Jahrhunderts. Ziel muss es sein, die zur Verfügung stehenden Mittel im Sinne der territorialen Zusammenarbeit noch effizienter zu machen und effektiver einzusetzen.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Ich glaube, dass der Entwurf einer wohl durchdachten Strategie und die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen die Lebensqualität derjenigen, die im Donaubecken leben, signifikant verbessern könnte. Derzeit gibt es Finanzinstrumente, die für infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklungsprojekte oder Umweltschutzprojekte zur Verfügung stehen, aber diese Ressourcen können nur von den Mitgliedstaaten und deren Nachbarstaaten genutzt werden.

Diesem Aspekt muss besondere Aufmerksamkeit gezollt werden und zukünftig dürfen wir nicht die Möglichkeit ausschließen, neben EU-Mitteln andere Finanzquellen aufzutun. Es ist wohl bekannt, dass die anderen Staaten die notwendigen Finanzierungsmittel nicht besitzen, was aus infrastruktureller und ökonomischer Sicht jegliche kohärente Entwicklung entlang der Donau unmöglich macht. Das ist der Grund dafür, warum die regionalen Behörden so unterschiedlich auf die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, reagieren.

Soweit wir wissen, erwägt die Kommission, hinsichtlich der Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung, sich mit den kommunalen Partnern zu beraten. Die Frage ist, ob die Kommission auch auf regionaler Ebene eine Zusammenarbeit mit Expertengruppen in Betracht zieht, um die Strategie auszuarbeiten. Die Frage ist immer noch, ob diese Strategieziele Teil der Umsetzung der Kohäsionspolitik sein sollten, um das Wirtschafts- und Verkehrspotenzial der Donau zu nutzen und den Fluss, sein Ökosystem und die Wasserqualität zu schützen.

Ich möchte auch erwähnen, dass die Donau als "Vorrangiges Projekt 18" zum TEN-T (transeuropäisches Verkehrsnetz) gehört, und die Kommission vor Kurzem erst einen umfassenden Prozess der Überprüfung der Politik der transeuropäischen Netze mit einer Mitteilung zum Thema, die laut Zeitplan im Mai 2010 erscheinen soll, initiiert hat.

Das wirft die Frage auf, wie sich unseren Erwartungen nach die Aspekte, die mit der in den EU-Mitgliedstaaten gültigen Verkehrspolitik zusammenhängen, mit dieser Strategie verbinden lassen, die selbstverständlich auch die im Donauraum befindlichen Nichtmitgliedstaaten berücksichtigt.

Monika Smolková (S&D). – (SK) Die Slowakei begrüßt diese Initiative. Die Tatsache, dass ihr nationaler Koordinator der stellvertretende Premierminister ist, unterstreicht die Wichtigkeit, die die Slowakei der Donaustrategie zuschreibt. Der erste Entwurf über den Standpunkt der Slowakei zur Donaustrategie ist vom Rat erörtert worden. Ministerien, autonome Regionen, Kommunen und Unternehmen arbeiten weiterhin an der Strategie.

Die drei Säulen, wie sie von der Kommission vorgeschlagen wurden, Konnektivität, Umweltschutz und sozioökonomische Entwicklung, sollen die Grundlage der Gesamtstrategie bilden. Meiner Meinung nach müssen wir uns zusätzlich zu diesen Säulen auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Union im Donaubecken konzentrieren. Um eine umfassende Lösung für die Entwicklung des Donauraums zu finden, müssen die Schwerpunkte der einzelnen Länder auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitigem Einverständnis behandelt werden.

Daher würde ich gerne wissen, welche Zusammenarbeit von den Nichtmitgliedstaaten, insbesondere der Republik Moldau und der Ukraine, angesprochen wurde.

Iosif Matula (PPE). – (RO) Ich glaube, dass wir unsere Unterstützung für eine europäische Strategie für den Donaauraum bekunden müssen, und zwar umso mehr, als der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien aus der Sicht, dass jetzt ein großer Teil des Flusses, der sich über mehr als 2 800 km erstreckt, durch EU-Gebiet fließt, von Vorteil ist.

Die Ostsee-Strategie ist bei der Eröffnung von Perspektiven für Makroregionen wegweisend gewesen. Die Donaustrategie markiert einen neuen Schritt in dieselbe Richtung. Als ein vorrangiges Ziel sollte die Donaustrategie den Schwerpunkt auf den Wirtschaftssektor, insbesondere auf die Entwicklung der Energiekapazitäten legen, die sowohl die Donau als auch ihre Nachbargebiete zu bieten haben. Infolge der Gaskrise vom Januar 2009 bemüht sich Rumänien bereits auf europäischer Ebene, seine Gasnetze im Rahmen der Projekte Arad-Szeged, Giurgiu-Russe, Isaccea und Negru Vodă mit denen der Nachbarstaaten zu verbinden. Verstärkte Bemühungen sind allerdings auch nötig, um alternative erneuerbare Ressourcen zu nutzen.

Ich begrüße die Tatsache, dass die Europäische Strategie für den Donaauraum die Analyse und Eignung der Zielsetzungen berücksichtigt, wie zum Beispiel die Entwicklung der energiewirtschaftlichen Infrastrukturen,

insbesondere neuer Verkehrsnetze und neuer Produktionskapazitäten für elektrische Energie, die Förderung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien, neue Wasserkraftwerke, Windkraftanlagen, Biokraftstoffe und die Fortführung von Programmen zur Entwicklung von Kernkraftwerken, wie dem in Cernavodă.

Die höchste Priorität muss dem Schutz der Umwelt im Donaubecken gelten. Vor diesem Hintergrund muss sich die Europäische Union zusammen mit den Anliegerstaaten am Schutz des Ökosystems des Donaodeltas beteiligen, was auch bedeutet, dass das Bâstroe-Kanal-Projekt komplett gestoppt werden muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass fehlgeleitete wirtschaftliche Interessen eines Nachbarstaates der EU eine Umweltkatastrophe im Donaodelta verursachen.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Frau Präsidentin! Viele der Herausforderungen, denen wir uns heute gegenübersehen, machen weder vor politischen noch vor administrativen Grenzen Halt. Die gemeinsamen Probleme und Herausforderungen in Europa sind gewachsen und damit auch die Notwendigkeit, sich gemeinsam darum zu kümmern.

Daher hat die Europäische Kommission auf Anregung des Europäischen Parlaments und als Antwort auf die Entscheidung des Rates die Ostsee-Strategie ausgearbeitet und sich nun des Vorbereitungsprozesses der Donaustrategie angenommen. Diese Strategien ermöglichen den beteiligten Regionen und Ländern, gemeinsam auf bestehende Probleme zu reagieren und bestehende Möglichkeiten auszuschöpfen. Dank dieser Strategien gibt es die Möglichkeit einer intensiveren Zusammenarbeit und kohärenten Entwicklung in der Union und dadurch vermehrtes Wachstum, mehr Arbeitsplätze, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und bessere Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Wir im REGI-Ausschuss des Europäischen Parlaments erwarten, dass die Donaustrategie eine maßnahmenorientierte Strategie ist, die auf besserer Koordination der Interessenvertreter sowie auf besserer Ausschöpfung der Synergieeffekte von politischen Maßnahmen und verfügbaren Finanzmitteln beruht. Als Vorsitzender des REGI-Ausschusses, dem führenden Ausschuss des Europäischen Parlaments für diese Strategie, können Sie, Herr Kommissar, sich unserer Unterstützung und unserer Offenheit gewiss sein, in allen Entwicklungsstadien der Donaustrategie eine gute Zusammenarbeit mit der Kommission zu erzielen.

Jan Olbrycht (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Nach Anhören dieser Aussprache habe ich den Eindruck, dass die meisten von uns Zielsetzungen, Richtungsvorgaben und Prioritäten erörtern, wobei fundamentale Fragen bezüglich der Umsetzungsinstrumente aufgeworfen wurden. Werden wir es mit einer horizontalen Politik zu tun haben, die bei der Verfolgung einer Strategie unterschiedliche politische Instrumente nutzt, oder müssen wir uns stattdessen mit einem Partnerschafts- und Kooperationssystem, ohne spezifische Instrumente und ohne ein gesondertes institutionelles System zu Grunde zu legen, auseinandersetzen? Das sind sehr wichtige Fragen; denn wir wollen nicht, dass die Erwartungen an die Strategie enttäuscht werden. Wir müssen genau wissen, ob wir es mit einer neuen makroregionalen Methode zu tun haben oder mit einem System erweiterter territorialer Zusammenarbeit. Das sind Fragen, zu denen wir so schnell wie möglich Antworten finden müssen.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Frau Präsidentin! In ein oder zwei Dekaden werden Süßwasser und Nahrungsmittel strategisch eingesetzt werden, wie es heute mit Rohöl und Erdgas bereits der Fall ist. Wasserwirtschaft und Wasserschutz sind daher für die gesamte Europäische Union und insbesondere für den Donauraum äußerst wichtig. Derzeit bekämpfen wir Überschwemmungen, Wasserüberschuss, und zur gleichen Zeit fließen diese Gewässer bloß durch unsere Gebiete. In Ungarn, im Bereich zwischen Donau und Tisza, erfährt die Sandebene gerade eine schwere Verödung.

Daher brauchen wir so dringend diese Donaustrategie, die ein Schwerpunkt des ungarischen Ratsvorsitzes 2011 sein wird. Daher begrüße ich die heutige Aussprache; denn wir haben eine komplexe Herangehensweise, die uns ermöglicht, Bereiche der Regionalpolitik, des Umweltschutzes, der Schifffahrt, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Arbeitsbeschaffung und gleichzeitig des Tourismus zu stärken. Und die heutige Aussprache hat gezeigt, dass die Donau Frieden schaffen kann zwischen Staaten, die Unstimmigkeiten und Spannungen haben, wie unser großer Dichter Attila József einmal sagte.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Seit dem Augenblick, als ich für das Europäische Parlament kandidiert habe, fühlte ich, dass die Donau ein großes Potenzial für die EU, was noch nicht maximal ausgeschöpft ist, birgt. Die Rhein-Main-Donau-Verkehrswasserstraße, die die Nordsee, über den Hafen von Rotterdam, mit dem Schwarzen Meer, über den Hafen von Constanța, verbindet, kann das Rückgrat Europas werden.

Die neue Donaustrategie wird wahrscheinlich unter der ungarischen Präsidentschaft genehmigt werden. Sie wird sich auf Bereiche wie Verkehr, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz konzentrieren. Eine der

Hauptbarrieren der Entwicklung des Verkehrs auf der Rhein-Main-Donau-Wasserstraße sind die verschiedenen Normen, die die Seeleute anwenden müssen. Leider hat es bis heute anscheinend an dem politischen Willen, der für eine Harmonisierung dieser Bestimmungen erforderlich ist, gefehlt.

Die Konferenz in Ulm, an der ich vom 1.-2. Februar teilnehmen werde, stellt einen ersten Schritt im Konsultationsprozess dar. Rumänien hat angeboten, zu diesem Thema eine Reihe von Konferenzen, einschließlich der Ministerkonferenz im Juni 2010, zu organisieren.

Ivaylo Kalfin (S&D). – (BG) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es hat über die Jahre zahlreiche Initiativen zur Entwicklung der Zusammenarbeit entlang Europas größtem Fluss gegeben, und zwar in den Bereichen Verkehr, Ökologie, Kultur, Bildung und Handel, um nur einige zu nennen. All diese zahlreichen Projekte haben momentan jedoch ein Problem. Sie liefern keine Lösung. Das Ergebnis ist das genaue Gegenteil von dem, was erwartet wird. Es mangelt an angemessener und effektiver Zusammenarbeit, es gibt keine Koordination, keine gemeinsamen Zielsetzungen oder Synergiebemühungen. Was wir hier von den durch die Europäische Kommission geschaffenen Synergieeffekte zu erwarten ist, ist, dass diese Strategie nicht eine von vielen in der Reihe der Kooperationsinstrumente entlang der Donau wird, sondern wirklich das Instrument ist, das gemeinsame Synergien schafft, die Koordination erleichtert und die Möglichkeiten der verschiedenen in dieser Region existierenden Initiativen bündelt. Dies ist zusammen mit der Beteiligung der größten Gruppe von Interessenvertretern, wozu das Europäische Parlament und die Bürger gehören, der einzige Weg, wie Synergieeffekte geschaffen werden können, von denen jeder Bürger der 14 Länder an der Donau Nutzen zieht. Das ist auch eine Botschaft, die ich Ihnen von einer großen Studentenkonferenz an der Universität von Russe vor einigen Wochen übermitteln möchte. Vielen Dank

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Die Stärke der Europäischen Union ist die Zusammenarbeit von Staaten und Regionen bei der Bewältigung gemeinsamer Probleme und auch die Durchführung von Entwicklungsprogrammen. Es gibt hierzu einige gute Beispiele. Da gibt es zum Beispiel die Mittelmeer-Partnerschaft, die Ostsee-Strategie und das Programm, das wir heute diskutieren – die Donaustategie. Dieses Konzept ist ein sehr gutes Beispiel für die Politik des Zusammenhalts zwischen einzelnen Staaten und Regionen (Kohäsionspolitik), die auf der Nachhaltigkeit der natürlichen Umwelt, der Wirtschaft und Gesellschaft basiert. Diese Initiative wird ganz sicher zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den alten und neuen sowie möglichen zukünftigen Mitgliedstaaten beitragen. Wir haben viele Initiativen und Kooperationsformen dieser Art. Wir sollten daher die Harmonisierung der Unionspolitik anstreben und uns auf die Stärkung des Charakters der Strategie als Gemeinschaftsinitiative konzentrieren. Wie beabsichtigt die Union in der Region bestehende Kooperationsprogramme zu stärken und zu integrieren? Wie weit ist die Arbeit an der Strategie und ihrer Umsetzung gediehen?

Katarína Neveďalová (S&D). – (SK) Für uns Slowaken war die Donau immer ein Symbol der Freiheit. 26 - Heute sehen wir sie als Symbol der Zusammenarbeit. 26 - Sie vereint sowohl Mitglied- als auch Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Union und die regionale Zusammenarbeit im Donaauraum liefert eine sehr gute Basis und Bedingungen für die Zusammenarbeit, so dass diese Nichtmitgliedstaaten in die Union eingebunden sind.

Es ist sehr wichtig für diese Region eine Strategie zu haben, nicht nur wegen der Notwendigkeit, einen Verkehrskorridor und eine Verbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer zu schaffen, sondern auch, weil diese Region das größte Reservoir für frisches Trinkwasser in Europa ist. 26 - Angesichts der globalen Erwärmung und der Klimaveränderungen wird dieser Aspekt zunehmend wichtig.

Es ist notwendig, den Donaauraum vor Überschwemmungen zu schützen und seine nachhaltige Entwicklung für zukünftige Generationen zu sichern. 26 - Die Donau muss auch für zukünftige Generationen ein Symbol bleiben. 26 - Sie verbindet mehrere Hauptstädte, zu denen auch die beiden am nächsten beieinander liegenden Hauptstädte der Welt gehören, Bratislava und Wien sowie Bratislava und Budapest, und das ist eine wirklich wichtige und symbolträchtige Tatsache für uns, die Menschen Mitteleuropas. 26 - Ich möchte Silvia-Adriana Țicău gerne für die Tatsache danken, dass dank ihres Enthusiasmus diese Debatte im Europäischen Parlament stattfinden konnte.

Csaba Sógor (PPE). – (HU) Die Donau prägt das Leben und die Geschichte in Mittel- und Südosteuropa. 1823 erhielten Andrews und Prichard das Exklusivrecht für die Schifffahrt auf den Hauptadern in den österreichischen Gebieten. Sie gründeten eine Aktiengesellschaft mit Hauptzentrale in Wien. Als Folge des Vertrags von Paris, 1856, wurde der untere Donauabschnitt für die Schifffahrt befahrbar gemacht, was zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beitrug. Heute sind der von der EU geschaffene dauerhafte Frieden und Lebensstandard eine Gewährleistung für die Bewältigung potenzieller Herausforderungen. Angesichts

des historischen Hintergrunds könnten wir fragen, warum der erste Schritt irgendwie stockend war. Ich denke dabei an die interfraktionelle Arbeitsgruppe. Vielleicht lag es daran, dass die ungarischen, rumänischen, deutschen und österreichischen Interessen nicht in Einklang gebracht werden konnten. Wir sollten uns an unsere Geschichte erinnern. Der Region ging es immer gut, wenn wir es schafften, die häufig widersprüchlichen Interessen in Einklang zu bringen, ohne dabei die Werte infrage zu stellen.

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Ich möchte ebenfalls das Engagement begrüßen, das wir hier aufbringen und das vielleicht der erste Schritt hin zur Verwirklichung der hier heute erörterten Angelegenheiten ist. Soweit es Ungarn betrifft, ist die Donau besonders wichtig. Dies spiegelt sich auch in den Schwerpunkten für unseren Ratsvorsitz 2011 wider. Ungarn ist das einzige Land, das komplett im Donaubecken liegt und die immanenten Gefahren und Vorteile kennt. Einige Aspekte wurden schon genannt. Ich möchte gerne einen anderen Punkt ansprechen, der gelegentlich in der heutigen Diskussion zur Sprache kam. Wenn sich diese Strategie als erfolgreich erweist, kann sie wirklich einen Beitrag zur Entwicklung einer Donauidentität leisten, indem sie historische Konflikte und Traumata überwindet, die Koexistenz zwischen verschiedenen Völkern entlang der Donau und eine noch intensivere zivile Zusammenarbeit fördert. Wir hoffen aufrichtig, dass wir uns in diese Richtung bewegen.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich möchte allen Abgeordneten danken, die zu dieser ziemlich späten Stunde an der Aussprache teilgenommen haben.

Ich möchte Ihnen zu Ihrem großen Interesse und Engagement in dieser Sache gratulieren. Ich muss auch sagen, dass ich von der Wissens- und Erfahrungstiefe bezüglich des Donauraums, die in dieser Aussprache zum Ausdruck kam, beeindruckt bin. Ich glaube, dass die Union bei der Vorbereitung der Donaustrategie hiervon sehr profitieren kann. Ich bin sicher, dass die Kommission und das Parlament während der Vorbereitungsphase eng miteinander zusammenarbeiten werden. Das ist meine Antwort für meine Freundin und ehemalige Kollegin, Danuta Hübner, und viele andere von Ihnen, die sich im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Kommission und Parlament besorgt gezeigt haben.

Es ist tatsächlich unsere gemeinsame Aufgabe, umweltverträgliche Kommunikationssysteme, Straßen und Brücken zu verbessern sowie die Umwelt zu schützen und die Wasserressourcen im Donauraum zu erhalten. Es dient der Rettung und Verbesserung „der schönen blauen Donau“ und ihren umliegenden Gebieten.

Daher möchte ich Ihnen abschließend für Ihre Unterstützung der Donaustrategie danken. Lassen Sie uns zusammenarbeiten. Die Kommission ist bereit und willens, Ihre weiteren Vorschläge aufmerksam anzuhören und in den kommenden Monaten zusammenzuarbeiten, um diese äußerst wichtige Strategie voranzutreiben.

(Beifall)

Die Präsidentin. Ich teile Ihnen mit, dass ich zum Abschluss der Aussprache gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung fünf Entschließungsanträge⁽¹⁾ erhalten habe. Die Aussprache wird geschlossen. 26 - Die Abstimmung wird Donnerstag, den 21. Januar 2010 stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Ioan Mircea Pașcu (S&D), schriftlich. – Die Schwarzmeer-Region, zu der die EU nur das Synergiepotenzial erarbeitet und ihre überbrückende geostrategische Position sowie auch ihr eigenes Zögern, die geopolitischen Verflechtungen des Gebietes anzusprechen, hervorgehoben hat, ist ein wesentlicher Bestandteil der Donau. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass, als dieses Gebiet im Jahr 1856 im Fokus der Weltöffentlichkeit stand, eins der Ergebnisse ein Rechtsstatus der Donau auf europäischer Ebene war. Damals wurde die Donaukommission, ein Organ, das noch heute existiert, ins Leben gerufen und der Seeverkehrssektor des Flusses erbaut. Gleichmaßen erlangt auch heute die Donau wieder Aufmerksamkeit, seit die EU räumlich gesehen ein Schwarzmeer-Akteur geworden ist. Nur, dass im Gegensatz zur Schwarzmeer-Region die Donau fast unter kompletter EU-Kontrolle ist. Da nun die Hauptblockade des Flusses – die Situation in Serbien – beseitigt wird, lassen Sie uns nicht die Gelegenheit versäumen, diesem Fluss unsere volle Aufmerksamkeit zu schenken und ihn so zur echten europäischen Wasserstraße, von der wir alle profitieren, zu machen.

Richard Seeber (PPE), schriftlich. – Durch die gesamte Geschichte hindurch spielte die Donau eine zentrale Rolle in Europa. Die Anteil habenden Nationalstaaten standen schon lange vor der Gründung der Europäischen Union in regem Austausch. Daher finde ich es einen wichtigen Schritt, nun auch im Rahmen der

⁽¹⁾ 1 Siehe Sitzungsprotokoll

Regionalpolitik mit der Donaustrategie diese Länder noch näher zusammenrücken zu lassen. Die Berührungspunkte sind dabei vielfältig. Sie sind natürlich in der Wirtschaft, aber auch in Kultur, Umweltpolitik, Energiesicherheit und Nachbarschaftspolitik angesiedelt. Makroregionen sind ideale Instrumente, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen. Eine gründliche und langfristige Planung und Vorbereitung ist unerlässlich, um der Makroregion Donaugebiet auf Dauer zum Erfolg zu verhelfen. Vor allem in den Bereichen Erhaltung der biologischen Vielfalt und nachhaltige Energiegewinnung wird sich der europäische Mehrwert einer Makroregion erweisen.

Um die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten, bietet sich als Vergleichsmodell die Ostseeraum-Strategie an, die bereits als europäische Erfolgsgeschichte gelten kann. Als Österreicher, Regionalpolitiker und Berichterstatter für zahlreiche wasserrelevante EU-Gesetzgebungen befürworte ich diese Initiative ausdrücklich und hoffe, die Donaustrategie eröffnet dem territorialen Zusammenhalt der Donauländer neue Dimensionen.

Georgios Stavrakakis (S&D), schriftlich. – (EL) Die Annahme einer Strategie für den Donauraum wird die Krönung der Zusammenarbeit sein, die sich zwischen Mitgliedstaaten, Kommunalbehörden, NRO, Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Interessenvertretern in dem Gebiet auf nationaler oder regionaler Ebene entwickelt hat. Die wichtige Komponente dieser Zusammenarbeit ist die Besonnenheit, mit der nationale, regionale, kommunale oder auch administrative Grenzen überschritten werden, weil es die Antwort auf die wahren Bedürfnisse im täglichen Leben der Menschen dieser Region ist, eine Antwort, die durch die Initiative und Beteiligung verschiedener Verwaltungsebenen formuliert wird und nicht vorgeschrieben ist und damit beweist, dass verschiedene Verwaltungsebenen diese Lösungen auf kommunaler Ebene bereitstellen können. Trotz der Tatsache, dass der Donauraum nicht nur Mitgliedstaaten der EU betrifft, sondern auch Kandidatenländer und Staaten, die direkt mit der europäischen Nachbarschaftspolitik in Verbindung stehen, zeigt die Realität, dass, selbst wenn nicht alle beteiligten Interessenvertreter zur EU gehören, sie trotzdem gemeinsame Herausforderungen teilen, die nicht an den Grenzen der EU aufhören und gemeinsames effizientes Handeln erfordern. Die Annahme der Strategie wird beweisen, dass die EU durch europäische Ressourcen weiteren Nutzen aus den in diesem Gebiet erzielten Errungenschaften ziehen wird.

Iuliu Winkler (PPE), schriftlich. – (HU) Meine Damen und Herren! Ich erkenne den vorgeschlagenen Mehrparteien-Entschließungsantrag über die europäische Strategie für den Donauraum an, weil er genau im Einklang mit neuen europäischen Prozessen steht, die mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon initiiert wurden. Entsprechend seiner größeren Rolle stellt das Europäische Parlament seine Fähigkeiten unter Beweis, bei größeren Themen wie der Donaustrategie Initiative zu ergreifen. Meiner Ansicht nach sollten wir jedoch, wenn wir die Strategie erörtern, an mehr als nur die Summe aus Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Tourismus denken, und daher möchte ich die politische Bedeutung der Strategie hervorheben, die Tatsache, dass der Planungs- und Kooperationsprozess alle Länder entlang der Donau beteiligt, wozu auch Nichtmitgliedstaaten, wie zum Beispiel Serbien und die Ukraine gehören. Für diese Länder ist die Rolle, die sie bei der Donaustrategie spielen, ein wichtiger Weg, enger mit Europa zusammenzuwachsen, wodurch sie auch ihren zukünftigen Beitritt zur EU erleichtern. Als ungarischer Abgeordneter (MdEP) aus Rumänien bin ich überzeugt, dass diese Initiative und das Potenzial der Nachbarschaftspolitik die Verhältnisse ungarischer Gemeinschaften in Serbien und der Ukraine verbessern wird. Ich möchte hinzufügen, dass die ungarischen Abgeordneten, die im Europäischen Parlament arbeiten, sich der europäischen Zukunft ungarischer Gemeinschaften, die im Karpatenbecken, aber außerhalb der Grenzen der EU leben, gemeinsam verpflichtet fühlen. Eine der buntesten multikulturellen Regionen Europas erstreckt sich entlang der Donau; daher können die Erhaltung und Verbreitung historischer und gemeinschaftlicher Traditionen, der kulturelle Dialog und gemeinsame Schutz historischer Gebäude und Denkmäler alles Komponenten der Donaustrategie sein, die die Region stärken und sie einzigartig machen.

16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.55 Uhr geschlossen)